

Stenographisches Protokoll

69. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIII. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 4. April 1973

Inhalt

Geschäftsbehandlung

Unterbrechung der Sitzung (S. 6515)

Fragestunde (37.)

Beantwortung der mündlichen Anfragen der Abgeordneten Meißl (923/M), Hagspiel (907/M), Skritek (866/M), Melter (921/M), Doktor Schranz (867/M), Dr. Bauer (919/M), Anneliese Albrecht (880/M), Koller (920/M), Doktor Kotzina (885/M) und Kraft (888/M) (S. 6502)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 6514)

Dringliche Anfrage

der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Genossen betreffend verfassungsmäßiges Zustandekommen der Novelle zum Krankenpflegefachdienstgesetz sowie Erfüllung der Regierungserklärung vom 5. November 1971 (1219/J) (S. 6515)

Begründung: Dr. Kohlmaier (S. 6516)

Bundeskanzler Dr. Kreisky (S. 6527)

Debatte: Dr. Koren (S. 6528), Gratz (S. 6531), Dr. Broesigke (S. 6535), Bundesminister Dr. Ingrid Leodolter (S. 6537), Peter (S. 6537), Bundesminister Ing. Häuser (S. 6540), Dr. Schnell (S. 6541), Doktor Schwimmer (S. 6544), Hahn (S. 6545), Nittel (S. 6548), Dr. Withalm (S. 6552 und S. 6559), Bundeskanzler Dr. Kreisky (S. 6554, S. 6560 und S. 6578), Dr. Heinz Fischer (S. 6555), Dipl.-Ing. Dr. Schleinzner (S. 6561), Blecha (S. 6563), Kern (S. 6567), Pfeifer (S. 6570), Anton Schlager (S. 6573), Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihs (S. 6577 und S. 6592), Pansi (S. 6581), Ulbrich (S. 6585), Minkowitsch (S. 6589 und S. 6596), Wille (S. 6592), Breiteneder (S. 6596), Dr. Schranz (S. 6599), Vetter (S. 6601), Sekanina (S. 6605) und Doktor Kohlmaier (S. 6608)

Entschließungsantrag Hahn betreffend Sicherung von demokratischen Mitsprachemöglichkeiten (S. 6548) — Ablehnung (S. 6609)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlage

706: Änderung des Wählerevidenzgesetzes 1970 und der Nationalrats-Wahlordnung 1971 (S. 6514)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Kohlmaier und Genossen an den Bundeskanzler betreffend verfassungsmäßiges Zustandekommen der Novelle zum Krankenpflegefachdienstgesetz sowie Erfüllung der Regierungserklärung vom 5. November 1971 (1219/J)

Dr. Heinz Fischer, Radinger, Dr. Reinhart und Genossen an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Auswirkungen der Hochschul-Organisationsgesetz-Novelle 1972, BGBl. Nr. 151 (1220/J)

Egg, Hellwagner und Genossen an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend zahnärztliche Versorgung in Österreich (1221/J)

Steiner, Dr. Frauscher, Helga Wieser, Glaser und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Bereitstellung eines Sonderwaggons für 40 Personen für die Trachtenmusikkapelle „Die Salzlecker“ aus Schwarzach (1222/J)

Dr. Koren, Dr. Bauer und Genossen an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Verwaltungsaufwand der Hochschule für Welthandel im Jahre 1973 (1223/J)

Suppan, Stohs und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Miete für das Landesgendarmeriekommando in Bregenz (1224/J)

Suppan, Deutschmann, Dkfm. Gorton und Genossen an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend die Errichtung einer Klagenfurt-Kommission an der Hochschule für Bildungswissenschaften in Klagenfurt (1225/J)

Huber, Stohs und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Fahrzeuge für die Vermessungsämter (1226/J)

Dr. Hauser, Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend Pflicht der Gerichte zur Verständigung anderer Behörden und Körperschaften über Strafverfahren (1227/J)

Burger, Ing. Letmaier, Koller, Schrotter, Dr. Eduard Moser und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Beförderung sechzigjähriger Rayonsinspektoren zum Revierinspektor bei der Bundespolizei (1228/J)

Zeillinger und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Flurschäden als Folge der im Juni 1972 in Salzburg veranstalteten Demonstration (1229/J)

Egg, Horejs, Jungwirth, Dr. Reinhart und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend die Stadtumfahrung in Lienz (1230/J)

Dr. Kaufmann, Dr. Karasek, Dr. Eduard Moser und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Filmförderung (1231/J)

Dr. Kaufmann, Dr. Pelikan und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Selbstversicherung für Studierende der Pädagogischen Akademie und der berufspädagogischen Lehranstalten (1232/J)

Regensburger und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Urlaubsgewährung an Lehrer (1233/J)

Tödling, Dr. Prader und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend Werbebroschüre für die Bereitschaftstruppe (1234/J)

Dr. Prader, Tödling und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend Stellungnahme des Bundesministeriums für Landesverteidigung zum Fall Major Czack (1235/J)

Dr. Reinhart, Treichl, Dr. Schranz, Hans Mayr, Egg, Horejs und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend „Neues österreichisch-italienisches Sozialversicherungsabkommen“ (1236/J)

Dr. Reinhart, Horejs, Jungwirth, Egg, Wille und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Stubaitalstraße — Umfahrung Fulpmes (1237/J)

Melter, Dr. Schmidt und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend Ersatzleistungen in der Kriegsopferversorgung (1238/J)

Dipl.-Vw. Josseck, Dr. Broesigke und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Durchführung des Umsatzsteuergesetzes 1972 (1239/J)

Wedenig, Dr. Schwimmer, Dr. Marga Hubinek und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend Einführung einer obligatorischen Schülerunfallversicherung (1240/J)

Dr. Schwimmer, Wedenig, Dr. Hauser, Dr. Haider und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend ungerechtfertigte Maßnahmen der 29. ASVG-Novelle (1241/J)

Neumann, Burger und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend Auslegung des Arbeitsmarktförderungsgesetzes (1242/J)

Neumann, Burger und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend Arbeitslosenreservfonds (1243/J)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Hahn und Genossen (1066/A.B. zu 1058/J)

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Regensburger und Genossen (1067/A.B. zu 1063/J)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Dr. **Maleta**, Dritter Präsident **Probst**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde.
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Präsident: 1. Anfrage: Herr Abgeordneter Meißl (FPÖ) an den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft.

923/M

Sind in nächster Zeit Maßnahmen beabsichtigt, die eine wirkungsvollere Förderung der österreichischen Bienenzucht zum Gegenstand haben?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Dr. Oskar **Weihls**: Herr Abgeordneter Meißl! Von der meinem Ressort unterstehenden Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Bienenkunde werden alle Maßnahmen

getroffen, um für die Imker die wichtigsten Voraussetzungen zur Sicherung ihrer Produktion zu schaffen. Darüber hinaus werden im Jahre 1973 für Schulungs- und Ausbildungsmaßnahmen 200.000 S und für Absatzförderungsmaßnahmen rund 180.000 S zur Verfügung gestellt werden.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Meißl**: Herr Bundesminister! Sie werden ja auch die Resolution des Imkerbundes aus dem heurigen Jahr erhalten haben, in der darauf hingewiesen wird, daß sich die Zahl der Imker in einem Rückgang befindet, und zwar deswegen, weil die Wettbewerbsbedingungen nicht die gleichen sind.

Ich darf Sie daher fragen, Herr Bundesminister: Halten Sie diese Maßnahmen für ausreichend, um den Rückgang des österreichischen Imkerwesens aufzuhalten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. **Weihls**: Herr Abgeordneter! In Verhandlungen, die ich derzeit mit dem Verband der Zuckerindustrie und dem Rübenbauernbund führe, soll ein Weg

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihs

gefunden werden, der zu einer bestmöglichen Versorgung der österreichischen Imker mit Bienenzucker führt. Die Gespräche laufen und sind noch nicht abgeschlossen.

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter **Meißl:** Herr Bundesminister! Hoffen Sie, daß die Gespräche erfolgreich verlaufen und für das heurige Jahr wirksam werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihs: Ich glaube, daß die Gespräche zu einem positiven Ergebnis führen werden und daß diese Maßnahmen sofort in Kraft gesetzt werden können.

Ich möchte dazu nur eine kurze Bemerkung machen. Im Verhältnis zum Weltmarkt sind die Preise bereits erheblich gestiegen, und wir haben auch im Inland eine bessere Erlösmöglichkeit für den inländischen Honig.

Nichtsdestoweniger glaube ich, daß wir in Verhandlungen mit den beiden genannten Stellen in kürzerer Zeit eine positive Erledigung haben werden.

Präsident: Anfrage 2: Herr Abgeordneter **Hagspiel (ÖVP)** an den Herrn Bundesminister.

907/M

Wie hoch sind die Beträge, die Sie bis heute aus dem Überschuß der § 9-Mittel des Marktordnungsgesetzes für andere Zwecke als für absatzfördernde Maßnahmen verwendet haben?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihs: Herr Abgeordneter! Im Jahre 1972 wurden 107,341.000 S für die Milchpreisstützung verwendet.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Hagspiel:** Herr Bundesminister! Es liegt hier ein Parteienübereinkommen im Zuge der EWG-Verhandlungen vor, daß die §-9-Mittel nur für absatzfördernde Maßnahmen verwendet werden dürfen. Die anderweitige Verwendung bedeutet doch einen eklatanten Bruch dieser Abmachung.

Die innerösterreichischen flankierenden Maßnahmen, die damals versprochen worden sind, sind nicht bewältigt worden. Nun stehen wir vor der Situation, daß der Englandmarkt verlorengegangen ist, und dem steht die leere Kasse der § 9-Mittel gegenüber.

Meine Frage wäre, Herr Bundesminister: Werden Sie sich darum bemühen, das dem Finanzministerium geliehene Geld — denn für die staatliche Milchpreisstützung ist doch der Bund verantwortlich — für absatzfördernde Maßnahmen zurückzubekommen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihs: Zum ersten darf ich feststellen, daß der überwiegende Teil der §-9-Mittel für die Milchpreisstützung bereits verwendet wurde, bevor das Abkommen in Kraft getreten ist. Es sind bis zum Juli 1972 rund 74 Millionen Schilling dafür verwendet worden.

Zum zweiten darf ich bemerken, daß der Englandmarkt nicht verlorengegangen ist, sondern daß unsere Bemühungen dazu führen, daß wir wohl eine bestimmte Menge Vollmilchpulver nach England werden exportieren können. (*Abg. Minkowitsch: Eben deshalb ist der § 9 richtig zu interpretieren!*)

Zum dritten möchte ich sagen, daß ja bereits im Jahr 1968 aus den §-9-Mitteln 165,035.000 S für die Milchpreisstützung aufgewendet wurden.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter **Hagspiel:** Herr Bundesminister! In der „Arbeiter-Zeitung“ vom 3. Februar 1973 ist in großen Lettern zu lesen: „Gefrotzelt“.

Dazu heißt es: „Die Milchpreiserhöhung — eine Frotzelei: Dieser Ausspruch stammt nicht etwa von einem Betrunkenen am Wirtshaustisch, sondern er wurde in der Vollversammlung der Vorarlberger Landwirtschaftskammer von ihrem Präsidenten Hagen gemacht. Der Kammerpräsident berichtete über die Erhöhung des Milchpreises, die vom 27. November 1972 an gilt und die den Erzeugern je Liter eine Mehreinnahme von 15 Groschen bringt.“

Weiters heißt es: „Demokratie, hat ein weiser Mann gesagt, ist Diskussion. Kann man aber mit einem Funktionär, der seine Mitglieder so mißinformiert und so maßlos hetzt, überhaupt ein sachliches Gespräch führen? Wie kommen, so fragt man sich, die tüchtigen Vorarlberger Bauern, die einst einen Ehrenmann wie Jodok Fink in eine Regierung Renner entsandten, zu so einem Wortführer?“

Dazu möchte ich sagen, daß auch der Ehrenmann Vizekanzler Jodok Fink gegen diese Agrarpolitik, wie sie die SPÖ-Regierung betreibt, wohl sehr hart aufgetreten wäre.

Wir leben in einer sehr lauten Gesellschaft, in der man so gerne auf die Menschen vergißt, die treu und mit Ausdauer von morgens früh bis spät nachts, sonntags wie werktags ihre Pflicht erfüllen, um den Tisch des Volkes zu decken, aber auch dafür Sorge tragen, daß der von der Hetze getriebene Städtler in einer gepflegten Landschaft Erholung und Muße finden kann. (*Unruhe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

6504

Nationalrat XIII. GP — 69. Sitzung — 4. April 1973

Hagspiel

Gerade wir in Vorarlberg leiden am Schwund der landwirtschaftlichen Bevölkerung sehr stark; wir haben nur noch 7 Prozent landwirtschaftliche Bevölkerung, und die Abwanderung ist noch immer nicht zur Ruhe gekommen. So müssen wir verzeichnen, daß im letzten Jahr 140 Ställe ihre Türe geschlossen haben und daß über 50 Alpen nicht mehr bewirtschaftet worden sind. Gerade der Milchpreis ist aber der Stundenlohn der Bauern. Ich möchte Sie, Herr Minister, fragen, ob Sie glauben, daß es vor allem für die Jugend noch attraktiv sein wird, in einem Bergbauernbetrieb Arbeit zu verrichten, wo der Bergbauernbetrieb nicht auf die Ackerwirtschaft umschalten kann.

Ich stelle die Frage: Sind Sie nicht auch der Auffassung, daß im Hinblick auf die Erhöhung des Krisengroschens (*Ruf bei der SPO: Das ist eine Rede!*) — das hängt alles mit der Frage zusammen —, die Erhöhung vom 27. November von 13,5 Groschen, die Preisentlastung von 13 Groschen, die Krisengroschenerhöhung am 1. März 1973, wieder eine Reduzierung um 10 Groschen, sodaß wir insgesamt also weniger haben als am 27. November 1972, der Ausdruck „Frotzelei“ doch gerechtfertigt ist?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. **Welhs:** Herr Abgeordneter Hagspiel! Ich glaube, daß Sie hier einem kleinen Irrtum unterlegen sind, denn gerade in Vorarlberg ist auch die Milchlieferung im Jahr 1972 um 3,6 Prozent gestiegen.

Darüber hinaus möchte ich Ihnen aber folgendes zu bedenken geben: Die Bergländer haben außer dem normalen Milchpreis den sogenannten Siloverzichtszuschlag von 30 Groschen, und sie erzeugen Emmentaler. Emmmentaler muß in überwiegenden Mengen exportiert werden. Die derzeitigen Stützungen, die für den Export notwendig sind, werden einen Umfang von rund 200 Millionen Schilling für das Jahr 1973 erfordern. Wenn Sie also Ihr Milchaufkommen diesem Erfordernis gegenüberstellen, so ist das sicherlich nicht eine Angelegenheit, die eine Einkommenseinbuße hervorruft, sondern die mit dazu beiträgt, dieses überschüssige Produkt auch entsprechend verkaufen zu können.

Bundesministerium für soziale Verwaltung

Präsident: Anfrage 3: Herr Abgeordneter Skritek (*SPO*) an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung.

866/M

Welche Erfahrungen hat man bisher mit dem Bundesgesetz über die Gewährung von Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen gemacht?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für soziale Verwaltung Vizekanzler Ing. **Häuser:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das Bundesgesetz über die Gewährung von Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen ist am 1. September 1972 in Kraft getreten. Seither sind eine Reihe von Anträgen bei den Landesinvalidenämtern eingelangt (etwa 30), die Mehrzahl allerdings erst gegen Ende des Jahres 1972 beziehungsweise erst 1973. Die Ermittlungen sind in den meisten Fällen umfangreich, weil zur Klärung der Anspruchsvoraussetzungen vor allem auch schadenersatzrechtliche und strafrechtliche Fragen beurteilt werden müssen. Überdies ist in vielen Fällen die Einholung eines ärztlichen Sachverständigengutachtens erforderlich, dessen Erstellung geraume Zeit in Anspruch nimmt. Bisher wurden drei Fälle positiv erledigt, bei einer Reihe von weiteren Fällen stehen die Ermittlungen vor dem Abschluß.

Es wurde dabei die Erfahrung gemacht, daß einige Ansuchen nur deswegen negativ erledigt werden mußten, weil die strafbare Handlung vor dem für den Anspruch auf Hilfeleistung maßgebenden Stichtag, das ist der 31. Dezember 1969, liegt.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Skritek:** Herr Vizekanzler! Aus Ihrer Antwort entnehme ich, daß einige Anträge nicht positiv erledigt werden können, weil Schwierigkeiten durch den Stichtag bestehen.

Herr Vizekanzler! Welche Maßnahmen sind von Ihrem Ressort zur Beseitigung dieser Schwierigkeiten in Aussicht genommen, die durch den Stichtag 31. 12. 1969 entstanden sind?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Ing. **Häuser:** Herr Abgeordneter! Ich habe vor kurzem den Entwurf einer Novelle zum Verbrechensofergesetz den einzelnen Klubs zur Stellungnahme übermittelt, in dem eine Rückverlegung des Stichtages vorgesehen ist, und habe die parlamentarischen Klubs ersucht, sie mögen auf dieser Basis eine Initiative entwickeln, um hier helfen zu können.

Präsident: Anfrage 4: Herr Abgeordneter Melter (*FPO*) an den Herrn Bundesminister.

921/M

Haben die innerhalb des Bundesministeriums für soziale Verwaltung bezüglich einer Neuregelung des Hilflosenzuschusses angestellten Überlegungen bereits zu einem konkreten Ergebnis geführt?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Vizekanzler Ing. Häuser: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Im Zuge der parlamentarischen Beratungen über die 29. Novelle zum ASVG hat sich der Ausschuß für soziale Verwaltung sehr eingehend mit der Problematik des Hilflosenzuschusses befaßt, was auch im Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung seinen Niederschlag gefunden hat, wo unter anderem folgendes ausgeführt wird:

„Eine entscheidende Verbesserung der Praxis bei der Zuerkennung des Hilflosenzuschusses kann nicht allein von der Gesetzgebung erwartet werden. Der Ausschuß hat zur Kenntnis genommen, daß der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger eine Arbeitsgruppe zum Studium dieser Problematik eingesetzt hat. Der Ausschuß erwartet von diesen Bemühungen, daß sie zu einer Verbesserung der Zuerkennungspraxis und, sofern sich dies als notwendig erweisen sollte, zu Vorschlägen für eine Gesetzesänderung führen.“

Die beim Hauptverband eingesetzte Arbeitsgruppe hat verschiedene Möglichkeiten der Neuregelung der Bestimmungen über den Hilflosenzuschuß erörtert und einen Textvorschlag für eine gesetzliche Änderung erarbeitet. Die Interessenvertretungen der Dienstnehmer und Dienstgeber sowie die Österreichische Ärztekammer, denen der Textvorschlag in weiterer Folge zur Prüfung vorgelegt wurde, haben hierzu unterschiedliche Stellungnahmen abgegeben und zum Teil Bedenken geltend gemacht. Im Hinblick darauf scheint mir die Übernahme der vom Hauptverband vorgeschlagenen Neufassung des § 105 a ASVG in das Gesetz nicht zweckmäßig.

Die Bemühungen, eine neue Formulierung der Bestimmungen über den Hilflosenzuschuß zu erarbeiten, die allen Anforderungen genügt, werden daher fortgesetzt. Unabhängig davon ist jedoch eine Empfehlung des Hauptverbandes an die Pensionsversicherungsträger vorgesehen, wonach die Anstaltspraxis bei der Zuerkennung des Hilflosenzuschusses einer Überprüfung unterzogen und bei der Gewährung von Hilflosenzuschüssen möglichst großzügig vorgegangen werden soll.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Melter: Herr Vizekanzler! Die Ausführungen, die Sie über die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme des Hilflosenzuschusses gemacht haben, sind sicher in Ordnung, und die Entwicklung, die eingeleitet wurde, ist zu fördern. Es ergibt sich nun die konkrete Frage: Was ist bisher an Überlegungen angestellt worden, um etwa die Differenz zwischen Mindest- und Höchstleistung zu be-

seitigen und die schlechtgestellten Pensionisten mit einem besseren Hilflosenzuschuß zu versehen?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Ing. Häuser: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe von dieser Stelle aus bereits mehrfach zu diesem Problem Stellung genommen. Wir haben mit der Schaffung des ASVG in diesem Sozialversicherungsbereich eine Regelung eingeschlagen, die festlegt, daß der Hilflosenzuschuß die Hälfte der Rente mindestens respektive höchstens beträgt. Das heißt mit anderen Worten, daß jemand, der eine höhere Pension bekommt, auch einen höheren Hilflosenzuschuß bekommt. Dieses System, das seit 1956 Rechtsgültigkeit hat, hat sich nun eingelebt, und niemand kann daran denken — geschweige denn so handeln —, jetzt denen, die schon einen höheren Hilflosenzuschuß haben, diesen höheren Zuschuß, der noch dazu dynamisiert wird, wegzunehmen. Das heißt, eine Lösung in dieser Richtung ist nur möglich, wenn man die niedrige Grenze an die höhere heranbringt.

Nun wissen Sie selbst sehr genau, daß wohl für den einzelnen dieser Grenzbetrag, der etwa 700 S ausmacht, sehr wertvoll wäre und vielleicht gar nicht so sehr als finanzielle Potenz ins Gewicht fällt; wenn man aber das mit Hunderttausenden multipliziert, dann ergibt das in einem Jahr einen Aufwand, der budgetär ganz einfach nicht zu tragen ist. Ich habe hier vor längerer Zeit einmal zu dem Problem des Teilhelflosenzuschusses an die 80jährigen berichtet, daß es 186.000 80jährige Pensionisten gibt. Wenn man diesen nur 300 S geben würde, wären das im Jahr 4200 S mal 160.000. Das ergibt einen Betrag von etlichen Hunderten Millionen Schilling. Das ist immer wieder die Kernfrage, und daher beabsichtige ich, auf diesem Gebiet schrittweise vorzugehen.

Präsident: Anfrage 5: Abgeordneter Doktor Schranz (SPÖ) an den Herrn Bundesminister.

867/M

Wie haben sich die Leistungen für die Landwirtschaft im Bereich der Sozialversicherung seit 1970 entwickelt?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Vizekanzler Ing. Häuser: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Antwort auf Ihre konkrete Anfrage wird etwas umfangreicher ausfallen, weil ich nach dem, was Sie gefragt haben, doch darauf verweisen muß, was seit 1970 im Rahmen der landwirtschaftlichen Sozialversicherung entwickelt wurde.

Wir haben mit der 1. Novelle zum Bauern-Pensionsversicherungsgesetz, Wirksamkeits-

6506

Nationalrat XIII. GP — 69. Sitzung — 4. April 1973

Vizekanzler Ing. Häuser

beginn 1. 1. 1971, die Milderung der Ausschlussgründe für den Anspruch auf Witwenpension festgelegt und mit Wirkung vom 1. 7. 1971 die Erhöhung der Witwenpension auf 60 Prozent der Versichertenpension; damit im Zusammenhang die außerordentliche Erhöhung der Richtsätze für die Ausgleichszulagen, wie das im allgemeinen ASVG-Bereich ebenfalls der Fall ist.

Mit der 2. Novelle zum Bauern-Pensionsversicherungsgesetz ist mit Wirkung vom 1. 1. 1973 die Herabsetzung der Altersgrenze für den Beginn der Versicherung auf 15 Jahre, die Versicherung der Angehörigen zwischen 15 und 18 Jahren zum halben Beitrag festgelegt worden; eine Erleichterung bei der Anrechnung von Schul- und Wehrdienstzeiten als Ersatzzeiten; ferner die Einführung des Wiederauflebens der Übergangswitwenrente aus der landwirtschaftlichen Zuschußrentenversicherung; die Reform des Ausgleichszulagenrechtes, verbunden mit einer außerordentlichen Erhöhung der Richtsätze, wobei insbesondere höhere Ausgleichszulagen für Verheiratete, die einen einkommenslosen Ehepartner haben, anfallen; weiters die Milderung der Bestimmungen über die Pauschalanrechnung von Ausgedingleistungen. Mit Wirkung vom 1. 7. 1973 wird im Rahmen dieser 2. B-PVG-Novelle die Milderung und schließlich ab 1. 7. 1974 die Aufhebung der Ruhensbestimmungen für die Sechstelberechnung bei der Witwenpension vorgenommen.

Im Bereich der Bauernkrankenversicherung ergibt sich seit 1970 mit der 4. Novelle zum B-KVG ab 1. 1. 1971 durch die Herabsetzung des mit der 3. Novelle zum B-KVG mit 6 Prozent der Pension festgesetzten Abzuges für die Krankenversicherung der Pensionisten auf 3 Prozent eine wesentliche Verminderung; ferner die Erweiterung des Anspruches auf Heilbehelfe und Erhöhung der Zuschüsse zu den Kosten eines Zahnersatzes.

Mit der 6. Novelle zum B-KVG erfolgte ab 1. 1. 1973 Herabsetzung der Altersgrenze für den Beginn der Versicherung, Einführung von Jugendlichenuntersuchungen und Erhöhung des Bestattungskostenbeitrages.

Mit 1. 1. 1974 ist vorgesehen — auch im Rahmen der 6. Novelle — die Einführung von Gesundenuntersuchungen, wie sie auch in anderen Bereichen der Krankenversicherung vorgenommen werden.

Der Leistungsaufwand der Bauern-Pensionsversicherung hat sich seit Inkrafttreten des Gesetzes in einem Ausmaß entwickelt, das weit über den bei der Gesetzwerdung angenommenen Größen liegt. Ein Vergleich der im Ausschlußbericht zum B-PVG enthaltenen Dar-

stellung der finanziellen Entwicklung mit der tatsächlich eingetretenen Entwicklung ergibt, daß jährlich um etliche Hunderte Millionen Schilling mehr aufgewendet werden.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Schranz:** Herr Vizekanzler! Sie haben auf den sehr stark gestiegenen Gesamtaufwand in der bäuerlichen Pensionsversicherung hingewiesen.

Können Sie mir dazu noch sagen, wie sich der Bundesanteil an den Ausgaben für die bäuerliche Pensionsversicherung in den Jahren 1970 bis 1973 entwickelt?

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Vizekanzler Ing. **Häuser:** Der Gesamtaufwand für die bäuerliche Sozialversicherung hat 1970 1927 Millionen und 1973 3960 Millionen Schilling betragen; das ist in diesen drei Jahren eine Steigerung von genau 2033,3 Millionen Schilling oder mehr als 100 Prozent.

Der Bundeszuschuß für die gesamte bäuerliche Sozialversicherung hat 1970 1042 Millionen betragen und macht 1973 2389 Millionen Schilling aus; das ergibt eine Steigerung von 1347 Millionen Schilling oder mehr als 130 Prozent.

Präsident: Eine weitere Frage.

Abgeordneter Dr. **Schranz:** Herr Vizekanzler! Diese gewaltigen Mehrleistungen für die bäuerliche Sozialversicherung schlagen sich auch in den Leistungen für den einzelnen Pensionsberechtigten nieder.

Wie haben sich die Durchschnittsrenten beziehungsweise Pensionen im Bereich der landwirtschaftlichen Zuschuß- beziehungsweise Pensionsversicherung von 1970 auf 1973 entwickelt?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Ing. **Häuser:** Die Pensionen nach dem Pensionsgesetz für die Bauern lassen sich mit 1970 nicht vergleichen, weil es 1970 noch keine Pensionen gegeben hat. Aber die Zuschußrenten lassen sich vergleichen.

Hier darf ich verweisen auf die Alterszuschußrente, die 1970 monatlich 476 S betragen hat und 1973 998 S monatlich beträgt, 14mal im Jahr.

Die Witwenzuschußrente stieg von 1970 auf 1973 von 388 auf 867 S und die Waisenzuschußrente von 142 S 1970 auf 500 S 1973.

Bundesministerium für Landesverteidigung

Präsident: Anfrage 6: Herr Abgeordneter Dr. Bauer (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung.

919/M

Weshalb haben Sie fünf Tage (13. bis 17. März 1973) gebraucht, um in Zypern ein einziges österreichisches Bataillon und ein Feldlazarett zu besichtigen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Landesverteidigung **Lütgendorf:** Herr Präsident! Hohes Haus! Zunächst darf ich hinsichtlich der Dauer meines Besuches beim UN-Kontingent in Zypern klarstellen, daß für das Besuchsprogramm tatsächlich nur drei Tage zur Verfügung standen. Meine Abreise erfolgte nämlich am 13. März 1973 um 11 Uhr 35, mein Rückflug am 17. März 1973 um 10 Uhr 10. Es standen daher für das umfangreiche Inspektions- und Besuchsprogramm lediglich der 14., 15. und 16. März 1973 zur Verfügung.

Ich habe in diesem Zeitraum das auf zwei Lager und sieben Stützpunkte verteilte österreichische UN-Bataillon, dessen Einsatzraum sich auf den etwa 1500 Quadratkilometer großen Distrikt Paphos erstreckt, sowie das österreichische Feldlazarett in Kokkini Trimithia inspiziert. Ferner habe ich auch das österreichische Polizeikontingent besucht, um mich über dessen Aufgaben und Probleme sowie die Kontakt- und Koordinierungsmöglichkeiten der österreichischen Kontingente untereinander näher zu informieren. Außerdem fanden noch neben den bei solchen Gelegenheiten üblichen Besuchen bei den maßgebenden politischen Persönlichkeiten Zyperns, wie insbesondere bei Erzbischof Makarios und beim zypriotischen Verteidigungsminister Orek, Arbeitsgespräche im Hauptquartier der UN-Streitkräfte in Nikosia statt.

Angesichts dieses umfangreichen Inspektions- und Besuchsprogramms erscheint mir der dafür verwendete Zeitraum von drei Tagen wohl sicherlich nicht zu hoch bemessen.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Bauer:** Nach der versuchten Miniaturentlastungsoffensive, wenn ich das militärisch sagen darf, des Herrn Kollegen Dr. Schranz für die Bundesregierung, die es dem Herrn Vizekanzler Ing. Häuser erlaubt hat, hier offenbar als Entlastung für die Regierung zu antworten und wieder darauf hinzuweisen, wieviel für die Bauern getan wird — wir wissen schon, was, nachdem wir den Zorn des Herrn Bundeskanzlers im Fernsehen gesehen haben —, werden Sie, Herr Bundesminister Lütgendorf, mir jetzt nicht so leicht auskommen. Das werden Sie mir erlauben.

Wenn Sie erklären, daß Sie von Ihrem Standpunkt aus nur drei Tage Zeit hatten, dort unten in Zypern Truppen zu visitieren,

möchte ich Ihnen sagen, daß mir als langjährigem Mitglied des Verteidigungsausschusses nicht bekannt ist, daß Sie so viel Zeit zur Visitation von Truppen im eigenen Land aufgewendet hätten.

Was Sie beim Polizeikontingent kompetenzmäßig zu tun haben, ist überhaupt ein Rätsel. Denn das Polizeikontingent wird Ihnen wahrscheinlich niemals unterstehen und niemals unterstanden sein, es sei denn, Sie hatten einen Auftrag der Bundesregierung. Das würde sicherlich das Haus, und nicht nur das Haus, sondern auch die Öffentlichkeit brennend interessieren.

Ich komme, Herr Bundesminister, zu meiner konkreten ersten Zusatzfrage: Welche Kosten sind der Republik Österreich erwachsen durch Ihren Besuch eines Kontingentes, das gar nicht Ihrem Kommando untersteht, sondern das als UN-Kontingent von einem, wie mir bekannt ist, indischen General kommandiert wird?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Lütgendorf:** Wenn ich den Vergleich ziehe zwischen dem Besuch meines Amtsvorgängers Herrn Abgeordneten Doktor Prader im Jahre 1968 in Zypern, der sich ebenfalls fünf Tage, also drei Tage (*Zwischenrufe und Hört! Hört!-Rufe bei der SPO*) aufgehalten hat, wobei damals lediglich das Feldlazarett auf Zypern war und kein UNO-Bataillon, so sind die Reisekosten des damaligen Besuches zu meinen Kosten etwa in gleicher Höhe anzusprechen, plus der in der Zwischenzeit für solche Dienstreisen eben erwachsenen Zusatzkosten.

Präsident: Eine weitere Frage.

Abgeordneter Dr. **Bauer:** Ich habe den Herrn Bundesminister Lütgendorf nicht darum gefragt, ob sein Amtsvorgänger, gar nicht sein unmittelbarer Amtsvorgänger ... (*Neuerliche Zwischenrufe bei der SPO*.) Nur nicht aufgeregt, meine Herren von der Linken, nur nicht aufgeregt! Sie werden schon noch sehen, was ich frage.

Ich habe nicht gefragt, ob der Herr Bundesminister Prader dort war, der, Herr Minister, noch in der Zeit, in der Sie als aktiver Offizier tätig waren — das werden Sie mir bescheinigen müssen —, österreichische Kontingente im Inland in einem weit größeren Ausmaß inspiziert hat, als Sie das tun. Aber Sie haben so viele Verpflichtungen im Ausland, daß das für mich der Aufhänger war und ist, verehrter Herr Bundesminister, jetzt zu meiner zweiten Zusatzfrage zu kommen, wobei ich Ihnen noch sagen möchte — auch Ihnen, meine Herren von der Linken —, daß der Herr Bundesminister Prader, sehr zum Unterschied von

6508

Nationalrat XIII. GP — 69. Sitzung — 4. April 1973

Dr. Bauer

Ihnen, wenn ich der „Kleinen Zeitung“ folge, bei seinem Besuch in Zypern jedenfalls nicht sozialistische Wahlgeschenke verteilt hat. Das halten wir einmal fest. Der Herr Bundesminister Dr. Prader hatte jedenfalls nicht, so wie auch andere Minister, die ressortmäßig im Inland zu bleiben hätten, wenn ich etwa den Herrn Innenminister hier erwähnen darf, ein so ausführliches Reiseprogramm in seinem Ministerkatalog.

Ich räume ein, daß der Herr Bundeskanzler und der Herr Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten und andere Herren dieses Kabinetts selbstverständlich auch ins Ausland zu fahren haben. Aber in diesem Ausmaß, verehrter Herr Minister, tut das keiner, und es fällt auf. Es fällt vor allem auf — und jetzt komme ich zur zweiten Zusatzfrage —, daß Sie an einem Tag, an dem in diesem Haus der Rechnungshofbericht im Ausschuß zur Diskussion steht, sich durch einen Herrn Ihres Hauses vertreten lassen. Es ist üblich da und dort, daß man das tut. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Warten Sie doch einen Augenblick, ich komme schon darauf! Die Herren Minister lassen sich durch ressortzugehörige hohe, höchste Beamte vertreten. Auch ich weiß das, denn ich habe x-mal an diesen Besprechungen auch teilgenommen, habe mir diese Beratungen angehört. Ich darf Ihnen sagen, daß immer Sektionschefs den Ressortminister vertreten. Sie haben keinen Dreistern-General geschickt, sondern einen Brigadier, der sicherlich hochachtbar ist, aber Sie haben sich entschuldigen lassen.

Wo waren Sie, Herr Bundesminister, als der Rechnungshofausschuß beraten hat? Stimmt das, daß Sie sich zu dem Zeitpunkt, als der Rechnungshofausschuß hier im Haus tagte und Ihr Ressort durchleuchtete, zwar nicht in Zypern aufgehalten haben, daß Sie aber eine Reise zu einem Preisschießen des Internationalen Militärsportverbandes nach Luxemburg unternommen haben? Das ist meine konkrete Frage.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lütgendorf: Zuerst einmal darf ich Ihnen, sehr geehrter Herr Abgeordneter, sagen, daß selbstverständlich der zuständige Sektionschef im Rechnungshofausschuß anwesend gewesen wäre, wenn er nicht leider an einer sehr schweren Herzattacke darniederliegen würde. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Sie werden selbst auch wissen, Herr Abgeordneter, daß jede Sektion ein klar zugewiesenes Aufgabengebiet zu bearbeiten hat (*Abg. Horr: Das weiß er ja nicht! — Abg. Dr. Bauer: Dazu brauche ich Sie!*) und daß daher nach der Geschäftseinteilung des Mini-

steriums für die Bearbeitung der Einschauberichte des Rechnungshofes die Sektion I und nach der Umorganisation der Zentralleitung die Kontrollabteilung, die mir unmittelbar untersteht, zuständig ist. Der langjährige Bearbeiter der gesamten Rechnungshofangelegenheiten, der Brigadier-Intendant Doktor Schneider, war daher auch zugegen.

Es tut mir leid, daß Sie falsch orientiert wurden, Herr Abgeordneter: Ich habe mich nicht an einem Preisschießen beteiligt. Es war zu dieser Zeit eine Sitzung des Exekutivkomitees vom Internationalen Militärsportverband, ein Termin, der bereits Ende vergangenen Jahres festgelegt wurde. Ich glaube, wir könnten eigentlich stolz darauf sein, daß Österreich in diesem Verband, der 50 Nationen umfaßt, der ein weltweiter Verband ist (*Zwischenrufe bei der ÖVP — demonstrativer Beifall bei der SPÖ — Abg. Dr. Fiedler: Das ist Ihnen wichtiger als das Parlament!*), daß also auch Österreich in diesem Verband vertreten ist. (*Abg. Hahn: Wo ist denn das Geld vom Heeressport?*)

Ich habe mich bemüht, rechtzeitig bekanntzugeben, daß ich zu dem festgesetzten Zeitpunkt der Sitzung hinsichtlich des Termins keinen Einfluß habe, und habe gebeten, ob es möglich wäre, daß die Behandlung des Kapitels 40, Landesverteidigung, im Rechnungshofausschuß vielleicht zu einem anderen Zeitpunkt erfolgen könnte, was nicht möglich war. (*Abg. Dr. Fiedler: Hätte nicht jemand anderer fahren können als Sie? — Abg. Peter: Herr Bauer, was haben Sie dagegen? — Abg. Dr. Schranz: Bauer möchte nach dem Wiesinger auch den Prader abschießen! — Abg. Wielandner: So eine Anfrage! Eine traurige Geschichte! — Ruf bei der ÖVP: Schaut doch ihr, wie ihr mit dem Sima zusammenkommt! Das wäre besser!*)

Präsident: 7. Anfrage: Frau Abgeordnete Anneliese Albrecht (SPÖ) an den Herrn Bundesminister.

880/M

Ist der amtierende Truppenarzt dazu berechtigt, sich über die Feststellung des Heeresspitals betreffend Tauglichkeit oder Untauglichkeit hinwegzusetzen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Lütgendorf: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Um Mißverständnisse hinsichtlich der im vorliegenden Zusammenhang relevanten Begriffe zu vermeiden, darf ich einleitend darauf hinweisen, daß gemäß § 21 des Wehrgesetzes die Feststellung der Eignung Wehrpflichtiger zum Wehrdienst den Stellungskommissionen obliegt. Diese Kommissio-

Bundesminister Lütgendorf

nen haben jeweils nach Erstattung eines ärztlichen Gutachtens bzw. gegebenenfalls nach Durchführung einer fachärztlichen Untersuchung die Tauglichkeit des einzelnen Wehrpflichtigen festzustellen.

Für die Feststellung der Dienstfähigkeit des einzelnen Soldaten dagegen ist gemäß § 23 der Allgemeinen Dienstvorschriften für das Bundesheer der Militärarzt zuständig. Sofern in diesem Zusammenhang eine fachärztliche Untersuchung notwendig erscheint, ist durch entsprechende Anordnungen sichergestellt, daß ein Facharzt beigezogen wird, wobei für den Raum Wien und Umgebung diesbezüglich die Fachärzte des Heeresambulatoriums zur Verfügung stehen.

Da aber letztlich nur der unmittelbar zuständige Militärarzt in der Lage ist, die an den Soldaten im Einzelfall gestellten Anforderungen sowie die sonstigen besonderen Gegebenheiten abschließend zu beurteilen, kann auch ein fachärztliches Gutachten des Heeresambulatoriums verständlicherweise nur eine Entscheidungshilfe für den zur Entscheidung berufenen und hierfür verantwortlichen Militärarzt darstellen.

Es kann also vereinzelt vorkommen, daß dieser Militärarzt trotz einer im fachärztlichen Gutachten festgestellten geringfügigen Gesundheitsbeeinträchtigung nach Abwägung sämtlicher im vorliegenden Fall maßgeblichen Umstände zumindest eine beschränkte Dienstfähigkeit feststellt.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordnete Anneliese Albrecht: Wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Bundesminister, ist es aber dem Truppenarzt nicht möglich, sich über die Tauglichkeits- oder die Untauglichkeitsfeststellung, etwa durch das Heeresspital, hinwegzusetzen.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lütgendorf: Frau Abgeordnete! Ich habe mich bitte vielleicht nicht verständlich genug ausgedrückt.

Es stellt jedes fachärztliche Gutachten, auch ein solches des Heeresambulatoriums, eine Entscheidungshilfe für den zuständigen Truppenarzt oder Militärarzt dar. Er allein ist verantwortlich in der Beurteilung der Dienstfähigkeit des Soldaten. Es kann vorkommen, daß er im einzelnen Fall dieses fachärztliche Gutachten unter Berücksichtigung der — sagen wir es so — Belastbarkeit in einer bestimmten Verwendung des Soldaten als nicht so relevant betrachtet und beurteilt, daß er ihn dann zum Beispiel als nicht dienstfähig schreibt.

Präsident: Zweite Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordnete Anneliese Albrecht: Wenn ein Präsenzdienster den Militärarzt um eine Untersuchung ersucht, ist der Arzt dann dazu verpflichtet, diese Untersuchung durchzuführen, oder kann er das auch unter Umständen verweigern?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lütgendorf: Der Truppenarzt bzw. der Militärarzt ist verpflichtet, die Untersuchung vorzunehmen, wenn sich der Präsenzdienster ordnungsgemäß zur sogenannten Morgenvisite als krank gemeldet hat.

Präsident: Anfrage 8: Herr Abgeordneter Koller (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung.

920/M

Herr Minister, wie war detailliert die Belagstärke in den letzten eineinhalb Jahren in der Kaserne Fehring und den übrigen kleinen Kasernen im südburgenländisch-steirisch-kärntnerischen Raum?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Lütgendorf: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Bevor ich auf die vorliegende Anfrage näher eingehe, darf ich daran erinnern, daß ich zum gegenständlichen Fragekomplex bereits früher im Rahmen zweier schriftlicher Anfragebeantwortungen Stellung genommen habe. Wenn ich daher nunmehr die Belagstärken der angesprochenen Kasernen in den letzten eineinhalb Jahren nenne, so erscheint es, wie bereits seinerzeit erwähnt, wichtig, zu berücksichtigen, daß der jeweilige Belag in den einzelnen Kasernen im Hinblick auf organisatorische und ausbildungsmäßige Gesichtspunkte ständig gewissen Schwankungen unterworfen ist.

Unter diesem Gesichtspunkt darf ich nun die jeweilige Belagstärke, und zwar für die Kaserne Fehring, wobei als Stichtage die einzelnen Einberufungstermine vom 15. Juni 1971 bis 1. Februar 1973 herangezogen wurden, angeben:

15. Juni 1971: 219, 1. Oktober 1971: 237, 1. Februar 1972: 146, 2. Juni 1972: 139, 2. Oktober 1972: 234 und 1. Februar 1973: 243.

Ich habe auch die Belagstärken für alle übrigen Kasernen im Grenzraum für die gleichen Zeiträume hier. Ich möchte aber doch bitten, auf Grund militärischer Rücksichtnahmen auf die detaillierten Zahlenangaben in der Öffentlichkeit zu verzichten. Ich bin gerne bereit, Herr Abgeordneter, Ihnen diese schriftlich, wenn Sie es wünschen, zu übermitteln.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Koller: Herr Minister! Selbstverständlich respektiere ich Ihre Auffassung bezüglich der militärischen Geheimhaltung, obwohl ich mir die Bemerkung erlaube, daß Sie in anderen Fällen — ich denke an den Abgeordneten Mondl — nicht so zimperlich waren. Aber das nur vorweg.

Die Kaserne Fehring, um bei diesem Beispiel zu bleiben, hat bekanntlich eine Belagsmöglichkeit von etwa 350 Mann.

Die von Ihnen angegebenen Zahlen, Herr Minister, sind etwa die Hälfte bis zwei Drittel.

Man muß auch wissen, daß diese Belagstärke — das haben Sie, Herr Minister, wohlweislich verschwiegen — immer nur vom Beginn des Einberufungstermines auf etwa vier bis fünf Wochen während der Ausbildungszeit gegeben ist, daß dann die Mannschaften abgezogen werden und daß diese Kaserne die übrige Zeit weitestgehend mit 20 bis 30 Mann sozusagen symbolhaft besetzt ist. Das ist die Wirklichkeit.

Herr Minister! Konkret die Frage: Ist dieser Unterbelag — nicht nur die Gemeinde und der Bürgermeister, sondern auch die Bevölkerung sind der Überzeugung, daß diese neuerbaute Kaserne unterbelegt ist — eine Folge Ihrer Maßnahmen, die Sie in der letzten Zeit auf dem militärischen Sektor gesetzt haben?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Lütgendorf: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Diese Kaserne wurde jedenfalls noch vor dem Jahre 1970 erbaut, und zwar in einer Größenordnung, daß sie für eine Kompanie zu groß und für zwei Kompanien zu klein ist. (*Abg. Steininger: Prader!*)

Es ist sehr schwierig, gerade für die Kaserne Fehring ein eigenes Organisationsschema zu erfinden, um dort eine Ausnahme zu machen und irgendeinen Verband hineinzulegen, der dann eigentlich organisatorisch in die Gesamtgliederung wieder nicht hineinpassen würde.

Es wird immer wieder der Fall sein, daß wir in ganz bestimmten Garnisonen vorübergehend eine kleinere Belagstärke haben werden. Das bringt an sich schon das Gesamtsystem mit sich, daß in bestimmten Garnisonen bei bestimmten Truppenkörpern Wehrpflichtige für die Territorialorganisation grundauszubilden sind, die dann auf die einzelnen Dienststellen der territorialen Organisation aufgeteilt werden.

Präsident: Zweite Frage. Bitte.

Abgeordneter Koller: Herr Minister! Ich halte fest, daß Sie die eben von mir geschil-

derten Zustände der zeitweiligen Unterbelegung bejahen.

Ich schicke voraus, daß bekannt ist, daß die Kaserne Fehring in einem Grenzgebiet liegt, wo die Bevölkerung allein im Jahre 1956 während der Ungarnkrise der Ziel- beziehungsweise Durchzugspunkt von etwa 70.000 Flüchtlingen war. Sie werden daher verstehen, Herr Minister, daß die Bevölkerung etwas andere Vorstellungen vom Schutz der Grenze und den damit zusammenhängenden Dingen hat, als sie vielleicht anderswo zutreffen mögen.

Andererseits sagen Sie, Herr Minister, daß die Kaserne für eine Kompanie zu groß, für zwei Kompanien zu klein sei und daß man ein Schema für jede einzelne Kaserne nicht finden könne.

Ich habe den Eindruck, daß Sie oder Ihre Herren sich in dieser Richtung, glaube ich, auch sehr wenig bemühen, denn der Bürgermeister der Stadtgemeinde Fehring hat Sie dreimal eingeladen, sich persönlich von der Situation und den Gegebenheiten zu überzeugen. Sie haben ihm wohl dreimal zugesagt. Ich nehme nicht an, daß das Wahlversprechen waren, sondern es waren Zusagen, die Sie bis jetzt nicht eingehalten haben.

Daher konkret die Frage in bezug auf diese sehr prekäre Situation dort unten: Herr Minister! Was gedenken Sie nun mit dieser Kaserne in Fehring und analog vielleicht auch mit den übrigen kleinen Kasernen in Zukunft zu tun? Wollen Sie sie zusperren, wollen Sie sie liquidieren, wollen Sie sie verkaufen, oder was soll damit geschehen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lütgendorf: Es ist weder vorgesehen, daß diese kleinen Kasernen zugesperrt, noch auch, daß sie verkauft oder liquidiert werden.

Bundeskanzleramt

Präsident: Anfrage 9: Herr Abgeordneter Dr. Kotzina (ÖVP) an den Herrn Bundeskanzler.

885/M

Aus welchen Gründen hat es die Bundesregierung bisher verabsäumt, im Sinne der vom Land und den Interessenvertretungen gemeinsam erarbeiteten Vorschläge zur Bekämpfung der Abwanderung in den oberösterreichischen Grenzgebieten die geforderten Maßnahmen zu setzen, zumal sich der Abwanderungstrend in beängstigender Weise verstärkt und bereits Mitte 1972 die Rekordmarke von 52.000 in Bayern beschäftigten Österreichern erreicht hat?

Präsident: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Herr Abgeordneter Dr. Kotzina! Ich möchte Ihre Frage beantworten und mitteilen, daß in der österreichischen Raumordnungskonferenz — das ist eine Institution, die vor ungefähr zwei Jahren geschaffen wurde und der der Bund, die Bundesländer und die Gemeinden sowie die Interessenvertretungen angehören —, einem zuständigen Unterausschuß der sogenannten OROK, der Bund bereits im Dezember 1972 ein umfangreiches Paket von Maßnahmen zur Bekämpfung der Abwanderung heimischer Arbeitskräfte nach Bayern ausgearbeitet und dieser Kommission zugeleitet hat.

In Verfolgung der in diesem Bericht angekündigten Bundesmaßnahmen haben die Wirtschaftsexperten des Handelsministeriums im oberösterreichischen Grenzraum eine Betriebsbefragungsaktion durchgeführt, um auf die besonderen Probleme und Wünsche der industriell-gewerblichen Betriebe dieses Gebietes besser eingehen zu können.

Die Ergebnisse dieser Befragung sollen vor allem dazu dienen, bei der Vergabe der Mittel aus dem EE-Fonds, aus dem ERP-Fonds entsprechende Richtlinien zu bekommen, um diese Mittel eben in diesen Gebieten strukturverbessernd und optimal einsetzen zu können.

Seit dem 1. Jänner 1973 gelten auf Grund des Einkommensteuergesetzes eine Reihe von neuen steuerlichen Investitionsbegünstigungen. So besteht nun ein Satz von 50 Prozent für die vorzeitige Abschreibung beweglicher Wirtschaftsgüter, der damit gleich hoch ist wie in Bayern. In den Kalenderjahren 1974 bis 1976 wird eine zusätzliche Sonderabschreibung von 25 Prozent der Anschaffungs- und Herstellungskosten gewährt werden. Im Parlament stand außerdem eine Novelle zum Arbeitsmarktförderungsgesetz zur Beschlußfassung, mit der den spezifischen Problemen des Arbeitsmarktes in den Grenzgebieten so weit als möglich Rechnung getragen wird. Das Sozialministerium hat außerdem eine Reihe von Sofortmaßnahmen in diesen Grenzgebieten Oberösterreichs und Salzburgs getroffen, um die angespannte Arbeitsmarktsituation zu erleichtern.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Kotzina**: Herr Bundeskanzler! Sind Ihnen die Maßnahmen bekannt, die von der oberösterreichischen Landesregierung gemeinsam mit der Wirtschaftskammer, mit der Arbeiterkammer und mit der Landwirtschaftskammer vorgeschlagen wurden und auf Grund deren Realisierung man vom Bund erwartet, daß sich dann die Verhältnisse wesentlich bessern? Aber nicht nur dieser Maßnahmenkatalog, der in Oberösterreich für das

dortige Grenzgebiet erarbeitet wurde, sondern auch die Maßnahmen, die dann von einem Unterausschuß des Sozial- und Wirtschaftsbeirates der Paritätischen Kommission unter Vorsitz von Dr. Lachs, dem wirtschaftspolitischen Referenten des Gewerkschaftsbundes, erarbeitet wurden, wurden der Bundesregierung mit dem Ersuchen vorgelegt, diese Maßnahmen auch zu respektieren.

Herr Bundeskanzler! Sind außer diesen von Ihnen in Aussicht gestellten Maßnahmen weitere Maßnahmen, die in diesem Maßnahmenkatalog, der auf der Sozialpartnerebene erarbeitet wurde und der frei von irgendwelchen einseitigen Vorschlägen ist, enthalten sind, von Ihnen zur konkreten Durchführung in der nächsten Zeit vorgesehen?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Herr Abgeordneter Dr. Kotzina! Ich war vorigen Samstag selber in diesem Gebiet und habe zusammen mit dem Herrn Finanzminister, dem Herrn Handelsminister und dem Herrn Staatssekretär Dr. Veselsky an einer Zusammenkunft mit Industriellen aus dem Schärdinger Bereich teilgenommen. Wir haben in einer stundenlangen Aussprache, die in sehr ruhigen und urbanen Formen erfolgt ist — ich wiederhole: in sehr ruhigen und außerordentlich urbanen Formen —, ein sehr sachliches, wie ich glaube, auch sehr nützliches Gespräch führen können. Dabei konnten uns die Industriellen an Hand ihrer eigenen Erfahrungen deutlich machen, welchen Problemen sie sich in diesem Gebiet gegenüber befinden.

Die Forderungen sind uns dann in einem Dokument in übersichtlicher Form, in verständlicher Form — man konnte auch hören, was gefordert wurde — übergeben worden. Ich habe den Herren die Zusage gemacht, daß wir zusammen, die Minister, die dort anwesend waren, alles tun werden, um hier möglichst Abhilfe zu schaffen. Ich kann Ihnen aber nicht verhehlen, Herr Bundesminister außer Dienst, daß sich dort ein Problem stellt, das so ohne weiteres durch Förderungsmaßnahmen nicht zu überwinden ist, nämlich das Problem, daß im deutschen Bereich höhere Löhne bezahlt werden als im österreichischen Bereich. Das Problem erfährt noch eine Verschärfung dadurch, daß jeder Unternehmer, der dort einen neuen Betrieb eröffnet, mit einer besonderen Förderung in einem Ausmaße rechnen kann, das bei uns budgetär nicht verkraftet werden kann. Es kommt noch hinzu, daß die Förderungsmaßnahmen, die auf der anderen Seite getroffen werden, nicht immer zielführend sind, weil sie in Wirklichkeit nicht der Erhöhung der Beschäftigung der dort einheimischen

Bundeskanzler Dr. Kreisky

Bevölkerung dienen, sondern in Wirklichkeit einen außerordentlich starken Sog auf die Arbeitskräfte aus österreichischem Gebiet ausüben. Das ist eine Tendenz, die sich noch dadurch verstärkt hat, daß im Laufe der währungspolitischen Entwicklung eine Differenz von ungefähr 12 Prozent in der Bewertung der Mark zum Schilling eingetreten ist, was uns umsomehr in der Auffassung bestärkt hat, daß wir richtig gehandelt haben, als wir das letzte Mal nicht abgewertet haben, sondern in der Nähe der Mark geblieben sind.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Kotzina: Herr Bundeskanzler! Sie haben darauf hingewiesen, daß in einer sehr ruhigen und sachlichen Atmosphäre von Exponenten der Wirtschaft in Schärding mit Ihnen Vorschläge zusätzlich erarbeitet wurden, die ja nunmehr auch die Grundlage für Maßnahmen darstellen sollen, die der Bund in die Wege leitet, um der Wirtschaft des Grenzgebietes auch entsprechende Schützenhilfe zu leisten.

Werden Sie, Herr Bundeskanzler, diese weiteren Überlegungen mit den betroffenen Kammern und den betroffenen Landesregierungen gemeinsam erörtern?

Die zweite Frage, die sich daraus ergibt: Wann ist damit zu rechnen, daß auf Grund dieser Unterlagen, die Sie nunmehr von allen Seiten bekommen haben, auch die entsprechenden Entscheidungen getroffen werden?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Herr Abgeordneter Dr. Kotzina! Selbstverständlich wird in der nüchternsten und sachlichsten Weise mit den hiefür in Betracht kommenden Stellen gesprochen werden, auch in der Absicht, ein Maximum an Möglichkeiten einer Lösung zuzuführen. Ich muß aber darauf verweisen, daß es dabei auch Probleme gibt, die sich von der Bundesregierung allein nicht bewältigen lassen. Wir legen aber größten Wert darauf, daß vor allem in diesen Gebieten die Infrastruktur verbessert wird, weil das eine Voraussetzung für die industrielle Entwicklung ist.

Darf ich bei dieser Gelegenheit darauf verweisen, daß wir dem raschen Ausbau der Infrastruktur insofern große Bedeutung beimessen, als wir den Bau der Innkreisautobahn sowie der Innviertler Schnellstraße sowie der Braunauer Schnellstraße nun im Dringlichkeitskatalog für weite Streckenabschnitte in der ersten und zweiten Rangstufe eingereiht haben.

Ich möchte außerdem darauf verweisen, daß bei den Besprechungen, die in Schärding am vergangenen Sonntag stattgefunden haben,

Übereinstimmung zwischen dem Herrn Bundesminister Dr. Vogel aus der Bundesrepublik Deutschland und mir sowie meinen Mitarbeitern bestand, daß unverzüglich Kontakte etabliert werden müssen, um zu verhindern, daß wir aneinander vorbei Förderungsmaßnahmen treffen, die ins Leere gehen. Das scheint uns das allerwichtigste zu sein, und man hat dafür auch größtes Verständnis. Man kann auch auf Förderungsmaßnahmen auf deutscher Seite nicht verzichten, weil vor allem der Druck seitens der bayrischen Staatsregierung sehr groß ist, daß diese Förderungsmaßnahmen getroffen werden. So muß also alles getan werden, sodaß wir wenigstens zu einer gewissen Abstimmung miteinander kommen. Ich werde sicher nicht verfehlen, die Herren der Bundeswirtschaftskammer, die, wie gesagt, in sehr urbanen und sachlichen Formen mit uns verkehren, auch in entsprechender Weise zu informieren.

Ich lege aber Wert auf die Feststellung, daß alle Maßnahmen, die getroffen werden, nicht im entferntesten etwa dazu führen dürfen, daß die Freizügigkeit der Arbeitskräftewanderung in irgendeiner Weise eingeschränkt werden darf. (*Abg. Dr. Kotzina:* Das ist nicht verlangt worden!) Es ist dies ein Element der Demokratie, daß, so wie es die Pressefreiheit gibt, es auch das Recht jedes einzelnen ist, sich den Arbeitsplatz dort zu suchen, wo er ihn am besten findet.

Präsident: Anfrage 10: Herr Abgeordneter Kraft (ÖVP) an den Herrn Bundeskanzler.

888/M

Im Hinblick auf verschiedene Pressemeldungen der letzten Zeit, denen zufolge Sie, Herr Bundeskanzler, erklärt hätten, daß unter den verschiedenen Maßnahmen zur Sicherung der WTK auch solche auf gesetzgeberischem Gebiet zu erwarten seien, frage ich Sie: Welche gesetzgeberische Maßnahmen zur Sicherung des dortigen Bestandes der Wolfsegg-Traunthaler Kohlenwerks AG plant die Bundesregierung?

Präsident: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Herr Abgeordneter Kraft! Die Bundesregierung hat mit dem dem Nationalrat vorgelegten, vom Parlament vor kurzem verabschiedeten neuen Bergbauförderungsgesetz 1973 im Sinne der Erhaltung von gesunden Bergbauen Vorsorge getroffen. So können nunmehr auch Bergbaubetriebe wie die Wolfsegg-Traunthaler Kohlenwerks A. G., die noch über beträchtliche Barmittel verfügen, in die staatliche Bergbauförderung in erhöhtem Maße einbezogen werden. Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß im Jahre 1971 für den Kohlenbergbau 78,2 Millionen und im Jahre 1972 63,8 Millionen Schil-

Bundeskanzler Dr. Kreisky

ling an Beihilfen gewährt wurden. Davon sind im letzten Jahr 10 Millionen Schilling auf die WTK entfallen.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Kraft: Herr Bundeskanzler! In Ihrer Aussage sprechen Sie von künftigen gesetzgeberischen Maßnahmen. Mich hätten diese künftigen Maßnahmen interessiert.

Eine weitere Frage: Was hat Sie beziehungsweise die Sozialistische Partei momentan zu dieser Kehrtwendung veranlaßt, denn alle bisherigen Aussagen gehen in eine andere Richtung? Es ist wohl seitens der ÖVP Oberösterreichs immer wieder der Standpunkt vertreten worden, daß nicht momentan beziehungsweise schon in den nächsten Jahren zugesperrt werden soll; es hat aber der sozialistische Landeshauptmann-Stellvertreter Demuth am 24. 2. 1972 bereits nur mehr den Abbau in der Grube Schmitzberg vorgeschlagen. Es haben sozialistische Funktionäre der Arbeiterkammer und der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter bei einer Vorsprache bei Landeshauptmann Dr. Wenzl am 1. März 1972 ebenfalls eine Reduzierung vorgeschlagen, nämlich der Angestellten von derzeit rund 140 auf 75, die der Arbeiter von 900 auf 400 bis 500. Sie waren weiters laut „Tagblatt“ vom 1. 3. 1972 der Meinung, daß ein Auslaufen unvermeidlich ist und daß eben in der Auslaufperiode — es wurde damals von fünf Jahren gesprochen — Härten vermieden werden sollten. Ein Reorganisationskonzept der OIAG sieht ebenfalls eine Schließung und einen Abbau nur mehr in Schmitzberg vor. Es hat der Bundesminister Staribacher am 27. 4. 1972 erklärt, daß die Regierung selbstverständlich einen Energieplan besitzt. (*Rufe bei der SPÖ: Fragestunde! Frage!*) Wohl hat er unlängst erklärt, daß die Regierung an einem Plan arbeitet.

Ich darf Sie daher fragen, Herr Bundeskanzler: Sind die Erklärungen seitens des Landeshauptmannes Demuth, des Bundesministers Staribacher, der OIAG, der sozialistischen Fraktion der Arbeiterkammer und der sozialistischen Fraktion in der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter über die Schließung der WTK ungültig oder unrichtig, beziehungsweise was hat die Regierung im Hinblick auf allfällige Fusionierung mit der WTK, aber auch mit der SAKOG vor?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Zu dem Problem ist zu sagen, daß sich die Frage der Schließung bei einem Bergwerk immer erst dann stellt, wenn die Kohlenvorräte zu Ende gehen oder nicht mehr in einer entsprechenden Weise, die wirtschaftlich vertretbar ist, gefördert wer-

den können. Ich habe jedenfalls schon vor längerer Zeit erklärt, daß Österreich aus verschiedenen Gründen gezwungen ist, seine Rohstoffressourcen nach neuen Gesichtspunkten zu überprüfen. Dazu gehört nicht nur die aktuelle wirtschaftliche Lage, sondern auch die neutralitätspolitische Situation. Was die WTK betrifft, stehen jedenfalls momentan zur Sicherung des Fortbestandes der WTK verschiedene betriebsinterne Rationalisierungsmöglichkeiten — so erfahre ich, denn ich leite ja dieses Unternehmen nicht — in Diskussion, wie zum Beispiel die Umstellung auf ein Monoprodukt, nämlich die Kraftwerkskohle. Außerdem wird es weitere Maßnahmen zur Sicherung der heimischen Rohstoffbasis geben, die sich im Zusammenhang mit dem neuen Berggesetz ergeben werden.

Ich möchte Ihnen aber, Herr Abgeordneter, die absolute Zusicherung geben, daß jedenfalls bei keinem Bergwerk so verfahren wird wie seinerzeit im Lavanttal (*Beifall bei der SPÖ*), daß einfach zugesperrt wird und sich die Arbeitskräfte in ganz Österreich Arbeit suchen müssen, sondern daß in allen diesen Regionen wirtschaftliche Vorbereitungsmaßnahmen getroffen werden, daß an Ort und Stelle ein Maximum an vertretbaren Arbeitsmöglichkeiten gegeben ist. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Gruber: Wird nun zugesperrt oder nicht?*) Es wird nicht zugesperrt! (*Abg. Doktor Gruber: Gibt es einen OIAG-Beschluß in dieser Richtung oder nicht?*)

Die OIAG ist ein Organ, das Sie, meine Herren, geschaffen haben, damit es unabhängig von der Bundesregierung wirtschaftlich notwendige Entscheidungen trifft. Ich bin für diese Entscheidungen nicht verantwortlich, die OIAG ist Ihre Erfindung, meine Herren! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Kraft: Herr Bundeskanzler! Wir hoffen nur, daß im Rahmen der WTK kein derartiges Unglück passiert wie seinerzeit im Lavanttal. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich stelle aber fest, die gestellte Anfrage betreffend künftige gesetzliche Maßnahmen ist bisher nicht beantwortet worden.

Ich stelle überhaupt fest, daß Sie all diese Ankündigungen ja nicht den zuständigen Stellen, etwa der Geschäftsleitung oder der Landesregierung, mitteilen, sondern den sozialistischen Funktionären; scheinbar hat sich das in der letzten Zeit eingebürgert: dem sozialistischen Landesparteiobermann machen Sie diese Mitteilung und nicht den zuständigen Gremien. Ihr Interesse im Rahmen Oberösterreichs

6514

Nationalrat XIII. GP — 69. Sitzung — 4. April 1973

Kraft

schmeckt ein bißchen nach Wahlzuckerln, auch hier diese Zusage oder diese Ankündigung betreffend die WTK.

Von der OKA und der Landesregierung, die eigentlich kompetenzmäßig für einen verstaatlichten Betrieb nicht zuständig ist, ist hier bisher alles unternommen worden, und es sind große Mengen abgenommen worden, um hier den Geschäftsgang weiter zu sichern.

Ich darf einige weitere Fragen stellen, Herr Bundeskanzler. Warum erfolgte bisher keine Gleichbehandlung der WTK und der SAKOG mit anderen gleichgelagerten Bergbaubetrieben in Österreich, wenn man die Vergabe der Bergbauförderungsmittel betrachtet? Die WTK und die SAKOG haben bisher, wenn man das pro Tonne berechnet, rund ein Sechstel von anderen ... (*Abg. Gratz: Das ist eine Rede-stunde und keine Fragestunde bei der ÖVP! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen. — Abg. Dr. Heinz Fischer: Er soll sich kürzere Zettel aufsetzen lassen!*)

Bitte, nur nicht so nervös Kollege Fischer. Das ist eine Fragestunde. Ich lasse mir das Recht auf eine Anfrage von Ihnen nicht streitig machen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Herr Bundeskanzler! Warum also keine Gleichberechtigung?

Zweite Frage: Ist es richtig, daß die höhere Bergbauförderung im vergangenen Jahr, diese 10 Millionen Schilling, auf eine Intervention der sozialistischen Betriebsratsfraktion, wie es in einem Mitteilungsblatt der sozialistischen Betriebsratsfraktion heißt, zustande gekommen ist?

Und die dritte Frage: Sind Sie bereit, Herr Bundeskanzler, darauf einzuwirken (*Unruhe*), daß die Bergbauförderung im heurigen Jahr früher ausbezahlt wird? Im vergangenen Jahr wurden erst im August 3 Millionen Schilling und der Rest von 7 Millionen erst im Dezember ausbezahlt. Das Bergbauförderungsgesetz sieht eine Vorziehung, eine frühere Auszahlung vor. Sind Sie bereit, vor Wirksamwerden der von Ihnen angekündigten Maßnahmen diese Auszahlung der Bergbauförderungsmittel vorzuziehen?

Präsident: Einen Moment bitte, Herr Bundeskanzler.

Herr Abgeordneter, bittet Im § 76 der Geschäftsordnung heißt es:

„Nach Beantwortung der Anfrage ist der Fragesteller berechtigt, bis zu zwei Zusatzfragen zu stellen. Auch jede Zusatzfrage darf nur eine einzige nicht unterteilte Frage enthalten. Zusatzfragen müssen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Hauptfrage stehen.“

Sie haben in Ihrer zweiten Zusatzfrage drei Fragen gestellt.

Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Die erste gestellte Frage habe ich bereits beantwortet, als ich festgestellt habe, daß es nach dem neuen Bergbauförderungsgesetz von 1973 jetzt auch möglich ist, Betrieben, die über beträchtliche Barmittel verfügen, das war bei diesem Unternehmen der Fall, neuerdings Hilfe zu gewähren. Das war früher nicht der Fall, aber für diese gesetzliche Regelung trägt eine andere Regierung die Verantwortung. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Was die weiteren Fragen betrifft, ich kann mir jetzt nur eine aussuchen, und da möchte ich mir die aussuchen, die ich für am leichtesten zu beantworten halte (*Zwischenrufe*) — Moment, meine Herren, lassen Sie mich ausreden —: ob diese zusätzliche Hilfe auf Grund der Intervention sozialistischer Betriebsräte erfolgt ist. Jawohl, weil sich diese Betriebsräte ganz besonders um ihre Betriebe und um ihre Angehörigen kümmern. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Die Fragestunde ist beendet. Die jetzt nicht mehr zum Aufruf gelangten Anfragen werde ich am Beginn der nächsten Fragestunde zum Aufruf bringen.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Den in der letzten Sitzung eingebrachten Antrag 74/A der Abgeordneten Doktor Gasperschitz und Genossen betreffend die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses gemäß § 33 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Nationalrates weise ich dem Unterrichtsausschuß zu.

Ich gebe bekannt, daß die Regierungsvorlage: Bundesgesetz, mit dem das Wähler-evidenzgesetz 1970 und die Nationalrats-Wahlordnung 1971 geändert werden (706 der Beilagen), eingelangt ist.

Ich werde diese Regierungsvorlage gemäß § 41 Abs. 4 der Geschäftsordnung in der nächsten Sitzung zuweisen.

Die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen weise ich zu wie folgt:

dem Justizausschuß:

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Italienischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Auslieferungsabkommens vom 13. Dezember 1957 und die Erleichterung seiner Anwendung (692 der Beilagen) und

Präsident

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Italienischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen und die Erleichterung seiner Anwendung (693 der Beilagen);

dem Handelsausschuß:

Europäisches Übereinkommen über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR) samt Unterzeichnungsprotokoll und Anlagen A und B (694 der Beilagen).

Dringliche Anfrage der Abgeordneten Doktor Kohlmaier und Genossen an den Bundeskanzler betreffend verfassungsmäßiges Zustandekommen der Novelle zum Krankenpflegefachdienstgesetz sowie Erfüllung der Regierungserklärung vom 5. November 1971

Präsident: Es ist mir der Vorschlag zugekommen, gemäß § 73 Geschäftsordnungsgesetz über die in der heutigen Sitzung eingebrachte Anfrage der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Genossen an den Herrn Bundeskanzler betreffend verfassungsmäßiges Zustandekommen der Novelle zum Krankenpflegefachdienstgesetz sowie Erfüllung der Regierungserklärung vom 5. November 1971 eine Debatte abzuführen. Das bedeutet, diese Anfrage als dringlich zu behandeln. Da dieser Dringlichkeitsantrag von 20 Abgeordneten unterstützt ist, ist ihm ohne weiteres stattzugeben.

Wir gelangen zur Behandlung dieser dringlichen Anfrage, und ich bitte zunächst den Schriftführer ... (*Abg. Gratz: Zur Geschäftsordnung!*) Bitte sehr.

Abgeordneter Gratz (SPO): Herr Präsident! Um dem befragten Regierungsmitglied die Möglichkeit zu geben, die Anfrage, wie sie gestellt wurde, in allen Einzelheiten zu beantworten, ersuche ich um Unterbrechung der Sitzung für eineinhalb Stunden.

Präsident: Ich gebe dem Antrag des Herrn Abgeordneten Gratz statt und unterbreche die Sitzung bis 12 Uhr 40 Minuten.

Die Sitzung wird um 11 Uhr 10 Minuten unterbrochen und um 12 Uhr 45 Minuten wiederaufgenommen.

Präsident Dr. Maleta: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Ich bitte zunächst den Schriftführer, Abgeordneten Zeillinger, die dringliche Anfrage zu verlesen.

Schriftführer Zeillinger: Dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Genossen an den Bundeskanzler betreffend ver-

fassungsmäßiges Zustandekommen der Novelle zum Krankenpflegefachdienstgesetz sowie Erfüllung der Regierungserklärung vom 5. November 1971.

In der Regierungserklärung vom 5. November 1971 führten Sie unter anderem aus:

„Trotz der klaren Mehrheitsverhältnisse, die es für diese Legislaturperiode nun gibt, möchte ich gleich zu Beginn meiner Ausführungen in aller Form die Erklärung abgeben, daß die neue Bundesregierung jederzeit zur Zusammenarbeit mit den anderen Parteien des Parlaments bereit ist. Sie wird keine Möglichkeit ausschlagen, diese Zusammenarbeit zu suchen, und ist sich des Umstandes bewußt, daß es eine solche nur geben kann, wenn auf seiten der Mehrheit des Hauses, die diese Regierung stützt, auch eine entsprechende Kompromißbereitschaft besteht.“

Dieser Teil der Regierungserklärung ist in letzter Zeit immer weniger Maßstab der Tätigkeit der Bundesregierung und der sie stützenden Parlamentsmehrheit gewesen.

Nach mehr als einjähriger Vakanz eines Richterpostens im Verfassungsgerichtshof wurde — entgegen bisherigen parlamentarischen Gepflogenheiten — von der Mehrheit des Nationalrates ein Dreivorschlag erstattet, aus dem nach dem Verzicht des Erstgereihten Dr. Lotheissen der Bundespräsident unter verfassungsrechtlich zumindest umstrittenen Umständen den Zweitgereihten Dr. Piska ernannte, wobei ein Gutachten des Verfassungsdienstes unberücksichtigt blieb. Durch die Gegenzeichnung der Ernennung trägt der Bundeskanzler hierfür die Mitverantwortung.

Am 20. März 1973 wurde vom Nationalrat in zweiter und dritter Lesung eine Novelle zum Krankenpflegefachdienst mit SPO-Mehrheit gegen die Stimmen von OVP und FPÖ beschlossen. Da diese Novelle als wichtigste Neuerung die Einführung eines neuen Ausbildungsjahres, das „gemäß den einschlägigen schulrechtlichen Vorschriften“ zu führen ist und in die Zuständigkeit des Unterrichtsministers fällt, vorsieht, ist gemäß Artikel 14 Abs. 10 des Bundes-Verfassungsgesetzes die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder des Nationalrates und eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich. Präsident Otto Probst konnte anlässlich der Beschlußfassung dieses Gesetzes mangels Zustimmung von OVP und FPÖ aber nur die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen für das Zustandekommen des Krankenpflegefachdienstgesetzes feststellen. Das Gesetz ist daher nicht verfassungsgemäß zustande gekommen.

6516

Nationalrat XIII. GP — 69. Sitzung — 4. April 1973

Schriftführer

Am 29. März 1973 beantragten die Mitglieder des Bundesrates Dr. Schambeck und Genossen die Erhebung eines mit Gründen versehenen Einspruchs des Bundesrates gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates, der aber von der SPÖ-Mehrheit niedergestimmt wurde.

Nach der Bundesverfassung ist das verfassungsmäßige Zustandekommen der Bundesgesetze durch die Unterschrift des Bundespräsidenten zu beurkunden (Artikel 47 Bundes-Verfassungsgesetz). Die Vorlage zur Beurkundung erfolgt durch den Bundeskanzler. Die Beurkundung selbst ist vom Bundeskanzler und von den zuständigen Bundesministern gegenzuzeichnen. Durch diese Akte übernehmen die befaßten Regierungsmitglieder die verfassungsrechtliche Mitverantwortung.

Die Opposition kann in der Vorgangsweise der Bundesregierung sowie der sie stützenden Mehrheit des Nationalrates nur eine zunehmende Einschränkung der Gesprächsbereitschaft und der Möglichkeiten zur Zusammenarbeit sehen.

Immer bedenkenloser wird von der absoluten Mehrheit und den verfassungsrechtlichen Möglichkeiten bis an die Grenze des Zumutbaren, manchmal bereits über diese Grenze hinaus, Gebrauch gemacht. Diese Unduldsamkeit richtet sich nicht allein gegen die parlamentarische Opposition, sondern berührt auch die Interessen breiter Bevölkerungskreise, deren Recht auf Mitsprache, Gehör und Information dadurch immer stärker eingeengt wird und unberücksichtigt bleibt. Es entsteht die paradoxe Situation, daß unter dem Vorwand von angeblichen „Demokratisierungs“-Bestrebungen ein immer größeres inhaltliches Defizit an demokratischen Verhaltensregeln dieser Bundesregierung und der Parlamentsmehrheit zutage tritt.

Gerade dadurch aber wird die im Interesse aller Bürger notwendige Basis sachlicher Zusammenarbeit der pluralistischen Gesellschaft im parlamentarischen und außerparlamentarischen Bereich geschwächt, was eine ernste Belastungsprobe für das demokratische Kräftegleichgewicht bedeutet.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler folgende

Anfrage:

1. Werden Sie das Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz betreffend die Regelung des Krankenpflegefachdienstes, der medizinisch-technischen Dienste und der Sanitätshilfsdienste geändert wird, dem Bundespräsidenten zur Beurkundung des verfassungsmäßigen Zustandekommens vorlegen, obwohl zumin-

dest Teile dieses Bundesgesetzes dem qualifizierten Quorum hinsichtlich der Beschlußfassung gemäß Artikel 14 Abs. 10 Bundes-Verfassungsgesetz unterliegen und das Bundesgesetz somit nicht verfassungsgemäß zustande kam?

2. Wenn ja, haben Sie zur Frage des verfassungsmäßigen Zustandekommens dieses Bundesgesetzes ein Gutachten des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramtes erstellen lassen, und wie lautet dieses im vollen Wortlaut?

3. Wenn nein, warum haben Sie das unterlassen?

4. Wenn Frage 1 mit Ja beantwortet wird — werden Sie, falls die Beurkundung durch den Bundespräsidenten erfolgen sollte, diese gemäß Artikel 47 Abs. 3 gegenzeichnen?

5. Da Sie in der Regierungserklärung vom 5. November 1971 erklärt haben, „daß die neue Bundesregierung jederzeit zur Zusammenarbeit mit den anderen Parteien des Parlaments bereits ist. Sie wird keine Möglichkeit ausschlagen, diese Zusammenarbeit zu suchen, und ist sich des Umstandes bewußt, daß es eine solche nur geben kann, wenn auf seiten der Mehrheit dieses Hauses, die diese Regierung stützt, auch eine entsprechende Kompromißbereitschaft besteht“, fragen wir Sie: Wie wird die Bundesregierung zumindest in Hinkunft die Versprechungen dieses Teiles der Regierungserklärung einhalten?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 73 der Geschäftsordnung als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.

Präsident Dr. Maleta: Ich erteile nunmehr dem Abgeordneten Dr. Kohlmaier als erstem Antragsteller zur Begründung der Anfrage gemäß § 73 Geschäftsordnung das Wort.

Abgeordneter Dr. Kohlmaier (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Gegenstand unserer heutigen Anfrage an den Herrn Bundeskanzler ist eine sehr ernste Frage des Parlamentarismus.

Dem Parlament wurde ein Gesetz vorgelegt, das unter anderem Fragen der schulischen Ausbildung berührt. Nach der Bundesverfassung sind aber Bundesgesetze, die die Schulorganisation und so weiter betreffen, mit Zweidrittelmehrheit, also mit qualifizierter Mehrheit, die nur mit Zustimmung auch der Österreichischen Volkspartei zustande kommen kann, zu beschließen. Diese Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.

Dr. Kohlmaier

Es gibt, meine Damen und Herren, Anhaltspunkte dafür, daß der Regierung bekannt war, daß die Verfassungslage zumindest Zweifel darüber aufkommen läßt, ob eine einfache Mehrheit genügt. Trotzdem wurde das Bundesgesetz vorbereitet und vorgelegt, ohne daß auf diese verfassungsrechtliche Problematik hingewiesen wurde.

Als im Bundesrat die Vertreter der Österreichischen Volkspartei auf diesen Mangel hingewiesen haben, ist darauf nicht entsprechend eingegangen worden, sondern es wurde die Mehrheit eingesetzt, weil die Mehrheit eben offenbar in ihrer Auffassung immer recht haben muß, auch in verfassungsrechtlichen Fragen.

Sie werden verstehen, meine Damen und Herren, von der Bundesregierung, Herr Bundeskanzler, daß wir Wert darauf legen, in dieser Frage eine absolute Klarheit zu bekommen; Klarheit so oder so. Ich möchte vor allem darauf hinweisen: Wenn die Frage zweifelhaft ist, wenn sie strittig ist, dann müßte sie in erster Linie so ausgelegt werden, daß der Schutz der höherwertigen Norm, nämlich der Bundesverfassung, einen Vorrang hat. Wir sind jedenfalls sehr daran interessiert, hier im Hohen Haus Klarheit darüber zu bekommen, welche Überlegungen seitens der Bundesregierung, welche Überlegungen im Bundeskanzleramt angestellt wurden, um den entsprechenden Schutz der Verfassung zu gewährleisten.

Unsere Sorge, Herr Bundeskanzler, ob das mit entsprechender Genauigkeit durchgeführt wurde, ist aber auch deswegen so groß, weil sich die Anlässe häufen, bei denen die Öffentlichkeit Zweifel daran bekommen muß, ob Sie, Herr Bundeskanzler, in Fragen der Demokratie entsprechend gewissenhaft vorgehen. (Abg. Dr. Fischer: Sie sind nicht die Öffentlichkeit! Sie sind die Opposition!) Herr Doktor Fischer! Ob die Demokratie bei Ihnen in guter Hand ist ... (Abg. Dr. Fischer: Das demokratische Verhalten steht außer Zweifel!) Wir haben eine Sorge, Herr Bundeskanzler, die der angesehene Publizist Kurt Vorhofer, eine Stimme in der Öffentlichkeit, am 31. März unter anderem so ausdrückte: „Als ‚liberaler‘ Sozialist ... errang er seine Siege“ — gemeint ist der Herr Bundeskanzler. „Wie immer man ‚liberal‘ definieren mag: Der Begriff umschließt die Toleranz. Es gibt nun schon eine ganze Reihe erschreckender Beispiele“, schreibt Vorhofer, „von echter Kreiskyscher Intoleranz“.

Gerade Ihnen, Herr Kollege Fischer, wird bekannt sein, daß der Publizist, den ich hier zitiert habe, auch mit der ÖVP nicht immer mit Glacéhandschuhen umgeht, sondern daß

es sich hier um eine wirklich unabhängige Stimme handelt, die wir sehr ernst nehmen müssen. Mit dieser Sorge einer auftretenden Intoleranz, einer zunehmend sichtbaren Intoleranz, wird schlaglichtartig die Situation erhellt, vor der wir nach drei Jahren Regierung Kreisky stehen.

Eine geradezu perfekte Propaganda hat vor 1970 Illusionen über eine sogenannte Sozialdemokratie erzeugt; Illusionen, die Sie jetzt selbst, Herr Bundeskanzler, zerstören. Drei Jahre Sozialismus genügen, die künstlich errichtete Fassade von der Sozialdemokratie abbröckeln zu lassen.

Wir betrachten es als unsere wichtige Aufgabe, das krasse Mißverhältnis zwischen den Zusagen, die Sie auch in demokratischer Hinsicht gemacht haben, und der Wirklichkeit immer wieder aufzuzeigen. (Beifall bei der ÖVP.) Denn, Herr Bundeskanzler, Parlamentsmehrheiten werden vom Volk, also vom Souverän gegeben, um Zusagen zu erfüllen, nicht aber um Machtpolitik zu betreiben. Sie haben Ihre Zusagen nicht erfüllt. Wir haben das schon oft aufgezeigt, wir werden es immer wieder tun, und ich möchte es schlagwortartig wieder in diesem Rahmen tun. Ich brauche mich nicht verbreitern, meine Damen und Herren, denn die Fakten sind bekannt.

Ich erinnere noch einmal an die großen Versprechungen, mit denen Sie in die Wahl gezogen sind: 5000 Wohnungen mehr, Kampf gegen die Teuerung, wobei jetzt, meine Damen und Herren, eine Debatte darüber, ob man überhaupt in einem Land für sich allein die Teuerung bekämpfen kann oder nicht, gar nicht mehr stattfinden darf, denn Sie haben ja seinerzeit nicht gesagt: Wir werden die Teuerung bekämpfen im Rahmen der Möglichkeiten, die man in einem Land hat, sondern Sie haben sich selbst als fähig erklärt, als stark genug, als vorbereitet genug und als mit genügend Experten ausgestattet, um dieses Problem zu lösen. Lösen Sie es also!

Sie haben den „Wahnsinn“ von Budgetdefiziten von 8 bis 9 Milliarden Schilling beiseitigen wollen. Sie haben die übergroße Steuerbelastung senken wollen. Sie haben diese Versprechungen nicht erfüllt.

Und besonders hinweisen möchte ich auf eine Tatsache, die gerade im Zusammenhang mit der Demokratie und mit einer Debatte über die Demokratie besonders beleuchtet werden muß. Sie haben sich, Herr Bundeskanzler, die Zustimmung der Wähler zu Programmen geben lassen, die Sie mit großem Aufwand, die Sie unter großer Beteiligung

Dr. Kohlmaier

der Öffentlichkeit erstellt haben. Sie haben sich die Wählerzustimmung zu diesen Programmen geholt, aber Sie haben bis heute keinen ernsthaften Versuch unternommen, diese Programme auch zu verwirklichen. Und Sie berufen sich auch überhaupt nicht mehr auf Ihre Programme.

Wenn wir in den letzten Tagen gelesen haben, daß das Wirtschaftsprogramm der SPÖ, das Sie vor der Wahl seinerzeit erstellt haben, jetzt revidiert werden muß, so fällt uns auf, daß Sie eigentlich bisher Ihre Politik nicht unter Begründung auf dieses Wirtschaftsprogramm geführt haben und daß Sie die Forderungen, die in diesem Wirtschaftsprogramm gestellt waren, eigentlich nicht verfolgt haben.

Noch krasser ist die Tatsache mit dem sogenannten Humanprogramm. Meine Damen und Herren von der SPÖ! Wir haben vor kurzem den Zeitungen entnommen, daß Frau Minister Firnberg den Auftrag erhalten hat, das Humanprogramm zu revidieren. Auch in einem Zeitpunkt, wo seine Realisierung noch nicht einmal in Angriff genommen wurde. Und dabei fällt uns besonders auf, daß dieser Auftrag nicht an die Frau Gesundheitsminister ergangen ist, eine Tatsache, die wohl Bände spricht und belegt, daß eben mit der Bestellung der Frau Gesundheitsminister das Humanprogramm nicht erfüllt wurde.

Sehr aufschlußreich ist übrigens in diesem Zusammenhang eine Werbebroschüre, die Sie als Sozialistische Partei in diesen Tagen an alle österreichischen Haushalte geschickt haben.

Wenn wir uns diese Werbebroschüre ansehen, so fällt uns zunächst auf, daß Sie in die letzte Wahl mit dem Slogan gegangen sind: „Laßt Kreisky und sein Team arbeiten.“ Vom Team des Dr. Kreisky ist in dieser Broschüre kein Wort, von einem Bild ganz zu schweigen. Der Herr Bundeskanzler selbst wird in sehr prominenter Weise hier gewürdigt, das ist verständlich, aber es fällt immerhin auf, Herr Bundeskanzler, daß Ihre Partei dieses erfolgreiche Team in einer Art von Erfolgsbilanz überhaupt nicht präsentiert, sondern nur einen Herrn Universitätsprofessor verschiedene Loblieder auf die Erfolge der sozialistischen Regierung singen läßt. Ich weiß nicht, Herr Bundeskanzler: Warum stellen Sie Ihr erfolgreiches Team nicht heraus? Vielleicht können Sie es in dem einen oder anderen Fall nicht tun, ich kann Ihnen das nachfühlen, aber bei dem Slogan, den Sie bei der letzten Wahl ausgegeben haben vom Team, das jetzt fleißig arbeitet — aber sich gleichzeitig ver-

steckt —, da scheint irgend etwas nicht zu stimmen und nicht geklappt zu haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Wir sind nicht so unfair zu sagen, Sie haben in diesen drei Jahren nichts geleistet. Jawohl, einiges ist vorangegangen, Gott sei Dank. Und da muß ich sagen, das wär' ja noch schöner, wenn wir drei Jahre Stillstand hätten, das haben nicht einmal wir von Ihnen erwartet. *(Beifall und Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Ja, ich will Ihnen damit gerne sagen, meine Damen und Herren, daß wir durchaus bereit sind, wozu Sie ja nicht bereit waren, auch als politischer Gegner Ihnen zuzubilligen, daß Sie Arbeit leisten wollen und Arbeit leisten müssen, meine Damen und Herren. Es wäre ja noch schöner, wenn Sie es nicht machen würden. *(Beifall bei der ÖVP.)* Also eine gehässige Oppositionspolitik etwa in dem Sinn, wir erwarten uns, die Regierung macht nichts, sie wird also einen absoluten Stillstand herbeiführen, und solche Vokabeln, wie Sozialstopp und ähnliches, das scheint bei uns nicht auf, weil es unfair ist.

Meine Damen und Herren! Trotzdem — und ich schicke voraus, auch mit dem guten Willen, mit dem wir als Opposition gegenüber der Regierung kritisch auftreten und auftreten müssen, auch mit diesem guten Willen und mit dieser Fairneß, die Sie vom politischen Gegner erwarten müssen und erwarten können — müssen wir feststellen, daß bei der Aufzählung Ihrer Erfolgsbilanz, mit der Sie bei Ihrer Werbung jetzt operieren, im Vertrauen, ich darf mich so ausdrücken, auf die Uninformiertheit der Wähler operiert wird. Denn Sie bringen hier als Sozialistische Partei Halbwahrheiten und Unwahrheiten, und ich werde das jetzt belegen, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Beispiel für eine Halbwahrheit: Sie schreiben hier in einer Übersicht über das, was geschehen ist, für Arbeiter und Angestellte: „Steuerersparnis für Alleinverdiener von 1500 S pro Jahr“. Das ist die halbe Wahrheit. Die ganze Wahrheit lautet, daß Sie wohl diese Steuerersparnis eingeführt, aber gleichzeitig einen Steuerfreibetrag von 4000 S abgeschafft haben. Diese gleichzeitige Abschaffung eines Steuerfreibetrages hat bei nicht wenigen zu einer Verschlechterung der Steuersituation geführt.

Wenn man in einer Propagandabroschüre sagt, man hat eine Erleichterung herbeigeführt, und nicht gleichzeitig dazu sagt, daß man gleichzeitig eine Erschwernis eingeführt hat,

Dr. Kohlmaier

so ist das eine Halbwahrheit, die darauf hindeutet, daß Sie sich Ihrer Erfolgsbilanz offenbar gar nicht so sicher sind.

Ein Beispiel für eine Unwahrheit, meine Damen und Herren: In dieser Broschüre wird eine Omi Müller zitiert. „Für uns Ältere ist noch nie so viel geschehen wie jetzt“, sagt sie, „doch die ÖVP hat schon gesagt, sie will die 29. ASVG-Novelle, die uns so viele Vorteile bringt, wieder aufheben, wenn sie an die Regierung kommt. Das will ich nicht.“

Meine Damen und Herren! So einen Unsinn können Sie wirklich nur der Omi Müller erzählen. Jedermann in diesem Haus weiß, und auch der Herr Bundeskanzler als Obmann der Sozialistischen Partei muß wissen, daß wir uns dagegen gewehrt haben, daß die landwirtschaftliche Krankenversicherung der Arbeitnehmer aufgelöst wird und daß unzumutbare Beitragserhöhungen eingeführt werden. Dagegen haben wir uns gewehrt, und wir bleiben dabei: Diese Schritte wollen wir wieder rückgängig machen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Ich würde die Omi Müller gerne hören. Vielleicht kann man diese Dame einmal kennenlernen. Es wäre sehr interessant, mit ihr darüber zu plaudern, was sie für Vorteile empfindet, etwa die Tatsache, daß die Teuerung heute die Pensionserhöhungen auffrisht. Ich weiß nicht, was die Oma Müller für Erhöhungen bekommt, aber, meine Damen und Herren, diese bescheidenen Fortschritte, die hier geschehen sind, sind mit unseren Stimmen erfolgt. Sie haben eine Reihe von Vorschlägen, die wir zur Verbesserung der Lage der Pensionisten gemacht haben, abgelehnt. Das befindet sich im Minderheitsbericht der ÖVP.

Wenn Sie jetzt an alle Haushalte in Österreich die Botschaft hinausgeben, daß die ÖVP die 29. Novelle, also diese bescheidenen Fortschritte, wieder rückgängig machen will, so sprechen Sie die Unwahrheit und so greifen Sie zur Waffe der Verleumdung des politischen Gegners. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Den Gegner zu verleumden, ist ein Zeichen politischer Schwäche. Wenn man mit der Wahrheit nicht mehr zurecht kommt, wenn man sich nicht mehr zu helfen weiß, dann muß man zur Verleumdung greifen.

Diese Broschüre, meine Damen und Herren — das muß man wirklich sagen —, ist sehr schön und sehr teuer aufgemacht, sie ist bunt, aber sie widerspiegelt die Politik der Bundesregierung. Hinter einer schönen bunten Fassade: Verlogenheit und Unwahrheit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie nun nicht geleistet haben, was Sie versprochen haben, wenn Sie Ihre Programme nicht erfüllt haben, wenn Sie sich mit Ihren Zusagen übernommen haben, so könnte man das noch in den Bereich des politischen Kavaliersdeliktes verweisen, könnte sagen: na gut, das kann eben Politikern einmal passieren. Aber es ist nicht mehr ein Kavaliersdelikt, Herr Bundeskanzler, wie Sie mit der Demokratie umgehen. Sie haben mehr Demokratie versprochen. Das war eine Ihrer ständig wiederkehrenden Aussagen vor der Wahl. Und Sie haben das Wort von der Demokratisierung geprägt und in Umlauf gebracht. Sie haben aber auf dem Gebiet der sogenannten Demokratisierung absolut nichts geleistet.

Ich weiß, daß Sie einen Beleg für diese Behauptung verlangen werden. Ich bin in der angenehmen Lage, Ihnen den Beleg zu liefern. Ich berufe mich auf zwei für Sie sicher unverdächtige Quellen.

Quelle Nummer 1 ist eben die Broschüre, von der ich gesprochen habe. Auch in der dort befindlichen Erfolgsbilanz findet man nichts, was in den Bereich der Demokratisierung fallen würde.

Der zweite unverdächtige Zeuge ist für mich der Abgeordnete Schranz. Der Abgeordnete Schranz hat in der Parlamentsdebatte vom 25. Jänner 1973 folgendes ausgeführt, und ich nehme an, daß er die Demokratisierungsbestrebungen seiner Partei auch kennt und entsprechend zu würdigen weiß:

„Meine Damen und Herren! Sie wollen aber auch bei dieser Debatte wieder nicht einsehen, welches Ausmaß an Demokratisierung es in Österreich durch die Tätigkeit der sozialistischen Bundesregierung gibt. Alle Vorhaben dieser Regierung werden in der Öffentlichkeit angekündigt.“

Ich würde sagen, es werden sogar Dinge angekündigt, die nicht Vorhaben der Regierung sind, aber bitte, das gehört jetzt nicht hieher. Ich zitiere weiter:

„Zur Demokratisierung, meine Damen und Herren, führen die gesamte Politik dieser Regierung und die Übung, die Öffentlichkeit ständig zu informieren.“

Und als ich einen Zwischenruf gemacht und gefragt habe, welche Gesetze wurden im Sinne der Demokratisierung erbracht, sagte Schranz zu mir:

„Aber, Herr Dr. Kohlmaier, Sie dürfen doch die Politik nicht nur mit den Scheuklappen eines formell denkenden Juristen sehen!“

Dr. Kohlmaier

Meine Damen und Herren! Schranz, Mitglied einer gesetzgebenden Körperschaft, mißt die Demokratisierung der Regierung außerhalb der Gesetze, und er ist sehr stolz darauf, daß die Regierung die Öffentlichkeit über ihre Vorhaben informiert. Da kann ich nur sagen: ja selbstverständlich ist das was Neues, und es wäre uns recht, die Regierung würde manchmal bei der Information über ihre Vorhaben ein bißchen zurückhaltender sein, sonst würde es nicht dauernd passieren, daß Vorhaben veröffentlicht werden, die dann nicht erfüllt werden und die erst recht zu einer peinlichen Situation führen.

Wo ist also der Fortschritt der Demokratisierung? Kein Gesetz, laut Schranz nur eine bessere Information der Öffentlichkeit. Das ist zu wenig. Das ist keine Demokratisierung, meine Damen und Herren. Und wenn Sie hier keine positive Leistung aufführen können, dann müssen wir Sie daran erinnern, und das wird auch zu beweisen sein, daß wir heute schon echte Einbußen an demokratischer Substanz feststellen. (*Abg. Herta Winkler: Bei Ihnen! — Abg. Nittel: Frechheit! — Zwischenruf des Abg. Ulbrich.*) Kollege Ulbrich, ich werde gerne darauf zu sprechen kommen.

Ich habe hier den Vorwurf zu erheben und ich habe ihn zu begründen und ich werde das auch tun, daß Sie die demokratische Kritik in diesem Land unterdrücken und daß Sie unduldsam sind. (*Abg. Nittel: Gegen den Protektionismus!*)

Seit die Regierung der SPÖ im Amt ist, wird gegen Interessenvertretungen vorgegangen, die demokratisch gewählt sind, die aber keine sozialistische Mehrheit besitzen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Begonnen hat es im Jahre 1970, als Frau Minister Firnberg die frei und demokratisch gewählte Hochschülerschaft als nicht repräsentativ bezeichnete. (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Was hat denn der Abgeordnete der ÖVP Ermacora gesagt?*)

Im September 1970 sprach Landwirtschaftsminister Weihs davon, daß er Bauernräte einsetzen werde, weil ihm offenbar die frei gewählten demokratischen Landwirtschaftskammern nicht passen.

Im Oktober 1970 hat sich ein Vorfall ereignet, bei dem ich selbst anwesend war und der auch ein Licht auf das Demokratieverständnis des Bundeskanzlers geworfen hat. Im familienpolitischen Beirat des Bundeskanzleramtes hat sich nach einer Diskussion eine Situation ergeben, wo ein Beschluß gefaßt werden sollte, der nicht den Intentionen des Herrn Bundes-

kanzlers, der Vorsitzender dieses Beirates ist, entsprochen hat. Vor der Abstimmung hat der Herr Bundeskanzler dem familienpolitischen Beirat, den dort versammelten Vertretern der Familienorganisationen, gesagt: Meine Herren, hat er gesagt, das wirft die Frage nach der Zusammensetzung des Beirates auf. Und er hat sehr unverblümt gesagt: Wenn hier Beschlüsse gefaßt werden, die nicht meinen Intentionen entsprechen, dann wird man eben die Zusammensetzung dieses Gremiums ändern.

Sehen Sie, das ist das, was Sie hören wollten, Kollege Ulbrich. Es ist die Tatsache, daß man sich nicht der anderen Meinung stellt, daß man sich nicht mit ihr auseinandersetzt, daß man nicht um Überzeugung ringt, sondern daß man die Beschlüsse, die einem nicht passen, aus der Welt schaffen will, indem man die, die die Beschlüsse fassen, entsprechend, wie soll ich es sagen, adaptiert.

Im März 1971 — und wir werden immer wieder daran erinnern — ist der Vergleich der demonstrierenden Bauern mit dem Kommunistenputsch 1950 erfolgt.

Nicht allzuviel später sind Reserveoffiziere, die kritisiert haben, darüber belehrt worden, daß man in Kasernen nicht politisieren darf. Ist das, Kollege Ulbrich, demokratisch? Ist das mehr Demokratie oder ist das weniger Demokratie? (*Abg. Ulbrich: Wie war das unterm Herrn Prader?*)

Sie haben eine absolut gewerkschaftsfeindliche Haltung, Herr Bundeskanzler, an den Tag gelegt. Und zwar gegenüber der Gewerkschaft, wo es keine sozialistische Mehrheit gibt, sondern eine Mehrheit des OAAB und der christlichen Gewerkschafter. Als nämlich die öffentlich Bediensteten zur Durchsetzung ihrer Rechte Überlegungen angestellt haben, ob gewerkschaftliche Mittel eingesetzt werden sollen oder nicht, haben Sie gedroht, gedroht mit einer Kürzung der Bezüge, die gesetzlich nicht gedeckt ist, und gedroht mit einer Veröffentlichung der Bezüge. Herr Bundeskanzler! Und das ist deswegen sehr undemokratisch, denn, wenn man sagt, ich werde Bezüge veröffentlichen, deutet man unterschwellig an, daß die, die hier mit einer Forderung kommen, die Veröffentlichung zu fürchten hätten. Und das ist nicht der Fall, Herr Bundeskanzler. Die öffentlich Bediensteten können einverstanden sein damit, daß alle Bezüge veröffentlicht werden, jedermann kann sie nachlesen, sie finden sich in Gesetzen, Verordnungen und so weiter. Es ist ja kein Geheimnis. Aber wenn man so sagt, ich werde die Bezüge veröffentlichen, da gibt man zu verstehen: das sind geheimgehaltene, verschleierte

Dr. Kohlmaier

Dinge, da würde die Öffentlichkeit sehen, was sich hier abspielt. Und das ist undemokratisch, das ist eine Bedrohung, mit der wir nicht einverstanden sind.

Und, Herr Bundeskanzler, wenn wir schon beim Veröffentlichen der Bezüge sind: Ich wundere mich, daß Sie diesen Begriff „Veröffentlichung der Bezüge“ gerade in diesen Tagen in der Auseinandersetzung mit Gewerkschaften einsetzen. Ich könnte mir vorstellen, daß es Bezugsveröffentlichungen gibt, die Ihnen Sorgen machen oder die Ihnen bereits Sorgen gemacht haben. Aber auch hier wieder: Man muß sich sagen lassen, daß man Forderungen erstellt, die nicht in Ordnung sind.

Ich möchte in diesem Zusammenhang — auch da würde ich den Kollegen Ulbrich besonders bitten, weil ich weiß, er ist persönlich sicher ein aufrechter Demokrat, mir dann zu sagen, was er davon hält — an die letzte Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer erinnern.

In dieser Vollversammlung hat ein sozialistischer Arbeiterkammerrat, und zwar ein führender Gewerkschafter, nicht irgendein Newcomer, der nicht weiß, was los ist, darauf Bezug genommen, daß der ÖAAB und die Fraktion christlicher Gewerkschafter an der 29. ASVG-Novelle Kritik geübt haben. Es ist hier wieder auf das Wort der „Räubernovelle“ Bezug genommen worden, mit dem wir auf — zugegeben — sehr drastische, aber ich glaube sehr zutreffende Art darauf aufmerksam gemacht haben, daß die Beitragserhöhung das Wichtigste bei dieser Novelle war. Und da hat dieser sozialistische Arbeiterkammerrat — ich zitiere wörtlich aus dem Protokoll — folgendes gesagt, und ich bitte Sie, jetzt gut zuzuhören, meine Damen und Herren:

„Ich möchte zu diesem Kapitel ... mit aller Eindeutigkeit und auch im Wissen dessen, was ich sage, feststellen“ — also eine Äußerung, wo man von vornherein unterstreicht, man hat sich's überlegt —: „Wenn die Kollegen des ÖAAB so weitertun auf dem Gebiet, dann wird es zu ernstesten Konflikten kommen, aber nicht nur in der Arbeiterkammer-Vollversammlung, sondern auch in den diesbezüglichen gewerkschaftlichen Gremien. Wir werden dann in einer Art und Weise zurückschlagen, die der adäquat ist, wie man uns angreift ... wir haben in der Geschichte der Arbeiterbewegung in den verschiedensten Stadien bewiesen, daß wir alle Formen der Auseinandersetzungen kennen, auch die, die ursprünglich unsere eigenen gewesen sind, in den Betrieben, bei Demonstrationen. Das müssen uns die Angestellten

in der Land- und Forstwirtschaft nicht vor-exerzieren. Das brauchen uns auch nicht die Ärzte vorzuexerzieren. Das können wir, wenn es notwendig ist, auch in den eigenen Reihen machen. Wir werden es tun, und wir werden es in den entsprechenden Richtungen hin tun.“

Meine Damen und Herren! Wissen Sie, was das bedeutet: die Ankündigung gewerkschaftlicher Mittel. Nicht gegenüber einer uneinsichtigen Arbeitgeberschaft, nicht gegenüber einer uneinsichtigen Regierung, sondern gegenüber einer Minderheitsfraktion, die sich erlaubt, kritisch zu sein und sich kritisch zu Regierungsvorhaben zu äußern.

Meine Damen und Herren! Das ist ein sehr ernster Vorfall, der nur passieren kann im Klima einer Bundesregierung, die von der Demokratie — ich möchte es jetzt richtig ausdrücken — eine doch etwas schiefe Vorstellung hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Den absoluten Höhepunkt dieser Druckausübung gegen Andersgesinnte stellen die jüngsten Drohungen gegen die Bauernschaft dar.

Laut einem Bericht der „Arbeiter-Zeitung“ vom 27. März hat Herr Klubobmann Gratz die Landwirtschaftskammern als „Aufwiegelungsinstitutionen“ bezeichnet. Ein Terminus, bei dem man sich hundert Jahre zurückversetzt fühlt. Herr Kollege Gratz: Aufwiegelungsinstitutionen. Man werde sich die Frage vorlegen müssen, ob weiter öffentliche Mittel gegeben werden können an diese Unbotmäßigen. Bitte, das Wort „unbotmäßig“ haben nicht Sie verwendet, das verwende jetzt ich. Offenbar haben Sie es so verstanden. Diese „Aufwiegelungsinstitutionen“ ... (Zwischenruf des Bundeskanzlers Dr. Kreisky.) Und derselbe Kanzler Kreisky, der sich einmal gerühmt hat, sich jeder Diskussion zu stellen, ja die Diskussion sogar zu suchen — zu suchen! —, hat nach einer Konfrontation mit den Bauern in Schärding reagiert — man muß leider sagen: wie ein beleidigter Potentat.

In der „Zeit im Bild“ vom 1. April sagt Bundeskanzler Kreisky: „Da wir es müde sind, mit den Herren der Kammerbürokratie zu reden, so werden wir zu einer Konferenz, zu einer Aussprache mit den Bauern einladen ... Und zwar werden zu dieser Bauernaussprache nicht mehr nur die Herren vom Bauernbund kommen.“ — Gut, das ist an sich nicht so schlimm, wenn man andere einlädt. Aber was nachher kam, war wieder die unverhüllte Drohung, das System der Subventionierung der Landwirtschaft zu überprüfen.

Das sagt derselbe Bundeskanzler Doktor Kreisky, der in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 1. Mai 1968 von einer ganz anderen politischen

Dr. Kohlmaier

Situation gesagt hat: „Demonstrationen sind ein Recht in der Demokratie“. Er hat damals vergessen hinzuzufügen: sofern es sozialistische Demonstrationen sind.

Heute, Herr Bundeskanzler, lesen wir in der „Arbeiter-Zeitung“ — und das paßt so ganz genau in diese Haltung hinein —: „Skandal um Agrarkredite.“ Hier werden Behauptungen aufgestellt, die sicher nicht stimmen (*Zwischenrufe bei der SPO*), aber, Herr Bundeskanzler, was hier steht, von dem möchte ich besonders einen Satz herausgreifen. Es heißt hier: „Wenn die Vertreter der Landwirtschaft sehr zürnen, dann werden wir sie der Öffentlichkeit vorlegen“ — nämlich die Behauptungen, konkreten Beweise und Unterlagen.

Meine Damen und Herren! Erinnern Sie sich an das, was ich vorhin gesagt habe von der Veröffentlichung der Bezüge. Wenn die Bauern zürnen, wird man der Öffentlichkeit vorlegen. — Ich bin überzeugt, Herr Bundeskanzler, es gibt hier nichts, was der Öffentlichkeit nicht vorgelegt werden kann.

Herr Bundeskanzler! Warum legen Sie es nicht jetzt schon der Öffentlichkeit vor? Und wenn Sie über Beweise verfügen, wenn Sie Tatsachen oder Dinge kennen, die nicht in Ordnung sind, dann ist es Ihre verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, es jetzt schon an die Öffentlichkeit zu bringen. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wenn Sie aber so vorgehen, daß Sie sagen: Wenn die Bauern zürnen, dann werde ich es vorlegen, dann tun Sie zweierlei, was unanständig und unfair ist. Erstens enthält dies wieder ein Moment der Drohung, und zweitens sprechen Sie damit wieder so unterschwellig aus: Es gibt offenbar ganz böse, ganz garstige Dinge, die man da an die Öffentlichkeit ziehen muß, aber ich bin so nobel, so großzügig, ich halte das nieder, denn die Öffentlichkeit wäre entsetzt. Aber wenn sich die Bauern spielen — die Bauern mit dem schlechten Gewissen —, dann werde ich das herausziehen und die Dinge hochgehen lassen!

Herr Bundeskanzler! Das ist eine unmögliche Haltung. Sie haben die Verpflichtung, ich sage es noch einmal, etwas, was nicht in Ordnung ist, aufzudecken. Sie verunglimpfen aber hier pauschal einen ganzen Berufsstand, einen Funktionärsstand, ohne klare Fakten vorzulegen. Das ist unzulässig, das ist undemokratisch und eines Bundeskanzlers unwürdig. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPO.*)

Herr Bundeskanzler! Nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Die Bauernvertreter sind demokratisch gewählt. Die letzten Landwirtschafts-

kammerwahlen haben ein erhöhtes Vertrauen zum Bauernbund bewiesen. Der sogenannte Arbeitsbauernbund der SPO — die anderen 90 Prozent arbeiten wahrscheinlich nichts — hat nicht einmal 10 Prozent der Bauernstimmen erreicht, und wenn ich richtig informiert bin, tritt dieser Arbeitsbauernbund am 8. April in Tirol bei der Landwirtschaftskammerwahl überhaupt nicht an.

Herr Bundeskanzler! Sie müssen die demokratische Entscheidung der Bauern zur Kenntnis nehmen, auch wenn sie Ihnen nicht paßt! Wer die Interessen der Bauern vertritt, bestimmen die Bauern selbst. (*Erneute Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich bitte Sie, Herr Bundeskanzler, von Demokrat zu Demokrat gesprochen, überlegen Sie eines (*Zwischenrufe bei der SPO*), von Demokrat zu Demokrat gesprochen, ich wiederhole es: Es gibt nur in Diktaturen Interessenvertretungen, die von der Regierung eingesetzt sind. Nur in Diktaturen! In der Demokratie wählen sich die Betroffenen die Interessenvertretungen selbst! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn diese Bundesregierung immer mehr dazu übergeht, sich die Gesprächspartner selbst auszusuchen, aber nicht mit denen zu reden, die das Vertrauen der Betroffenen haben, dann beschreiten Sie einen Weg, der sonst nur in Diktaturen üblich ist, und davor haben wir mit aller Deutlichkeit zu warnen und müssen das immer wieder aufzeigen. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPO.*)

Kollege Ulbrich! Sie haben so sehr gewünscht, daß ich Ihnen sage, was ich damit meine, wenn ich von schlechter demokratischer Einstellung spreche. Ich habe mir daher, weil es heute zur Debatte steht, einiges zusammengetragen. Gerade in letzter Zeit haben sich die Dinge wiederholt.

Eine sehr eigenartige Einstellung ist in einer Äußerung zutage getreten, die der Landwirtschaftsminister Weihs — im Augenblick scheint sich sehr viel um ihn zu drehen — in einem Interview mit der „Kleinen Zeitung“ in Graz am 28. Februar gemacht hat.

Der Interviewer hat damals den Landwirtschaftsminister Weihs gefragt: „Was macht die SPO, wenn Götz Bürgermeister wird?“ Weihs hat damals gesagt: „Bedenken Sie, daß wir in Graz sehr starke Betriebe haben. Außer ein paar kommunistischen Handlangern sind sie durchwegs sozialistisch.“

Kollege Ulbrich! Halten Sie es für richtig, daß Betriebe streiken oder irgend etwas unternehmen, weil ein Bürgermeister, der die

Dr. Kohlmaier

Mehrheit der Stimmen der Grazer verloren hat, unter Umständen nicht mehr gewählt wird? (Abg. Ulbrich: Hat er das gesagt?)

Weihls hat gesagt: „Aber die Vertreter dieser Belegschaft sitzen ja teilweise im Gemeinderat ...“, aber „gegen die zu regieren wäre schwer“.

Was heißt es, gegen starke Betriebe zu regieren wäre schwer? — Ich glaube, sehr viel Phantasie brauchen wir nicht, um hier herauszufinden, was Herr Minister Weihls gemeint hat.

Herr Bundeskanzler Kreisky! Ich bitte Sie, sich — von Demokrat zu Demokrat ausgesprochen — folgendes anzuhören: Es ist unmöglich, daß ein Minister, der das Vertrauen eines Parlamentes besitzt, in einer Demokratie andeutet, es könnte eine demokratische Wahl in einem anderen Gemeinwesen von den Betrieben her in Frage gestellt werden.

Bedenken Sie, welche tiefe Änderung im demokratischen Leben unseres Landes eintreten würde, wenn man von Betrieben aus auf Grund von Mehrheiten, die in einzelnen Betrieben bestehen, die übrigens jetzt auch da und dort sehr wackelig werden, demokratische Wahlentscheidungen der Staatsbürger in Frage stellte.

Ich glaube, diese Dinge kann man nicht ernst genug sehen, meine Damen und Herren! Wir sind nicht bereit zuzulassen, daß das bagatellisiert wird. Wir erwarten vor allem von Ihnen, Herr Bundeskanzler — Sie wollen sich ja in einem Ministeriumsgesetz erhöhte Kompetenzen und Richtlinienfunktionen und so weiter zuteilen lassen —, daß Sie dafür sorgen, daß alles, was in Ihrer Regierung undemokratisch ist, entsprechend zurechtgewiesen und notfalls aus dieser Regierung eliminiert wird! (Beifall bei der ÖVP.)

Damit sind wir, Herr Kollege Ulbrich, bereits bei einem weiteren Demokratiepunkt angelangt: beim überheblichen Ignorieren demokratischer Volksinitiativen. Graz: Scherbaum hat bereits daran glauben müssen, weil er Volksinitiativen nicht respektiert hat. Sie, Herr Bundeskanzler Kreisky, sind auf dem besten Wege, vom Präsidenten des Gewerkschaftsbundes in dieselbe Situation getrieben zu werden. Ich meine da die Frage der ORF-Reform.

Herr Bundeskanzler! Rund 850.000 Bürger dieses Landes — es waren viel mehr als in Graz! — haben sich in einem Volksbegehren für einen unabhängigen Rundfunk ausgesprochen. Die SPÖ hat dieses Volksbegehren abgelehnt. (Abg. Gratz: Es hätte mich ge-

wundert, wenn er den ORF nicht gebracht hätte! — Die ÖVP hat es im Parlament umgebracht!)

Sie haben laut „Arbeiter-Zeitung“ vom 9. April 1967 gesagt:

Wir schließen uns diesem Volksbegehren nicht an, „und darüber mag man denken, wie man will“.

Ja, Herr Bundeskanzler, wir denken darüber, daß Sie sich dem nicht angeschlossen (Abg. Gratz: Die ÖVP hat sich angeschlossen und es im Parlament umgebracht!) haben, wie wir wollen.

Jetzt wollen Sie dieses durch ein Volksbegehren herbeigeführte Gesetz ändern. Sie haben — ich kann es nicht anders nennen — die Geschmacklosigkeit, sich auf dieses Volksbegehren zu berufen, das Sie seinerzeit abgelehnt haben.

Dabei geht es Ihnen eigentlich nur um folgendes — das ist ja in Ihren Reden immer wieder deutlich hervorgekommen —: Sie wollen das Prinzip eines verantwortlichen und unabhängigen Generalintendanten durch ein Prinzip mehrerer Intendanten ersetzen, von denen Sie sich erwarten oder erhoffen — ich weiß nicht, wie ich es richtig nennen soll —, daß darunter wenigstens einige sein werden, die dem Prinzip der Fernsteuerung zugänglich sind.

Obwohl das schon feststeht, obwohl dieses elementare Ziel Ihrer Rundfunkreform, die eigentlich eine Gegenreform ist, feststeht, haben Sie zur Beschönigung Ihrer Zerstörungsarbeit eine Kommission eingesetzt. Da bitte ich, jetzt wieder den demokratischen Gesichtspunkt in den Vordergrund zu stellen: Die demokratische Kundgebung von fast 850.000 Bürgern wird auf der anderen Seite durch eine Handvoll Leute — ich kann es nicht anders nennen —, eine sogenannte Kommission, die von Ihren Gnaden, Herr Bundeskanzler, berufen ist, in Frage gestellt, eine Kommission, die zum größten Teil nicht nur nicht die demokratische Qualifikation hat — denn eine Ernennung durch Sie, Herr Bundeskanzler, ist keine demokratische Qualifikation im Gegensatz zu einem Volksbegehren —, sondern deren Mitgliedern zu einem großen Teil auch die fachliche Qualifikation fehlt. Darunter befinden sich einige Leute, die aus der Erbmasse des unabhängigen ORF vielleicht selbst das eine oder andere in Anspruch nehmen wollen.

Uns ist bekannt, Herr Bundeskanzler, daß Sie praktisch die gesamte journalistische Prominenz dieses Landes um Mitwirkung bei dieser Reformkommission angegangen haben. Sie haben sich, von einigen Ausnahmen abge-

Dr. Kohlmaier

sehen, überall eine Absage geholt. Die Herren haben schon gewußt, warum sie in diese Kommission nicht hineingehen, denn in eine Kommission, die ein Volksbegehren wieder aufheben oder verwässern soll, bei der man von vornherein das Ergebnis weiß, hineinzugehen, ist wirklich keine sehr attraktive Angelegenheit. (*Abg. Gratz: Es geht um ein OVP-Mehrheitsgesetz!*) Als der Generalintendant des Rundfunks (*Abg. Gratz: Er hört nicht auf Zwischenrufe!*) es gewagt hat, bei dieser Kommission das Ergebnis einer ersten Sitzung kritisch zu beleuchten, haben Sie gesagt: Die Kritik des Generalintendanten ist „der bisher eklatanteste Fall von Machtmißbrauch“.

Herr Bundeskanzler! Bitte erläutern Sie uns: Welcher Machtmißbrauch liegt vor, wenn der berufene Mann, der für den ORF zuständig ist, Vorschläge, die er für falsch hält, kritisiert? Ich glaube, der Machtmißbrauch liegt da anderswo.

Wenn Sie, Herr Bundeskanzler — das nehmen wir jetzt sehr ernst —, das Produkt der Ihnen willfährigen sogenannten Kommission dem Parlament vorlegen, dann werden wir verlangen, daß dasselbe Volk — nicht irgendeine ominöse Kommission —, das das Gesetz verlangt hat, auch über seine Änderung abstimmt! (*Beifall bei der OVP.*)

Herr Bundeskanzler! Dann werden Sie eine ausgezeichnete Gelegenheit haben, über Ihr Demokratieverständnis Farbe zu bekennen. Wenn Sie zustimmen — es wird leider nur mit Ihrer Zustimmung gehen —, daß die Änderung des Rundfunkgesetzes dem Volk vorgelegt wird, dann kann Ihnen die Enttäuschung wohl kaum erspart bleiben. Wenn Sie aber nicht zustimmen, was uns nicht wundern würde, so wird dieses österreichische Volk einen anderen Anlaß finden, Ihnen die gebührende Antwort zu geben, Herr Bundeskanzler! (*Beifall bei der OVP.*) Früher oder später!

Dasselbe Volk, dem Sie gesagt haben — das war am 7. Oktober 1971 —: „Wir werden uns strikt an das Programm halten, mit dem wir vor die österreichische Wählerschaft hintreten. Dafür verbürge ich mich.“

Und vorher, am 29. April 1970, haben Sie laut „Arbeiter-Zeitung“, also dem Zentralorgan der Sozialistischen Partei, der Regierungspartei, gesagt:

„Es besteht keine Absicht, das Rundfunkgesetz zu ändern.“

Herr Bundeskanzler! Diese Erklärung, die Zusicherung, Sie verbürgen sich, sich strikt an Ihr Programm zu halten, ändern Sie jetzt.

Herr Bundeskanzler! Ich will nicht polemisieren, aber gestatten Sie mir die Frage (*Abg. Gratz: Warum tun Sie es dann, wenn Sie es nicht machen wollen?*) — eine Frage ist keine Polemik, Herr Kollege Gratz —: Was sind Ihre Bürgschaften wert, Herr Bundeskanzler, wenn man diese Erklärungen einander gegenüberstellt? (*Beifall bei der OVP.*)

Herr Bundeskanzler! In diesem Fall haben Sie nicht die Möglichkeit zu sagen: Ich habe meine Meinung geändert. Denn wenn man sich für etwas verbürgt hat, dann kann man die Meinung nicht ändern. Bürgschaft heißt: Ich stehe mit meiner ganzen Ehre, ich hafte mit meiner ganzen Person dafür, daß ich meine Meinung nicht ändere. Sie haben sich verbürgt, Ihr Programm zu erfüllen, und nicht mehr! Sie haben vorher erklärt, am Rundfunkgesetz werde nichts geändert.

Herr Bundeskanzler! Es steht hier Ihre persönliche Ehre am Spiel. Sind Sie sich dieser Tatsache bewußt? (*Beifall bei der OVP.*) Und für die Opposition und für das ganze Volk in diesem Lande ist es keine nebensächliche Frage, ob der Herr Bundeskanzler auf die Einhaltung seiner Ehrenhaftigkeit Bedacht nimmt oder nicht.

Es gibt leider Dinge — und damit bin ich beim nächsten Punkt, Kollege Ulbrich; ich möchte es nicht so lang machen, aber die Reihe endet nicht so bald —, wo wir mit der Demokratie des Herrn Bundeskanzlers Enttäuschungen erleben. Es gibt immer wieder Hinweise, daß Sie auch unter Einsatz von Mitteln, die wir nicht im Detail kennen, aber über die geschrieben wird, versuchen, kritische Pressestimmen zu vermeiden. Ich habe heute bereits einen Artikel von Vorhofer zitiert, ich zitiere aus demselben Artikel einen anderen Satz: „Auch gegenüber den unabhängigen Zeitungen arbeitet der Kanzler nun wieder häufig mit Unterstellungen oder dunklen Andeutungen, so wie kürzlich beim Parteitag der burgenländischen SPÖ. Aus Kreisky spricht da dieselbe Unduldsamkeit, die man bei anderen Sozialisten seit langem kennt. Nur geht er einen Schritt weiter: Er versucht systematisch, Zeitungsherausgeber gegen Zeitungsherausgeber, Journalisten gegen Journalisten und diese wieder gegen die Herausgeber auszuspielen.“

Ich sage noch einmal: Ich kenne die Vorgänge nicht. Ich kann nur annehmen, daß es irgendwelche Erscheinungen geben muß, sonst würde ein seriöser Journalist darüber nicht in dieser Form berichten.

Der „Kurier“ vom 25. März 1973 schreibt:

„Den unabhängigen Zeitungen warf Kreisky vor, daß es ihnen in der Mehrzahl nicht um

Dr. Kohlmaier

sachliche Kritik, sondern um den Sturz der SPO-Regierung an sich gehe."

Herr Klubobmann Gratz! Die Dinge häufen sich immer wieder. Ich habe gerade gestern einen Bericht der Wiener Landesparteilitung der ÖVP von einer Diskussionsveranstaltung der SPO bekommen, die am 27. März im Volkshaus Wien 15, Rustengasse, um 19 Uhr 30 stattfand.

Es heißt hier in diesem Bericht: „Im Saal waren zirka 250 Personen anwesend, hauptsächlich ältere Jahrgänge ..." und so weiter. Das gehört nicht hierher. „Redner: Verkehrsminister Fröhbauer, Landtagsabgeordneter Gawlik.“

Und jetzt horchen Sie bitte:

„Die integrierendste Behauptung sowohl des Ministers als auch des begrüßenden Parteifunktionärs war die Feststellung, daß die derzeitige Flaute der SPO auf die nicht objektive Berichterstattung aller Massenmedien (Kurier, Kronen-Zeitung, Rundfunk und insbesondere Fernsehen) zurückzuführen sei. Minister Fröhbauer wörtlich: „Wenn eine Rückführung zu einem objektiven ORF, so wie es das Volksbegehren vorsah, nicht gelingt, ist ein Wahlsieg der SPO im Jahre 1975 gefährdet.““ (Zwischenrufe. — Abg. Gratz: Herr Kollege, nur weil Sie mich angesprochen haben: Was ist das für ein Geheimdienstbericht?) Herr Kollege Gratz! Das ist überhaupt nicht geheim, sondern unsere Kollegen besuchen große Veranstaltungen von Ihnen und berichten, was dort geredet wird. Ich nehme an, daß Sie es umgekehrt genauso machen. Es war eine öffentliche Veranstaltung. Da ist überhaupt nichts Geheimen dabei. Das ist ein ganz normaler Vorgang. (Zwischenrufe bei der SPO. — Abg. Dr. Fischer: Was haben Sie gegen einen objektiven ORF?) Bitte, wenn der Herr Minister Fröhbauer sagt, er hat das nicht gesagt, dann werde ich es gerne zur Kenntnis nehmen.

Ich möchte abschließend, meine Damen und Herren ... (Neuerliche Zwischenrufe bei der SPO. — Abg. Lanc: Was war das für eine abwertende Bemerkung über das Alter der Teilnehmer?) Keine abwertende. Nein, nein, überhaupt nicht. Herr Kollege Lanc, wenn es Sie interessiert, es heißt hier:

„Im Saal waren zirka 250 Personen anwesend, hauptsächlich ältere Jahrgänge von 50 Jahren aufwärts. Es konnten nur fünf junge Leute gezählt werden. Die Teilnehmer waren durchwegs Mitglieder und Funktionäre der Sozialistischen Partei.“

Bitte, nicht der eine Mann, der von uns dort war, natürlich. Herr Kollege Lanc, ich habe das

jetzt vorgelesen, sonst glauben Sie, ich mache hier billige Angriffe, daß bei Ihnen nur alte Leute in die Versammlungen gehen. Das glaube ich ja gar nicht, Herr Kollege Lanc. Das war wahrscheinlich ein Zufall, der sich halt gerade bei dieser Veranstaltung ergeben hat. Wahrscheinlich hat die Jugendorganisation im Nebensaal eine andere Veranstaltung gemacht. Ich möchte Ihnen das gerne zubilligen. (Abg. Lanc: Das ist nämlich ein Bezirk, in dem nur alte Leute wohnen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte hier abschließend auf ein Problem noch zu sprechen kommen, das mir besonders ernst erscheint, Herr Bundeskanzler, es fällt in den Bereich der Demokratie und der Weiterentwicklung der Demokratie, die wir ja alle wollen. Ich habe die Sorge, meine Damen und Herren von der SPO, daß vielleicht in durchaus guter Absicht derzeit Mitbestimmungsprojekte angepeilt werden, die — ich sehe es jetzt vom demokratischen Gesichtspunkt und nicht vom sozialpolitischen Gesichtspunkt — vom demokratischen Gesichtspunkt Freiheitsverluste für die Staatsbürger bringen können.

Herr Bundeskanzler! Die Freiheit der Arbeitsplatzwahl ist im Artikel 6 des Staatsgrundgesetzes 1867 gewährleistet. Herr Bundeskanzler! Sind Sie sich dessen bewußt und haben Sie bereits ausreichend darüber nachgedacht, was es für die Freiheit des einzelnen Staatsbürgers in diesem Land bedeuten kann, wenn die Anstellung in einem Betrieb, wenn die Beförderung in einem Betrieb und wenn die Zuteilung von Werkwohnungen durch einen Einspruch des Betriebsrates vereitelt werden kann? (Abg. Sekanina: Er ist nicht auf dem laufenden!) Ich gehe vorläufig, Kollege Sekanina, von der Regierungsvorlage aus, die sich in Begutachtung befindet. (Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Sekanina.) Es würde mich freuen, wenn ich nicht mehr am laufenden bin, es würde mich wirklich freuen. (Abg. Gratz: Da können Sie sich ununterbrochen freuen! — Abg. Dr. Fischer: Quelle zu dauernder Freude beim Kollegen Kohlmaier!)

Herr Kollege Sekanina! Meine Damen und Herren! Ich weiß, die Sache ist für Sie vielleicht nicht so unter diesem Gesichtspunkt zu sehen, aber ich sage noch einmal: unter dem Gesichtspunkt der Freiheit.

Es hat die letzte „Wochenpresse“ diesen berühmten Zettel veröffentlicht von der ganzen Ahnengalerie, die dem BSA angehört, die der SPO angehört: Schwester, Onkel, Bruder, und so weiter. Glauben Sie nicht, meine Damen und Herren, daß Sie, wenn Sie zugesagt haben, die Demokratie zu verbessern, auch die Ver-

6526

Nationalrat XIII. GP — 69. Sitzung — 4. April 1973

Dr. Kohlmaier

pflichtung haben, jede — ich betone: jede —, auch nur die geringste Möglichkeit des Machtmißbrauches, des politischen Machtmißbrauches, auszuschalten? Wir können nur hoffen, daß die Verhandlungen über diese Gesetzesmaterie eine Änderung herbeiführen. Ich sage noch einmal: Das ist kein sozialpolitischer Aspekt, das ist ein Aspekt der Bewahrung unter anderem des Rechtes der freien Arbeitsplatzwahl. Ein falsches Mitbestimmungsmodell, das den einzelnen Arbeitnehmer unter Umständen in eine Abhängigkeit von der Mehrheit in einem Betriebsrat bringt, kann zu einer tiefgreifenden, kann zu einer dramatischen Auseinandersetzung in diesem Land führen. (*Abg. Mondl: Für die Bauern gilt das nicht!*) Die Öffentlichkeit wird an dieser Auseinandersetzung — ich hoffe nur, daß sie nicht stattfinden wird — sicher großen Anteil nehmen und Verständnis dafür haben, daß wir in diesem Zusammenhang aufzeigen müssen, daß es weit über das Sozialpolitische hinaus hier Probleme gibt, die in den Bereich der Demokratie und der Wahrung der Freiheiten hineinreichen. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Sekanina: Herr Kollege Kohlmaier! Da hätten Sie bei der Newag ein weites Betätigungsfeld!*)

Ich möchte, meine Damen und Herren, schließlich auch — und das bitte ich vor allem die Kollegen, die Gewerkschaftsfunktionäre sind — auf der anderen Seite zu bedenken geben: Wir müssen schauen, daß der Gewerkschaftsgedanke nicht durch mißverständene sozialpolitische Aktionen Schaden leidet. Die Arbeitnehmer wollen starke Gewerkschaften. Wir wollen auch starke Gewerkschaften. Wir wollen aber nicht, daß Beschlüsse gefaßt werden können, die sich zum Nachteil einzelner Arbeitnehmer auswirken können.

Meine Damen und Herren! Ich fasse zusammen ... (*Abg. Sekanina: Wenn wir nur bei der Newag schon so weit wären! Das sind Krokodilstränen!*) Ich glaube, Sie haben mich richtig verstanden, Herr Kollege. Ich sage noch einmal: Wir hoffen, daß die Verhandlungen über diese Materie gut ausgehen. Wir können vor allem nicht verstehen, wenn der Herr Arbeiterkammertagspräsident jetzt schon sagt: Na wenn es nicht so geht, wie wir wollen, dann werden wir eben unsere Mehrheit einsetzen. — Dafür haben Sie die Mehrheit von den Wählern nicht bekommen, meine Damen und Herren, denn das stand nicht im Regierungsprogramm! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundeskanzler! Ich möchte ... (*Abg. Pansi: Wofür gibt es dann eine Mehrheit?*) Sie haben die Mehrheit bekommen zur Erfüllung Ihres Regierungsprogramms. Und in Ihrem Regierungsprogramm stand nicht, daß

Sie unter Umständen die Anstellung von Menschen in Betrieben vereiteln, weil der Betriebsrat dagegen ist, weil vielleicht irgendein politisches Bedenken ist. Sprechen wir es ganz offen aus. Darum geht es uns.

Herr Bundeskanzler! Ich möchte zum Abschluß kommen. Wir haben heute an Sie die Frage gestellt: Wie halten Sie es mit der Demokratie? Es gibt keine geteilte Demokratie. Man kann nicht für Wahlen sein dort, wo sie für die Sozialisten gut ausgehen, aber dort, wo andere Ergebnisse sind, sie nicht zur Kenntnis nehmen, indem man andere Bauern herbeiruft oder indem man sagt: In den Betrieben werden wir schon vorsorgen, daß es nicht falsch geht. — Es gibt keine geteilte Demokratie! Wenn man Demokrat ist, dann muß man sich der Kritik stellen, muß man die andere Meinung, die andere Mehrheit und die andere Stimme respektieren und genauso zur Kenntnis nehmen wie die eigene.

Meine Damen und Herren! Wir stehen heute als Opposition vor der Situation, daß wir — ich habe es ausreichend und sehr ausführlich dargelegt — eine Reihe von Umständen feststellen, die in uns die Sorge entstehen lassen, daß Sie, Herr Bundeskanzler, wie ich eingangs gesagt habe, mit der Demokratie nicht gewissenhaft genug umgehen. (*Ruf bei der SPÖ: Und seinerzeit Ihr Bundeskanzler?*)

Im Oktober 1971 haben Sie gesagt, Sie betrachten das Wählermandat nur als Auftrag, das Wahlprogramm durchzuführen, und nicht als Aufforderung, eine sozialistische Gesellschaft zu verwirklichen. Heute, Herr Bundeskanzler, haben wir manchmal den Eindruck, daß Sie Ihre Mehrheit als Auftrag sehen, eine sozialistische Gesellschaft zu verwirklichen, aber nicht Ihr Wahlprogramm zu verwirklichen. Geben Sie uns über Ihre tatsächlichen Prioritäten Auskunft.

Vielleicht noch ein Wort zu dem Zwischenruf, der jetzt hier gemacht wurde. Meine Damen und Herren von der SPÖ! Mir fällt bei den Parlamentsdebatten, die in den letzten Monaten stattgefunden haben, eines sehr deutlich auf: Sie beginnen immer mehr, sich mit der Zeit der ÖVP-Regierung zu befassen. Ich betrachte das als ein sehr gutes Zeichen. Eine Regierungspartei, die nicht mehr in die Zukunft blickt, sondern sich immer entschuldigend mit der Vergangenheit beschäftigt, ist für uns ein Gegner, der nicht mehr diesen Schwierigkeitsgrad aufweist, wie es vor einiger Zeit noch war. (*Abg. Sekanina: Es ist noch nicht aller Tage Abend!*)

Herr Kollege Fischer, wenn man so wie die SPÖ vertrauensvoll immer in die Vergangenheit schaut, wenn man sich mit dem Blick nach

Dr. Kohlmaier

hinten bis zum Jahre 1934 — das tun Sie so gern — vorwärts bewegt, wenn man also mit dem Blick nach hinten geht, dann kann einem sehr leicht etwas passieren, Kollege Fischer. Ich möchte es nobel umschreiben: Man kann straucheln und dann an irgendeiner Stelle landen, die dafür nicht vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie in diesem Zusammenhang: Hören Sie damit auf, in der Vergangenheit zu kramen. Versuchen Sie, sich wieder auf Ihre Projekte und Ihre Programme zu besinnen. Führen Sie mit uns eine faire und offene Auseinandersetzung darüber, ob Sie Ihre Programme erfüllt haben oder nicht, ob Sie demokratisiert haben oder nicht, ob die Demokratie bei Ihnen in guter Hand ist oder nicht (*Abg. Gratz: In bester Hand!*), und hören Sie damit auf, in der Vergangenheit herumzukramen. Das interessiert die Menschen nicht, die Menschen draußen wollen die Zukunft bewältigt haben. Das kann nur eine Partei, die in die Zukunft blickt, aber nicht sich ständig wie Sie mit der Vergangenheit beschäftigt. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP. — Abg. Sekanina: Danke für die guten Ratschläge!*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundeskanzler. Ich erteile es ihm.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Dr. Kohlmaier hat in der Begründung der dringlichen Anfrage eine Fülle von Fragen aufgeworfen und mich in einer ganzen Reihe von Fragen direkt apostrophiert, sodaß ich mich verpflichtet fühle, auf diese direkt an mich gerichteten Fragen — wenigstens auf diese — zu antworten.

Ich weiß aber, daß es richtiger und korrekter ist, wenn ich zuerst die dringliche Anfrage beantworte, und ich teile schon jetzt mit, daß ich mich zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Kohlmaier zu einem späteren Zeitpunkt zum Wort melden werde.

Hohes Haus! Auf die Frage 1 antworte ich wie folgt:

Ich werde den Gesetzesbeschluß betreffend eine Novellierung des Krankenpflegefachdienstgesetzes dem Herrn Bundespräsidenten zur Beurkundung vorlegen. Die Tatsache, daß Mitglieder der Oppositionsfraktion des Bundesrates eine Verfassungswidrigkeit vermuten, bedeutet nicht, daß eine solche auch tatsächlich vorliegt. Ich verweise insbesondere darauf, daß während der langen Beratungen im Nationalrat meines Wissens das Erfordernis einer qualifizierten Mehrheit von keiner der drei im Nationalrat vertretenen Fraktio-

nen behauptet wurde und auch die Feststellung des amtierenden Präsidenten in der Sitzung vom 20. März, wonach der Gesetzesbeschluß mit der erforderlichen Mehrheit im Nationalrat beschlossen wurde, unbestritten geblieben ist.

Zur Frage 2 nehme ich wie folgt Stellung:

Ich habe keine Anordnung an den Verfassungsdienst, der eine Abteilung meines Ressorts ist, gegeben, ein Gutachten zu der von Ihnen aufgeworfenen Frage zu erstellen. Allerdings ist mir bekannt, daß der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes im Begutachtungsverfahren zu den dem Gesetzesbeschluß zugrundeliegenden Bestimmungen des Artikels I Z. 2 der Novelle, womit § 6 Abs. 2 des Stammgesetzes neu gefaßt wird, Überlegungen in der Richtung angestellt hat, daß diese Bestimmungen solche auf dem Gebiete des Schulrechtes im Sinne des Artikels 14 Bundes-Verfassungsgesetz darstellen. Daraus ergeben sich Probleme in der Richtung, daß die Schulaufsicht hinsichtlich des ersten in die Krankenpflegeausbildung integrierten Schuljahres den kollegialen Schulaufsichtsbehörden im Sinne des Artikels 81 a Bundes-Verfassungsgesetz unterliegen muß und eine solche Bestimmung möglicherweise auch gemäß Artikel 14 Abs. 10 Bundes-Verfassungsgesetz mit einem qualifizierten Quorum des Nationalrates zu beschließen ist, wenn darin eine konstitutive schulordnungsorganisatorische Vorschrift zu erkennen wäre.

Wie die Krankenpflegeschulen verfassungsrechtlich zu bewerten sind, ist ein altes Problem, das auch schon bei Zustandekommen des Stammgesetzes unter Herrschaft der damals noch geltenden alten schulverfassungsgesetzlichen Normen bedeutsam war und damals strittig geblieben ist.

Dazu vertritt der Bundesminister für Unterricht und Kunst die Auffassung, daß diese Bestimmung über das erste Ausbildungsjahr nur deklarativen Charakter hätte, indem nämlich die Gültigkeit der allgemeinen Schulgesetze für die schulmäßige Krankenpflegeausbildung im ersten Jahr bekräftigt wird.

Der Verfassungsdienst, also eine Sektion meines Hauses, hat allerdings im Zusammenhang mit den Beratungen des Bundesrates — ich selbst befand mich damals auf einer Auslandsdienstreise — mir gegenüber mündlich die Frage aufgeworfen, ob man in der Bestimmung auch eine neue Rechtseinrichtung erkennen könnte, indem nämlich durch die ausdrückliche Festlegung der im Gesetzesbeschluß angeführten Ziele eine abgewandelte Ausdehnung des Anwendungsbereiches der

Bundeskanzler Dr. Kreisky

schulrechtlichen Vorschriften darin erkannt werden könnte, weil dieses erste Ausbildungsjahr in einen ganz anderen Ausbildungsgang integriert wird. Darüber, daß die Bestimmung — gleichgültig, ob sie deklarative oder konstitutive Bedeutung hat — als schulrechtliche Norm vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst zu vollziehen ist, besteht nach übereinstimmender Meinung zufolge Artikel III des gegenständlichen Gesetzesbeschlusses kein Zweifel. Die Rechtsauffassung des zuständigen Bundesministers für Unterricht und Kunst dürfte ebenso vertretbar sein. Die Kernfrage wird somit von den Fachleuten verschieden beurteilt.

Hohes Haus! Vom Standpunkt der mir obliegenden Ministerverantwortlichkeit glaube ich, bei diesem Dissens der Auffassungen die Vorlage an den Herrn Bundespräsidenten durchaus vertreten zu können.

Letztlich wird die Entscheidung solcher strittiger Fragen dem Verfassungsgerichtshof obliegen, falls er damit befaßt wird.

Aus dem Protokoll über eine Sitzung dieses Hauses entnehme ich folgende Äußerung bei einer ähnlichen Auseinandersetzung: „Wenn Sie der Meinung sind, die Materie sei verfassungswidrig, dann gehen Sie zum Verfassungsgerichtshof!“ Ich habe das nicht in dieser etwas brüskten Form formuliert, wie das seinerzeit, und zwar am 15. Juni 1966, der Herr Vizekanzler a. D. Dr. Withalm getan hat, aber ich teile diese Auffassung.

Frage 3. Meine Antwort lautet: Da mir der Standpunkt des Verfassungsdienstes einerseits und des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst andererseits teils schon aus dem Begutachtungsverfahren beziehungsweise schon vorher und anläßlich der Behandlung der gegenständlichen Regierungsvorlage in der Bundesregierung bekannt war, bestand kein Anlaß, eine neuerliche Anordnung zu geben, ein solches Gutachten zu erstellen.

Auf Frage 4 antworte ich wie folgt: Diese Antwort ergibt sich aus den vorangegangenen Antworten.

Auf Frage 5 antworte ich: Die Bundesregierung betrachtet alle Teile der Regierungserklärung, sofern kein ausdrücklicher Widerspruch erfolgt, als verbindlich, daher selbstverständlich auch jenen Teil, der sich auf die Zusammenarbeit mit den anderen Parteien des Parlaments bezieht. Da aber in der dringlichen Anfrage die Regierungserklärung nur unvollständig zitiert wurde, darf ich hinzufügen, daß dieselbe Regierungserklärung wie folgt fortführt — ich zitiere aus ihr —: „Diese Kompromißbereitschaft aber muß dort ihre Grenzen

finden, wo die Regelung der betreffenden Materie ihrer Substanz beraubt werden würde oder die Zielvorstellungen, die mit dieser Regelung verbunden sind, sich nicht erreichen ließen.“

In diesem Sinne, Hohes Haus, ist es auch gelungen, in der bisherigen Legislaturperiode 83,5 Prozent aller Gesetze einstimmig zu beschließen. (*Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*) 8,3 Prozent aller Gesetze wurden mit den Stimmen der Regierungspartei und zumindest einer der Oppositionsparteien beschlossen, und nur in 8,3 Prozent aller Gesetzesbeschlüsse war die Regierungspartei gezwungen, allein die Verantwortung zu tragen und von ihrer Mehrheit Gebrauch zu machen. (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ. — Abg. Mitterer: Aber das geht ja nicht nach Kilo!*)

Ich wiederhole, Hohes Haus: Die Regierung wird die Zusammenarbeit überall dort suchen, wo die Oppositionsparteien zu einer Zusammenarbeit bereit sind, sich aber von einer Verwirklichung des Regierungsprogramms nicht abhalten lassen dort, wo die Opposition zur Zusammenarbeit nicht bereit ist oder diese sogar verhindert. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Wir gehen nunmehr in die Debatte ein. Ich mache darauf aufmerksam, daß gemäß den Bestimmungen des Geschäftsordnungsgesetzes kein Redner länger als 20 Minuten sprechen darf.

Als erster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Koren. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Koren (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Herr Bundeskanzler, ich darf mich auf Ihre allerletzte Feststellung über die 83 Prozent der in diesem Haus einstimmig beschlossenen Vorlagen beziehen, die Sie als Beweis für Ihre Kooperationsfreudigkeit angeführt haben, wie ich es verstanden habe.

Herr Bundeskanzler! Was mich enttäuscht, ist: Ich habe Verständnis dafür, daß man eine solche Feststellung in einer Parteiversammlung trifft oder draußen in einer weniger informierten Öffentlichkeit. (*Abg. Dr. Tull: Kohlmaier und Graf haben mitapplaudiert!*) Aber, Herr Bundeskanzler, hier in diesem Haus, wo jeder weiß, wie ungleichgewichtig die Materien sind und daß nach der österreichischen Bundesverfassung — leider, wie ich ausdrücklich sage — ein großer Teil unserer Arbeit reine Routinearbeit, Verlängerungsarbeit ist, an einer solchen Stelle sollte man sich nicht auf 83 Prozent berufen, wenn man in vielen entscheidenden Fragen genau diesen

Dr. Koren

Konsens — und ich werde darauf noch zurückkommen — nie gesucht hat und nie zu suchen bereit gewesen ist.

Aber, Herr Bundeskanzler, wir haben heute einen Fall zum Gegenstand einer Anfrage gemacht, der keineswegs der erste und leider auch nicht der letzte in einer langen Reihe von parlamentarischen Fehlleistungen im Laufe des letzten dreiviertel Jahres gewesen ist, von Fehlleistungen, die mehr als berechtigte Zweifel in die Glaubwürdigkeit des Image von Toleranz, Liberalität, Kooperativität und demokratischem Verständnis geweckt haben, jenes Image, Herr Bundeskanzler, das Sie offenbar ursprünglich recht glaubhaft für einen erheblichen Teil der österreichischen Bevölkerung für sich und für Ihre Partei aufgebaut haben und das Sie nun im Streß sinkender Popularität mit ebenso bemerkenswerter Uneinsichtigkeit wieder zu zerstören beginnen.

Vor nicht einmal eineinhalb Jahren, am 5. November 1971, haben Sie, vom Sieg umstrahlt, jene Passage in Ihre Regierungserklärung aufgenommen, die heute schon einmal verlesen wurde, die Sie selbst, Herr Bundeskanzler, wieder zitiert und um einige Zeilen ergänzt haben. Ich brauche sie also nicht noch einmal vorzulesen. Ich bedanke mich für die Hilfe.

Aber, Herr Bundeskanzler: Am vergangenen Sonntag hat nicht Toleranz, sondern härteste Aggression gegen eine schwer ringende Bevölkerungsgruppe das Bild des Bundeskanzlers am Fernsehschirm geprägt. Das war der Januskopf zu dem Bild vom 5. November 1971. Und dieses zweite Gesicht, Herr Bundeskanzler, das harte, das rücksichtslose, kommt nun immer häufiger und immer öfter zum Vorschein, seit die Gloire verwelkt und der Gegenwind stärker wird und vielleicht manchmal Tränen ins Gesicht treibt.

Modern, transparent, demokratisch, diskutierfreudig, kooperativ — das waren die Schlagworte, mit denen Sie sich seinerzeit umgeben haben. Aber diese werden heute in immer kürzeren Abständen Lügen gestraft. Man kann sich nicht hier auf 51 Prozent berufen und, wie Sie es eben getan haben, Herr Bundeskanzler, in aller Klarheit feststellen, daß dort, wo Ihre Ziele gefährdet werden, die Mehrheit eingesetzt werden muß, und im gleichen Atemzug einen anderen Partner, der irgendwo eine Mehrheit von 90 Prozent hat, als nicht repräsentativ bezeichnen, man kann ihn nicht unter Druck stellen, Drohungen gegen ihn aussprechen und ihn nicht mehr als den legitimen Partner betrachten.

Ich glaube, Graz hat mit der Unterschriftenaktion, mit der Reaktion Ihrer Partei durch

Vorladung der Betroffenen gezeigt, wie wenig Verständnis offenbar auf Ihrer Seite für demokratisches Bewußtsein vorherrscht.

Herr Bundeskanzler! Gestern wurde in diesem Haus gegen einen Minister der belegte Vorwurf der Gesetzesverletzung erhoben. Es ist darauf nicht ein einziges Wort der Erwiderung von dem Betroffenen gefallen. Während einer vielstündigen Debatte hat nicht ein einziger Minister zu den Vorwürfen, die gegen ihn erhoben wurden, Stellung genommen, keiner hat die Regierungsbank erklommen.

Immer dürftiger werden Antworten, die uns auf unsere Anfragen gegeben werden, immer mehr ähnelt die heutige Situation einem schwachen Schwimmer, der sich bei glattem Wasser noch über der Oberfläche halten kann, der aber jetzt, wo die Wellen stärker werden, um sich zu schlagen beginnt und mühsam versucht, das Ertrinken zu verhindern.

Herr Bundeskanzler! Ich habe Verständnis dafür, daß jede Regierung versuchen will, ihr Programm zu verwirklichen, und das möglichst ohne Reibungsverluste, denn Klubobmann Gratz hat einmal gesagt, man kann am Ende einer Gesetzgebungsperiode nicht mit leeren Händen dastehen, und in einem funktionierenden parlamentarischen System, das auch den Schöpfern unserer Bundesverfassung vorschwebt ist, findet dieses Interesse einer Regierung auch ein natürliches Gegengewicht in der Interessenlage des Parlaments. Aber dieses System funktioniert nur dann, wenn beide Seiten sich an die Spielregeln, die den Stil geprägt haben und die den Inhalt geprägt haben, halten.

Seit einem dreiviertel Jahr mehren sich die Fälle, bei denen offensichtlich gewisse Ermüdungserscheinungen auf seiten der Regierung und der sie stützenden Mehrheit Platz greifen.

Das hat mit dem Ortstafelgesetz im vergangenen Juli begonnen, bei dem Sie auf mein Angebot, in einem für permanent erklärten Ausschuß zu beraten mit der Verpflichtung, im Herbst das Gesetz zu beschließen, nur geantwortet haben, daß Sie das nicht nötig hätten, daß dazu Ihre Mehrheit allein ausreicht.

Das haben wir bei der 29. Novelle zum ASVG festgestellt, wo Ihnen Zehntausende Unterschriften der Betroffenen gleichgültig gewesen sind.

Das haben wir bei den monatelangen Verhandlungen zur Mehrwertsteuer gesehen, wo unsere Anträge unisono abgelehnt worden sind, obwohl nun in der Zwischenzeit der

Dr. Koren

Finanzminister eine ganze Reihe dieser Anträge in der Form von Erlässen, teilweise sogar durch Telephonrundspruch, an die Finanzämter hinausgeben muß.

Das haben wir vor wenigen Wochen in Ihrem Währungsalleingang gesehen, wo Sie nicht bereit gewesen sind, eine Frage ausdiskutieren, sondern die Sitzung geschlossen haben, wo der Wunsch auf eine Sitzungsunterbrechung, Herr Bundeskanzler, auf die Formalebene geschoben worden ist, weil Präsident Sallinger nicht gesagt hat: „ich beantrage“, sondern gesagt hat: „ich ersuche“. Das hat Ihnen genügt, hier zu erklären, es sei keine Unterbrechung begehrt worden.

Herr Bundeskanzler! Ebenso haben Sie hier im Haus erklärt, ich hätte damals nur eine Frage gestellt. Ja war das nötig? Ich habe zu allen Punkten Stellung genommen, die dort besprochen worden sind, aber es ist niemand darauf eingegangen. Das ist richtig. Das war Ihr Diskussionsstil.

Oder das Hochschülerschaftsgesetz: Heute werfen Sie uns vor, wir hätten es verschleppt, verzögert und ich weiß nicht was noch.

Ich glaube, es erinnern sich noch genug Damen und Herren hier im Hause daran, daß im vergangenen Jahr, als der Gesetzentwurf auf Verlängerung der Funktionsperiode eingebracht wurde, in die Begründung des Initiativantrages von Ihnen aufgenommen wurde, das Hochschülerschaftsgesetz werde noch im November dem Parlament zugeleitet werden und daher noch vor Jahresende beschlossen werden können. Zu diesem Zeitpunkt lag schon ein Jahr lang ein Initiativantrag zu einem neuen Hochschülerschaftsgesetz von uns im Parlament, ist aber von Ihnen nicht einmal ignoriert worden! Und jetzt, nachdem die Novelle tatsächlich erst im Februar gekommen ist und in der vergangenen Woche gar nicht beschlossen werden konnte, weil der Unterausschuß noch nicht fertig war, der Ausschuß also gar nicht tagen konnte, jetzt auf einmal haben wir „verzögert“, haben wir „verschleppt“, weil Ihre Regierung säumig geworden ist.

Wir haben die Vorgangsweise beim Verfassungsgerichtshof erlebt: nichts mehr von Transparenz, nichts mehr von Durchsichtigkeit.

Den letzten Fall, das Krankenpflegefachdienstgesetz, haben wir heute zum Anlaß einer grundlegenden Auseinandersetzung genommen. Herr Bundeskanzler! Sie haben jetzt, zwar sehr juristisch ausgedrückt, aber doch in sehr klarer Form die Aussage der Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz im Bundesrat vom vergangenen

Donnerstag desavouiert, denn Sie haben erstens klar und eindeutig festgestellt, daß der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes sehr wohl im Begutachtungsverfahren eine Stellungnahme bezogen hat, aus der die Verfassungsproblematik dieses Paragraphen klar ersichtlich gewesen ist, und daß damals schon diese Überlegungen im Vorbegutachtungsverfahren angestellt worden sind.

Sie haben weiter nun zwei Rechtsmeinungen gegeneinandergestellt, nämlich die des Verfassungsdienstes und die des Unterrichtsministeriums. Ich überlasse es der österreichischen Öffentlichkeit zu wiegen, was schwerer wiegt: die jahrzehntelange Erfahrung einer unbestrittenen verfassungsrechtlichen Organisation, oder die dafür von Haus aus nicht zuständige Rechtsmeinung eines einzelnen Ressorts.

Aber auch hier, Herr Bundeskanzler, geht es nicht um den formalen Streit und um den formalen Inhalt, sondern es geht darum, in welcher Form sich die Auseinandersetzung abspielt. Denn vergangenen Dienstag, als wir rechtzeitig vor der Bundessratssitzung diese Frage aufgeworfen haben und feststellten, daß wir der Auffassung sind, daß hier ein verfassungsgesetzliches Quorum bei der Beschlußfassung notwendig gewesen wäre — wie Sie heute selber zugegeben haben, nicht nur im Verlauf einer politischen Polemik hier im Plenum, wie das 1966 der Fall war, Herr Kollege Gratz, sondern gestützt durch Rechtsmeinungen von berufenen Stellen —, hat der Herr Abgeordnete Fischer, wie ich den Zeitungen entnehmen darf, ziemlich kalt-schnäuzig erklärt: Ich nehme nicht an, daß wir uns im Bundesrat von diesen Argumenten beeindrucken lassen. Dafür gibt es Gerichtshöfe. (Abg. Dr. Marga Hubinek: Superdemokrat!)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, das ist die wirkliche Wurzel des Problems, daß Sie eben nicht bereit sind, dort, wo es Ihnen nicht angenehm ist, über Zweifelsfragen zu reden und zu sprechen, daß Sie sich immer mehr über die Dinge hinwegsetzen, von denen wir glauben, daß sie zu der Grundsatzklärung gehören, die der Herr Bundeskanzler heute verlesen hat, nämlich zur Bereitschaft, sich mit den Argumenten eines anderen auseinanderzusetzen und dann zu einem Ergebnis zu kommen, und die nicht endet im Berufen auf eine Mehrheit. (Beifall bei der ÖVP.)

Hohes Haus! Ich finde, daß es in der letzten Zeit eine ganze Reihe von Vorfällen gegeben hat, wo das ähnlich gewesen ist, wo letzten

Dr. Koren

Endes im parlamentarischen Raum eine Technik entwickelt wird, durch die mit den Grundsätzen, Herr Bundeskanzler, mit denen Sie Ihr Image aufgebaut haben, eindeutig gebrochen wird.

Das gilt etwa für die Antwort des Präsidenten dieses Hauses auf meine schriftliche Anfrage bezüglich der Vorgänge um die Bestellung eines Verfassungsrichters, und hier, glaube ich, gibt ein Artikel recht interessante neue Aspekte, der heute erschienen ist, in dem — es handelt sich um die „Wochenpresse“ — festgestellt wird, daß sich in Juristenkreisen ein hartnäckiges Gerücht halte, daß die Mitteilung des Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes an den Herrn Bundespräsidenten nicht vollständig veröffentlicht worden sei (*Abg. Dr. Kohlmaier: Hör! Hör!*), sondern nur teilweise.

Die „Wochenpresse“ redierchiert nun offenbar bei den dafür in Frage kommenden Stellen und stellt am Ende des Artikels fest:

„Ich kann auf allerhöchste Weisung Ihre Frage nur mit einem »no comment« beantworten“, ließ Kurt Skalnik, Jonas-Pressesprecher, verlauten.“

Zweitens: „Der Präsident läßt Ihnen für die Fühlungnahme danken. Sie brauchen nicht mehr anzurufen“, stellte das Sekretariat von VGH-Chef Antonioli klar.“

Und drittens: „Was ich sagen will, habe ich in der parlamentarischen Anfragebeantwortung gesagt“, antwortete Benya barsch, aber zumindest selbst.

Daß der geheimnisvolle Absatz aus der Luft gegriffen sei, behauptete keiner der schweigsamen drei.“ (*Abg. Dr. Kohlmaier: Transparenz!*)

Meine Damen und Herren! Die Opposition hat weder die Möglichkeit, etwas zu unternehmen, wenn der Nationalratspräsident die Präsidialkonferenz übergeht, noch die Möglichkeit, den Bundespräsidenten oder gar den Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes nach dem vollständigen Inhalt eines solchen Schreibens zu fragen, eines Schreibens, das immerhin die Grundlage für eine aufsehenerregende Feststellung und für einen aufsehenerregenden Vorfall gewesen ist. Denn weder der Herr Bundespräsident noch der Präsident des Verfassungsgerichtshofes sind verpflichtet, ihre Entscheidungen und ihre Grundlagen dem Parlament zur Information vorzulegen (*Abg. Dr. Kohlmaier: Aber gut wäre es!*), ein Zustand, der sich seit der absoluten Monarchie nicht geändert hat.

Ich kann daher als Fraktionsführer meiner Fraktion von dieser Stelle aus den Herrn Bundespräsidenten nur ersuchen — mehr kann ich nicht —, die Öffentlichkeit und das Parlament über den vollständigen Text der Mitteilung des Verfassungsgerichtshofes an ihn zu unterrichten, damit endlich Klarheit darüber herrscht, welche Unterlagen dem Herrn Bundespräsidenten tatsächlich vorgelegt sind, nachdem er dem Nationalrat die Erstellung eines neuen Dreivorschlages vor-enthalten hatte. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Ich glaube, daß die Öffentlichkeit darauf ein Recht hätte!

Hohes Haus! Ich glaube, nur mit ein paar Beispielen gezeigt zu haben, wo die Kooperationsmöglichkeit, wo das Demokratieverständnis und wo die Transparenz nun bei Ihnen, Herr Bundeskanzler, mehr und mehr aufzuhören beginnen.

Es hat vor wenigen Jahren, am 2. Dezember 1969, in einer sehr beachtenswerten Rede der Herr Minister Dr. Broda einmal gesagt: „Denken wir sehr viel an den 1. März 1970, aber auch an den 2. März, an dem die meisten von uns wieder hier sein werden und wieder fortsetzen müssen.“

Ich glaube, Herr Bundeskanzler, es ist an der Zeit, Sie daran zu erinnern, daß die 51 Prozent, mit denen Sie begonnen haben, heute keine 51 Prozent mehr sind und daß es für Sie einen Tag im Oktober 1975 oder früher geben wird, auf den auch ein nächster Tag folgen wird, wo viele, die heute hier tätig sind, werden überlegen müssen, wie es weitergehen soll. Sie können heute noch überlegen, ob Sie wachsende Schwierigkeiten durch Härte, Diskussion durch Drohung oder Einschüchterung, Transparenz durch Schweigen oder Verbergen, Offenheit durch Formaldemokratie und Parlamentsreform durch den Einsatz der Mehrheit ersetzen wollen.

Ich sage Ihnen ganz offen: Das könnte uns politisch gesehen durchaus recht sein. Denn Sie würden selbst zerstören, was Sie vor Jahren an Bild von sich und Ihrer Partei aufgebaut haben. Ich glaube aber, daß Sie damit der politischen Entwicklung in diesem Lande einen schlechten Dienst leisten würden. Denn die Politik in diesem Lande muß auch nach Ihnen noch weitergehen! (*Anhaltender Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Gratz. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Gratz (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Wir diskutieren formell eine dringliche Anfrage, die vom Inhalt her alle, die sie gelesen haben, zu der Frage veranlaßt hat: Warum ausgerechnet diese Materie?

Gratz

Es zeigt sich nun, daß die beiden Redner der Österreichischen Volkspartei den Inhalt, den eigentlichen Inhalt ihrer dringlichen Anfrage selbst nicht besonders ernst nehmen (*Abg. Dr. Koren: Das ist Ihr Irrtum, Herr Kollege!*), denn in ihren Reden ist zu 98 Prozent alles vorgekommen, was die Innenpolitik in den letzten drei Jahren bewegt hat, und zu 2 Prozent die dringliche Anfrage selbst.

Ich sage das nicht vorwurfsvoll, meine Damen und Herren von der ÖVP! Sie haben uns ... (*Abg. Graf: Da sind wir Ihnen aber dankbar, Herr Gratz! Das ist aber nett von Ihnen!*) Bitte: Nachdem Ihre Redner im Stil zwischen Robespierre und de Gaulle hin und her geschwankt haben, von leidenschaftlicher Anklage bis zum staatsmännischen Zureden, werde ich vielleicht auch noch so etwas sagen können. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Graf: Sicher! Ich sage Ihnen ja: Wir sind Ihnen sehr dankbar!* — *Präsident Doktor Maleta gibt das Glockenzeichen.*)

Hohes Haus! Wir haben natürlich, weil eine parlamentarische Diskussion auch Antworten erfordert, den Inhalt der Reden vom Herrn Generalsekretär Dr. Kohlmaier und vom Herrn Klubobmann Professor Dr. Koren so ernst genommen, daß wir natürlich jetzt auf alle angeschnittenen Punkte im einzelnen antworten müssen. Da der Redner in der Debatte auf 20 Minuten beschränkt ist und es in 20 Minuten ausgeschlossen ist, auf die vielen interessanten innenpolitischen Probleme, die Sie angeschnitten haben, ausführlich einzugehen, muß ich jetzt schon um Verständnis dafür bitten, daß eine ganze Reihe von Rednern der Sozialistischen Partei sehr ernsthaft jedes einzelne der Probleme, die Sie angeschnitten haben ... (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Sehr fein. (*Abg. Graf: Ist das eine Drohung? Wollen Sie uns damit drohen? — Abg. Skritek: Fühlen Sie sich bedroht? — Weitere Zwischenrufe. — Präsident Doktor Maleta gibt das Glockenzeichen.*) Ich bitte um Verständnis, und Sie sagen „Drohung“. Ich meine: Gar so empfindlich ... (*Anhaltende Zwischenrufe.*)

Präsident Dr. Maleta (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Verständnis, wenn ich ersuche: Weniger Zwischenrufe!

Abgeordneter Gratz (fortsetzend): Der erste Redner der Österreichischen Volkspartei, der Herr Generalsekretär Dr. Kohlmaier, hat, glaube ich, in einer Stunde mehr von Demokratie gesprochen, hat öfter das Wort Demokratie im Mund geführt als wahrscheinlich die Österreichische Volkspartei während der ganzen Zeit ihrer Alleinregierung vier Jahre lang! (*Zustimmung bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Weil Sie, Herr Generalsekretär, zu Beginn mit solcher Sorge die Sozialdemokratie in Schutz genommen haben gegen andere Entwicklungen, darf ich Ihnen wirklich ohne Emotion sagen, daß sich in diesem Lande die Sozialdemokratie immer selbst zu verteidigen gewußt hat und nicht zuletzt gegen die Kanonen jenes Mannes, dessen Bild in Ihrem Klub hängt! (*Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Prader: Das ist eine Unerhörtheit! — Abg. Dr. Kohlmaier: Die ewig Gestrigen!*)

Hohes Haus! Es steht, wie gesagt, die ganze Innenpolitik zur Debatte. (*Abg. Harwalik: Die Gräber sind geschlossen!*) Sie sind geschlossen. (*Weitere anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Präsident Dr. Maleta (wiederholt das Glockenzeichen gebend): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! (*Abg. Harwalik: Die Gräber sind geschlossen!*) Bitte, jetzt spreche ich! (*Abg. Harwalik: Die Gräber sind geschlossen in Österreich! Darauf haben wir aufgebaut! Das tut man nicht, Herr Abgeordneter Gratz!*) Abgeordneter Harwalik! (*Weitere Zwischenrufe des Abg. Harwalik. — Gegenrufe bei der SPÖ. — Präsident Doktor Maleta gibt wiederholt das Glockenzeichen.*)

Meine Damen und Herren! Jetzt spreche ich! Ich ersuche die Abgeordneten aller Parteien, auf den Präsidenten zu hören. (*Abg. Doktor Prader: Er soll nicht immer beleidigen!*) Nach allen Seiten: Das Jahr 1934 liegt vierzig Jahre zurück. Ich bitte, in der Gegenwart ... (*Abg. Offenböck: Dann soll er nicht immer so sprechen! — Präsident Dr. Maleta gibt neuerlich wiederholt das Glockenzeichen.*)

Ich bitte, sich zurückzuhalten! Ich wünsche nicht das Jahr 1934! (*Abg. Dr. Fischer: Wir wünschen nicht die Bilder davon! — Gegenrufe bei der ÖVP. — Präsident Doktor Maleta gibt abermals das Glockenzeichen.*)

Ich bitte auch die Angehörigen meiner Partei, sich nach den Wünschen des Präsidenten zu richten! Ich brauche keine Unterstützung von den anderen!

Abgeordneter Gratz (fortsetzend): Hohes Haus! Ich befolge gerne diese Anregung des Herrn Präsidenten, aber gestehen Sie, Herr Generalsekretär, mir eine gewisse Emotion zu (*Abg. Dr. Kohlmaier: Gerne!*), wenn Sie eine Stunde lang in der Öffentlichkeit so tun, als ob Sie die Österreicher vor der Sozialistischen Partei im Namen der Demokratie in Schutz nehmen müßten. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Das war der Grund meiner Emotion.

Gratz

Hohes Haus! Wenn wir diese Emotionen auf beiden Seiten zur Seite lassen, dann wird es mir sehr recht sein. Ich nehme das Recht für mich in Anspruch. Gerade hier im Haus kennen mich alle als einen, der weder dauernd von der Vergangenheit spricht, noch sehr leicht erregt ist. Aber wenn ich mir sehr ruhig eine Stunde lang anhören muß, daß meine Partei in Andeutungen und so weiter dargestellt wird als jemand, der die Demokratie in Österreich gefährdet, dann erlauben Sie mir oder dann verzeihen Sie mir auch eine emotionelle Entgleisung, bei der ich auch nur auf etwas hingewiesen habe. *(Neuerliche Zustimmung bei der SPÖ.)*

Ich gehe über zu einem Punkt, zu dem echten Problem — ich kann jetzt einige Dinge nur punktuell in diesen 20 Minuten behandeln —, zur Verfassungsrechtslage: War das Gesetz verfassungswidrig oder nicht? Wer hat darüber zu entscheiden?

Ich kann jetzt keine lange verfassungsrechtliche Ausführung halten, aber die Österreichische Volkspartei sollte sich, glaube ich, im klaren darüber sein, was sie verfassungsrechtlich anstrebt oder anzustreben scheint, wenn sie dem Herrn Bundeskanzler sagt, er solle prüfen, ob er ein einfaches Gesetz, das nach Ansicht der Österreichischen Volkspartei verfassungswidrig ist, unterschreibt. Das bedeutet etwas, was dieses Haus bisher abgelehnt hat. *(Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Koren: Das ist ganz etwas anderes!)* Es bedeutet die Übertragung eines inhaltlichen Gesetzesprüfungsrechtes an den Bundespräsidenten und an den Bundeskanzler.

Hohes Haus! Das ist nicht nur im Hinblick auf Verfassungsmäßigkeit bei Schulgesetzen relevant, sondern wenn dieses Argument relevant ist, daß der Bundeskanzler nur unterschreiben darf, wenn er das Gesetz inhaltlich geprüft hat, dann bedeutet das die Übertragung eines inhaltlichen Gesetzesprüfungsrechtes, das an sich nur der Verfassungsgerichtshof hat, hinsichtlich aller Kompetenzbestimmungen und aller Rechte des Nationalrates an den Bundeskanzler. Bei allem Respekt vor dem Herrn Bundeskanzler: Im Nationalrat haben wir als Opposition das Recht des Nationalrates verteidigt, daß die Vollziehung kein inhaltliches Prüfungsrecht der Gesetze hat, und wir verteidigen als Fraktion dieses Recht auch in der Eigenschaft als Mehrheitspartei. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte sagen, daß ich mich hier auch völlig mit dem identifiziere — ich kann jetzt nicht alles verlesen, der Herr Bundeskanzler hat es teilweise zitiert —, was der Herr Abgeordnete Dr. Withalm in der 10. Sit-

zung der XI. Gesetzgebungsperiode gesagt hat. Er hat es natürlich etwas polemischer gesagt. Bei Nationalratssitzungen geht es eben immer polemischer zu. Herr Dr. Withalm hat gesagt:

„Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß diese Materie der Verfassung entspricht. Sie können anderer Auffassung sein, aber nehmen Sie zur Kenntnis“ — „nehmen Sie zur Kenntnis“ war zu Ihrer Zeit, Herr Doktor Withalm, ein beliebtes Wort *(Abg. Doktor Withalm: Ich kann mich noch erinnern!)* —: „Wenn Sie gesagt haben, es wäre eine Verständigung darüber notwendig, daß ... die Parteien sich jetzt zusammensetzen und sagen: Das ist verfassungsmäßig, das ist nicht verfassungsmäßig, ja, das könnte der Sozialistischen Partei passen, daß wir sie jedenfalls bei jeder Materie womöglich fragen ...“ *(Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Dr. Kreisky: Das war ein Stil, Herr Dr. Withalm, ganz ein frischer Still!)* Und Dr. Withalm setzte fort: „Nicht Sie, meine Damen und Herren, werden bestimmen, was verfassungsmäßig und verfassungswidrig ist, sondern einzig und allein das zuständige Höchstgericht: das ist der Verfassungsgerichtshof.“ *(Abg. Dr. Kreisky: Vor Tische las man's anders! Das war ein Stil, Herr Doktor Withalm! — Abg. Graf: Ein echter Withalm!)*

Ich schließe mich dem letzten Satz an und sage sogar noch dazu: Nicht Sie werden bestimmen, und auch wir werden letztlich nicht bestimmen, was verfassungswidrig ist, sondern der Verfassungsgerichtshof wird es bestimmen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Ich kann jetzt nur ankündigen, daß selbstverständlich Redner meiner Fraktion zu den folgenden angeschnittenen Materien in diesem innenpolitischen Tour d'horizon des Herrn Generalsekretärs und des Herrn Klubobmannes im Detail Stellung nehmen werden:

Zur Frage des ORF; zur Frage der fachlichen Qualifikation der Kommission im Bundeskanzleramt; zu der leicht verschämt hier behandelten Frage, ob das derzeitige Gesetz dem Volksbegehren entspricht. Es entspricht ihm nämlich nicht. Es ist ein OVP-Mehrheitsgesetz geworden.

Wir werden einen Redner stellen zur Frage, wer in der Vergangenheit eine Volksabstimmung über ein vom Nationalrat beschlossenes Gesetz als Mehrheit abgelehnt hat. Das war nämlich die Österreichische Volkspartei bei der Mietengesetznovelle.

Wir werden einen Redner stellen, der sich sehr genau mit den Landwirtschaftsfragen auseinandersetzen wird. Ich möchte nur namens

6534

Nationalrat XIII. GP — 69. Sitzung — 4. April 1973

Gratz

meiner Fraktion sagen: Die Aufforderung des Herrn Generalsekretärs Kohlmaier an die Bundesregierung und an den Bundeskanzler, nun tatsächlich die Vergabe und Verwendung aller AI-Kredite der letzten zehn Jahre zu überprüfen und darüber zu berichten, wird von unserem Klub unterstützt. Wir schließen uns diesem Ersuchen an und erwarten den Bericht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ein Redner von uns wird zu den Fragen der Mitbestimmung Stellung nehmen.

Sie haben weiters davon geredet — ich habe mir hier die ganze Liste aufgeschrieben; aber wozu brauche ich denn die Liste! —: Ortstafeln, 29. Novelle zum ASVG, Mehrwertsteuer, Währungsalleingang. — So sagten Sie. Es ist sehr interessant, daß Sie damit feststellen, gegen die Aufwertung des Schillings gewesen zu sein. *(Abg. Dr. Schleinzner: Das ist polemisch! — Abg. Dr. Koren: Herr Gratz, das geht ein bißchen zu weit!)* Weiters sprachen Sie vom OH-Gesetz, vom Verfassungsgerichtshof und vom Krankenpflegefachdienst. — Also nicht! Kein Alleingang! Dann war es wieder kein Alleingang, denn wir haben hier ja die Währungsdebatte gehabt. *(Abg. Dr. Koren: An diesem bewußten Dienstag! Sie waren dabei!)* Die Dienstagsitzung! Aber am Samstag war es dann gemeinsam, Herr Professor Koren! Am Samstag darauf *(Abg. Dr. Koren: Es ist um die Vorgangsweise an diesem Dienstag gegangen!)* folgte eine gemeinsame Entscheidung der Sozialpartner.

Ich muß jetzt aber zu einigen Problemen kommen, die ebenfalls in den Debattenbeiträgen des Herrn Generalsekretärs und des Herrn Klubobmannes vorgekommen sind.

Der Herr Generalsekretär fragte, was aus der Forderung nach mehr Demokratie geworden sei, warum keine gesetzlichen Maßnahmen gekommen wären.

Diese Frage muß ich zurückgeben: Was ist denn zum Beispiel mit dem Gesetz über die Volksanwaltschaft, bei dem seit kurzem eine Festsetzung von Unterausschußterminen autonom durch den Unterausschuß nicht mehr möglich ist? Was wird mit dem Betriebsverfassungsgesetz, mit dem Universitäts-Organisationsgesetz sein? Hier wird sich dann die Einstellung der Österreichischen Volkspartei ... *(Abg. Dr. Koren: Das ist doch alles noch nicht da!)* Das Gesetz über die Volksanwaltschaft ist einige Zeit hier, Herr Professor Koren! *(Abg. Dr. Koren: Da sind mindestens schon 15 Sitzungen gewesen!)* Es sind Sitzungen gewesen. Sie wissen genauso gut wie ich, daß die weiteren Beratungen in diesem Ausschuß, da es sich um ein Ver-

fassungsgesetz handelt, anscheinend — für mich — unter gewisse Vorbedingungen gestellt werden sollen, die ich noch nicht kenne, aber jedenfalls derzeit ins Stocken geraten sind.

Herr Klubobmann! Sie haben gesagt, daß man nicht nur zählen soll, wie viele Gesetze einvernehmlich beschlossen wurden, sondern daß man auch gewichten soll, bei welchen Gesetzen die Sozialistische Partei allein entscheiden mußte. Nun gut! Dann zählen wir eben einige auf, bei denen die Österreichische Volkspartei nein gesagt hat.

Die Österreichische Volkspartei hat gerade in letzter Zeit nein gesagt zum Gesetz über die Fusionierung der österreichischen Eisen- und Stahlindustrie, die diesem Land immerhin einen Stahl- und Eisenkonzern gebracht hat, der zu den zehn größten Unternehmungen der Welt zählt und der immense Chancen gibt, daß sich dieses Land als kleines Land industriell auf dem Weltmarkt behaupten kann. *(Beifall bei der SPÖ.)* Sie haben dagegen gestimmt!

Sie haben — wie Sie selbst wissen — ein sehr zögerndes Ja in letzter Minute zu den Verträgen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ausgesprochen. *(Abg. Doktor Blenk: Aber vorläufig noch nicht beurteilbar!)*

Und Sie wissen selbst, wie nicht nur wir, sondern auch die Öffentlichkeit bestürzt darüber war, was bei den Endverhandlungen mit Ihnen — bei den Bedingungen — aus der ursprünglich großen Vision des wirtschaftlich zusammengeschlossenen Abendlandes geworden ist, nämlich eine Auseinandersetzung über sehr kleine Details.

Sie haben, wie Sie ja heute wieder beweisen, nein gesagt zu einem modernen Krankenpflegefachdienst, dessen Probleme nicht nur dem Nationalrat, sondern allen Österreichern unter den Nägeln brennen, und Sie versuchen jetzt in letzter Minute das Gesetz doch noch zu verhindern. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie haben zu einer Reihe von Vorlagen zwar nicht nein gesagt, aber Sie haben Unterausschüsse zur besseren Beratung von Gesetzen verlangt. Es gibt derzeit 27 Materien, die in Unterausschüssen behandelt werden, wobei bei manchen Unterausschüssen der Ausdruck „behandelt“ eine sehr vornehme Umschreibung dessen ist, daß die Materie dort wochen-, wenn nicht monatelang ruht.

Ich möchte jetzt keine Unterstellungen vornehmen und nichts vermuten. Ich möchte nur sagen, daß wir sehr genau prüfen werden, wo im Verlaufe des letzten Jahres die Unter-

Gratz

ausschüsse arbeiten konnten und wo sie der Opposition offenkundig nur ein Vorwand dafür waren, daß die Materie liegenbleibt.

Wenn wir in Zukunft in Pressekonferenzen und über den ÖVP-PresseDienst Vorwürfe darüber bekommen, wie viele Materien unerledigt im Parlament liegen, dann werden wir uns diese Vorwürfe der ÖVP zu Herzen nehmen und dafür sorgen, daß diese Materien im Parlament erledigt werden. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

Auch das können Sie nicht als Drohung auffassen, denn Sie werden doch nicht annehmen, daß Vizekanzler Dr. Withalm in der gleichen Sitzung, in der 10. Sitzung der XI. Gesetzgebungsperiode, etwa gedroht hätte, wenn er gesagt hat: „Wenn wir davon reden, daß wir in einer parlamentarischen Demokratie sind, dann muß eben, um diese Probleme erledigen zu können, von den Möglichkeiten der Mehrheit, die auf Grund des Votums des Volkes gegeben ist, Gebrauch gemacht werden.“ *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Doktor Withalm: Völlig unbestritten! — Abg. Libal: Bravo!)*

Das ist unbestritten, und wir werden daher — das sage ich sehr offen ... *(Abg. Doktor Kohlmaier: Es geht darum, wie man es macht! Ein Stilproblem!)* Das Stilproblem besteht darin, daß Sie hier monatelang sagen: Warum geschieht nichts?, in den Ausschüssen dagegen sind, und wenn wir dann mit Mehrheit abstimmen, den Ausdruck „Niederstimmen“ verwenden. Das ist Ihr Stil. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Ich habe nur mehr zwei Minuten. Ich möchte zu zwei Dingen noch eine Bemerkung machen.

Der Herr Generalsekretär Dr. Kohlmaier hat gesagt: Wenn Programme nicht erfüllt werden, dann könne man das unter Umständen als politisches Kavaliersdelikt betrachten. Für uns gilt das nicht, Herr Generalsekretär! Für uns ist die Nichterfüllung von Programmen kein Kavaliersdelikt, sondern ein Grund ... *(Abg. Dr. Kohlmaier: Umso besser! Dann fangen Sie zum Erfüllen an! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Herr Kollege, nicht, wenn es der Abgeordnete Blenk verlangt, sondern wenn es die Wähler verlangen. Wir werden vor die Wähler hintreten mit dem erfüllten Programm. Das sage ich Ihnen. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP. — Präsident Dr. Maleta gibt das Glockenzeichen.)*

Wir wissen, daß die Österreichische Volkspartei irritiert ist, weil der Staat jetzt seit drei Jahren nicht mehr ihr gehört. Daß sie irritiert ist, wie ich gestern herausgehört habe, bei manchen Personalvorschlägen, daß sie irri-

tiert ist — wozu ich mich jetzt noch nachträglich bekenne — zum Beispiel darüber, daß für mich als früherer Bundesminister für Unterricht erstmalig in diesem Ministerium seit vielen, vielen Jahren das Bekenntnis zur Sozialistischen Partei kein Ausschluß von der Aufnahme oder Beförderung gewesen ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Weil Sie wissen, daß der Staat nicht mehr Ihnen gehört, daß die Sozialistische Partei die Programme verwirklicht *(Abg. Hahn: Außer dem Wohnbauprogramm! — Abg. Dr. Kohlmaier: Oder dem Humanprogramm!)*, weil Sie fühlen, daß Ihre Strategien im Keller leben und den Österreichern das Bild eines Landes in Elend und Not vorzeichnen, während sich jeder Österreicher nur umsehen muß, um zu sehen, wie es in diesem Land aufwärtsgeht, weil Sie darüber irritiert sind, deswegen Ihre Aktionen wie die heutige. Aber hören Sie unsere weiteren Redner. Wir werden uns im Detail mit Ihrem Vorbringen auseinandersetzen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Broesigke. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Broesigke (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß man bei der Besprechung dieser Anfrage und der Anfragebeantwortung zwei Dinge auseinanderhalten muß, nämlich auf der einen Seite den Anlaßfall selbst, das sind die Fragen 1 bis 4 und ihre Beantwortung, und auf der anderen Seite die Frage 5 und die allgemeinen Betrachtungen, die sich daran knüpfen und die mit dieser Frage zusammenhängen. Vielleicht zunächst ein Versuch einer nüchternen Betrachtung über den Anlaßfall. *(Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Es handelt sich um die Bestimmung des § 6 Abs. 2 des Krankenpflegegesetzes, in der es heißt, daß das erste Ausbildungsjahr gemäß den einschlägigen schulrechtlichen Vorschriften zu führen ist. Ich muß ehrlich sagen, daß nach meiner Auslegung des Gesetzes ein bloßer Hinweis auf andere rechtliche Vorschriften — mögen sie nun Verfassungsrang haben oder doch die Änderung einer Zweidrittelmehrheit bedürfen — für sich allein noch keine Grundlage darstellt, nach einem Verfassungsgesetz zu rufen. Aber über etwas Derartiges kann man sicherlich streiten.

Sicher ist, daß im Lauf der parlamentarischen Debatte in diesem Haus und auch im Lauf der Debatte im Ausschuß niemand darauf verwiesen hat, daß dieser § 6 Abs. 2 in dieser

Dr. Broesigke

Form verfassungswidrig sein könnte beziehungsweise, exakter formuliert, daß eine Beschlußfassung mit Zweidrittelmehrheit erfolgen müßte.

Wenn nun eine Kritik angebracht ist, so ist es die, daß in diesem Zeitpunkt der Beratungen hier im Hause von seiten der Bundesregierung auf diese Bedenken nicht aufmerksam gemacht wurde, wie sie ja anscheinend der Verfassungsdienst im Laufe des Begutachtungsverfahrens doch geäußert hat.

Ich glaube, bei einer so subtilen Frage, wo man also nur am Rande Bedenken sehen kann, ist es Pflicht des zuständigen Ressortministers, nicht nur auf das aufmerksam zu machen, was seinem Ressortstandpunkt entspricht, sondern auch auf das, was entgegenstehen könnte. Wenn also die Meinung des Verfassungsdienstes bekannt war, dann erhebt sich die Frage, warum nun eigentlich im Ausschuß diese Dinge nicht zur Sprache gebracht wurden.

Nachdem allerdings hier die Beschlußfassung durch den Nationalrat erfolgte, sehe ich eigentlich keine Grundlage dafür, daß das nun im nachhinein in der Form saniert werden könnte, daß etwa der Bundespräsident die Beurkundung oder der Bundeskanzler die Gegenzeichnung ablehnt.

Ich verstehe auch nicht ganz, warum die Antragsteller im Bundesrat, die einen Einspruch verlangten, ein solches Begehren nämlich unter Hinweis auf Verfassungswidrigkeit gestellt haben, denn wenn nach ihrer Meinung ein ordnungsgemäßer Beschluß des Nationalrates nicht zustandegekommen ist, dann kann man eigentlich dagegen auch keinen Einspruch machen. Aber ich will damit nur sagen, wie schwierig die Materie an sich ist.

Ich glaube, es ist richtig, daß nachträglich über eine solche Frage nur der Verfassungsgerichtshof befinden kann und daß es nun nicht möglich ist, daß der Bundeskanzler oder der Bundespräsident oder beide gemeinsam darüber befinden, ob eine Beschlußfassung in diesem Hause den Bestimmungen der Bundesverfassung entsprochen hat. Die Beurkundung hat ja nur zu prüfen, ob diese Beschlußfassung erfolgte.

Aber was beschlossen wurde, das haben Bundespräsident und Bundeskanzler zur Kenntnis zu nehmen. Daß hier die Grundlage, nämlich die Verfassungsbestimmung des Artikels 14 Abs. 10 der Bundesverfassung, wenn ich es recht im Gedächtnis habe, ohnehin sehr problematisch ist, das hat die freiheitliche Fraktion vor mehr als zehn Jahren in diesem Hause anläßlich der Beschlußfassung über die sogenannte Schulreform sehr ausdrücklich her-

vorgehoben. Es wurde damals aufmerksam gemacht, daß dieser Verzweigungsschritt der seinerzeitigen Koalition, eine Zweidrittelmehrheit in die Verfassung einzubauen, und zwar eine Zweidrittelmehrheit über das Thema, aber nicht eine Zweidrittelmehrheit in den einzelnen Gesetzen, eine äußerst problematische Lösung ist, und es ist klar, daß sich auch in der Zukunft noch bei verschiedenen Anlässen Probleme ergeben werden wie im vorliegenden Fall.

Wir Freiheitlichen sind daher der Meinung, daß es ein Versäumnis der Bundesregierung gewesen ist, in der Zeit, da das Gesetz, das ja eine Regierungsvorlage war, in Behandlung stand, auf diese Frage nicht aufmerksam zu machen; auch die Erläuternden Bemerkungen der Regierungsvorlage enthalten über dieses Problem nichts.

Wir haben bekanntlich dieses Gesetz abgelehnt. Wir haben es bekämpft, denn wir sind der Meinung, daß es ein schlechtes Gesetz ist, das früher oder später novelliert wird werden müssen. Wir glauben aber, daß die richtige Form des Widerstandes gegen solche Fehlentscheidungen nicht darin besteht, daß wir uns in verfassungsrechtlichen Betrachtungen verlieren, sondern darin, daß wir einmal zu einer Lage in diesem Hause kommen, in der die sachlichen Bestimmungen eines falschen Gesetzes geändert werden. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Insofern ist der Anlaßfall zwar ein Fall, der sehr wohl zu Kritik an dem Verhalten der Bundesregierung beziehungsweise des Ressortministers Anlaß gibt, aber ich glaube, daß man davon nicht eine Mißachtung der Verfassung ableiten kann. Das bedeutet aber keineswegs, daß wir etwa der Meinung wären, daß in dem, was in der Frage 5 zusammengefaßt ist, nicht zumindest ein wahrer Kern enthalten ist.

Wir sind sicherlich nicht in allem derselben Meinung wie die Anfrager. Wir glauben auch nicht, daß es berechtigt ist, daß die Anfrager pauschal von der „Opposition“ reden, da es ja bekanntlich zwei Oppositionsparteien in diesem Hause gibt. Wir können uns auch nicht der Argumentation des Herrn Generalsekretärs Dr. Kohlmaier anschließen, wenn er sagte, daß der Herr Minister Weihs das Vertrauen des Parlamentes genießt. (*Abg. Doktor Kohlmaier: Der Mehrheit!*) Nein, Sie haben gesagt, des Parlamentes. (*Abg. Doktor Kohlmaier: Ich meinte, der Mehrheit des Parlamentes!*) Ich habe sehr genau aufgepaßt! Ich darf für uns festhalten: Unser Vertrauen hat er jedenfalls nicht. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Das habe ich auch nicht angenommen!*)

Dr. Broesigke

Eines ist richtig: Es hat sich in der vergangenen Zeit bei Bund und Land auf allen möglichen Ebenen gezeigt, daß mancher tatsächlich glaubte, daß die Mehrheit das Argument ersetzt.

Nun ist es in der Demokratie sicher so, daß notwendige Entscheidungen nötigenfalls mit einer einfachen Mehrheit getroffen werden müssen. Darüber besteht gar kein Zweifel. Aber der Herr Bundeskanzler hat hier einige Dinge erwähnt, bei denen keine Entscheidung notwendig war, bei denen es also nicht notwendig war, eine Sache gewissermaßen vom Zaun zu brechen und mit 93 zu 90 zu beschließen, bei denen es besser gewesen wäre, wenn schon kein entsprechender Konsens zu erreichen war, von einer vorzeitigen Entscheidung Abstand zu nehmen.

Mußte es etwa sein, daß das Kärntner Ortstafelgesetz mit dieser Mehrheit beschlossen wurde? War das eine dringende Entscheidung, wobei es als Initiativantrag eingebracht wurde und sofort hier beschlossen werden mußte? (*Abg. Zeillinger: Sonst hätten sie doch die Wahl Niederlage versäumt!*) Ja das ist natürlich ein Argument, aber ich glaube, das war eine nicht beabsichtigte Folge. Oder mußte es sein, daß auf Anregung des Herrn Vizekanzlers, der jetzt leider nicht mehr da ist, den paar Leuten, die durch die Aufhebung der Ruhebestimmungen Vorteile bekommen hätten, das wieder weggenommen wurde mit einem Beschluß 93 zu 90?

Das sind Entscheidungen, auf die das, was der Herr Bundeskanzler hier ausgeführt hat, nicht paßt, sondern das sind Entscheidungen, die besser unterblieben wären, bei denen man glaubte, die eigene Meinung der Bevölkerung mit einer Mehrheit von 93 aufzwingen zu müssen. Das, glaube ich, ist sicher ein falsches Verständnis der Spielregeln; das, glaube ich, muß notwendigerweise seine Folgen zeitigen. Zum Teil sind ja diese Folgen schon da.

Die Ergebnisse der Zwischenwahlen sind ja die Antwort der Bevölkerung auf die 93-Mandate-Gesinnung, an die, die da glauben, daß man nur abstimmen braucht und sich mit dem Abstimmen über alles und jedes hinwegsetzen kann.

Ich glaube also, das Krankenpflegegesetz ist sicher ein Anlaßfall, verfassungsrechtliche Probleme zu erörtern, aber es ist, glaube ich, kein charakteristisches Beispiel für das Problem, vor dem wir stehen. Dieses Problem lautet vielmehr, daß es ein Gefühl für das, was mit einfacher Mehrheit politisch und gesellschaftspolitisch möglich ist, geben muß, und daß man

wissen muß, daß es eben Entscheidungen gibt, wo man sich über die Minderheit nicht einfach hinwegsetzen kann und hinwegsetzen darf.

Wir würden hoffen, daß, wie es seinerzeit in der Regierungserklärung hieß, die Bundesregierung jederzeit zur Zusammenarbeit mit den anderen Parteien des Parlaments bereit ist. Seit der Zeit bisher gibt es allerdings einige sehr markante Beispiele dafür, daß diese Bereitschaft auf der Seite der Mehrheitsfraktion nicht bestand. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Bundesminister Dr. Leodolter. Bitte.

Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz Dr. Ingrid **Leodolter:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte nur zu zwei Punkten Stellung nehmen, die ausgesprochen an meine Adresse gegangen sind.

Erstens einmal zur Frage, ob es ein schlechtes Gesetz ist, das wir mit der Krankenpflegegesetznovelle vorbereitet hatten.

Vielleicht darf ich Ihnen sagen: Das Ziel dieser Novelle war ja eine Vermehrung der Zahl an Krankenschwestern zur Pflege unserer Kranken in den Krankenhäusern. Wenn ich Ihnen jetzt die Zahlen dazu sage, so werden Sie vielleicht auch zur Auffassung kommen, daß diese Gesetzesnovelle das Ziel nicht verfehlt hat, sondern daß sie das Ziel erreicht hat. Wir haben 180 Neuanmeldungen für die Krankenpflegeschulen im Bereich Wien, allein für die Schulen, die im Herbst dieses Jahres beginnen. Von diesen 180 Anmeldungen stammen nur 37 von Siebzehnjährigen, alle anderen von Fünfzehnjährigen. Ich glaube, daß das der Beweis dafür ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Was die Frage des Verfassungsdienstes anbelangt: Der Verfassungsdienst hat zum Entwurf der Gesetznovelle eine Stellungnahme abgegeben. Wir haben diese Stellungnahme in der Regierungsvorlage berücksichtigt und haben so die Regierungsvorlage eingebracht. Es sind auch in den Ausschußverhandlungen noch Abänderungen vorgenommen worden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Peter.

Abgeordneter **Peter (FPÖ):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Österreichische Volkspartei hat in ihrer Dringlichen Anfrage unter anderem eine Formulierung aus der Regierungserklärung 1971 auf den Prüfstand gestellt, wonach die neue Bundesregierung jederzeit bereit ist, mit den anderen Parteien zusammenzuarbeiten und die Zusammenarbeit mit den anderen Parteien des Nationalrates zu suchen.

Peter

Wir Freiheitlichen gingen bei der Stellungnahme zu dieser Dringlichen Anfrage der ÖVP von dem Gesichtspunkt aus, zuerst den Abgeordneten Dr. Broesigke die Argumente zu den Fragen 1 bis 4 zum Krankenpflegegesetz vorbringen zu lassen, um dann in der weiteren Diskussion den politischen Überlegungen Raum zu geben, was nun meine Aufgabe sein wird.

Meine Damen und Herren! Der freiheitliche Abgeordnete Dr. Broesigke ist bereits in einem Punkt darauf eingegangen, daß die sozialistische Alleinregierung dort, wo es ihr richtig erschien, die Zusammenarbeit gelegentlich mit der freiheitlichen Fraktion gesucht hat, aber dort, wo die Zusammenarbeit vom staatspolitischen Gesichtspunkt aus notwendig gewesen wäre, diese Zusammenarbeit sowohl mit der freiheitlichen Fraktion als auch mit der Österreichischen Volkspartei in einem ganz bestimmten Punkt abgelehnt hat, nämlich in der schon zitierten Frage des Kärntner Ortstafelgesetzes. Ich werde von diesem Platz aus zu diesem Thema genauso sachlich und zurückhaltend argumentieren, wie ich es im Rahmen des Kärntner Wahlkampfes getan habe.

Aber gerade an die „Ortstafel-Taktik“ muß die sozialistische Regierungsmehrheit ebenso wie die sozialistische Alleinregierung erinnert werden, wenn im Rahmen der Diskussion im Nationalrat seinerzeit der Abgeordnete Doktor Kerstnig den Freiheitlichen unterstellte, sie würden mit der Forderung nach einer geheimen Minderheitenermittlung in Kärnten auf politischen Narrenfang ausgehen.

Was aus diesem SPÖ-Vorwurf inzwischen in Wahrheit geworden ist, davon konnte sich der sozialistische Abgeordnete Kerstnig an Hand des Wahlergebnisses selbst überzeugen.

An Stelle einer Wiederholung freiheitlicher Argumente verweise ich auf jenen Artikel des sozialistischen Landeshauptmannstellvertreters Suchanek, der ein Umdenken in dieser Frage im sozialistischen Lager Kärntens zum Ausdruck bringt, wenn darin gefordert wird, nun müsse man auch auf sozialistischer Seite eine geheime Minderheitenermittlung zur Feststellung der Stärke der slowenischen Minderheit in Kärnten in Erwägung ziehen.

Die Suchanek-Forderung ist ein anschaulicher Beweis dafür, daß der Vorwurf der Österreichischen Volkspartei an die sozialistische Alleinregierung, eine mangelnde Bereitschaft zur Zusammenarbeit bisher bekundet zu haben, richtig ist und daß dieser Vorwurf auch vom freiheitlichen Gesichtspunkt aus unterstrichen werden muß.

Es ist mir willkommen, daß der Herr Vizekanzler im Augenblick den Bundeskanzler vertritt, denn gerade mit Herrn Häuser, seiner Amtsführung und seiner Unduldsamkeit vor allem gegenüber der freiheitlichen Fraktion, aber auch gegenüber den Sozialpartnern möchte ich mich in jenen 20 Minuten auseinandersetzen, die mir zur Verfügung stehen.

Gerade Herr Vizekanzler Häuser demonstriert und praktiziert jenen Stil der sozialistischen Alleinregierung, den wir Freiheitlichen strikte und aus Überzeugung ablehnen.

Es dürfte auch Herrn Vizekanzler Häuser nicht unbekannt geblieben sein, daß wir Freiheitlichen sowohl in der Frage des Stahlkonzerns als auch in der in diesem Zusammenhang aufgeworfenen Fragen der Mitbestimmung mit den sozialistischen Kollegen und mit den sozialistischen Gewerkschaftern Schulter an Schulter marschieren sind. Wir Freiheitlichen haben uns vorbehaltlos für das Mehr an innerbetrieblicher Mitbestimmung der Betriebsräte im Aufsichtsrat auf der Grundlage der Drittelparität eingesetzt. Die FPÖ-Abgeordneten haben diese Regierungsvorlage dann auch gemeinsam mit den Sozialisten gegen die ÖVP beschlossen.

Aber wenn es in der Regierungserklärung vom 5. November 1971 wörtlich heißt, daß die neue Bundesregierung jederzeit zur Zusammenarbeit mit den anderen Parteien des Parlaments bereit ist und keine Möglichkeit ausschlagen wird, diese Zusammenarbeit zu suchen, dann frage ich Sie, Herr Vizekanzler, ob dieser Teil der Regierungserklärung auch für den Sozialminister Rudolf Häuser gilt oder ob der Herr Sozialminister und Vizekanzler Häuser diesen Teil der Regierungserklärung vom 5. November 1971 nach wie vor ignoriert. Zum Beispiel ignoriert in seiner Stellungnahme vom 27. März 1973, in der der Vizekanzler unter anderem ausführte, die Freiheitliche Partei habe bisher nicht den Wunsch nach einer Aussprache über das Arbeitsverfassungsgesetz beziehungsweise über den Ministerialentwurf zum Ausdruck gebracht.

Das ist der Stilbruch zwischen Häuser und Kreisky. Da erweisen Sie sich, Herr Vizekanzler, als Fremdkörper der sozialistischen Alleinregierung und als Fremdkörper in der Struktur des Kabinetts Kreisky II, wenn auf der einen Seite der Bundeskanzler sagt, wir wollen mit den Oppositionsparteien in der Frage des Stahlkonzerns reden — das geschah ja auch mit der Österreichischen Volkspartei, wenn man sich dann auch nicht mit ihr geeinigt hat —, und Sie auf der anderen Seite meinen, daß die Oppositionsparteien kniefälligst zum allerhöchsten Sozialminister kommen sollen,

Peter

um eine Audienz zu erbitten, um über das informiert zu werden, was Sie, Herr Vizekanzler, im Nationalrat durchbringen wollen.

Das ist eben jener Stilbruch, Herr Vizekanzler, den wir Freiheitlichen Ihnen mit allem Nachdruck ins Stammbuch schreiben. Herr Vizekanzler, dieser Stil hätte nicht einmal in die Regierung Klaus gepaßt. Er paßt aber schon gar nicht in das Kabinett Kreisky II. (Abg. Dr. Blenk: Ein bißchen vielleicht doch!) Ich glaube nicht, Sie, Herr Vizekanzler, haben sich inzwischen zur schwersten Hypothek des Kabinetts Kreisky II entwickelt. Es ist jetzt die Frage durch den Bundeskanzler zu beantworten, ob die sozialistische Alleinregierung nach den Hypotheken, die sich aus den Wahl-niederlagen ergeben haben, nun auch entschlossen ist, die Hypothek Häuser weiter mitzuschleppen. Die Antwort auf diese Frage hat durchaus nicht vom Standpunkt der freiheitlichen Opposition aus zu erfolgen, sondern ausschließlich von der sozialistischen Mehrheit und vom Bundeskanzler selbst erteilt zu werden.

Und nun, Herr Vizekanzler, gestatten Sie mir noch, daß ich mich mit Ihrer Taktik auseinandersetze, die Sie gerade seit der bestehenden absoluten SPÖ-Mehrheit auf dem Gebiet der Sozial- und Arbeitnehmerpolitik systematisch, bewußt und wohlüberlegt praktizieren. Ich meine also jene Taktik, die Sie von einem Sozialgesetz zum anderen konsequent anwenden.

Beginnen wir mit der 29. ASVG-Novelle. Die 29. ASVG-Novelle könnte man mit dem Leitgedanken überschreiben: Vom Sozialdiktat des Vizekanzlers zum Häuserschen Sozialpfusch. Warum, Herr Vizekanzler? Weil Sie wieder einmal das Durchpeitschen als Zielsetzung gewählt hatten, weil Sie uns vor dem Sommer des letzten Jahres die Regierungsvorlage ohne Konsultation der Präsidialkonferenz ins Haus gaben und ohne Intervention beim Klubobmann der sozialistischen Mehrheitspartei erklärten: Der Sozialausschuß wird permanent während des Sommers 1972 tagen. Diese Erklärung haben nicht Sie als Vizekanzler und Sozialminister abzugeben, einen Beschluß darüber haben wir in der Präsidiale herbeizuführen. Weil aber der Sozialausschuß des Nationalrates während des letzten Sommers nicht permanent getagt hat und Ihre Regierungsvorlage so schlecht war, war es notwendig, im Herbst 1972 durch Ihre Mehrheitsfraktion zu rund zwei Dritteln der Paragraphen der 29. ASVG-Novelle Abänderungsanträge einzubringen. Häuserscher Sozialpfusch par excellence war die 29. ASVG-Novelle in der ursprünglichen Regierungsvorlage.

So, Herr Vizekanzler, ist eben das Durchpeitschen und das Durchsetzen Ihr politisches Leitmotiv mit Hilfe der absoluten SPÖ-Mehrheit. Das ist eine Sozialpolitik, die die Alleinregierung Kreisky mit einem Sozialminister von gestern, aber nicht mit einem Sozialminister für ein modernes Österreich betreibt.

Ein Journalist hat Ihre Wesensart schon vor Monaten charakterisiert. Ich glaube, er hat recht mit folgendem Wappenspruch Ihrer Amtstätigkeit: „Häuser ist stur wie Avery Brundage“. Und diese Sturheit, Herr Vizekanzler, bestätige ich Ihnen in Ihrem Verhalten gegenüber der freiheitlichen Opposition.

Es gibt einen Blütenstrauß von Überschriften zum Thema Häuser-Stil: „Immer der Vize“ ist das eine Thema. „Wenn man im Glashauss sitzt, soll man nicht mit Steinen werfen, Herr Vizekanzler“, ist die andere Meinung, und ein anderer Journalist meinte: „Häuser handelt immer nach dem Grundsatz: Mir san die Mehrer'n“. — Aber, Herr Vizekanzler, vor diesen Mehreren haben wir Freiheitlichen keine Angst und keine Furcht, auch dann nicht, wenn Sie jede Bereitschaft zur Zusammenarbeit so wie bisher mit den Oppositionsparteien in entscheidenden Arbeitnehmermaterien vermissen lassen.

Ihre Taktik des Durchpeitschens tritt noch eklatanter zutage bei der Thematik der Arbeitsverfassung. Sie haben ganz bewußt zielstrebige Vorarbeit zur Arbeitsverfassung geleistet, die jetzt dem Parlament ins Haus steht. Im Juni 1972 setzten Sie keinen Paukenschlag, aber vermutlich wohlbewußt einen Akt der eklatanten Mißachtung des Nationalrates. Der Nationalrat hat nämlich seinerzeit mit den Stimmen aller drei Fraktionen einen Entschließungsantrag verabschiedet, dessen Inhalt die Einsetzung einer Kommission zur Kodifikation des Arbeitsrechtes war. Diesen einstimmigen Beschluß des Nationalrates, getragen also von allen Fraktionen, auch von der Ihren, Herr Vizekanzler, haben Sie im Juni 1972 still und leise liquidiert, indem Sie die Kommission aufgelöst haben. Und damit haben Sie sich den Weg „freigeschossen“ für jene Taktik des Durchsetzens und Niederwalzens der Opposition, die Sie bis zum heutigen Tag angewendet haben.

Ein gestörtes Verhältnis zum Parlament, Herr Vizekanzler, steht weiter in Ihrer Amtsführung zu Buch, und wir Freiheitlichen wollen nicht versäumen, das gebührend und mit allem Nachdruck in aller Öffentlichkeit festzuhalten.

Wie wehleidig Sie geworden sind, Herr Vizekanzler, seit Sie auf der Regierungsbank sitzen, das darf auch nicht unerwähnt bleiben. Als ich Ihnen nämlich in den letzten Wochen

6540

Nationalrat XIII. GP — 69. Sitzung — 4. April 1973

Peter

den Vorwurf machte, daß Sie Ihr Amt sehr selbstherrlich führen, haben Sie in einem Fernsehinterview erklärt, das wäre eine persönliche Beleidigung. Aber, Herr Vizekanzler Häuser, was hat denn der Vorwurf der Selbstherrlichkeit mit einer persönlichen Verunglimpfung, mit einer persönlichen Beleidigung zu tun? Herr Vizekanzler: Lesen Sie Ihre Reden als Abgeordneter der sozialistischen Opposition in den Jahren von 1966 bis 1970 nach, dann werden Sie draufkommen, daß Sie die schärfste und spitzeste Zunge der damaligen Oppositionsparteien gegenüber der ÖVP-Alleinregierung an den Tag gelegt haben. Aber kaum sitzen Sie als Sozialist oben auf der Regierungsbank, praktizieren Sie schon ein politisches „Gottesgnadentum“. Wenn man dieses sozialistische „Gottesgnadentum“ einem Herrn Landeshauptmann Sima und einem Vizekanzler Häuser vorhält, dann wird man gleich der persönlichen Beleidigung geziehen.

So, Herr Vizekanzler, geht es nicht! Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil. Und ein grober Klotz waren Sie immer, Herr Vizekanzler. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Herr Vizekanzler! Häusers Härte und Häusers Schärfe als Abgeordneter der SPÖ-Opposition von 1966 bis 1970 soll nun gegen den Herrn Vizekanzler Häuser gerichtet sein, der auf der Regierungsbank sitzt und als Sozialist für die Agenden des Sozialministeriums verantwortlich ist. Denn eines, Herr Vizekanzler, lassen wir Freiheitlichen uns nicht nehmen, weder von Ihnen, noch von der sozialistischen Mehrheit dieses Hauses: die Waffengleichheit, die demokratische Waffengleichheit zwischen Regierung einerseits und den Oppositionsparteien andererseits. *(Beifall bei der FPÖ.)* Überall dort, meine Damen und Herren, wo die sozialistische Mehrheit die demokratische Waffengleichheit der Oppositionsparteien behindert, werden wir Freiheitlichen uns dagegen mit allem Nachdruck zur Wehr setzen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Ing. Häuser. Bitte.

Bundesminister für soziale Verwaltung Vizekanzler Ing. Häuser: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Darf ich an der Spitze meiner Beantwortung der gegen mich vorgebrachten Darstellungen deutlich unterstreichen — so wie ich das auch im Fernsehinterview gemacht habe —, daß ich persönlich überhaupt nicht beleidigt bin, wenn ein Politiker in irgendeiner Form mich angreift. Das wiederhole ich hier, Herr Abgeordneter Peter, und daher habe ich mich auch nicht persönlich beleidigt gefühlt, weder als Abgeordneter noch jetzt in meiner Funktion auf der Regierungsbank. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und nun zu der Frage, ob für den Sozialminister das Regierungsprogramm genauso gilt wie für alle: Natürlich.

Die Formulierung, die Sie gebraucht haben, daß man die Zusammenarbeit tätigen soll und die Zusammenarbeit suchen soll, ist doch nur so aufzufassen — ich fasse sie zumindest so auf —, daß man dann zu einer Zusammenarbeit bereit ist, wenn der entsprechende Wunsch, das Bedürfnis nach einer solchen vorhanden ist. Und eine Zusammenarbeit suchen wird man dann, wenn man sich von diesem Zusammenwirken etwas erwartet.

Und nun glaube ich, brauche ich Ihnen und Ihren Parteikollegen doch wahrlich nicht klarzumachen, wie ich persönlich zum Verhalten der Freiheitlichen Partei in bezug auf sozialpolitische Fragen, auf Fragen, die die Arbeitnehmer interessieren, eingestellt bin. Ich habe das sehr deutlich noch zu einem Zeitpunkt gesagt, als die Differenzen bei weitem nicht so groß waren.

Aber ich möchte nur eine Klarstellung hier treffen: Ich weiß, die Freiheitliche Partei hat mit Vehemenz gegen das Arbeitszeitgesetz geredet und gestimmt. Ich weiß, daß die Freiheitliche Partei gegen die 29. Novelle Stellung genommen und sie abgelehnt hat. Sie haben sie ja hier heute entsprechend gewertet. Nun, ich überlasse es den Menschen, die davon betroffen sind, ob sie bei allen diesen gesetzlichen Neuordnungen Vorteile, Verbesserungen erkennen oder nicht. Sie sind jedenfalls dagegen gewesen. Und ich darf letzten Endes sagen, daß Sie beim Arbeitslosenversicherungsgesetz durch Ihren Sprecher ebenfalls die Ablehnung des Gesetzes hier zum Ausdruck gebracht haben, aber daß Sie darüber hinaus eine Fülle von — Verbesserungen, wie Sie meinen — Belastungen vorgeschlagen haben, die gar nicht zeigen, daß Sie wirklich so sehr Interessen der Arbeitnehmer vertreten. *(Zustimmung bei der SPÖ.)* Das ist meine Einstellung dazu, und bei der bleibe ich.

Nun zum Vorwurf des Durchpeitschens. Ich möchte mich jetzt nicht schönmachen, aber es gibt etliche Damen und Herren hier im Hause, auch auf der rechten Seite, die sich, wann immer sie ein diesbezügliches Verlangen oder einen Wunsch haben oder eine Auskunft haben wollen, an mich oder mein Ressort wenden, und es wird ihnen jedwede Unterstützung gegeben.

Was die Partnerschaft, die Wirtschaftspartner anlangt, so darf ich sagen, daß hier ein sehr, sehr enger Kontakt vorhanden ist und daß daher die Fragen der Zusammenarbeit

Vizekanzler Ing. Häuser

überhaupt nie zur Debatte gestanden sind, auch nicht, daß sie von meiner Seite aus nicht eingehalten werde.

Zum Durchpeitschen von Gesetzen — und Sie haben konkret die 29. Novelle angeführt. Herr Abgeordneter Peter: Ich darf Ihnen mitteilen, daß wir Anfang Juli seitens der Österreichischen Volkspartei die Zusage gehabt haben, daß sie den Ausschuß in Permanenz erklären werden, am 8. Juli haben sie dann von dieser Zusage wieder Abstand genommen. Wenn man sich in einem Ressort bemüht, Zeit zu gewinnen, ein Gesetz rechtzeitig in das Haus zu bringen, um die Möglichkeit für wochen- und monatelange Beratungen zu eröffnen, so kann man dann, wenn man durch dieses Versäumnis der Opposition in Zeitnot kommt, nicht dem anderen vorwerfen, daß er etwa die Absicht hat, ein Gesetz durchzupeitschen. (Abg. Melter: Herr Vizekanzler! Das ist ja nicht wahr, weil Sie selbst bei der letzten Sitzung ein ganzes Paket von Abänderungsanträgen eingebracht haben! — Abg. Zeillinger: Das ist doch unwahr!) Schauen Sie, meine sehr geehrten Abgeordneten: Mit der Feststellung allein, daß es unwahr ist, ist noch kein Beweis geschaffen! (Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Zeillinger: Wo ist das Versäumnis der Freiheitlichen Partei?)

Ich habe nie den Standpunkt vertreten — das möchte ich auch noch dem Herrn Abgeordneten Peter sagen —: Weil wir die Mehreren sind, muß es so sein. Denn gerade von einem Gewerkschafter wissen Sie, Herr Abgeordneter Peter, daß man sich vielfach in der jahrzehntelangen Tätigkeit zusammensetzt und immer wieder einen Weg sucht, um zu gemeinsamen Auffassungen zu kommen. Diese Schule, die ich immerhin schon vier Jahrzehnte mitgemacht habe, hat mich also nie zu einer solchen mir jetzt unterstellten überheblichen Einstellung gebracht. Aber es ist Ihre Angelegenheit, ob Sie jemand vehement angreifen und ihm Dinge vorwerfen, die er als Sprecher von der Regierungsbank nicht mit gleicher Münze bezahlen kann. (Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Bauer: Dann gehen Sie herunter! — Abg. Zeillinger: Sie wissen doch selber, daß diese Vorwürfe richtig sind! Ein Machtrausch!)

Nun zu Ihrem Vorwurf wegen der Taktik im Rahmen der Umänderung des Beirates für die Kodifikationskommission. Herr Abgeordneter Peter! Ich möchte es mir hier nicht leichtmachen. Ich stelle nur folgendes fest: Diese Großkommission von 54 Personen hat insgesamt in den drei Jahren der ÖVP-Regierung überhaupt nur sechsmal getagt und meritorisch zum ganzen Fragenkomplex überhaupt nicht

Stellung genommen. (Abg. Dr. Kohlmaier: Sie haben ja einen Ausschuß gehabt!) Ich habe damals, als diese Frage zur Diskussion gestanden ist ... (Abg. Graf: Polemisieren Sie nicht! Wenn Sie polemisieren wollen, dann kommen Sie herunter!) Entschuldigen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren: Mit der Feststellung, daß ich polemisiere, ist es auch nicht getan. Ich habe die Feststellung getroffen, daß dieser große Beirat in drei Jahren sechsmal zusammengetreten ist. (Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Kohlmaier: Aber es war ja ein Ausschuß da!)

Was die Teilnahme am Ausschuß betrifft — auch diese Feststellung wiederhole ich —, in dem der Herr Abgeordnete Melter war, so erinnere ich mich noch an die Zahl: Er hat von 21 Sitzungen nur an 7 teilgenommen. Also sehr viel konnte ich damit nicht verhindern. (Rufe bei der FPÖ: Was stimmt: 18 : 6 oder 21 : 7?)

Aber ich wiederhole nochmals: Ich habe mir keinen Weg freigeschossen, sondern ich habe jene Voraussetzungen geschaffen, daß dieser Arbeitsausschuß wirklich fertig wird mit der Materie. Und deshalb ist es nun auch endlich nach drei Jahren möglich gewesen, den ersten Teil des kollektiven Arbeitsrechtes in das Parlament zu bringen. (Abg. Zeillinger: Welche Ziffern stimmen von denen, die Sie gesagt haben? — Abg. Dr. Bauer: Was stimmt überhaupt bei Ihrer Rede? — Abg. Zeillinger: Welche Ziffern sind richtig von denen, die Sie gesagt haben?)

Was die demokratische Waffengleichheit betrifft, meine Herren: Die politischen Entscheidungen werden von den Gremien hier in diesem Hause getroffen. Im Rahmen des Ausschusses, im Rahmen der Parlamentssitzungen haben wir politische Waffengleichheit. Hier können Sie beweisen, ob Sie die Interessen der Arbeitnehmer und der sozial Schwachen auch wirklich vertreten wollen. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Bauer: Polemisieren Sie von unten und nicht von der Regierungsbank! — Abg. Zeillinger: 6 oder 7: Was stimmt jetzt? Was stimmt jetzt: 21 oder 18 Sitzungen? — Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Die Ähnlichkeit mit Brundage ist verblüffend! — Abg. Zeillinger: Herr Vizekanzler! So sind alle Ihre Ziffern seit Jahren falsch! Solche Zahlen kann man nur mit 93 Mandaten sagen! — Gegenrufe bei der SPÖ.)

Präsident: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Schnell.

Abgeordneter Dr. Schnell (SPÖ): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Debatte zeigt, daß die dringliche An-

Dr. Schnell

frage, die sich auf das Krankenpflegegesetz bezieht, doch eine andere, viel stärkere emotionale und politische Grundlage hat. Ich möchte daher wieder zu dem Grund der Anfrage zurückkehren, wenn auch alle Abgeordneten, die vor mir gesprochen haben, sehr deutlich zum Ausdruck gebracht haben, daß die Regelung des Krankenpflegefachdienstes praktisch nur den Anlaß darstellt, um diese politische Debatte zu führen.

Was nun dieses Gesetz über den Krankenpflegefachdienst betrifft, so möchte ich doch darauf zurückkommen, daß diese Debatte heute nicht durchgeführt werden müßte, wenn man den Vorstellungen der Sozialistischen Partei im Jahre 1962 Rechnung getragen hätte, als es zum Schulgesetzwerk 1962 gekommen ist und auch die Frage zur Diskussion stand, mit dem Schulgesetzwerk 1962 sowohl das landwirtschaftliche Schulwesen wie auch das gesamte Ausbildungswesen im Zusammenhang mit dem Krankenpflegedienst zu regeln.

Es war dies im Jahre 1962 leider nicht möglich. Es sollen auch hier in keinerlei Weise Verdächtigungen ausgesprochen werden, warum dies nicht möglich gewesen ist. Tatsache ist, daß sich das Schulgesetzwerk 1962 nur auf diejenigen Schulen bezieht, die im Schulorganisationsgesetz geregelt sind, und daß man dann einen eigenen Paragraphen finden mußte, um eine Begriffsbestimmung zu geben, die die Schulen, die auf das Krankenpflegegesetz Rücksicht genommen hätten, ausgliedern, eine gesetzliche Bestimmung, die nicht sehr günstig ist.

Es heißt im § 2 des Privatschulgesetzes, daß Schulen im Sinne dieses Bundesgesetzes Einrichtungen sind, in denen eine Mehrzahl von Schülern gemeinsam nach einem festen Lehrplan unterrichtet wird, wenn im Zusammenhang mit der Vermittlung von allgemeinbildenden oder berufsbildenden Kenntnissen und Fertigkeiten ein erzieherisches Ziel angestrebt wird. Mit diesem Paragraphen hat man damals bewußt die Schulen ausgegliedert, die im Rahmen des Krankenpflegefachdienstes geführt werden, und da bereits das Gesetz über den Krankenpflegefachdienst ein Jahr vor dem Jahre 1962 erlassen wurde, hätte der Gesetzgeber im Jahre 1962 ohnweiters die Möglichkeit gehabt, noch einmal auf die verfassungsrechtlichen Bestimmungen zurückzukommen und diese verfassungsmäßigen Bestimmungen zu regeln. Dies ist leider im Zusammenhang mit dem Schulgesetzwerk 1962 nicht erfolgt.

Sicherlich ist dies auch mit ein Grund dafür, daß wir heute vor dieser Frage stehen, ob die im § 6 Abs. 2 des novellierten Gesetzes fest-

gelegte Formulierung, daß das erste Ausbildungsjahr der Vertiefung der Allgemeinbildung und der Vorbereitung auf die Ausbildung im Krankenpflegefachdienst dient und gemäß den einschlägigen schulrechtlichen Vorschriften am Sitz einer Krankenanstalt zu führen ist, der Verfassung entspricht oder nicht entspricht.

Auf alle Fälle darf ich aber doch auch eine Reihe von Gesichtspunkten anführen, die zweifellos auch den Rechtsstandpunkt untermauern, daß eine solche deklarative Festlegung ohnweiters erfolgen kann.

Für die Nichtanwendung der Bestimmung des Artikels 14 Abs. 10 der Bundesverfassung auf die Bestimmungen der Regierungsvorlage über die Änderung des Bundesgesetzes betreffend die Regelung des Krankenpflegefachdienstes sprechen folgende Umstände:

Erstens einmal: Die Ausbildungseinrichtungen für diese Dienste sind keine Schulen im Sinne des Artikels 14, sie regeln keine allgemeine Ausbildung, sondern nur eine Fachausbildung.

Zweitens: Durch die vorgesehene Abänderung wird kein bestehendes Schulgesetz abgeändert, sondern das Gesetz über den Krankenpflegefachdienst.

Drittens: Diese Schuleinrichtungen sind auch deswegen nicht als Schulen im eigentlichen Sinn anzuführen, weil ihnen eines der wesentlichen Begriffsmerkmale der Schule, wie sie im § 2 des Privatschulgesetzes vorgesehen sind, fehlt.

Wenn nun bei der Einrichtung dieses Ausbildungsjahres von vorneherein die Absicht besteht, ein Jahr festzulegen, das im Sinne einer Privatschule eingerichtet wird, das hinsichtlich der Errichtung und der Führung den schulrechtlichen Vorschriften unterliegt und damit auch der Schulaufsicht der Landesschulräte und damit auch des Bundesministeriums für Unterricht untersteht, dann ist auch den verfassungsrechtlichen Bestimmungen Rechnung getragen, weil ja in keiner Weise eine Änderung dieser verfassungsrechtlichen Bestimmungen der Schulaufsicht und der Schulorganisation vorliegt.

Damit komme ich aber zum wesentlichen Punkt der Auseinandersetzung. Ich glaube, daß wir diese Frage nicht so sehr vom formalistisch-gesetzlichen Standpunkt darstellen dürfen, sondern in erster Linie die sachliche Notwendigkeit im Auge haben müssen.

Der dringende Bedarf an Krankenschwestern ist allgemein bekannt. Es ist sicher das gemeinsame Bemühen aller im Hause, diesem dringenden Bedarf durch eine geeignete und

Dr. Schnell

gezielte Werbung und durch ein geeignetes Schulwesen Rechnung zu tragen.

Wenn die Österreichische Volkspartei einen Vorschlag gebracht hat nach Einrichtung einer Fachschule für Sozialarbeit, wie sie ja auch im Schulgesetzwerk 1962 enthalten ist, wie wir sie bereits besitzen und diesen Weg auch als Zugang zu den Schulen des Krankenpflegefachdienstes benützen können, so wäre dieser Weg keine Erweiterung. Denn er besteht und er kann auch weiterhin benützt werden, und ich bin überzeugt, daß alle Bewerberinnen, die über diese Fachschulen kommen und dann später in die Schulen des Krankenpflegefachdienstes eintreten, selbstverständlich aufgenommen werden.

Bei diesem Gesetz kommt es darauf an, einen flexiblen Zugang zu schaffen. Und die Tatsache, die mit der Wortmeldung von Frau Minister Dr. Leodolter heute zur Kenntnis des Hauses gebracht wurde, daß bei etwa 180 Anmeldungen 35 — wenn ich das jetzt richtig im Kopf habe — Siebzehnjährige sind, die sofort in den Krankenpflegedienst, das heißt in die Schulen eintreten, dagegen 150 dieses Jahr vom Polytechnischen Lehrgang zu der Schule des Krankenpflegedienstes überbrücken, ist ein Beweis dafür, daß gerade am Sitz der Anstalt, dieser Schule solche Einrichtungen geschaffen werden müssen, um den entsprechenden Bildungsübergang vom Polytechnischen Lehrgang zu sichern beziehungsweise Schülerinnen einer allgemeinbildenden oder berufsbildenden mittleren oder höheren Schule — weil ja auch Schülerinnen von diesen Schulen später austreten — für den Krankenpflegeberuf zu gewinnen und ihnen den Zugang zu schaffen. *(Abg. Dr. Marga Hubinek: Diese Zahlen sagen nichts! Die Ausfallsquote ist doch wesentlich später, Herr Präsident!)*

Das ist mir schon bekannt, Frau Abgeordnete Hubinek. Die Ausfallsquote ist außerordentlich hoch, aber je höher die Zahl am Anfang ist, umso geringer ist die Ausfallsquote in der Folge. *(Beifall bei der SPÖ.)* Die Notwendigkeit besteht darin, von vornherein hohe Zahlen von Schülerinnen zu bekommen, um dann auch die Ausfallsquoten entsprechend abdecken zu können. Wir sind uns dessen sehr bewußt, daß wir sowohl von der Schulbehörde wie auch von diesen Schulen her alle Anstrengungen werden unternehmen müssen, um diese Schulen so attraktiv wie möglich zu gestalten. *(Abg. Dr. Marga Hubinek: Das sind doch falsche Prämissen!)*

Diese Möglichkeit besteht, weil mit diesem Gesetz eine enge Kooperation und eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Krankenpflege-

fachdienst und den Landesschulräten gegeben ist, weil ja in diesem ersten Jahr, sowohl im Hinblick auf die Allgemeinbildung wie auf die Berufsbildung, diese Zusammenarbeit durchgeführt werden wird.

Ich komme aber damit zu dem Punkt, der im Grunde genommen im Hintergrund steht und für den der erste Punkt nur Anlaß gewesen ist, nämlich zu der Tatsache, daß bei einer Reihe von Vorfällen, und zwar sowohl bei der Ernennung eines Verfassungsrichters wie auch in diesem Fall, zwei verschiedene Rechtsstandpunkte bestehen, wie das im Rechtsleben häufig vorkommt, wodurch ein gewisses Unbehagen über das Verfahren verbreitet wird.

Herr Abgeordneter Kohlmaier! Ich bin mit Ihnen einer Meinung und ich würde das sehr unterstreichen und unterstützen. Auch wir haben zutiefst die Sorge, daß in diesem Staat alles unternommen wird, um eine Kooperationsbereitschaft aller Politiker von vornherein durchzuführen und diese Zusammenarbeit in allen sachlichen, in allen gesellschaftspolitischen und allen wirtschaftspolitischen Fragen zu gewährleisten. Aber das kann nicht so aufgefaßt werden, daß Sie immer wieder sagen, in dem Moment, in dem Ihr Standpunkt nicht durchdringt, ist von vornherein die Demokratie gefährdet! *(Abg. Dr. Kohlmaier: So passen Sie auf! Sie haben nicht zugehört!)* Die parlamentarische Demokratie ist nicht gefährdet, wenn eine Mehrheit einen Standpunkt durchsetzt. *(Zustimmung bei der SPÖ.)* Die parlamentarische Demokratie ist in demselben Ausmaß gefährdet, wenn eine Minderheit der parlamentarischen Mehrheit von vornherein Unterstellungen in die Schuhe schiebt und mit diesen Unterstellungen die Demokratie selbst strapaziert und dauernd in Mißkredit bringt.

Sie werfen uns bei solchen verschiedenen Rechtsstandpunkten, die vorkommen und bei denen eine Entscheidung notwendig ist, als Konsequenz ein machtpolitisches Verhalten vor. Ja Sie haben sich sogar zu dem Satz verstiegen, Herr Abgeordneter Kohlmaier, daß damit die Demokratie in Österreich Einbußen erleidet. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Nicht mit der Abstimmung! Nicht in dem Zusammenhang!)*

Ich darf Ihnen dazu sagen, daß ich diese Ihre Ansicht nicht teile *(Abg. Dr. Kohlmaier: Sie geben sie falsch wieder!)*, und zwar bin ich der Meinung, daß Sie hier der Mehrheitspartei eine Absicht unterschieben, die sie nicht hat.

Ich möchte mich nicht dazu versteigen, Ihnen diese Behauptung von vornherein in die Schuhe zu schieben. Wenn ich von diesem

Dr. Schnell

Pult aus mit demselben Pathos, wie Sie das vorgetragen haben, der Opposition als einziges Ziel die Verleumdung und die Verunsicherung der gesamten politischen Arbeit im Parlament vortrage, dann bin ich der Meinung, daß ich eine ungerechte Verallgemeinerung vornehmen würde, und ich darf Ihnen, Herr Abgeordneter Kohlmaier, und auch den anderen Rednern der Österreichischen Volkspartei sagen: Durch solche Verallgemeinerungen ungerechtfertigter Natur, die sich durch alle Bereiche in sehr diffuser Art und in einer durchaus unkonkreten Art hinziehen, wird die Demokratie nicht gefestigt. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Die Verleumdung in der Demokratie ist der Demokratie genauso schädlich wie jedes übrige Verhalten einer Nichtbereitschaft zur Kooperation.

Meine Damen und Herren! Ich habe mir jetzt überlegt, was bedeutet „Nichtbereitschaft einer Kooperation“, wenn ich in meinem Bereich, im Bereich der Tätigkeit der Schulreformkommission und des Unterrichtsausschusses, für das Schulwesen das durchgehe: Die Bereitschaft zur Kooperation besteht jederzeit von früh bis spät. Aber ich war sehr schockiert darüber, als die Schulreformkommission eingesetzt wurde und die gesellschaftliche und politische Realität in der Schulreformkommission entgegengesetzt der politischen Realität im Parlament von dem damaligen Unterrichtsminister Mock gehandhabt wurde. Denn nur ein Drittel der Mitglieder der Schulreformkommission wurde aus Kreisen der sozialistischen oder der Sozialistischen Partei nahestehender Schulpolitiker, Lehrer oder Elternvertreter gewählt, während zwei Drittel bei Errichtung der Schulreformkommission von vornherein der Volkspartei nahestehende oder ihr angehörende Politiker, Pädagogen oder Mitglieder der Elternvereine gewesen sind. Hier würde sich eine Kritik viel mehr als berechtigt erweisen, nämlich wenn wir damals gesagt hätten, es wäre Aufgabe des damaligen Unterrichtsministers gewesen, eine Schulreformkommission zu installieren, in der die Mehrheitsverhältnisse ähnlich, wie sie im Parlament gelagert sind, festgelegt werden und nicht anders.

Wir diskutieren zurzeit in der Schulreformkommission alle Belange, und die Gesprächsbereitschaft ist immer gegeben, sowohl die des Ministers wie aller Mitglieder der Schulreformkommission. Aber natürlich kommt es immer wieder in dieser Schulreformkommission wie auch im gesamten politischen Leben darauf an, daß man bei der Behandlung sachlicher Fragen auch gesellschaftspolitische Ziele mitsieht.

Ich kann mich erinnern, daß der Herr Abgeordnete Withalm im Vorjahr bei der Budgetdebatte gerade diesen gesellschaftspolitischen Zielen eine sehr eingehende Darstellung gegeben hat, aber damit auch sofort den Verdacht zum Ausdruck gebracht hat, daß eine sozialistische Gesellschaft von vornherein eine manipulierte Gesellschaft sei, daß die Sozialistische Partei in erster Linie bestrebt sei, etwa auf dem Gebiet des Schulwesens diese Manipulation vorzubereiten. (*Abg. Graf: Herr Präsident, das glauben wir heute noch!*)

Dieser Glaube und diese Unterstellung ist jene Verunsicherung und jene Verleumdung, die in diesem Raum nicht zu suchen haben (*Zustimmung bei der SPÖ*), sondern wir haben in diesem Saal und in diesem parlamentarischen Rahmen über Sachfragen zu befinden und über Sachfragen abzuhandeln. Und ich unterstelle Ihnen nicht, daß Sie gesellschaftspolitische Ansichten haben, die Sie selbstverständlich haben müssen, um eine sinnvolle Synthese Ihrer politischen, wirtschaftspolitischen, gesellschaftspolitischen, schulpolitischen, kultur- und bildungspolitischen Ansichten zu vertreten.

Ich möchte nicht wieder auf die Erste Republik zurückkommen, aber seit dem Linzer Programm zieht sich dieser rote Faden in der Diskussion gegen die Sozialistische Partei mit dem Vorwurf einer sozialistisch manipulierten Gesellschaftsordnung durch, und ich muß diesen Vorwurf hier offen darlegen, weil darüber gesprochen werden muß, weil niemand in der Sozialistischen Partei eine Manipulation wünscht, weil niemand in der Sozialistischen Partei eine Abkehr von der Demokratie wünscht. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Aber, meine Damen und Herren, diese Demokratie ist keine Einbahnstraße. Zur Demokratie und zur Kooperationsbereitschaft der Regierung gehört auch die Kooperationsbereitschaft der Oppositionsparteien. Und solange die Oppositionsparteien diese Kooperationsbereitschaft nicht erfüllen, sondern sich nur in Verdächtigungen und in Anklagen ergehen, ist es schwer, eine echte Kooperation zu erreichen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Doktor Schwimmer gemeldet.

Herr Abgeordneter! Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie fünf Minuten Redezeit nicht überschreiten dürfen.

Abgeordneter Dr. **Schwimmer** (ÖVP): Hohes Haus! Der Herr Vizekanzler und Sozialminister Ing. Häuser hat in seiner Wortmeldung hier die Behauptung aufgestellt, es sei Anfang

Dr. Schwimmer

Juli 1972 eine Zusage der ÖVP für eine Permanenterklärung des Sozialausschusses vorgelegen, die am 8. Juli 1972 zurückgezogen worden sei.

Ich stelle hier fest, daß damit der Herr Sozialminister neben seiner reinen Polemik in seiner Wortmeldung eine unwahre Behauptung aufgestellt hat, da nie eine Zusage der ÖVP für eine Permanenterklärung des Sozialausschusses uneingeschränkt vorlag. (Abg. Ing. Häuser: Uneingeschränkt!) Ausreden lassen, Herr Vizekanzler!

Was wir bis zuletzt angeboten und nie zurückgezogen haben, war das Angebot, den Sozialausschuß als permanent zu erklären, wenn das Organisationsproblem, die Auflösung der Landwirtschaftskrankenkassen gegen den Willen der 170.000 Versicherten dieser Kassen, aus der Novelle ausgeklammert wird. Diese Bedingung haben Sie nicht akzeptiert. Es ist aber nie eine Zusage vorgelegen, die zurückgezogen worden ist, sondern es war ein Angebot, das wir bis zum letzten Augenblick aufrechterhalten haben (Abg. Mondl: Erpressung ist das!) und das von Ihnen nie angenommen worden ist.

Wir haben das angeboten — weil der Zwischenruf „Erpressung“ gefallen ist. Herr Abgeordneter Mondl! Seien Sie damit vorsichtig, denn wir haben angeboten, über die Organisationsfrage während des Sommers daneben in Parteienverhandlungen zu sprechen. Auch das haben Sie abgelehnt. Jetzt wollen Sie mir sagen, wo da Erpressung liegt! Aber Ihr Zwischenruf, Herr Abgeordneter Mondl, liegt auf derselben Linie wie die Wortmeldung des Herrn Vizekanzlers mit der falschen Behauptung, und deshalb hätte der Herr Abgeordnete Schnell, mein Vorredner, lieber nicht so großspurig von Verleumdung und Verunsicherung reden sollen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Hahn. (Rufe bei der SPÖ: Hahn — Bauer! — Heiterkeit!)

Abgeordneter **Hahn** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich kann wie das letzte Mal nur wieder sagen: Ich danke für die freundliche Begrüßung. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Fischer: In der Wiener ÖVP war die Begrüßung viel weniger freundlich als bei uns!) Sie war auch sehr freundlich. Sie können da beruhigt sein, Herr Abgeordneter Dr. Fischer!

Gestatten Sie, daß ich mit einem Zitat beginne — ich werde Ihnen dann auch sagen, von wem es ist —:

„Fett und allzu selbstsicher sonnt sich die“ SPÖ „im Schatten einer Mehrheit, die sie ohne den aktiven Beitrag vieler ihrer Wähler nie errungen hätte. ...“

Bis zur Albernheit widersprüchlich, will sich die“ SPÖ „einerseits öffnen und mit ihren Wählern das vielberufene große Gespräch beginnen; doch andererseits zieht sie es vor ...“ (Abg. Dr. Fischer: Das haben Sie alles aufgeschrieben!) Das ist ein Zitat, Herr Doktor! (Abg. Dr. Fischer: Von wem?) Das kommt noch! Es heißt hier weiter: „... doch andererseits zieht sie es vor, traditionell in sich gekehrt zu bleiben und den gestauten Mief zu hüten. Kurzum: Zwar soll gelüftet werden, doch fürchtet man die Zugluft.“

Dieses Zitat stammt nicht von mir, sondern von Günter Grass nach der deutschen Bundestagswahl. Es dürfte Ihnen sicherlich sofort geläufig gewesen sein, Herr Abgeordneter Dr. Fischer! (Beifall bei der ÖVP.) Dieses Zitat könnte genauso gut der Sozialistischen Partei Österreichs ins Stammbuch geschrieben werden. (Abg. Dr. Fischer: Was Grass über die CDU sagt, lesen Sie hier lieber nicht vor!) Geredet wird von Ihnen nach wie vor von Demokratie und Transparenz, gehandelt wird von Ihnen nach anderen Gesichtspunkten. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Sobald der Demokratisierungsanspruch an die Partei bei Ihnen selbst als Maß angelegt wird, wird auf einmal bei Ihnen konservative Zurückhaltung spürbar. Von diesem Verhalten ist nicht nur die Opposition betroffen, sondern die gesamte Bevölkerung. Das Recht auf Mitsprache, Gehör und Information wird nicht beachtet und bleibt unberücksichtigt.

Im Oktober 1969 erschien die Broschüre „Für ein besseres Parlament — für eine funktionierende Demokratie“. Autoren waren die damaligen Oppositionsabgeordneten Dr. Broda und Gratz. Im Vorwort zu dieser Broschüre schrieb Dr. Kreisky:

„Die soziale Wirklichkeit von heute ist eine so vielfältige, daß dem demokratischen Mitbestimmungsrecht der Menschen auch durch einen noch so perfekten Parlamentarismus — wenn man sich einen solchen denken könnte — nicht mehr Genüge getan ist.“

Über diese Broschüre fand bald nach Erscheinen auf politisch neutralem Boden eine Diskussion mit diesen beiden sozialistischen Spitzenpolitikern statt, an der auch ich teilnahm. Ich erinnere mich, daß ich damals Herrn Abgeordneten Gratz fragte, ob er auf seine Wiener sozialistischen Genossen einwirken könne, doch wenigstens diejenigen

Hahn

Instrumente der parlamentarischen Demokratie in die Wiener Stadtverfassung aufzunehmen, die zu dieser Zeit im Nationalrat schon lange mit Erfolg praktiziert wurden.

Im Jahre 1969 haben vor allem Sie, Herr Abgeordneter Gratz, bei Diskussionen einen sehr liberalen Stil entwickelt. Allerdings wurde schon damals von Ihnen in der Diskussion sehr offen, sehr nett und sehr freundlich erklärt, daß Sie zwar mit Ihren Genossen im Wiener Rathaus reden werden, aber für die Verwirklichung solcher Vorschläge nicht garantieren können. Heute ist allerdings aus dem damals so samtweichen liberalen Gratz manchmal schon ein sehr harter Kratz geworden, der sich mit „K“ statt mit „G“ schreibt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In der Zwischenzeit haben Sie auf Bundesebene ebenfalls die absolute Mehrheit erreicht, allerdings nur mit 0,4 Prozent, und die sind weg! Man sieht bereits heute sicher, daß die 0,4 Prozent über die 50 bereits weg sind. Diese werden auch nicht mehr kommen, da, glaube ich, können wir alle beruhigt sein.

Aber statt daß die Wiener Sozialisten vom Demokratieverständnis der damaligen Parlamentsreformer gelernt hätten, scheinen sie ... *(Abg. Gratz verläßt seinen Platz.)* Herr Abgeordneter Gratz! Ich habe Sie bisher als sehr höflichen Menschen geschätzt. Ich hätte geglaubt, Sie würden mir vielleicht doch noch zwei Minuten Aufmerksamkeit schenken und mir nicht ostentativ den Rücken kehren. Aber bitte: Vielleicht haben Sie eine dringende Verpflichtung. *(Abg. Gratz: Nicht Verpflichtung, Bedürfnis! — Heiterkeit.)* Jetzt scheinen auch Sie sich die Unduldsamkeit, die Unbeweglichkeit und das autoritäre Verhalten der Wiener SPÖ, das wir in den letzten Jahrzehnten hinreichend kennengelernt haben, angeeignet zu haben.

Das Defizit an formaler und inhaltlicher Demokratie wird eben jetzt auch schon auf Bundesebene sehr deutlich sichtbar. Auf der kommunalen Ebene, in den mit absoluter Mehrheit sozialistisch regierten Städten ist es ja schon lange zum Greifen gewesen, und da haben Sie ja bei den letzten Wahlen in den vergangenen Wochen und Monaten in Salzburg, in Graz und in Klagenfurt eine sehr deutliche Antwort erhalten, die zeigte, wie es mit dem Unbehagen dieser Wähler in den Städten steht.

Es haben aber auch bei der Wiener Leitliniendiskussion sehr namhafte Experten festgestellt, daß sowohl die Planungsbetroffenen als auch die Planungsinteressierten immer frühzeitig Gelegenheit erhalten sollten, von

den Wünschen und Absichten rechtzeitig zu erfahren, um am Planungsprozeß teilnehmen zu können.

Dies wird sicherlich auch — das darf ich hier sagen — bei dem in Behandlung stehenden Assanierungsgesetz, wobei wir lieber das Wort „Stadterneuerung“ hören, notwendig sein. Die Information sollte so aufbereitet sein, daß die betroffene Bevölkerung zur aktiven Teilnahme ermuntert wird.

Und vor allem: Die Ergebnisse wissenschaftlicher Gutachten sind zu veröffentlichen, zumindest aber den beschlußfassenden Gremien vorzulegen. Auch da — diese Bemerkung sei mir gestattet — mangelt es sehr, vor allem in Wien.

Nun zur Verfassung der Stadt Wien, zu den Gesetzen der Stadt Wien. Daß diese dringend, dringend, reformbedürftig sind — ich werde dann auch den Herrn Bundeskanzler zitieren ... *(Abg. Libal: Wir sind nicht im Gemeinderat!)* Sie gestatten, daß wir uns bei diesem Thema über die Demokratie unterhalten. *(Abg. Mondl: Gehen Sie zu Maurer nach Niederösterreich!)* Aber es kommt auch noch Niederösterreich, Herr Abgeordneter Mondl! Ich kann Sie da beruhigen. *(Abg. Libal: Wir sind nicht im Gemeinderat, sondern im Parlament!)* Wir reden jetzt über die Demokratie! Herr Abgeordneter Libal! Ich werde mir von Ihnen die Zeit nicht kürzen lassen. Sie können hier beruhigt sein.

Wir wissen, daß Ihre Mehrheit im Moment das alles nicht interessiert. Interessanterweise interessiert das aber die Wähler doch etwas mehr, denn sonst würden Sie nicht in den letzten Wochen und Monaten in manchen Städten furchtbare Niederlagen erlitten haben. Das muß Ihnen auch hier deutlich gesagt werden. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Mondl: „Furchtbare“ Niederlagen?)*

Ich darf Ihnen bei dieser Gelegenheit gleich sagen: Bei Behandlung der Wohnbauförderungsnovelle — das war vor zehn Monaten — sagte ich zum Schluß, daß Sie im Begriffe sind, den Kontakt mit der Bevölkerung immer mehr zu verlieren. Sie haben damals gelacht. Aber jetzt ist Ihnen das Lachen bereits vergangen. Das darf man hier feststellen.

Das Lachen ist Ihnen auch in einem anderen Zusammenhang vergangen. Ich möchte doch einige Sätze auch über Herrn Vizekanzler Häuser sagen, denn da hat es vor 14 Tagen eine sehr harte Antwort gegeben. Ich nehme an, Sie wissen, was ich jetzt meine. Betriebsratswahl bei der Wiener Arbeiterkammer: 254 Wahlberechtigte. Natürlich nur eine Liste.

Hahn

Sie wissen ja, wie viele diese Liste gewählt haben: nur 149!

Also ich muß sagen: Wenn das nicht eine deutliche Antwort auf das sogenannte Establishment ist, weiß ich überhaupt nicht, welche Antworten Sie noch zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Um aber bei den Fragen Volksabstimmung und Volksbegehren zu bleiben, darf ich, um auch dem Herrn Abgeordneten Mondl eine Antwort zu geben, doch sagen: 5,5 Millionen Österreicher haben diese Möglichkeiten auf Gemeindeebene — es gibt hier die verschiedensten Möglichkeiten —, aber 1,9 Millionen Österreicher, nämlich 300.000 Burgenländer und 1,6 Millionen Wiener, haben diese Möglichkeiten einer direkten Demokratie nicht. Das möchte ich ausdrücklich festhalten.

Nun doch einige Aussprüche des Herrn Bundeskanzlers. Am 27. Februar 1973 sagte Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky:

„Ich selbst habe ja zu dieser Sensibilisierung beigetragen, so durch meine Forderung nach Demokratisierung.“ — Wir hören lieber das Wort „Verlebendigung der Demokratie“. Er sagte ferner: „Wer das nicht sieht, der erkennt meiner Meinung nach nicht die Zeichen der Zeit. Es sind die Geister, die wir ja selbst gerufen haben.“ — 27. Februar 1973! *(Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.)*

Im „Abendjournal“ vom 8. 3. 1973 bewies allerdings der Herr Bundeskanzler, daß er an einer Demokratisierung in Wien nicht viel Interesse zeigt, denn auf die Frage des Interviewers: „Die Wiener Stadtverfassung muß also Ihrer Ansicht nach nicht demokratisiert werden?“, kam die Antwort: „Das geht mich nichts an.“ *(Abg. Dr. Kreisky: Das geht mich auch nichts an, ich sitze ja hier und nicht dort!)* Ich stelle nur fest, Herr Bundeskanzler, daß das doch einigermaßen widersprüchlich ist. Ich möchte hier nicht die ganze Sache, den chronologischen Ablauf zur Debatte stellen. Sie wissen ganz genau, was ich meine, daß Sie erklärt haben, man soll befragen. Zuerst hat man natürlich gesagt, man soll nicht befragen. Das war ein anderer als Sie. Sie haben gesagt, man soll befragen.

Zur gleichen Zeit hat man in der Wiener Landesregierung gesagt, die Verfassung ändern wir nicht, das kommt überhaupt nicht in Frage, aber mit Computerkarten machen wir halt eine Befragung. So ist der Tatbestand, Herr Bundeskanzler, den Sie sicherlich nicht abstreiten können.

Am 7. März 1973 erklärte der Abgeordnete Blecha in einem Interview für „Zeit im Bild“: „Zu einer Verbesserung der Demokratie kann

man nicht durch die Statuierung von Leerformeln, wie etwa Fragestunde, von der ja der einzelne Bürger nichts hat, kommen, auch nicht durch die Forderung nach einer Volksbefragung, wo man dann nur mit Ja oder Nein abstimmen kann, ohne daß man Alternativen kennt, sondern man kann zu einer besseren Demokratie dadurch kommen, daß der Planungsprozeß transparenter wird.“

Das ist genau das, was ich zu Beginn gesagt habe, das ist genau das, was Sie auch auf anderer Ebene ablehnen. Denn die Transparenz ist der Wiener SPÖ bisher auf jeden Fall ein Fremdwort geblieben. Eine gesetzliche Verankerung von Volksbegehren und Volksbefragung kommt nach Meinung der Wiener SPÖ nicht in Frage. Und Sie, Herr Bundeskanzler, erklären, es geht Sie nichts an.

Es dürften also jetzt anscheinend — das ist der letzte Stand der Dinge — von Fall zu Fall, wie es eben gerade paßt, Volksbefragungen durchgeführt werden, in einer Form, die nicht verfassungsmäßig garantiert ist und die den Bürgern die Möglichkeit geben soll, in einer den Stadt Vätern genehmen Form mitzureden.

Irgend jemand hat in der jüngsten Diskussion über die Verlebendigung der Demokratie in der Kommunalpolitik das häßliche Wort von den „Stadtkalifen“ oder „Gemeindepaschas“ geprägt, was den Niederösterreicher Blecha in Verteidigung seiner Wiener Genossen zu folgender Feststellung veranlaßte:

„Man kann von einem Stadtkalifen oder Gemeindepascha nicht sprechen, weil zum Wesen des Paschas gehört, daß ein großer Teil der Bürger in einem direkten oder indirekten Abhängigkeitsverhältnis zu ihm steht und daher vom Kontrollrecht nicht Gebrauch machen kann.“

Es gibt also — laut Abgeordnetem Blecha — in den Städten keine Abhängigkeit.

Eine Umfrage in Wien hat allerdings ergeben, daß 75 Prozent der Wiener glauben, man brauche eine parteipolitische Protektion, um zu einer Wohnung und sogar zu einem Spitalsbett zu kommen. Aber die SPÖ sagt, es gibt keine Abhängigkeit. Die Bürger der Städte, in denen der SPÖ zufolge ... *(Abg. Skritek: Die Spitalsverwaltung haben ja Sie in Wien! Die wird von Ihrem Stadtrat geführt!)* Ich zitiere eine Umfrage. Sie wissen, es gibt die Bettenzentrale. *(Abg. Skritek: Das geht ins eigene Gesicht!)*

Nun komme ich doch zur Frau Minister Dr. Leodolter, die jetzt nicht da ist. Ihre Ankündigung, im Jahre 1975 werde es nur noch kleine Spitalszimmer in Wien geben, ist wohl

Hahn

wünschenswert, aber das demagogischste, was man sich vorstellen kann; denn gerade sie müßte wissen, weil ihr Gatte an verantwortlicher Stelle steht, daß in Wien noch nicht einmal feststeht, wie groß die einzelnen Säle sind. Das darf ich hier bei dieser Gelegenheit auch sagen, weil Sie die Gesundheit mit ins Spiel bringen. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Das Unbehagen steckt ... *(Abg. Skritek: Dann ist Ihr Stadtrat unfähig, das ordentlich zu führen!)* Jetzt muß ich also tatsächlich sagen, daß hier leider Gottes die Frau Minister Dr. Leodolter das am besten wissen muß, denn ihr Gatte, der Herr Senatsrat Doktor Leodolter, ist für die wirtschaftliche und kaufmännische Führung der Wiener Spitäler verantwortlich. Sie haben mich jetzt provoziert, darum muß ich es sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das Unbehagen der Städter ist ein deutliches Zeichen. Die Bürger rühren sich an allen Orten. Sie müssen das selber feststellen. Ich glaube, ich habe Ihnen jetzt einige sehr prägnante Beispiele gezeigt, wobei Ihnen sicherlich die Betriebsratswahl in der Wiener Arbeiterkammer als das härteste und deutlichste Fanal erscheinen muß. Es ist irgendwie typisch, daß man nach einem solchen Wahlergebnis gleich sagt: Da gibt es nur einen Ausweg, wir erhöhen auch wieder die Arbeiterkammerbeiträge! Ich weiß nicht, ob das vielleicht zu Gehaltsaufbesserungen für die in der Arbeiterkammer Beschäftigten dienen soll *(Abg. Skritek: Sie argumentieren ein bisserl kindisch!)*; ich weiß es nicht. Das lag also am Rande. Es ist „ein bisserl kindisch“? Ich weiß nicht, was da kindisch ist. Die Niederlage war auf gar keinen Fall kindisch für Sie, auf gar keinen Fall! *(Beifall bei der ÖVP.)*

In der „Kronen-Zeitung“ vom vorigen Sonntag hat der SPÖ-Wahlmanager Doktor Brantl bereits ein Rezept entdeckt: Es gibt seiner Ansicht nach konservative Bürgerinitiativen und es gibt fortschrittliche. Nur was konservativ und was fortschrittlich ist, hat er nicht gesagt. Ist es vielleicht konservativ, wenn man sich für die Erhaltung von Grünflächen oder für die Erhaltung eines schutzwürdigen Althauses einsetzt? Oder sind Initiativen in Villenbezirken oder in der Innenstadt konservativer als solche in Arbeitervierteln? Wir glauben, daß derartige Unterscheidungen weder zielführend noch möglich sind.

Ich bin allerdings mit Blecha einer Meinung — und ich sage es noch einmal —, daß es unbedingt notwendig ist, den Planungsprozeß an sich transparenter und demokratischer zu gestalten.

Um es aber nicht bei verbalen Bekenntnissen zu belassen und um Ihnen Gelegenheit zu geben, wenigstens ein Zeichen der Bereitschaft für eine echte Verbesserung und Verlebendigung des demokratischen Alltags zu geben, stelle ich namens meiner Fraktion einen Entschließungsantrag, der hoffentlich auch die Zustimmung Ihrer Fraktion finden wird.

Entschließungsantrag der Abgeordneten Hahn und Genossen betreffend Sicherung von demokratischen Mitsprachemöglichkeiten.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

a) die Ankündigung der Regierungserklärung vom 5. 11. 1971 endlich zu verwirklichen, wonach „die neue Bundesregierung jederzeit zur Zusammenarbeit mit den anderen Parteien des Parlaments bereit ist. Sie wird keine Möglichkeit ausschlagen, diese Zusammenarbeit zu suchen, und ist sich des Umstandes bewußt, daß es eine solche nur geben kann, wenn auf seiten der Mehrheit dieses Hauses, die diese Regierung stützt, auch eine entsprechende Kompromißbereitschaft besteht.“,

b) die Mitsprache und gesetzlich gewährleisteten Rechte frei und demokratisch gewählter Vertreter der Interessen verschiedener Bevölkerungsgruppen (Arbeiterkammern, Bundeswirtschaftskammer, Landwirtschaftskammern etc.) zu sichern und zu respektieren,

c) bei Bauvorhaben, die die Lebensumstände von Bevölkerungsgruppen unmittelbar und wesentlich verändern (Autobahnen, Kraftwerke, Fluglandepläne etc.), eine demokratische Beteiligung und Mitsprache der Bevölkerung durch Anhörung der Betroffenen zeitgerecht sicherzustellen.

Ich darf auch Sie, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, im Sinne meiner Ausführungen um die Annahme dieses Entschließungsantrages ersuchen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Probst: Der Entschließungsantrag des Abgeordneten Hahn ist genügend unterstützt und steht auch mit zur Debatte.

Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Nittel.

Abgeordneter Nittel (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Die Österreichische Volkspartei hat heute eine dringliche Anfrage eingebracht und hat sie im wesentlichen mit dem Vorwurf begründet, daß die Regierungsfraktion in diesem Haus nicht

Nittel

genügend Kooperation mit der Opposition und den Oppositionsparteien zeige. Sie hat in der Begründung zur dringlichen Anfrage insbesondere darauf verwiesen, daß die Regierungspartei bei der Erstattung eines Dreivorschlages für die Ernennung eines Richters des Verfassungsgerichtshofes nach den Prinzipien der Mehrheit vorgegangen ist und mit der ÖVP nicht die Übereinstimmung hergestellt wurde.

Ich meine, daß selbst der heftigste Kritiker nicht bestreiten kann, daß es nach den demokratischen Spielregeln zugegangen ist, daß es nach den Grundsätzen, die in der Demokratie gelten, zugegangen ist, daß die Mehrheit eine Entscheidung getroffen hat, wie sie sie für richtig empfunden hat und wie sie sie auch zu verantworten hat.

Trotzdem hat der Begründer der dringlichen Anfrage, Herr Generalsekretär Kohlmaier, in seiner Rede den Satz gebraucht — und ich mußte im Zwischenruf die Bemerkung „Frechheit“ sagen, denn nur als solche ist das zu qualifizieren —, daß in der Zeit der SPÖ-Herrschaft eine echte Einbuße an demokratischer Substanz zu vermerken sei. Ich meine, daß das deshalb politisch nicht qualifiziert ist, weil es natürlich den Vorwurf des undemokratischen Handelns beinhaltet, obwohl Sie genau wissen, daß es nach den hier gültigen Spielregeln zugegangen ist und weil wir hier — etwas verklausuliert formuliert — das Aufbauen der alten „roten Katze“ erkennen.

Meine Damen und Herren! Als wir über diesen Vorschlag, vertreten von der Regierungspartei, abgestimmt haben, war es ja nicht so, daß es vielleicht mit einer Stimme oder mit zwei Stimmen Mehrheit zugegangen wäre, sondern Tatsache ist, daß die Entscheidung damals mit 92 zu 73 in diesem Haus getroffen wurde. Es war vielleicht einer der dramatischen Augenblicke in diesem Haus, die Gesichter der Damen und Herren der ÖVP-Fraktion zu beobachten, als das Stimmenergebnis bekannt geworden ist: es waren 78 Ihrer Damen und Herren im Haus — Sie erinnern sich wahrscheinlich lebhaft daran —, und beim Auszählen hatten Sie 73 Stimmen für Ihren eigenen Vorschlag!

Das heißt: Das, was wir im Gegensatz zu dem von Ihnen Vorgebrachten vertreten haben, hat eine solche Zustimmung gefunden, daß fünf Ihrer eigenen Damen und Herren nicht bereit waren, dem von Ihrem Parteivorsitzenden Dr. Schleiner so melodramatisch vorgebrachten Antrag zuzustimmen. *(Beifall bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Das ist Demokratie! — Gegenruf bei der SPÖ: Natürlich!)*

Darf ich Ihnen vielleicht zitieren, was die „Kleine Zeitung“ am Tag danach über dieses

Stimmenergebnis zu sagen wußte. Die „Kleine Zeitung“ vom 15. Feber schreibt in einem Kommentar:

„Gegen die fundamentale Spielregel ... haben ... jene fünf ÖVP-Abgeordneten verstoßen, die, ohne ihre Klubführung vorher davon in Kenntnis zu setzen, durch Abgabe eines ungültigen Stimmzettels gegen den Klubbeschluß verstießen. Das kann“ — ich zitiere aus der „Kleinen Zeitung“, bitte sehr, das sind nicht meine Worte — „aus Dummheit oder aus voller Absicht geschehen sein — gleichviel, die ÖVP hat bei der gestrigen Abstimmung Zerfallerscheinungen erkennen lassen, wie sie sich freilich recht gut in das Gesamtbild fügen, das man sich auf Bundesebene von dieser Partei seit langem machen muß. Eine Partei, die bei einer so wichtigen Abstimmung keine Geschlossenheit mehr zu demonstrieren vermag, befindet sich auf dem Weg zum Interessentenhaufen, dem jeder einigende Kitt fehlt.“ *(Ruf bei der ÖVP: Was hat die „Kleine Zeitung“ über die SPÖ geschrieben! — Heiterkeit. — Gegenruf des Abg. L a n c.)*

Meine Damen und Herren! Diese Tatsache, daß fünf Ihrer eigenen Abgeordneten nicht bereit waren, dem Antrag und dem Vorschlag Ihres Parteivorsitzenden zu folgen, muß man hier vorbringen, um zu zeigen, wie „ernsthaft“ in Wirklichkeit Ihre eigenen Gegenvorschläge gegen die Vorschläge der Mehrheitspartei von Ihnen selbst genommen werden. Sie selbst sind nicht in der Lage, eine ernsthafte Alternative aufzubauen.

Aber was sagt Generalsekretär Dr. Kohlmaier? Es ist demokratischer Substanzverlust in der SPÖ. — Das ist eine Unterstellung, die wir ernsthaft zurückweisen müssen! *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Natürlich: Die Österreichische Volkspartei hat sich in all diesen Jahren — Vorhofer und viele andere haben das zitiert und registriert — als unfähig zur sachlichen Arbeit erwiesen. *(Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Wenn wir in einer weniger emotionalen Situation reden würden, wäre es interessant, das zu untersuchen; ich glaube nämlich, man muß feststellen, daß die Österreichische Volkspartei ... *(Abg. Dr. Blenk: Eine solche Aussprache sollten Sie sich gar nicht erlauben!)* Herr Dr. Blenk! Was mir erlaubt ist, werden Sie bitte nicht feststellen *(Beifall bei der SPÖ)*, dafür gibt es die Geschäftsordnung des Nationalrates! *(Ruf bei der ÖVP: Das haben wir gestern gesehen! — Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)*

Nittel

Es ist zweifellos richtig, daß die Österreichische Volkspartei mit dem Verlust der Macht nicht fertig geworden ist, daß sie die Tatsache der Trennung von den Regierungsämtern bis heute nicht bewältigt hat. *(Zustimmung bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Es ist bezeichnend — das ist kein Vorteil für unsere Republik, aber es ist bezeichnend für die Österreichische Volkspartei —, daß die Österreichische Volkspartei in Unfähigkeit einer konstruktiven Oppositionspolitik sich der Politik der verbrannten Erde, der verbrannten Brücken verschrieben hat. *(Ruf bei der ÖVP: Herrlich!) „Hinter mir die Sintflut“, könnte man zu den Aktionen der Österreichischen Volkspartei sagen. (Neuerliche Zustimmung bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Darf ich vielleicht als Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit die gesamte Auseinandersetzung um das Bundesbauvorhaben Universitätssternwartengelände bringen.

Der Österreichischen Volkspartei — das ist der Beweis für das, was ich sage: „Hinter mir die Sintflut!“ — spielt es überhaupt keine Rolle, heute ihre eigenen Maßnahmen, ihre eigenen Aktionen und die Aussagen ihrer eigenen Minister und verantwortlichen Führer aus der Vergangenheit ihrer Regierungszeit zu desavouieren und zu negieren. *(Ruf bei der ÖVP: Wir haben keine „Führer“! — Ruf bei der ÖVP: Sima! — Ruf bei der SPÖ: Sie haben schon vergessen, was früher beschlossen wurde!)*

Die Pläne zur Errichtung eines Zoologischen Instituts auf dem Gelände der Sternwartegründe gehen weit zurück, aber die konkreten Pläne stammen aus der Zeit der ÖVP-Alleinregierung, und Sie selbst haben die Vorschläge damals gemacht, und Sie haben sie öffentlich und schriftlich vertreten. Trotzdem macht es Ihnen heute nichts aus — und das ist ein Beweis für Ihre Unsachlichkeit und für Ihre Unfähigkeit zur sachlichen Arbeit —, all das, was Sie selbst für richtig erkannt haben, was Sie ja selbst erarbeitet haben, aus Gründen der Demagogie, der politischen Zweckmäßigkeit abzulehnen und zu verdammen! *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Da sagt Ihr Bezirksvorsteher Dkfm. Hemmelmayer, einer der wenigen, die Sie in Wien noch haben, in Ihrem Postwurf, Herr Doktor Bauer, von Ihnen sicherlich approbiert, März 1973, also jüngsten Datums: Es ist eine „Tatsache, daß seinerzeit alle politischen Parteien sowohl im Wiener Gemeinderat als auch in der Währinger Bezirksvertretung“ *(Abg. Skritek: Hör! Hör!)* diesem Projekt „zuge-

stimmt haben“. Allerdings sagt er noch: „... wobei die Ausmaße des Projekts nicht bekannt waren.“

Es spricht nicht sehr für die politische Qualifikation eines Bezirksvorstehers, wenn er für ein Projekt stimmt, dessen Ausmaß er nicht kennt. Aber diese etwas dummliche Ausrede kann ja gar nicht gelten, denn es gibt genügend Beweise dafür, daß er ganz genau gewußt hat, worum es damals gegangen ist und wofür er gestimmt hat. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Herr Dr. Mock — er sitzt hier, ich darf ihn zitieren — schrieb am 19. Juli 1969 an den Universitätsprofessor Dr. Schaller, den Verantwortlichen des Zoologischen Instituts: „Hiezu kann ich Ihnen mitteilen, daß auch ich diesem Projekt positiv gegenüberstehe und es ihm Rahmen des Möglichen fördern werde.“ *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Der zuständige Minister förderte es, er war dafür! Ich glaube nicht, daß man den Minister nicht über den Umfang des Projektes informiert hat. *(Abg. Skritek: Wetterwendig und launisch ist die ÖVP!)*

Aber dieser Professor Dr. Schaller vom Zoologischen Institut hat am 22. Oktober 1970 den Bezirksvorsteher in einem langen Brief ausführlich über das gesamte Projekt informiert — aus Zeitgründen kann ich das nicht ganz vorlesen, aber ich stelle es Ihnen gern zur Einsicht zur Verfügung —, wo Ausmaß, Umfang und Einfluß auf die Umgebung ganz genau geschildert wird.

Bezirksvorsteher Hemmelmayer war voll informiert über dieses Projekt! *(Ruf bei der ÖVP: Das ist also Ihr neuer Stil, Herr Kollege, in dieser Form abzuqualifizieren!)* Er wußte es, er will es heute nicht mehr wissen. *(Ruf bei der SPÖ: Im Auftrag!)* Mir hat einer gesagt: Wenn der „Hahn“ kräht, müssen die Hennen gackern. Das haben wir in jüngster Zeit in Wien erlebt, und das entspricht auch genau diesem Stil. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Aber, meine Damen und Herren, diese Kehrtwendung, mit nichts als mit Demagogie zu begründen, ist ja doch in allerletzter Zeit erfolgt. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)*

Ich habe vor mir ein Protokoll einer Aussprache der Vertreter des Zoologischen Instituts, von diesen unterfertigt, vom 20. Juli 1972, also nicht irgendwann aus der Vergangenheit, sondern aus der allerjüngsten Zeit, vom 20. Juli 1972. In diesem Protokoll verpflichtet sich die Frau Dr. Schaumayer, ÖVP-Stadträtin, für das Projekt in einem gewissen Ausmaß zuständig, „daß sie im Rahmen ihrer

Nittel

Dienststelle alles tun werde, um die Baubewilligung so rasch wie möglich zu erreichen, und sie wird sich außerdem dafür einsetzen“, denn sie kennt die Vorgeschichte sehr genau, und es steht hier wörtlich, „daß sie inzwischen dafür gesorgt habe, daß Herr Traindl und sein Komitee weitere unsachliche Aktivitäten unterlassen“.

Sie wußten ganz genau, daß es sich bei diesen Angriffen gegen dieses Bundesbauvorhaben in Wien um unsachliche Angriffe handelt. (*Ruf bei der ÖVP: Volksbefragung!*) Sie selbst haben, als Sie noch bessere Einsicht in die Sache hatten, für dieses Projekt entschieden, und Sie haben heute, ich möchte sagen, aus Parteiräson, aus demagogischen Gründen gegen jegliche sachliche Argumentation dagegen entschieden und dagegen votiert. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Herr Dr. Kohlmaier hat in seiner Rede unter anderem gesagt: Es steht die Ehre vom Herrn Bundeskanzler auf dem Spiel, weil er in einer Frage seine Meinung geändert hat. (*Abg. Doktor Kohlmaier: Ich „verbürge“ mich!*)

Wenn es so ist, daß die Ehre am Spiel steht, wenn man seine Meinung ändert, dann muß ich sagen, daß viele Ihrer Parteigänger in dieser Frage ihre Ehre riskieren! (*Zustimmung bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

In der Sache selbst, wenn man sachlich reden kann, kann es ja gar keine großen Differenzen geben, weil die Dinge ausgesprochen, weil sie beraten und weil sie überlegt sind. Sie wollen daraus in demagogischer Weise politisches Kapital schlagen. Es ist Ihnen ganz egal, was Sie selbst zu besseren Zeiten zu diesen Dingen gesagt haben. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Aber uns wirft man vor, daß der demokratische Spielraum geringer geworden ist!

In dieser Situation haben wir gesagt — obwohl das formale Recht ganz eindeutig bei den demokratisch gewählten Institutionen, beim Parlament, bei der Regierung, beim Gemeinderat liegt —: Wir wollen in dieser Frage einen neuen demokratischen Akzent setzen, wir wollen den Wienern Gelegenheit geben, in dieser Frage, die zum Politikum gemacht wurde, ihre Meinung zu sagen. Wir sind bereit — das haben wir öffentlich gesagt, und ich wiederhole es —, das Ergebnis dieser Befragungsaktion zur Grundlage unserer späteren Handlungen zu machen.

Das ist, meine ich, ein Weg einer ernsthaften Ausweitung des demokratischen Bereiches in diesem Land, den wir hier und bei anderen Gelegenheiten gehen wollen. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Bauer: Vorher haben*

Sie unsere demokratischen Vorschläge abgelehnt! — Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.) Herr Dr. Blenk! Reden Sie von der ÖVP Vorarlbergs, wo Sie alle Aktionen und alle Demokratisierungsvorschläge im Landtag Vorarlbergs abgelehnt haben, oder reden Sie vielleicht von der ÖVP Niederösterreichs? (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

In Wien machen wir eine neue Aktion, eine Aktion, die noch in keiner Verfassung steht.

Aber die Demokratie ist doch etwas Lebendiges und nicht etwas, das man einmal erfindet und das für alle Zeiten unbeeinträchtigt und unveränderlich besteht. Die Demokratie ist etwas, was sich verändert. Wir haben den Anlaß gerne wahrgenommen, um den Wienern Gelegenheit zu geben, diese Frage mitzuentcheiden. Wir werden — und das habe ich schon einmal gesagt — diese Entscheidung als eine Entscheidung der Wiener auch zur Kenntnis nehmen! (*Abg. Kern: Graz, Klagenfurt!*)

Natürlich werden wir unsere Meinung vertreten und begründen, die wir in dieser Sache vertreten haben. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch an die Massenmedien appellieren: Wenn wir in die Nähe dieser Befragungsaktion kommen, mögen sie nicht nur einem Standpunkt in dieser Sache ihre Unterstützung gewähren, sondern sie mögen in demokratischer Manier den Vertretern der verschiedenen Standpunkte Gehör und Gelegenheit zur Äußerung geben. Diesen Appell möchte ich heute an die Medien — Fernsehen, Rundfunk und die Presse — richten. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Es ist eine Tatsache — und Ihre demagogischen Aktionen können darüber nicht hinwegtäuschen (*Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk*) —: Es geht nach drei Jahren Regierung Kreisky allen Menschen in Österreich besser! (*Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Graf: Dafür verliert sie jede Wahl! — Abg. Dr. Kohlmaier: Nur der SPÖ geht es schlechter! — Abg. Graf: Siehe Graz, siehe Klagenfurt!*)

Zum Unterschied zur Regierungszeit eines Dr. Klaus bestreiten wir nicht, daß es auch in der Konjunktur und in der Vollbeschäftigung Probleme geben kann. Wir wissen das. Wir sprechen über diese Probleme. Wir stellen sie hier zur Diskussion. (*Abg. Dr. Blenk: Da seid ihr schon weit gekommen, wenn ihr das schon feststellt!*) Ich danke für das Kompliment. Wenn jemand dazugelernt hat, dann ist das, glaube ich, kein negativer Vorwurf, den man ihm gemacht hat. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Blenk: Sehr spät!*)

Nittel

Wenn wir aus der Beobachtung lernen, dann konnten wir aus dem Verhalten der Österreichischen Volkspartei in der Alleinregierung lernen. (*Abg. Dr. Blenk: Gott sei Dank! — Abg. Dr. Kohlmaier: Reden wir lieber von der Vergangenheit!*) Ich entsinne mich genau des Satzes, den Sie, Herr Vizekanzler außer Dienst Dr. Withalm, gesagt haben: Wir hatten damals eine einzige Sorge, ob wir 85 im Saal gewesen sind. — Und weil wir uns nicht nur diese Sorge machen, sondern die Sorge machen, wie die Österreicher leben (*Rufe bei der ÖVP: Schlecht! Schlecht!*) und in Zukunft leben werden, sind wir sicher, daß wir besser regieren, als Sie das getan haben! (*Zustimmung bei der SPÖ. — Widerspruch bei der ÖVP.*)

Ich glaube, daß man sagen kann, daß wir Fortschritte in allen Bereichen des Lebens erreicht haben. (*Abg. Graf: Ja, in Klagenfurt und in Graz haben Sie Fortschritte gemacht! Riesige Fortschritte bei den letzten Wahlen!*) Ich glaube, daß wir auch interessante Vorschläge gemacht haben zur Aktivierung der Mitwirkung der Bevölkerung. Selbst wenn es gelegentlich Rückschläge gegeben hat (*Abg. Graf: Gewaltige! Die schönen Tage sind vorbei!*), meine ich, daß sich die Maßnahmen, die wir getroffen haben, sehen lassen können und daß sie auch vor dem Urteil der Österreicher bestehen können! (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Graf: Aus ist es mit ihm!*)

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Withalm. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Withalm** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Nittel, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir mitteilen würden, wo ich gesagt haben soll, daß die einzige Sorge der Österreichischen Volkspartei gewesen ist, daß unsere 85 Abgeordneten im Saal sind (*Abg. Nittel: Das war ein Zitat!*), während uns, wie Sie jetzt gesagt haben, die Sorgen der Bevölkerung überhaupt nicht interessiert hätten. Ich bitte mir zu sagen, wo und wann das war. Die Sitzung wird ja heute laut Ankündigung Ihres Klubobmannes Gratz noch einige Zeit dauern; Sie haben mittlerweile Gelegenheit, das herauszusuchen. (*Abg. Nittel: Wir bringen Ihnen das Zitat!*) Mich würde es sehr interessieren, wann und wo ich das gesagt habe. (*Abg. Nittel: Dann hören Sie es heute noch einmal!*) Mich interessiert nicht nur der erste Teil des Satzes, sondern der komplette Satz. (*Rufe bei der ÖVP: Genau!*)

Dann haben Sie erwähnt, daß sich nach Ihrer Meinung die Sozialistische Partei in der Frage Lotheissen vollkommen richtig verhal-

ten habe, weil sie ja nur von ihrer demokratischen Mehrheit Gebrauch gemacht habe.

Weil ich in diesem Zusammenhang heute schon einmal zitiert wurde, so möchte ich, damit hier ja keine Zweifel bestehen, meine Damen und Herren, feststellen: Ich habe, als ich Klubobmann der ÖVP war, darauf hingewiesen, daß selbstverständlich eine mit absoluter Mehrheit ausgestattete Partei — dazu bekommt sie ja vom Volk die absolute Mehrheit — von der absoluten Mehrheit Gebrauch machen soll und Gebrauch machen kann.

Sie haben das gemacht, aber nachdem vorher ein Wortbruch in der Frage Lotheissen erfolgt war, meine sehr geehrten Damen und Herren (*Ruf bei der SPÖ: Frechheit!*), und nachdem vorher der Versuch unternommen worden war, uns den Kandidaten vorzuschreiben, den wir dann womöglich bringen dürfen.

Präsident **Probst**: Bitte, ich muß den Ausdruck „Frechheit“ zurückweisen!

Abgeordneter Dr. **Withalm** (fortsetzend): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler hat heute gesagt: Alles das, was in der Regierungserklärung steht, gelte auch heute noch; er bekenne sich dazu. Wir haben das zur Kenntnis genommen.

Ich möchte deshalb noch einmal den Passus, der teilweise in der dringlichen Anfrage zitiert wird, ganz kurz bringen, wo es nämlich heißt, „daß die neue Bundesregierung jederzeit zur Zusammenarbeit mit den anderen Parteien des Parlaments bereit ist. Sie wird keine Möglichkeit ausschlagen, diese Zusammenarbeit zu suchen“ — „zu suchen“, meine Damen und Herren! —, „und ist sich des Umstandes bewußt, daß es eine solche nur geben kann, wenn auf seiten der Mehrheit des Hauses, die diese Regierung stützt, auch eine entsprechende Kompromißbereitschaft besteht.“

Herr Bundeskanzler! Die Kunde höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Das würde also heißen: Toleranz! Das würde heißen: Eingehen auf die Argumente der Opposition! Wenn ich an die 29. Novelle zum ASVG denke und wenn ich an das heute schon zitierte Ortstafelgesetz denke, so war hier nicht die Spur einer Kompromißbereitschaft und eines Eingehens auf die Gedanken der Opposition zu sehen. (*Abg. Libal: Wie war das bei Ihnen?*)

Meine Damen und Herren! Die Verhaltensweise der Regierung und der Regierungspartei ist geradezu ein Hohn auf die Ankündigung in der Regierungserklärung! Wenn Sie es auch nicht gerne hören — wir haben zuvor gesehen, daß Sie es wirklich schon gar nicht gerne hören —: Es ist leider Gottes in den letzten Jahren, seit es eine Regierung Kreisky

Dr. Withalm

gibt, ein wesentlicher demokratischer Substanzverlust in Österreich eingetreten! (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Diese Regierung wird immer selbstgefälliger und unduldsamer!

Ich kenne Sie, Herr Bundeskanzler Doktor Kreisky, schon sehr lange. Wenige, glaube ich, kennen Sie so gut, wie ich Sie kenne. Ich hatte am Sonntagabend Gelegenheit, vor dem Fernsehschirm Ihr Auftreten in Schärding zu sehen: Wenn einer, der sich so bemüht, sich im Zaum zu halten, die Nerven verliert, und wenn viele konstatiert haben, daß sie den Dr. Kreisky nicht wiedererkannt haben! Weil ich Sie, Herr Bundeskanzler, wirklich gut kenne, weiß ich Sie auch entsprechend zu beurteilen. Ich habe Verständnis dafür, daß Sie in der letzten Zeit — auch heute wieder — eine gewisse Nervosität an den Tag legen.

Meine Damen und Herren! Die Sozialistische Partei, die sozialistische Regierungspartei läßt jedes Demokratieverständnis vermissen! Immer öfter fällt in diesem Hause das Wort „Hybris“. Das kommt nicht von ungefähr. Sie haben bereits erste Denkmäler erhalten in Salzburg, in Graz, in Klagenfurt. Sie werden doch wirklich nicht glauben, daß die Schuld daran die „unfähigen Bürgermeister“ dieser Städte, ein Salfenauer in Salzburg, ein Scherbaum in Graz und ein Außerwinkler in Klagenfurt, haben. Wenn Sie sich das einreden sollten, uns kann es nur recht sein.

Aber machen Sie nur so weiter, wie Sie es bisher gemacht haben, machen Sie so weiter, meine sehr geehrten Damen und Herren, wie es gestern der Abgeordnete Dr. Fischer gemacht hat. Ich habe heute erst das stenographische Protokoll der gestrigen Sitzung, in der der Rechnungshofbericht behandelt wurde, vor mir. Während der Rede des Abgeordneten Dr. Bauer hat Dr. Fischer folgenden Zwischenruf gemacht: „Geben Sie lieber das Dollfuß-Bild weg aus dem Parlamentsklub!“ (*Abg. Dr. Fischer nickt.*) Sie bekennen sich dazu, das steht ja drinnen, Sie können es auch gar nicht leugnen. Es ist nur gut, wenn Sie sich jetzt hier im offenen Haus noch einmal nachdrücklich dazu bekennen. (*Abg. Dr. Fischer: Das werde ich gleich tun!*)

Dann trat, nachdem Dr. Bauer das Rednerpult verlassen hatte, Dr. Leitner an das Rednerpult. Er begann laut stenographischem Protokoll: „Sehr geehrter Herr Präsident!“ Worauf ihm Dr. Fischer sofort ins Wort fiel und sagte: „Sind Sie auch dafür, daß Sie ein Dollfuß-Bild in Ihrem Klub haben?“ Worauf Dr. Leitner antwortete: „Haben Sie etwas dagegen, daß wir ein Dollfuß-Bild im Klub haben, Herr Kollege Fischer?“ (*Abg. Doktor Fischer: Wird mich Ihre Fraktion dann auch so ruhig anhören?*) Worauf Dr. Fischer

gebrüllt hat — passen Sie jetzt auf —: „Und wie! Natürlich! Jemand, der die Demokratie ruiniert! Da soll man nichts dagegen haben?“ (*Abg. Dr. Blenk: Das ist eine Präpotenz!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es scheint mir nicht von ungefähr zu sein, daß auch der Kollege Pay — den habe ich gehört — und später, was ich besonders bedaure, der Klubobmann der Sozialistischen Partei auf diese Sache Bezug genommen haben. Ich konstatiere mit Genugtuung, daß Kollege Gratz — er ist doch einige Jahre älter und wesentlich erfahrener als Abgeordneter Dr. Fischer — von einer Emotion gesprochen hat, in der er diesen Satz ausgesprochen hat. Das nehmen wir gerne zur Kenntnis.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt darf ich Ihnen dazu in allem Ernst etwas sagen: Wir können diese unqualifizierbaren Zwischenrufe nicht unwidersprochen lassen. Das sind wir unserer eigenen Ehre, das sind wir aber vor allem jenem Manne schuldig, der als erster im Kampf um Österreichs Freiheit und Unabhängigkeit sein Leben lassen mußte. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Libal: Das trauen Sie sich zu sagen von jemand, der auf die Arbeiter mit Kanonen geschossen hat! Er hat die Arbeiter ermordet! — Abg. Dr. Schnell: Dem noch einen Heiligenschein geben! — Abg. Libal: Eine Frechheit, was Sie da sagen! — Weitere Zwischenrufe. — Abg. Skritek: Das ist unbestritten in der Geschichte!*)

Sie, Herr Abgeordneter Dr. Fischer, haben Dr. Engelbert Dollfuß als Demokratiezerstörer bezeichnet und haben gefragt, wie lange sein Bild noch in unserem Klub hängen werde. (*Abg. Dr. Schnell: Das ist keine Geschichtsdarstellung, die wir von Ihnen gewohnt sind!*) Brüllen Sie weiter, wie Sie wollen, Herr Dr. Schnell; damit zeigen Sie nur, daß Sie offensichtlich noch immer in Gedankenkategorien denken, die in den dreißiger Jahren gelegen sind.

Ich möchte, Herr Dr. Fischer, mit Ihnen jetzt nicht darüber rechten, woran die Demokratie in der Ersten Republik Österreichs zugrunde gegangen ist. Darüber wird nicht zuletzt die Kommission, die sich mit der Erforschung der Geschichte der Ersten Republik zu beschäftigen hat, befinden. Heute möchte ich nur eines feststellen. (*Abg. Libal: Es wäre besser, Sie schweigen über den Februar 1934! Wir haben das erlebt!*) Herr Kollege Libal, es würde auch Ihnen sehr gut tun, wenn Sie sich nicht erregen (*Abg. Libal: Wer war das? Der Dollfuß!*), sondern aufpassen, was ich Ihnen jetzt sage.

6554

Nationalrat XIII. GP — 69. Sitzung — 4. April 1973

Dr. Withalm

Ich möchte für heute nur folgendes feststellen: Nach meiner felsenfesten Überzeugung wäre es niemals zu einem 4. März 1933, dem Tag der sogenannten Selbstausschaltung des Parlaments, gekommen und auch niemals zu einem 12. Februar 1934, wenn Dr. Otto Bauer den beschwörenden Appellen Dr. Seipels, die Sozialdemokratische Partei möge doch um Österreichs willen in eine Koalitionsregierung mit der Christlichsozialen Partei eintreten, Folge geleistet hätte. (Abg. Doktor *Schranz*: Und zuerst? „Keine Milde!“) Für heute und für die Zukunft habe ich nur eine einzige, aber sehr eindringliche Bitte: Lassen Sie doch endlich den toten Dr. Engelbert Dollfuß, einen Mann, der uns teuer war und der uns teuer ist (Abg. *Libal*: Aha! — Abg. Dr. *Schnell*: Das ist ein gutes Bekenntnis!), lassen Sie diesen Dr. Engelbert doch endlich in Frieden ruhen! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Probst: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Dr. Withalm liebt es, darüber zu sprechen, daß er mit mir gelegentlich in den letzten zwanzig Jahren persönliche Gespräche geführt hat. Ich begrüßte das seinerzeit, obwohl es von allem Anfang an gar nicht leicht war, deshalb nicht leicht, weil viel zu viel Groll aus der Vergangenheit im politischen Leben aufgestaut war. Ich rede von der Zeit vor zwanzig Jahren. Es ist jetzt ungefähr zwanzig Jahre her, daß ich Staatssekretär geworden bin, und Sie, Herr Dr. Withalm, wurden es kurze Zeit später.

Ich war der Meinung, daß es eine der großen Leistungen der Koalitionspartner gewesen ist, derjenigen, die auf beiden Seiten der Barrikaden im wahrsten Sinne des Wortes gestanden sind, daß sie durch die Zusammenarbeit zusammengefunden haben, nicht um das, was war, zu vergessen, sondern um das, was war, nun besser zu machen, klüger zu sein für ein andermal, um es zu überwinden. Das war die große Leistung der Koalition, der ich sehr lange Zeit angehört habe: sechs Jahre als Staatssekretär und sieben Jahre als Minister. Ich gehörte zu den ältesten Mitgliedern dieser Koalition.

Das war auch der Grund, warum ich bis zuletzt und mit einer solchen Hingabe auch in meiner eigenen Partei für die Beibehaltung der Koalition gekämpft habe. Nicht weil die politische Situation, die aktuelle politische Lage sie notwendig gemacht hat, sondern weil für mich als einen, der die Jahre vor 1938 als aktiv Wirkender miterlebt hat, das eine Erinnerung für mein ganzes Leben ist.

Herr Dr. Withalm, ich werde über persönliche Gespräche und Eindrücke in diesem Haus nie reden (Abg. Dr. *Withalm*: Ich auch nicht!), weil derartige persönliche Gespräche nur geführt werden können, wenn diese Art der Kontakte ausgeklammert bleibt. Wir haben ja nichts angestellt, wir haben niemanden verraten, niemanden ausgerichtet; wir haben Gedanken ausgetauscht. Wenn man sich zu einer solchen Form entschließt, wie sie in alten Demokratien üblich ist, eine Form, wie ich glaube, die man auch bei uns pflegen müßte, weil persönliche Feindschaft eines ist und politisch Andersdenken etwas anderes, dann sollte man persönliche Feindschaft ausschließen.

Es hat nun diese Hinweise einige Male gegeben (Abg. Dr. *Withalm*: Herr Bundeskanzler, ich habe keinen Satz gesagt!), und deshalb fühle ich mich veranlaßt zu sagen, daß es einen echten Bruch damals gegeben hat. Bitte lassen Sie mich jetzt ausreden, ich habe auch niemand daran gehindert.

Ich habe bis zuletzt für diese Koalition gekämpft, auch Ihnen gegenüber, Herr Doktor Withalm, der Sie mir erklärt haben, Sie sind nicht bereit, auch nur die geringste Verpflichtung für den Bestand dieser Koalition einzugehen. „Sie haben sie zu schließen“, haben Sie uns gesagt, als Sie die Mehrheit bekommen haben, und damit basta! „Es gibt keine Vereinbarung darüber, wie lange sie dauern wird, wir werden das entscheiden, wir haben die absolute Mehrheit.“ Daran ist die Koalition gescheitert!

Und nun zu Dollfuß. Im Bundeskanzleramt, in meinem Ressort also, gibt es eine Ecke, die dem Andenken Engelbert Dollfuß gewidmet und geweiht ist. Sie wird im höchsten Maße respektiert. Und wenn Fremde, Studenten kommen und ich es übernehme, ihnen die Räume zu zeigen, dann zeige ich ihnen auch die Stelle, wo dieser Mann gestorben ist, sein Leben ausgehaucht hat — als das Opfer einer von Anfang an unglücklichen und verfehlten Politik, aber das sage ich nicht.

Als mich einige der hohen Beamten im Hause vor einigen Jahren gefragt haben, ob ich etwas dagegen hätte, daß anlässlich des Todestages Dollfuß' sein Andenken im Bundeskanzleramt, in der Kapelle des Bundeskanzleramtes, gewürdigt wird, habe ich darauf gesagt: Wie können Sie mich das überhaupt fragen? Das ist doch die größte Selbstverständlichkeit der Welt, daß das geschieht! (Abg. *Graf*: Na, Herr Fischer!) Nein, lassen Sie mich ausreden!

Das ist das eine: Respekt zu haben vor einem Toten, der gefallen ist. Etwas anderes

Bundeskanzler Dr. Kreisky

ist aber die historische Würdigung einer Person. Denn eines kann man niemandem ersparen, der im öffentlichen Leben wirkt: daß seine Taten gewürdigt werden und daß man genau wiegt, was es hat. Das ist die entscheidende Frage.

Und wenn Sie sagen: das erste Opfer für die österreichische Freiheit, dann reklamiere ich für mich persönlich, daß ich immerhin wegen meiner sozialdemokratischen Gesinnung, und nur deswegen — so steht es in der Anklageschrift —, wegen Fortsetzung meiner sozialdemokratischen Betätigung in einem Regime, das Dollfuß begründet hat, wegen Hochverrates angeklagt und wegen Hochverrates verurteilt wurde.

Es hat auch andere Opfer gegeben, frühere Opfer, Herr Dr. Withalm, die für die österreichische Freiheit und Demokratie gekämpft haben. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Die haben damals noch für die Freiheit und Demokratie gekämpft, als es heißen hat, es gelte, die Dollfußstraße zu wandeln, von der wir sagten, daß sie schnurgerade in den nazistischen Abgrund führt. Dafür wurden wir eingesperrt, einige von uns hingerichtet — jawohl: hingerichtet!, Freunde von mir hingerichtet —, dafür wurden wir auch verurteilt wegen Hochverrates.

Man soll die Dinge so sehen, wie sie sind. Aber man soll doch eines nie vergessen, und das habe ich auch in dem Haus gesagt: Die Zeit, die war, können diejenigen, die die Schläge nur gezählt haben, leichter vergessen als jene, die sie bekommen haben! (*Anhaltender Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Heinz Fischer.

Abgeordneter Dr. Heinz Fischer (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sie haben jetzt Herrn Dr. Withalm zu dieser Frage sprechen gehört, Sie haben den Chef der Bundesregierung zu dieser Frage aus der österreichischen Geschichte sprechen gehört, und jetzt möchte ich als zugegebenermaßen jüngerer und unerfahrener Abgeordneter, als es andere in diesem Hause sind, auch einige Sätze dazu sagen. Es wird gar nicht lange dauern.

Der 4. März 1933, meine Damen und Herren, hat sich vor wenigen Wochen zum 40. Mal gejährt. Aus diesem Anlaß hat im Alten Rathaus in der Wipplingerstraße eine Veranstaltung stattgefunden, zu der der über 80jährige Altbürgermeister von Linz Dr. Koref gekommen ist, um ein Referat zu halten, das zu den eindrucksvollsten gehört hat, die ich je gehört habe. Dr. Koref mit seinen weißen Haaren, der selbst dabei war im März 1933, hat sein Referat begonnen mit den Worten:

„Ich spreche nicht sine ira et studio, ich spreche cum ira et studio, weil man manche Dinge zwar verzeihen kann, aber nicht vergessen.“

Zu den Dingen, die Dr. Koref nicht vergessen kann und die wahrscheinlich auch andere in diesem Land nicht vergessen können, gehört die Tatsache, daß eben an jenem 4. März 1933 der österreichische Nationalrat unter einem Vorwand, mit einem Trick, unter aktivster Mitwirkung des damaligen Regierungschefs ausgeschaltet wurde und der Parlamentarismus in Österreich nicht im Jahre 1934, sondern im Jahre 1933 zu Ende gegangen ist.

Und wofür ich als junger Abgeordneter kein Verständnis habe, ist, daß man in diesem Haus, in diesem Parlament, auf dessen Funktionieren in der Zweiten Republik wir stolz sind, ein Bild jenes Mannes hängen hat (*Abg. Graf: Das geht Sie überhaupt nichts an!*), der am Ende der Ersten Republik zum Ende des Parlamentarismus beigetragen hat.

Herr Graf, Sie können sagen, es geht mich nichts an, Sie können sagen, es geht die ganze jüngere Generation in diesem Lande nichts an. Aber ich sage Ihnen: Ich verstehe es nicht, und ich glaube, daß es viele meiner Alterskollegen, vielleicht bis in die Reihen Ihrer Partei hinein, auch nicht verstehen werden, daß man so handelt. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Was heißt „handelt“?*)

Ich sage Ihnen noch etwas: Wenn ich in unseren Klubsitzungssaal gehe, so haben wir — und wir haben uns das genau überlegt — dort hängen die Bilder von Seitz, Renner, Körner und Schärf. Und ich frage mich, ob die Österreichische Volkspartei, eine Partei, die gerade heute so oft das Wort „Demokratie“ in den Mund genommen hat — ich werde ja gleich darauf zu sprechen kommen —, nicht auch in der Lage ist, ins Parlament, in unser Arbeitshaus, möchte ich sagen, die Bilder von Männern zu hängen, unter denen sich nicht Engelbert Dollfuß befindet. Das ist meine Meinung zu dieser Sache, und ich habe Ihnen genau so offen jetzt geantwortet, wie Sie mich angesprochen haben, Herr Dr. Withalm. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich werde jetzt in diesem ruhigen Ton meiner Rede bleiben und in diesem ruhigen Ton, meine Damen und Herren, zeigen, wie Sie auf einem so heiklen Sektor, wie es die Demokratie in Österreich ist, mit zweierlei Maß messen, wie Sie Vorwürfe erheben dort, wo kein Grund ist, und wie Sie Dinge, die Sie während Ihrer Alleinregierung getan haben, heute entweder als selbstverständlich bezeichnen oder einfach stillschweigend übergehen, obwohl die Aggression, die Sie uns entgegen-

Dr. Heinz Fischer

bringen würden, noch viel größer wäre, wenn wir es wagen würden — wir tun es nicht, weil wir uns zu einer anderen Vorgangsweise bekennen —, so vorzugehen und die Demokratie so zu handhaben, wie Sie das während Ihrer Alleinregierungszeit getan haben.

Ich werde jetzt der Reihe nach, soweit das in 20 Minuten möglich ist, einige Beispiele nennen.

Als hier vor einiger Zeit vom Bundeskanzler ein Bericht erstattet wurde und unser Klubobmann Gratz in seiner Rede sagte, wir haben selbstverständlich zugestimmt, daß über eine Erklärung des Regierungschefs eine Debatte abgehalten wird, hat der Herr Parteivorsitzende Schleinzner gesagt: „Das wäre ja noch schöner“, wenn Sie über eine Erklärung des Regierungschefs keine Debatte zulassen würden; das wäre noch schöner!

Bitte, meine Damen und Herren, nehmen Sie das Stenographische Protokoll vom 26. November 1968 zur Hand. Dort heißt es: „Der Herr Bundeskanzler“ — Dr. Klaus — „hat sich zum Wort gemeldet. Gemäß § 31 ... Geschäftsordnungsgesetz erteile ich es ihm vor Eingang in die Tagesordnung.“ Dr. Klaus: „Es sei mir gestattet, folgende Erklärung abzugeben.“ Folgt die Erklärung des Bundeskanzlers.

„Präsident (das Glockenzeichen gebend): Es wird eine Debatte zu dieser Erklärung des Herrn Bundeskanzlers gewünscht. ... lasse ich darüber abstimmen“ und so weiter. „Ich stelle fest, daß es die Minderheit ist“, weil nämlich die Österreichische Volkspartei in diesem Haus eine Debatte über eine Erklärung des Bundeskanzlers abgelehnt hat. Und da hat der Herr Dr. Schleinzner mitgestimmt, da hat der Herr Dr. Withalm mitgestimmt. Aber heute sagen Sie: Na selbstverständlich muß man einer Debatte zustimmen!

Meine Damen und Herren! Ich nehme mir auch vor, einmal sehr ausführlich über das Problem der Fragestunde zu sprechen, weil Sie uns immer wieder den Vorwurf machen, wir gehen undemokratisch vor, wir schränken das Recht der Opposition in der Fragestunde ein.

Heute früh haben wir einen Fall erlebt, daß ein Abgeordneter der Opposition in seiner zweiten Zusatzfrage gleich drei Zusatzfragen stellte.

Nun sage ich Ihnen: Während wir in Opposition waren und uns bemüht haben, das Kontrollrecht der Fragestunde zu handhaben, haben Sie kein Mittel und keine Anstrengung gescheut, dieses Fragerecht — nur zum Teil mit Erfolg — einzuschränken. Damals sind von Minister Klecatsky, seinen Assistenten und

allen möglichen Stellen Gutachten veröffentlicht worden, daß es unstatthaft sei, Wünsche in der Fragestunde zu äußern, denn das sei eine verschleierte Entschleißung, das stehe nur dem Nationalrat als ganzem zu. Es sei unstatthaft, nach Regierungsvorlagen zu fragen: „Wann werden Sie die Regierungsvorlage betreffend das und das einbringen?“ Das tun Sie als Opposition Dutzende Male.

Sie haben es damals immerhin so weit gebracht, daß zwar die Präsidialsitzung unter dem Vorsitz von Dr. Maleta eine entgegen diesem Gutachten relativ liberale Handhabung der Fragestunde einigermaßen ermöglicht hat, aber vor mir liegt ein Amtsvermerk vom 8. Feber 1968, wo es heißt, daß die Klubsekretäre zum Parlamentsdirektor bestellt wurden und gesagt wurde:

Unzulässig sind Fragen wie: „Welche Meinung haben Sie?“ — Das fragen Sie jede Woche!

Unzulässig sind Fragen: „Wissen Sie?“ oder „Ist Ihnen bekannt?“

Unzulässig sind „Fragen über parteiinterne Vorgänge“. — Zum Beispiel: Was hat der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter von Oberösterreich gesagt?

Das haben Sie uns alles nicht zugelassen. Aber Sie nehmen das jetzt als Selbstverständlichkeit in Anspruch. — Mit Recht! Denn wir sind doch für eine besser funktionierende Demokratie. (*Beifall bei der SPO.*) Wir weisen aber zurück, daß Sie uns dann noch ein undemokratisches Verhalten unterstellen.

Nächster Punkt: Beantwortung schriftlicher Anfragen. Ich möchte wissen, was passieren würde, wenn der Herr Bundeskanzler Doktor Kreisky das täte, was der Herr Bundeskanzler Klaus am 16. Jänner 1969 getan hat.

Die Frage lautete nach einem bestimmten Gutachten. — Etwas, was die Opposition sehr häufig tut.

Anfragebeantwortung des Bundeskanzlers: „Ich bedaure, diese Anfragen nicht beantworten zu können, da Gegenstand der Anfrage kein Akt der Vollziehung ist, sondern Grundlagen zur allfälligen Setzung eines solchen Aktes.“

Diese Rechtsansicht wird dann begründet: Gemäß Art. 52 der Bundesverfassung ist man nur befugt, über Gegenstände der Vollziehung zu befragen, aber nicht über ein Gutachten, nicht über eine Meinungsumfrage et cetera.

Ich möchte Herrn Dr. Koren, Herrn Doktor Bauer und Herrn Dr. Blenk sehen, was sie aufführen würden, würden wir in diesem Haus demokratische Rechte so handhaben. (*Abg.*

Dr. Heinz Fischer

Dr. Bauer: Das habe ich gestern bei Ihrer Rede gesehen!), wie das die ÖVP-Alleinregierung getan hat (*Zustimmung bei der SPÖ*) und wozu der Herr Dr. Withalm — wenn ich so sagen darf — die Ideologie mit dem Argument dazu geliefert hat: „Seien Sie doch nicht so zimperlich!“ — Und es hieß: „Sie müssen nun einmal zur Kenntnis nehmen“ — Sitzung vom 12. Feber 1969 —, „daß die Österreichische Volkspartei tatsächlich eine Mehrheit hat. Sie können nicht gut von uns verlangen, daß wir uns hier einem Diktat einer Minderheit beugen.“

So haben Sie uns behandelt (*Abg. Graf: Viel zu gut!*), und wir haben uns dagegen gewehrt. Wir behandeln Sie heute nicht so, aber wir wehren uns gegen den Vorwurf undemokratischen Vorgehens. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Nächster Punkt: Gesetzlich verankertes Begutachtungsrecht. Es gibt oft Kontroversen, wenn ein Minister in die Situation kommt, daß er eine Vorlage rasch einbringen soll. Er hat nur mehr einige Wochen etwa bis zum Ende einer Parlamentssession Zeit. Begutachtungsfrist nur drei Wochen, Begutachtungsfrist nur vier Wochen — kommt vor. Resultat: Heftigste Angriffe der ÖVP wegen undemokratischen Vorgehens. (*Abg. Dkfm. Gorton: No na!*) „No na!“ — Danke schön, Kollege Gorton! Ich werde Ihnen zeigen, wie das der Herr Bundeskanzler Klaus unter dem Beifall eines Großteils derer, die hier sitzen, gemacht hat.

Fragestunde vom 8. Juni 1966. Anfrage Doktor Kleiner (SPÖ): „Wie verantworten Sie die Verletzung des gesetzlich verankerten Begutachtungsrechtes der Arbeiterkammer“ bei einer ganzen Reihe von Vorlagen?

Antwort des Bundeskanzlers Klaus: Wenn die Begutachtung „in den letzten Wochen in einigen Fällen nicht“ stattgefunden hat, „dann bitte ich, sehr geehrter Herr Abgeordneter, zu bedenken: Die Regierung mußte ihre Arbeit nach ihrer Berufung so rasch wie möglich antreten. Das Kompetenzgesetz hat daher eine Begutachtungsfrist nicht ertragen“.

Das Kompetenzgesetz hat die Begutachtungsfrist nicht ertragen! — Die Opposition von damals mußte solche Antworten ertragen. Aber Sie gehen hierher und werfen uns undemokratisches Verhalten vor. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Nächstes Beispiel. Soviel Zeit habe ich noch! Wir haben vor kurzem in diesem Hause die Budgetdebatte abgewickelt. In dieser Budgetdebatte haben sich alle Regierungsmitglieder zu Wort gemeldet, im Sinne der Notwendigkeit, die

sich ergeben hat. Mit einer Ausnahme: Ich glaube, der Herr Verkehrsminister hat sich nicht zu Wort gemeldet. Er mußte zu einer Verkehrsministerkonferenz oder zu etwas Ähnlichem fahren. Der Verkehrsminister war nicht zu Wort gemeldet.

Einen ganzen Tag lang haben Sie davon gelebt: Was denn das für ein undemokratisches Verhalten sei. Wie man es denn verantworten könne, sich einem Parlament gegenüber so zu benehmen, daß man auf die Debatte zu einem Budgetkapitel nicht antwortet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition! Nehmen Sie die Budgetdebatte 1966 zur Hand. Dort finden Sie: Zufällig hat der Verkehrsminister auch nicht geantwortet; aber auch der Bautenminister hat nicht geantwortet; auch der Handelsminister hat nicht geantwortet; auch der Innenminister hat nicht geantwortet; auch der Unterrichtsminister hat nicht geantwortet. Weil Sie, meine Damen und Herren, sich damals offensichtlich die Taktik zurechtgelegt haben: No probieren wir es einmal! Lassen wir die Opposition blöd sterben! Wir antworten einfach nicht in der Budgetdebatte! Sie sollen sich auf den Kopf stellen. (*Abg. Dr. Neuner: Wie gestern beim Rechnungshofbericht!*) Lieber Herr Kollege! Es ist nur ein kleiner Unterschied — vielleicht kennen Sie ihn nicht — zwischen einem Rechnungshofbericht, wo der Rechnungshofpräsident und der Vizepräsident hier sitzen, über einen Zeitraum, den die jetzt amtierende Bundesregierung gar nicht zu verantworten hat, und einer Budgetdebatte. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Der Herr Dr. Kohlmaier hat heute die Frage Volksabstimmung über ein allfälliges Rundfunkgesetz angeschnitten. Ich weiß nicht, wie sich das wirklich entwickeln wird, ob Sie wirklich auf dem Wunsch nach einer Volksabstimmung beharren werden. Das wird sich erst herausstellen. Es könnte sein, daß Sie eine solche mit Bomben und Granaten verlieren. Das wird sich aber erst herausstellen!

Jedenfalls haben Sie heute gesagt: Die Sozialisten würden sich als undemokratisch entlarven, wenn sie einer Volksabstimmung über ein Gesetz nicht zustimmen. (*Abg. Doktor Kohlmaier: Ein Gesetz, das durch Volksbegehren zustande gekommen ist!*) Ja, aber das Volksbegehren ist von Ihnen kräftigst verändert worden. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Ich möchte nur sagen: In diesem Haus ist ein Mietengesetz auf relativ unrühmliche Art und Weise beschlossen worden. Der Herr Abgeordnete Kern ist ja damals berühmt geworden, er hat „Schluß der Debatte“ beantragt. Ich nehme es dem Abgeordneten Kern gar nicht

6558

Nationalrat XIII. GP — 69. Sitzung — 4. April 1973

Dr. Heinz Fischer

so sehr übel. (*Zwischenruf des Abg. Kern.*) Eher nehme ich es schon dem Herrn Abgeordneten Dr. Withalm übel, der sich damals in die Bresche geworfen und den Antrag auf Schluß der Debatte mit dem doch etwas schwachen Argument verteidigt hat (*Abg. Brandstätter: Und Sie arbeiten mit Fristsetzungsanträgen!*): „Sie werden doch nicht behaupten wollen, daß die Geschäftsordnung des Nationalrats undemokratisch ist? Der Gesetzgeber muß sich doch irgend etwas gedacht haben, als er ... die Bestimmung über den Schluß der Debatte eingebaut hat.“

Meine Damen und Herren! Das ist ein schwaches Argument! Denn würden wir immer nur mit diesem Argument operieren: „Der Gesetzgeber muß sich doch irgend etwas gedacht haben“, bei allen jenen Möglichkeiten, die einer Mehrheitsfraktion zur Verfügung stehen und die wir nur sehr sparsam in Gebrauch nehmen, dann würde die Debatte meistens anders ausschauen. Ich wollte aber etwas anderes sagen.

Dieses Mietengesetz haben wir als so schwerwiegend betrachtet, daß wir in diesem Haus darüber eine Volksabstimmung beantragt haben. Wie sich die ÖVP damals verhalten hat, das glaube ich, brauche ich jetzt gar nicht mehr zu schildern. Nach dem Gesagten ist es wohl selbstverständlich, daß Sie diesen Antrag abgelehnt haben. (*Abg. Doktor Kohlmaier: Warum haben Sie dieses Gesetz noch nicht geändert?*) Herr Kollege, es ist schon im Begutachtungsverfahren. Ich hoffe, noch heuer ... (*Abg. Dr. Kohlmaier: Drei Jahre!*) Ja, freilich! Weil wir andere Sachen auch noch gemacht haben. (*Abg. Dr. Kohlmaier: So wichtig kann es nicht gewesen sein!*) Die Sprecher unserer Fraktion werden Ihnen alles aufzählen, was wir in diesen drei Jahren schon gemacht haben.

Sie behaupten: „Demokratischer Substanzverlust“! „Hybris im Parlament“! Und so weiter. Wenn Sie einen Funken Objektivität haben, meine Damen und Herren, dann werden Sie diese Behauptung nach Aufzählung dieser Beispiele einfach nicht aufrechterhalten können. Das ist der Argumentationsnotstand, in dem sich die meisten Redner der Österreichischen Volkspartei befinden.

Eine Reihe von Herren aller Fraktionen haben heute die „Kleine Zeitung“ zitiert. Der Herr Dr. Kohlmaier hat sein Referat mit einem Zitat aus der „Kleinen Zeitung“ begonnen und hat sie als Stimme der Öffentlichkeit bezeichnet.

Seien Sie mir nicht böse! Ich zitiere auch etwas — Sie werden es vielleicht schon wissen, was ich meine — aus der „Kleinen Zei-

tung“ (*Abg. Dr. Kohlmaier: Umso glaubwürdiger ist die „Kleine Zeitung“!*), die Sie so oft gegen den Bundeskanzler zitiert haben. — Umso glaubwürdiger ist die „Kleine Zeitung“!

Sie schreibt folgendes: „Gäbe es schon das ‚Goldene Fettnäpfchen‘ als Journalistenpreis für jene Politiker, die dauernd ausrutschen — Kohlmaier hätte diesen Preis im Abonnement.“ (*Lebhafter Beifall und Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Herr Dr. Kohlmaier! Ich weiß nicht, ob nicht der Verlauf dieser heutigen dringlichen Anfrage ein weiterer Grund für ein solches Abonnement ist. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Warten wir's ab!* — *Abg. Graf: Aber, Herr Doktor Fischer, wenn es einen Preis für Pietätlosigkeit gäbe, würden Sie ihn bekommen!* — *Abg. Skritek: Das haben Sie nicht notwendig!* — *Abg. Graf: Sicherlich!*)

Meine Damen und Herren! In den mir noch verbleibenden Minuten — ich glaube, ich habe nur mehr ein paar Minuten — möchte ich gerne noch etwas zu dem Fragenkomplex sagen, der zumindest der Vorwand für die heutige dringliche Anfrage war, nämlich zur Frage des materiellen Prüfungsrechtes des Bundespräsidenten.

Dr. Koren hat mir vorgeworfen, daß ich in einem Telefongespräch mit der „Tiroler Tageszeitung“, das im wesentlichen richtig wiedergegeben wurde, gesagt habe, wir werden nicht deshalb, weil die ÖVP glaubt, im Bundesrat den Verdacht einer Verfassungswidrigkeit entdeckt zu haben, einen Einspruch erheben. Im Nationalrat haben Sie dazu nicht Stellung genommen, obwohl das Gutachten des Verfassungsdienstes ja schon vorlag, bevor die Regierungsvorlage überhaupt ins Parlament kam. Als der Präsident hier erklärt hat: Das ist die erforderliche Mehrheit, haben Sie sich auch nicht zu Wort gemeldet. Aber bitte, es soll nie zu spät sein. Sie haben das also im Bundesrat aufgegriffen, und ich habe gesagt: Dafür gibt es die Gerichtshöfe. Dazu soll der Verfassungsgerichtshof eine Entscheidung treffen, und er wird sie wahrscheinlich auch treffen.

Aber ich möchte Ihnen, Herr Dr. Koren, dazu sagen: Die sozialistische Regierung ist drei Jahre im Amt. In diesen drei Jahren ist kein einziges Bundesgesetz, das wir mit unserer Mehrheit beschlossen haben, vom Verfassungsgerichtshof wegen Verfassungswidrigkeit aufgehoben worden. Es ist überhaupt nur ein einziges Bundesgesetz, nämlich die Nationalrats-Wahlordnung, bisher angefochten worden. Und da ist ja die Anfechtung — wie sagen die Juristen? — „abgespritzt“ worden.

Dr. Heinz Fischer

Diesen Rekord haben Sie aus der Zeit der ÖVP-Alleinregierung nicht aufzuweisen. Da gibt es nämlich eine ganze Reihe von Gesetzen, die der Verfassungsgerichtshof wegen Verfassungswidrigkeit aufgehoben hat: Das Budget 1966, trotz unserer Warnungen ein zweites Bundesfinanzgesetz, den § 15 eines Kompetenzgesetzes und eine Reihe anderer gesetzlicher Vorschriften hat der Verfassungsgerichtshof aufgehoben. Dazu ist er da. Dieses Prüfungsrecht über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen hat er.

Aber wir sind nicht bereit, an einer Konstruktion mitzuwirken, die dem Verfassungsgerichtshof dieses Recht entzieht, die den Bundespräsidenten in die Situation bringt, daß er sagen muß, ob dazu eine einfache Mehrheit oder eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist. Dann sagt womöglich der Bundespräsident, es genügt eine einfache Mehrheit, und der Verfassungsgerichtshof ist vielleicht gezwungen — wenn er zu einer anderen Auffassung kommt —, quasi den Bundespräsidenten zu desavouieren. Oder der Bundespräsident sagt: Es ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich; die kommt nicht zustande, und der Verfassungsgerichtshof ist gar nicht in der Lage, sein Prüfungsrecht auszuüben. Haben Sie diese Seite des Problems überlegt? Haben Sie bedacht, was das bedeuten kann?

Stellen Sie sich den Vorgang umgekehrt vor: Der Bundespräsident hätte im Jahre 1966 unserem Drängen nachgegeben, gefunden, daß unser Argument richtig ist, und gesagt, das Budget unterschreibe er nicht. Na, ich möchte mir ausmalen oder lieber nicht ausmalen, was die damalige Regierungspartei aufgeführt hätte, wenn der Bundespräsident sich dieses Recht arrogiert hätte!

Es gäbe noch eine Reihe weiterer Sachen zu sagen, Hohes Haus. Aber Sie werden ja hoffentlich weitere dringliche Anfragen einbringen; dann kann ich den Rest meiner Argumente deponieren. Lassen Sie mich nur jetzt zum Schluß folgendes sagen:

Nach meiner Meinung — Sie bestreiten es sicher — ist das Verhalten der ÖVP symptomatisch für eine Strategie, die darin besteht, einerseits die Verwirklichung der Regierungserklärung, um die Sie sich keine Sorgen machen müssen, zu urgieren und andererseits nach Möglichkeit dort, wo wir im Begriffe sind, die Regierungserklärung zu verwirklichen, uns zu blockieren, uns zu behindern, uns Schwierigkeiten zu machen.

Wir aber werden erstens eben doch innerhalb der vier Jahre, die uns nach der Verfassung bis zur nächsten Wahl eingeräumt sind — und wir nehmen an, dieser unser Auf-

trag wird verlängert werden —, unser Regierungsprogramm verwirklichen, und wir werden das demokratische Prinzip hochhalten. Sie können zehn dringliche Anfragen einbringen, Sie werden unsere Glaubwürdigkeit auf diesem Sektor nicht erschüttern können. *(Lebhafter anhaltender Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Withalm. Der Herr Redner hat noch zehn Minuten.

Abgeordneter Dr. Withalm (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky auf persönliche Gespräche zwischen ihm und mir Bezug genommen und es so dargestellt hat, als ob ich von persönlichen Gesprächen Gebrauch gemacht und mit ihnen, nämlich mit dem Inhalt dieser Gespräche, an die Öffentlichkeit gegangen wäre, dann, Herr Bundeskanzler, *(Widerspruch bei der SPÖ)* — es konnte jedenfalls der Eindruck entstehen. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Wenn der Eindruck entstanden sein sollte — auf dieser Seite des Hauses scheint er entstanden zu sein, hier nicht —, dann war das nicht richtig, weil ich — ich hoffe, der Herr Bundeskanzler wird das bestätigen — für mich in Anspruch nehme, daß ich grundsätzlich nie von persönlichen Gesprächen in der Öffentlichkeit Gebrauch gemacht habe. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky! Sie haben darauf hingewiesen, daß ich damals mehr oder weniger diktatorisch gesagt hätte, es könne die Österreichische Volkspartei unter keinen Umständen auf irgendeinen Kompromiß eingehen; Sie hätten das, was wir vorgeschlagen hatten, zur Kenntnis zu nehmen, etwas anderes käme nicht in Frage.

Dazu stelle ich aus historischen Gründen jetzt folgendes fest — es sind ja andere auch noch da; Maleta zum Beispiel, der damals bei unserem Verhandlungskomitee dabei war —: Jetzt muß ich Sie an ein persönliches Gespräch erinnern; Sie werden sich, Herr Bundeskanzler, daran erinnern, daß wir an jenem Samstag — das war der Tag, bevor wir dann endgültig auseinandergingen — bei Ihnen — Sie waren damals noch amtierender Außenminister —, ich glaube, stundenlang beisamensaßen, verschiedene Dinge und auch verschiedene Möglichkeiten besprochen haben, daß damals aber bereits der Beschluß des Außerordentlichen Parteitages der Sozialistischen Partei vom 15. April 1966 vorlag. Dieser Beschluß lautete dahin gehend, daß die Sozialistische Partei in Opposition geht.

Meine Damen und Herren! Es ist natürlich immer wesentlich leichter, die Dinge im nachhinein zu beurteilen. Heute sage ich mir:

Dr. Withalm

Vielleicht mußte bei gegebener absoluter Mehrheit der Österreichischen Volkspartei eine Koalition scheitern, weil ja eine Partei, die mit der absoluten Mehrheit ausgestattet ist, von dieser Mehrheit auch — das ist sie ja dem Wähler schuldig — Gebrauch machen muß. (*Abg. Sekanina: Das gilt aber auch für uns!*) Selbstverständlich gilt das auch für Sie! Das ist ja völlig unbestritten! (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Aber, Herr Bundeskanzler, ich darf Sie daran erinnern, daß damals Ihrerseits vorgeschlagen worden war, daß ein Pakt — allerdings nur auf eineinhalb Jahre, zwei Budgets umfassend — geschlossen werden sollte, der faktisch die Gebrauchsnahme der Mehrheit durch die Österreichische Volkspartei ausgeschlossen hätte.

Jetzt noch einige kurze Bemerkungen zu Herrn Dr. Fischer. Sie haben zuvor gesagt: Wenn Sie nur einen Funken von Objektivität — ich glaube, so haben Sie gesagt — haben, dann müßten Sie das und jenes tun. Herr Dr. Fischer, Sie als junger Mann: Wenn Sie nur einen Funken von Takt und nur einen Funken von Pietät haben, dann machen Sie Bemerkungen wie die von gestern — und ich bedaure, daß Sie heute in Ihrem Zwischenruf darauf beharrt haben —, dann machen Sie solche Bemerkungen nicht!

Wenn der Herr Bundeskanzler erwähnt hat, daß die Dollfuß-Gedenkstätte heute noch im Bundeskanzleramt ist, dann ist das keineswegs eine Frage der Beurteilung der Politik, die der Betreffende gemacht hat. So fasse auch ich das auf.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, uns vorschreiben zu wollen, wie Sie es heute wieder getan haben, wer bei uns im Klub hängt — da komme ich einfach nicht mit! Wenn das meinetwegen — dafür hätte ich noch Verständnis — ein alter republikanischer Schutzbündler verlangen würde, meinetwegen, dann würde ich sagen: Schön, der kommt davon nicht weg! Aber das ist ja gar nicht der Fall. Die Alten denken ja heute nicht mehr so. Daß Sie aber als junger Mann so denken, das stimmt mich besonders nachdenklich. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich darf in diesem Zusammenhang, Herr Dr. Broda, an unsere Gespräche in einer der schwierigsten Phasen der Koalition erinnern. Das war 1963/64. Das darf ich heute hier aussprechen: Wir beiden wären es, Dr. Broda und ich, die damals bei diesen unseren Gesprächen in der wirklich sehr, sehr schwierigen Phase der Koalition — denken Sie an die Habsburgkrise des Jahres 1963 — die ge-

meinsame Gedenkfeier auf dem Zentralfriedhof am 12. Februar 1964 zustande gebracht haben und daß wir alle gemeinsam am 12. Februar 1964 der Helden auf dem Zentralfriedhof — ich bezeichne alle so, die damals gefallen sind — gedacht haben. Das war so im Jahre 1964. 1973, das bedaure ich sehr, scheint es anders zu sein. Sie sind ein junger Mann, vielleicht besinnen Sie sich eines Tages auch noch eines Besseren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Probst: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Hohes Haus! Herr Präsident! Ich habe immer gewußt, daß eines Tages die Diskussion zwischen dem Herrn Dr. Withalm und mir über das Ende der Koalition in diesem Haus stattfinden wird, und ich halte es eigentlich für ein gutes Zeichen, daß wir uns um die Klarstellung dieser so wichtigen Epoche der österreichischen Republik, der Zweiten Republik, bemühen.

Ich möchte der Ordnung halber nur feststellen: Der Parteitagebeschuß, gegen den ich übrigens gewesen bin — ich weiß nicht, ob ich dagegen gestimmt habe, aber ich habe jedenfalls dagegen gesprochen —, hat anders gelaute, aber das können wir nachsehen. Er hat Bedingungen aufgestellt, unter denen eine Koalition zustandekommen hätte können. Jede Partei stellte Richtlinien — es war ein außerordentlicher Parteitag — für eine neue Koalition auf, und wenn diese nicht eingehalten werden, so gibt es keine; das war aber nicht das letzte Gespräch.

Meine Partei, und das muß ich jetzt hier auch den Jüngeren sagen, hat einen zu großen Respekt vor der Minderheit gehabt, die für eine Fortsetzung der Koalition war, sodaß man mir folgendes gesagt hat — ich deponiere das hier im Haus, und das ist auch in den Protokollen unseres Parteivorstandes vermerkt —: Wenn es wenigstens irgendeine Form der Verpflichtung des nun die absolute Mehrheit besitzenden Partners der Koalition gibt, irgendeine Form über eine gewisse begrenzte Dauer der Koalition, so werden wir diese Frage im Parteivorstand neu überprüfen.

Ich habe mich daher an Sie gewendet, Herr Dr. Withalm, und ich habe Ihren Standpunkt später sehr gut verstanden. Ich habe mich damals an Sie gewendet und habe Ihnen folgenden Vorschlag gemacht: Niemand wird Ihre Majorität im Hause in Frage stellen — das war das Neue —, wir werden auch keinen Koalitionspakt schließen. Aber wenn wir uns über ein Budget geeinigt haben, dann

Bundeskanzler Dr. Kreisky

muß diese Koalition wenigstens für das eine Budgetjahr Geltung haben, für das wir gemeinsam die Verantwortung übernehmen.

Ich erinnere mich heute noch sehr gut, daß ich damals gesagt habe: Es werden schwere Zeiten kommen, budgetpolitisch schwere Zeiten, und es wäre gut, wenn wir wenigstens diese unpopuläre Aufgabe gemeinsam übernehmen. Dafür müssen Sie uns wenigstens eine Gegenleistung erbringen.

Das war damals nicht drinnen, und ich sage noch einmal, Herr Abgeordneter Dr. Withalm: Ich habe es letztlich verstanden, daß Sie dieser Meinung waren, denn die öffentliche Meinung — und das ist ja damals das entscheidende gewesen — wollte so gerne das Ende der Koalition haben. So war doch die Situation: Schluß mit der Proporzwirtschaft, Schluß mit der Koalition und so weiter. Das waren die Forderungen. Ich habe auch verstanden, daß eine Partei, die die absolute Mehrheit bekommen hat und damit den Willen des Volkes sozusagen transferiert erhalten hat, auch von dieser Mehrheit Gebrauch machen wollte. Das war ihr gutes Recht, das selbe gilt aber auch für uns.

Wir sind in die Wahlen 1971 mit der Formel gegangen: Wird uns das österreichische Volk so stark machen, daß wir allein regieren können, dann werden wir das gerne tun. Werden die Verhältnisse so sein, daß eine Partei nicht stark genug ist, allein zu regieren, die andere es aber auch nicht kann, dann werden wir Wege der Zusammenarbeit zu finden haben, denn schließlich muß das Land doch in irgendeiner Weise regiert werden.

Das österreichische Volk hat in eindeutiger Weise entschieden. Wir haben den Wählerwillen so interpretiert, wie Sie das damals gemacht haben; das bedeutet allerdings auch, daß in der Demokratie die Mehrheit entscheidet, aber — damit beantworte ich auch die Hauptfrage, die mir gestellt wurde, Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier — es kann deshalb nicht die Minderheit nullifiziert werden, auch wenn sie unter 10 Prozent liegt, was sie übrigens im Bereich der Bauernschaft gar nicht tut, denn auf Grund meiner statistischen Unterlagen über die Landwirtschaftskammerwahlen von 1967 bis 1973 — es ist Ziffermaterial von der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs — betrug die Gesamtzahl der Wahlberechtigten 733.176; es gab für den Bauernbund 503.172 Stimmen, das sind mindestens 30 Prozent der Bauern, die sich nicht für den Bauernbund entschieden haben, und deshalb habe ich mich ermächtigt ... (Abg. Steiner: Stimmberechtigte und nicht abgegebene Stimmen!) Beides zählt.

Von den abgegebenen Stimmen waren es immerhin über 100.000 Bauern, die sich nicht für den Bauernbund entschieden haben.

Ich lehne es auch ab, 100.000 Bauern und ihre Vertreter zu nullifizieren, das kann es nicht geben. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Schleinzner. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Schleinzner** (ÖVP): Meine Damen und Herren! In dieser Diskussion sind jetzt Fragen in das Zentrum gerückt worden, die zunächst nicht Gegenstand der Debatte waren. Ich möchte mich mit dieser historischen Sicht, wie sie hier entwickelt worden ist, nur kurz beschäftigen.

Ich möchte zunächst das Wort aufgreifen, das hier geführt worden ist von der seinerzeitigen Koalition und von ihrem Ende. Das ist heute historische Vergangenheit. Ich stelle das ausdrücklich fest. Es wird einmal Aufgabe der Historiker sein zu prüfen, wie diese Entwicklung gelaufen ist, wessen Strategie es war, die Koalition in Agonie sterben zu lassen, und wie sich die Verhältnisse seit dem Jahre 1966 entwickelten.

Wir nehmen diese Entwicklung, so wie sie vor uns liegt, zur Kenntnis. Ich möchte das ausdrücklich feststellen, für mich ist diese Diskussion nicht Gegenstand der Debatte.

Aber nun auch ein Wort zum Jahr 1934: Meine Damen und Herren! Ich war einerseits neun Jahre Mitglied der Bundesregierung und war andererseits im Jahre 1934 zehn Jahre alt. Ich gehöre weder zu denen, die damals Prügel ausgeteilt, noch zu denen, die sie bezogen haben. Aber ich gehöre zu denen, für die auch die Erste Republik ein Stück unserer Geschichte ist. Für mich wird das Wort, das gesprochen wurde von den Patrioten, die keine Demokraten gewesen sind, und von den Demokraten, die keine Patrioten waren, unvergeßlich bleiben.

Ich glaube, unser Anliegen muß sein, vor allem denjenigen, die nichts mehr aus dem unmittelbar historischen Miterleben von damals politische Verantwortung tragen, unseren Beitrag zu leisten, damit wir alle gemeinsam, auf welcher Seite des Hauses wir immer sitzen, Patrioten und Demokraten zugleich sind. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich habe den 12. Februar 1964 noch in einer sehr lebhaften Erinnerung, und es hat mich persönlich tief beeindruckt, wie damals gewissermaßen über die Gegner von einst und über die Gräber hinweg sich die verantwortlichen Männer die Hand gereicht haben. Der

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzner

Herr Dr. Fischer hat zur Pflege dieser Gesinnung einen schlechten Beitrag geleistet. Ich bedaure das außerordentlich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber nun möchte ich zurückkehren und möchte mich mit der Debatte beschäftigen, die heute hier der Gegenstand unserer Auseinandersetzung ist. Ich möchte zunächst auf einige Ausführungen zurückkommen, die der Herr Abgeordnete Peter hier gemacht hat.

Ich habe nicht das Bedürfnis, geradezu gewaltsam festzustellen, nicht Ihrer Meinung zu sein. Ich bin es in der Sache an sich auch nicht, was Ihre Kritik an Vizekanzler Häuser betrifft, den Sie als eine Hypothek dieser Regierung bezeichnet haben, wobei ich das Gefühl habe, daß Sie sich auf den Vizekanzler Häuser sehr massiv eingestellt haben.

Wenn ich Ihnen nicht restlos folge, so nicht deshalb, weil ich anderer Meinung wäre, sondern ausschließlich deshalb, weil ich das Gefühl habe, daß Häuser nicht stellvertretend allein als Hypothek für diese Regierung gesehen werden kann, sondern daß man das Spektrum breiter fassen müßte, um gerecht zu sein.

Auf der anderen Seite aber auch, weil ich glaube, daß man mit der Konzentration der Kritik auf Häuser nicht ablenken soll von dem, der letzten Endes die Verantwortung trägt, und das ist der Regierungschef. Er trägt sie für die Zusammensetzung der Regierung, er trägt sie für den Stil dieser Regierung; diese Verantwortung kann ihm niemand abnehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Abgeordneter Schnell! Ich habe heute Ihre Ausführungen mit großer Aufmerksamkeit gehört. Ich bin der letzte, der meinen wollte, daß das, was Sie gesagt haben, nicht bejaht werden kann. Nur, glaube ich, kann man es nicht uneingeschränkt tun. Ich teile Ihren Standpunkt, wenn Sie sagen, daß die parlamentarische Demokratie nicht gefährdet ist, wenn eine Mehrheit ihren Standpunkt durchsetzt, aber daß sie durch Unterstellungen gefährdet werden könnte.

Herr Abgeordneter Dr. Schnell! Die Mehrheit dieses Hauses hat ihren Standpunkt durchgesetzt, als sie in der Frage der Nominierung eines Mitgliedes des Verfassungsgerichtshofes von ihrer Mehrheit Gebrauch gemacht hat.

Trotzdem wiederhole ich Ihnen heute das, was ich in der damaligen Debatte gesagt habe, daß diese Mehrheitsentscheidung undemokratisch gewesen ist in der Gesinnung, wenn der Nationalrat drei Mitglieder zu nominieren hat und die sozialistische Mehrheit alle drei

für die Nominierung für sich in Anspruch nimmt, aber auch undemokratisch in der Gesinnung, wenn ich an Erklärungen erinnere, die Ihr Klubobmann lange Zeit zuvor unserem Klubobmann Koren gegeben hat. Ich glaube, das muß man in diesem Zusammenhang doch auch mit aller Deutlichkeit sehen.

Eines, Hohes Haus, steht außer Zweifel. Daß heute das Unbehagen in der Öffentlichkeit wächst, das spüren Sie. Ich bedaure nur, daß Sie es mit einer zunehmenden Unduldsamkeit beantworten. Und das ist es, was wir nicht zuletzt auch in Verbindung mit dieser heutigen dringlichen Anfrage zum Gegenstand der Debatte gemacht haben.

Man mag über die Frage des Krankenpflegefachdienstgesetzes und über die verfassungsrechtliche Lage urteilen, wie man will. Sie haben zu jener Stellungnahme gegriffen, die Ihnen ins Konzept gepaßt hatte, auch wenn wir glauben, daß jene des Verfassungsdienstes allein schon von der Instanz her wesentlich mehr Gewicht hat.

Sie haben in der Frage des Verfassungsgerichtshofes eine Vorgangsweise gewählt beziehungsweise auch den Herrn Bundespräsidenten in eine Situation hineinmanövriert, die ihn in die tagespolitische Kritik mit einbezogen hat. Man hat sich nicht auf den Verfassungsdienst abgestützt, sondern hat eine Rechtsmeinung des Verfassungsgerichtshofes eingeholt. Wenn aber die Informationen aus der „Wochenpresse“ stimmen — unser Klubobmann hat darauf hingewiesen —, dann war das, was der Herr Bundeskanzler über die Rechtsauffassung des Verfassungsgerichtshofes mitteilte, offenbar nicht die Gesamtinformation, die vom Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes stammte. Auch hier wäre es natürlich von Interesse, zu wissen: Hat es eine weitergehende Information gegeben? Wie sah sie wirklich aus? Warum hat man hier nicht den Weg beschritten, den Nationalrat neuerlich zu befassen, um damit den Bundespräsidenten aus dieser tagespolitischen Differenz herauszuhalten?

Oder, Herr Abgeordneter Dr. Schnell, ich weiß nicht, ob das, was Sie sagen und was im Prinzip richtig ist, auch uneingeschränkt gilt, wenn ich an Ihre Vorgangsweise denke, die Sie beim Ortstafelgesetz in diesem Hause gewählt haben. Inzwischen müssen Sie doch alle selbst das Gefühl gewonnen haben, daß diese Ihre Vorgangsweise zumindest sehr problematisch, wenn nicht im Geiste undemokratisch gewesen ist.

Sie haben das Begutachtungsverfahren nicht abgewartet, sondern den Initiativantrag durchgeführt. Sie haben die Einsetzung eines

Dipl.-Ing. Dr. Schleiner

Unterausschusses abgelehnt. Die Abgeordneten der Opposition haben zum Zeitpunkt der Beschlußfassung nicht einmal die Grundlagen gekannt, die Sie der Beschlußfassung dieses Gesetzes zugrunde gelegt haben. Damit haben Sie der Demokratie keinen guten Dienst erwiesen.

Heute hat der Herr Klubobmann Koren darauf hingewiesen, daß Sie mit dieser Vorgangsweise auf der einen Seite den Weg einer gemeinsamen Außenpolitik belastet haben, wenn wir bedenken, daß das Ortstafelgesetz aus dem Staatsvertrag und seiner Durchführung ein entscheidendes Element mit außenpolitischen Aspekten ist.

Sie haben die gemeinsame Verteidigungspolitik in einer leichtfertigen Form aufs Spiel gesetzt, mit den Ergebnissen, die Ihnen heute selber am allermeisten zu schaffen machen.

Sie sind zuletzt auch im Begriffe gewesen, den Weg der gemeinsamen Währungspolitik zu verlassen, haben es aber vom Dienstag der Woche bis zum Samstag der Woche letztlich noch einmal repariert, um diese gemeinsame Basis nicht rundweg preiszugeben.

Alles das sind natürlich Vorgangsweisen, die uns bedenklich stimmen und wo ich, Herr Abgeordneter Dr. Schnell, für uns in Anspruch nehme, daß, wenn wir diese Fakten auf den Tisch legen, es keine Unterstellungen sind, die wir Ihnen gegenüber machen. Das sind die Umstände, die uns bedenklich stimmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Die Unduldsamkeit des Herrn Bundeskanzlers nimmt bedauerlicherweise zu. Wir haben mehrfach die Frage gestellt, was wir davon halten sollen, wenn nach dem Jahre 1970 zunächst erklärt wird: Das ORF-Gesetz rühren wir nicht an. In der Zeit der Opposition der SPÖ wurde erklärt: Wir brauchen einen starken Generalintendanten, der von der Regierung und von den Parteisekretariaten unabhängig ist. Und nunmehr soll also das Gesetz geändert und gleichzeitig dieser vom Oppositionsführer Kreisky verlangte starke Generalintendant entmachtet werden.

Meine Damen und Herren! Hier fragt man sich doch unwillkürlich: Was gilt wirklich? Was meint der Herr Bundeskanzler? Ist das, was er heute sagt, morgen noch lombardfähig? Werden die Auffassungen sehr rasch geändert? Wie lange haben sie Bestand? Wieweit kann man diesen Auffassungen vertrauen?

Diese Unduldsamkeit, die wir zunehmend beobachten, ist es, die ja letzten Endes auch wiederum das Unbehagen fördert und auch die parlamentarische Diskussion letzten Endes

belastet: die Unduldsamkeit, die wir erlebt haben gegenüber Journalisten, die Unduldsamkeit gegenüber dem ORF und eine doch, wie ich glaube, bedenkliche Unduldsamkeit gegenüber den Bauern, die ihre berechtigte Kritik an der Regierung zum Ausdruck bringen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Der konkrete Sachverhalt, der heute Gegenstand der Auseinandersetzung in der dringlichen Anfrage gewesen ist, ist im Grunde genommen nur ein Symptom im Rahmen zahlreicher Fakten, von denen wir zunehmend den Eindruck gewinnen müssen, daß Ihr Demokratieverständnis in der gegenwärtigen Situation einer, wie wir glauben, unerfreulichen Belastung ausgesetzt ist. Wir würden wünschen, daß Sie zu jenem Demokratieverständnis zurückkehren, das seinerzeit von Ihrem Klubobmann am Beginn der Legislaturperiode offeriert worden ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Blecha.

Abgeordneter **Blecha** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Die ÖVP-Fraktion nimmt heute ein Gesetz, die Novelle zum Krankenpflege-dienstgesetz, dessen positive Auswirkungen in einer Wortmeldung der zuständigen Ressortministerin schon dargestellt worden sind — positive Auswirkungen, die früher eingetreten sind, als Ihnen lieb ist —, zum Anlaß, über drei Jahre Regierung Kreisky zu reden. Wir begrüßen, daß hier Bilanz gezogen werden kann. Wir halten es aber für unerträglich, daß die Oppositionspartei das gleichzeitig auch dazu benützt, das Demokratieverständnis der Regierungspartei ununterbrochen seit Stunden in Frage zu stellen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Das, was der Herr Bundesparteibeamte Schleiner hier gebracht hat, war in Wirklichkeit die Argumentation, wie sie uns Jüngeren nur aus den Geschichtsbüchern bekannt ist, nämlich die Argumentation der Austrofaschisten, die auch immer wieder den Demokraten in diesem Haus mangelndes Demokratieverständnis vorgeworfen haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Man hat hier von 1934 gesprochen. Ich habe nachgesehen. *(Zwischenrufe bei der ÖVP: Uns mit Austrofaschisten zu vergleichen! — Abg. Dr. B l e n k: Sind Sie besoffen? — Die ÖVP-Abgeordneten verlassen den Saal, nur Abg. K e r n kehrt nach einigen Minuten als nächster Debattenredner in den Saal zurück.)*

Es begann damals der Marsch auf der Dollfußstraße damit, daß man den Sozialdemokraten mangelndes Demokratieverständnis vorgeworfen hat. Und das, meine sehr verehrten

Blecha

Damen und Herren, weisen wir heute mit allem Nachdruck zurück. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn Drimmel davon gesprochen hat, daß es in der Ersten Republik Patrioten gab, die keine Demokraten waren, und Demokraten, die keine Patrioten waren, dann, glaube ich, ist es notwendig, daß man hier mit aller Deutlichkeit auch darauf hinweist, daß unter den Demokraten die Sozialdemokraten von ihm verstanden waren, und unter den Patrioten, die keine Demokraten waren, die Parteigänger des Engelbert Dollfuß.

Es ist in der Debatte auch darüber gesprochen worden, ob in den drei Jahren, in denen wir eine Regierung Kreisky haben, das gehalten wurde, was versprochen worden ist.

Nun, in zwanzig Minuten hat ein Debattenredner nicht die notwendige Zeit, auf alle Punkte einzugehen. Ich möchte aber die Gelegenheit wahrnehmen, einmal aufzuzeigen, daß in den drei Jahren Zug um Zug das gehalten worden ist, was wir vor den Wahlen versprochen haben. Wir haben für die Arbeiter und Angestellten eine ganze Reihe von wichtigen Forderungen erhoben, und wir haben sie Punkt für Punkt, Zug um Zug, verwirklicht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir haben heute eine Rekordbeschäftigung, einen Rekordstand der Beschäftigten mit 2,6 Millionen. Wir haben Verbesserungen der Urlaubsbestimmungen für die Arbeiter. Wir haben durchgesetzt die Erhöhung des Zuschlages für die ersten vier Überstunden von 25 auf 50 Prozent. Wir haben einen verbesserten gesundheitlichen Schutz der Arbeitnehmer durch das Arbeitnehmerschutzgesetz ab 1. 1. 1973. Wir haben die freien Schulfahrten durchgesetzt, die kostenlosen Schulbücher, die Schul- und Heimbeihilfen. Wir haben die Kinderbeihilfen erhöht. Wir haben die Taxenfreiheit an den Hochschulen durchgesetzt. Wir haben die Hausstandsgründungsbeihilfe von 15.000 S bei der erstmaligen Heirat sofort realisiert, nachdem wir dazu die absolute Mehrheit in diesem Hohen Haus durch das Votum der österreichischen Wähler bekommen hatten. Wir haben für die Pensionisten die Forderungen, die im Wahlkampf artikuliert worden sind, durchgesetzt, und wir haben vor allem das Hauptversprechen, daß es den Österreichern besser gehen muß, in einer so kurzen Zeit, die selbst die größten Optimisten in Staunen versetzt, realisiert. *(Beifall bei der SPÖ.)* Wir haben heute den höchsten Lebensstandard in der Geschichte des Landes zu verzeichnen.

Aber hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird heute von seiten der Österreichischen Volkspartei gegen diese Regierung, die diese Erfolgsbilanz aufweist, mit

dem Hinweis polemisiert, es wäre ein demokratischer Substanzverlust eingetreten, wird polemisiert mit Worten, die dem Vokabular unseliger Tage der Ersten Republik entnommen worden sind. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, die Demokratisierung aller Bereiche unserer Gesellschaft voranzutreiben. Und wenn bei jeder Demokratisierungsabsicht es die ÖVP war, die hier im Haus dagegen polemisiert hat, dann wundert man sich über die Unverfrorenheit ihrer heutigen Redner. Ganz gleich, ob der Bundeskanzler dazu übergegangen ist, die Virilisten im ORF-Aufsichtsrat durch eine Abstimmung der Betroffenen wählen und bestätigen zu lassen oder ob es sich darum gehandelt hat, die Drittelparität auf Hochschulboden durchzusetzen, immer war es wieder die ÖVP-Fraktion, die aufgetreten ist und die diese Demokratisierungsabsichten mit einem Wutgeheul, wie beispielsweise in der ORF-Debatte, beantwortet hat. Das ist die Antwort, die einmal ganz offen ausgesprochen werden muß, wenn man sich hier stundenlang die Reden von Koren bis Schleizer anhören hat müssen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es ist den Herren von der ÖVP im großen und ganzen natürlich nicht recht, wenn der Bundeskanzler mit den Bauern, die demonstrieren, spricht, wenn er sie empfängt. Ihr Bundeskanzler Klaus hat die Bauern ja nicht empfangen, als sie revoltiert haben und mit ihm reden wollten. Da hat er sich verleugnen lassen, da war er nicht zu sprechen. Aber wenn der sozialistische Bundeskanzler Doktor Kreisky den Bauern Rede und Antwort steht, dann geht man hier heraus und sagt: demokratischer Substanzverlust. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Kreisky spricht mit den Vertretern der kritischen Jugend. Es gibt seit den drei Jahren der Regierung Kreisky eine Konfrontation mit den Vertretern der österreichischen Jugend, von ganz links bis ganz rechts. Und wenn sich heute die Mitsprache der Jugend schon institutionalisiert hat, dann geht man hier heraus und sagt: In der Zeit, in der Kreisky regiert, gibt es demokratischen Substanzverlust.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, man muß noch einmal mit aller Deutlichkeit sagen: Die ÖVP hat aufzuhören mit dem Herabsetzen des Demokratiebewußtseins des politischen Gegners. Das ist in keiner westlichen Demokratie üblich. *(Beifall bei der SPÖ.)* In keinem Parlament Europas wird es den Vertretern einer demokratischen Partei einfallen, eine Brändrede gegen die andere demokratische Partei zu halten und ihr ununterbrochen mangelndes Demokratieverständnis vorzuwerfen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Blecha

Uns ist schon klar, daß es in der modernen Industriegesellschaft, in der wir leben, natürlich auch Entartungserscheinungen gibt. Aber wir meinen, daß das keine Probleme sind, deren Ursachen in der Unzulänglichkeit der Planung liegen, in der Unzulänglichkeit der bisherigen Technik, sondern wir sind davon überzeugt, daß diese Konflikte wirklich tiefer ruhen. Sie betreffen eben nicht die Planung und die Technik an sich, sondern die Verfügung darüber. Daher soll es eine offene demokratische Aussprache geben. Keine Verschleierung von Konflikten, sondern ein Offenlegen von Konflikten. Aber das ohne ununterbrochene Unterstellungen, wie sie heute hier zu hören waren.

Wenn der Abgeordnete Hahn mich zitiert und gemeint hat: mehr Partizipation, das verlangt ja auch der Abgeordnete Blecha — dann kann ich ihm nur zustimmen. Wir werden immer mehr und mehr die von den Konflikten in der Gesellschaft Betroffenen heranziehen, das geschieht ja, und das tut ja in Wirklichkeit der ÖVP so weh. Wir werden auch viel mehr die Bürger in den Städten über das veraltete, überkommene Bodenrecht informieren. Da geht es jetzt nicht nur um Parkanlagen, um Grünland. Grund und Boden ist eben kein vermehrbares Gut. Und wir brauchen in der Industriegesellschaft immer mehr davon für Wohnungen, für Kindergärten, für Schulen, für Straßen, für Erholungsstätten, und dieser Boden muß beschafft werden können. Dafür werden die Bürger, wenn die ÖVP noch lange die Verhandlungen hinauszögert, Initiativen ergreifen. Es gibt eben in diesem Bereich, im Grundstücksverkehr, keine marktwirtschaftlichen Prinzipien. Bodenspekulation ist Diebstahl an der Gesellschaft, und das soll auch einmal deutlich ausgesprochen werden, das soll der Bürger wissen, und dafür, daß sich das ändert, soll er initiativ werden! *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Die Chance auf eine Humanisierung der Gesellschaft geht verloren, wenn wir die von den Konflikten Betroffenen nur wie bei einem Schauspiel, das von anonymen Instanzen in sicherer Entfernung gespielt wird, als gleichgültige oder gar als traurige Zuschauer dabeisein lassen. Nur im Bewußtsein einer aktiven Verantwortung können Menschen an sozialen Umstellungen partizipieren. Das aber setzt Information und Aufklärung voraus, das setzt eine permanente Reform der demokratischen Institutionen voraus und das setzt ebenso auch eine permanente Reform unserer Medien voraus. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Begründer dieser dringlichen Anfrage, der Generalsekretär der ÖVP Dr. Kohlmaier,

hat gemeint, die Sozialisten hätten eine Initiative des Volkes, das Volksbegehren, das Rundfunkvolksbegehren ignoriert. Und wie ist die Wirklichkeit, meine sehr verehrten Damen und Herren? Die Unterschriften von 832.000 Mitbürgerinnen und Mitbürgern sind von der ÖVP ignoriert worden, denn es ist ja damals, 1966, nicht das Volksbegehren verwirklicht worden, sondern, wie der Abgeordnete Zeillinger — ich hatte schon Gelegenheit, ihn einmal hier im Hohen Haus aus der Debatte des Jahres 1966 zu zitieren — gesagt hat, es ist ein schlechtes Ersatzgesetz beschlossen worden. Der Abgeordnete Zeillinger hat damals gemeint, und das sei noch einmal dem Abgeordneten Kohlmaier in Erinnerung gerufen: „Ich sage klipp und klar das, was ich vor der Wahl sagte: Das Volksbegehren ist tot! Und alle Reden, die Sie über Rundfunk und Fernsehen hier halten, ändern nichts an der Tatsache, daß 832.000 Österreicher vergeblich ihre Unterschrift geleistet haben ... Über das Volksbegehren wird hier im Hause nicht abgestimmt, sondern nur über ein schlechtes Ersatzgesetz, das nicht annähernd das ersetzen kann, was das Volksbegehren letzten Endes gewollt hat.“

Meine Damen und Herren! Der Abgeordnete Zeillinger hat 1966 auch noch an die sozialistische Fraktion dieses Hauses eine Bitte gerichtet. Der Abgeordnete Zeillinger hat damals gemeint: Sie von der Sozialistischen Partei, passen Sie auf, daß hier nicht einmal im Hohen Haus ein ÖVP-Abgeordneter zum Rednerpult geht und eine Vollzugsmeldung erstattet: „Schwarze Welle! Schwarzer Schirm! Sinn des Rundfunkgesetzes erreicht!“

Wir danken dem Abgeordneten Zeillinger für die Warnung, aber wir können ihm versichern: Wir haben sie ernst genommen. *(Beifall bei der SPÖ. — Ruf bei der FPÖ: Keine rote Welle!) Keine rote Welle, ich bin lieber für reine Welle und klaren Schirm. (Erneuter Beifall bei der SPÖ.)*

Der Abgeordnete Schleinzner, der vor mir gesprochen hat, hat außerdem den Herrn Bundeskanzler der Unwahrheit geziehen. Er meinte, er hätte die Wähler getäuscht, weil er sich doch dafür verbürgt habe, daß das Rundfunkgesetz nicht geändert wird. Was hat nun Kreisky vor den Wahlen den österreichischen Wählerinnen und Wählern gesagt, was hat er versprochen? Er hat in einem ORF-Interview — und darüber berichtete der ORF-Pressedienst vom 5. Februar 1970 — vor den Nationalratswahlen wörtlich erklärt:

„Ich glaube, wenn man Gesetze macht, soll man sie möglichst ausprobieren, ehe man sich an eine Novellierung macht. Ich bin jeden-

Blecha

falls der Meinung: Wenn das Rundfunkgesetz die Unabhängigkeit des Rundfunks gewährleistet und wenn der Rundfunk selber diese Unabhängigkeit auch deutlich zeigt, wenn er sich also von einseitiger politischer Aktivität fernhält, wird das nur für den Rundfunk gut sein, und es wird kein Anlaß bestehen, das Gesetz zu ändern. Jedenfalls denken wir nicht an irgendeine Proporzgeschichte."

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist das ganze Zitat, und dieses Zitat beweist: Wenn der Österreichische Rundfunk selber diese Unabhängigkeit deutlich zeigt, dann wird es auch keinen Grund für eine Novellierung geben!

Nun, meine Damen und Herren, was ist die Unabhängigkeit des Rundfunks? Es gibt eine äußere Unabhängigkeit, die Unabhängigkeit von der Regierung, von den Parteien — die muß es geben, die muß gesichert sein. Aber es gibt auch eine innere Unabhängigkeit. Rundfunkfreiheit ist ein unteilbarer Begriff. Die äußere Rundfunkfreiheit ist im Gesetz garantiert; die innere Rundfunkfreiheit gibt es nicht, die muß erst hergestellt werden durch ein Redakteurstatut, das gesetzlich verankert wird. Unabhängigkeit von den Parteien, Unabhängigkeit von der Regierung — hundertprozentig richtig. Sie muß gesichert, sie muß verteidigt werden.

Unabhängigkeit aber heißt auch Ausgewogenheit, heißt Verpflichtung zur Wiedergabe der Meinungsvielfalt in unserer pluralistischen Gesellschaft. Und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist durch die Konstruktion des gegenwärtigen Gesetzes, wie sich nach einer siebenjährigen Erfahrungszeit erweist, nicht hundertprozentig gegeben, und daher muß die Novellierung des Gesetzes zur Diskussion gestellt werden. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Die Kernpunkte des Volksbegehrens, das im Oktober 1964 zur Unterschrift aufgelegt ist, waren:

1. Größere Unabhängigkeit des Rundfunks — darüber habe ich eben gesprochen.
2. Unabhängigkeit und Objektivität bei der Vergebung von Posten mit ausdrücklichem Hinweis auf die öffentliche Ausschreibung, die von der derzeitigen Rundfunkführung immer wieder negiert worden ist.
3. Eigenverantwortlichkeit der beim Rundfunk Beschäftigten, deren Verletzung unter Strafdrohung gestellt werden sollte, und
4. das Intendanzprinzip, jedoch — so heißt es ausdrücklich — bei Verhinderung einer unumschränkten Befehlsgewalt des Generalintendanten.

Das wollte das Rundfunkvolksbegehren, und dazu bekennen sich auch die Sozialisten, dazu bekennen sich die Regierungspartei. Es geht nun darum, daß diese Grundsätze des Rundfunkvolksbegehrens nicht verfälscht werden dürfen, sondern dort, wo sie verfälscht zu sein scheinen, in ihrem ursprünglichen Sinn wiederhergestellt werden müssen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Uns geht es bei der Novelle des Rundfunkgesetzes in erster Linie darum, etwas zu tun, was auch — und wenn heute die „Kleine Zeitung“ so oft zitiert worden ist, darf ich das auch noch einmal tun — in Österreich immer breitere Kreise für richtig halten. Was schreibt der Chefredakteur Dr. Fritz Csoklich in der „Kleinen Zeitung“ vom 25. November 1972, ein Mann also, der mit an der Spitze der Initiatoren des Volksbegehrens stand? Er schreibt in einem Artikel, daß jetzt eine gewisse Beruhigung im Streit um den ORF eingetreten wäre. „Eine gewisse Beruhigung wird ohne Zweifel eintreten.“ Wir haben es begrüßt, daß in einer ruhigen Atmosphäre über die Novellierung, über die ORF-Reform diskutiert werden kann. Und Csoklich führt dann weiter aus: „Damit wird man jetzt statt der üblichen, vordergründigen Kinkerlitzchen zu einer grundsätzlichen Kritik des ORF mit allen seinen strukturellen Mängeln, mit seiner Freunderl- und Cliquenwirtschaft kommen. Eine solche Kritik ist überfällig ...“ *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben nicht wir Sozialisten gesagt, das hat einer der Initiatoren des Volksbegehrens erst vor gar nicht langer Zeit gesagt. Und daran halten auch wir uns. Diese Kritik soll in einer sachlichen Atmosphäre geführt werden können, und sie soll auch zu Lösungen führen, die akzeptabel sind.

Das Rundfunkgesetz fordert im § 1 Abs. 1 Abs. 1 Punkt d und e die objektive Information und Berichterstattung. Aber die notwendigen Bestimmungen für die Durchsetzung dieser Forderung fehlen im Gesetz. Dazu gehört eben, daß die Meinungsvielfalt, die von der Auswahl und von einer inhaltlichen Abgrenzung der Programmenthemen abhängig ist, die ebenso von der Auswahl der Personen, die über die Themen referieren, sie kommentieren, sie gestalten sollen, abhängig ist und schließlich auch von der Anerkennung des Rechts der Programmmitarbeiter auf Meinungsfreiheit und Unabhängigkeit, die gesichert werden muß.

Wir sind der Auffassung, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß die moderne

Blecha

Industriegesellschaft den informierten Bürger braucht, weil nur der informierte Bürger sein verfassungsmäßig verbürgtes Recht, sein Kontrollrecht, das heute so oft zitiert worden ist, ausüben kann. Dieser informierte Bürger aber muß weitgehend auch vor Manipulation, von welcher Seite immer sie auch kommen mag, geschützt werden. Deshalb müssen wir durch entsprechende Gesetze und Novellierungen im Bereich der Massenmedien, auch im Bereich des ORF, dieses Recht auf die freie, umfassende, möglichst ausgewogene Information und das Recht auf die Wiedergabe der Meinungsvielfalt sichern und durchsetzen im Interesse eines echten Demokratieverständnisses. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Kern. *(Die Abgeordneten der ÖVP kehren in den Saal zurück.)*

Abgeordneter Kern (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Herr Vorredner hat im letzten Satz noch einmal das Demokratieverständnis beschworen. Ich möchte dazu sagen, daß gerade wir, nämlich wir Bauern, unter einem mangelnden Verständnis dieser Regierung zu leiden haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Herr Bundeskanzler hat vorhin von der Nullifizierung der Minderheit gesprochen. Wo er die Zahlen her hat? *(Abg. Pay: Von der Landwirtschaftskammer!)* Daß es 30 Prozent Nicht-Bauernbund-Wähler gäbe, ist mir nicht bekannt. Aber wenn er von Nullifizierung spricht, dann meint er wohl seine Praxis und seine Vorgangsweise uns Bauern gegenüber.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte einen Vorwurf nicht unbewiesen im Raum stehen lassen. In der heutigen „Arbeiter-Zeitung“ steht die Schlagzeile: „Skandal um Agrarkredite: Empfehlung für „Cousine“.“ Und der Untertitel heißt: „Kreisky, Weihs enthüllen VP-Bauernbundpraktiken.“ — Das sind schwere, schwerste Vorwürfe. Das ist auch letzten Endes mit das gewesen, was gestern vom Herrn Bundesminister für Landwirtschaft in der Fragestunde gebracht worden ist. Dazu darf ich jetzt einiges sagen.

Meine Damen und Herren! Die Wirklichkeit, wie sie tatsächlich ist, möchte ich nun aufzeigen: Der Herr Bundesminister hat nach der Fragestunde, als ich zu ihm gegangen bin und ihn gefragt habe, ob er mir die Namen dieser betreffenden Einreicher nicht geben könne, damit ich eruieren kann, ob dem wirklich so wäre, wie er hier gesagt hat, dies abgelehnt. Er hat gesagt, das gehe nicht. Heute steht in der „Arbeiter-Zeitung“ wohl nicht der Name, aber es steht genau der Titel

dieses Verwandten der „Cousine“, nämlich des Präsidenten der Landwirtschaftskammer von Wien, der seiner Cousine nach der Aussage von Minister Weihs und nach der „AZ“ einen Agrarinvestitionskredit sozusagen zugeschanzt hätte. *(Abg. Ulbrich: Erschwindelt hat! — Abg. Pay: Freunderlwirtschaft überall in der Bauernkammer!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Bundesminister hat das gestern ausgeführt. Zu diesem Vorwurf, daß das eine Verwandte, eine Cousine des Herrn Kammerpräsidenten von Wien wäre, wobei man den Antrag ungerechtfertigterweise damit begründet habe, daß es sich um die Cousine des Präsidenten der Wiener Landwirtschaftskammer handelt, zur Steuer der Wahrheit nun den Antrag, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Abg. Treichl: Wo steht denn das? Das steht nicht in der „Arbeiter-Zeitung“! Nicht verdrehen!)* In der „AZ“ steht:

„Einige krasse Fälle bei den Kreditvergaben der Landwirtschaftskammern berichtete Weihs in der Fragestunde. So den zitierten Fall, wo die niederösterreichische Kammer das Ansuchen der Cousine des Präsidenten der Wiener Landwirtschaftskammer mit einem entsprechenden Hinweis auf die Verwandtschaft versah.“ *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Frauen und Herren! Herr Bundeskanzler! Hier der Kreditantrag dieser Frau Jedletzberger, die weder verwandt ist mit dem Herrn Präsidenten — das zu Ihrer Kenntnis —, noch vom Herrn Präsidenten eine Unterstützung in dieser Richtung bekommen hat. Hier das Faktum, der Kreditantrag. Es steht in der Begründung über die Notwendigkeit der Investitionen, Ziel des Betriebes: „Das Wohngebäude ist zu klein, überaltert und befindet sich in einem sehr schlechten Bauzustand. Es existieren“ im Haus „auch keinerlei sanitäre Anlagen.“ — Soweit die Begründung.

Ich frage nun den Herrn Minister Weihs, von wo er die Behauptung hernimmt, daß mit dem Hinweis, es handle sich um die Cousine des Präsidenten, der Antrag motiviert wird. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das zum ersten.

Und so geht es weiter. In der gestrigen Fragebeantwortung hat der Herr Bundesminister Weihs einige Fälle zitiert, daß den Richtlinien, die vom Bundesministerium erstellt worden sind, völlig widersprechend Agrarinvestitionskredite vergeben worden seien. *(Abg. Minkowitsch: Wissen Sie, wie peinlich das für den Landwirtschaftsminister ist?)* Dazu stelle ich für den einen Fall folgendes fest:

6568

Nationalrat XIII. GP — 69. Sitzung — 4. April 1973

Kern

Die Niederösterreichische Landes-Landwirtschaftskammer wurde vom Sekretariat des Herrn Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Herrn Pleschiutznig, mit Zahl M 2024/72 beauftragt, Erhebungen durchzuführen sowie eine Stellungnahme über die Zukunftsaussichten des Betriebes abzugeben. Am 24. Juli 1972 ging an das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft eine Stellungnahme im genannten Konsolidierungsfall, worin genau aufgezeigt wurde, daß der Landwirt vor zehn Jahren — vor zehn Jahren! — einen Acker kaufte und mit dem Bau von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden begann. Mit Schreiben vom 30. August 1972, Zahl 2024/72, wurde dem Antragsteller vom Herrn Bundesminister Dr. Weihs mitgeteilt, daß er keinen Konsolidierungskredit, jedoch eine nachträgliche Einbeziehung seiner Investitionen in die Sparten des AI-Kredites bekommt.

Meine Damen und Herren! Zweiter Fall:

Im Kreditfall mit dem Einheitswert über 700.000 — das wurde gestern vom Herrn Minister kritisiert —, Gesamtkosten von rund 1.500.000 S sowie dem Agrarinvestitionskredit von 800.000 S wurde vom Sekretariat des Herrn Bundesministers der Auftrag gegeben, bei dem Landwirt eine Erhebung durchzuführen und einen Betriebsbericht einzusenden. Am 27. April 1972 wurde der Bericht mit der Erfolgsrechnung an das Ministersekretariat gesandt, in welchem angegeben wurde, daß der Einheitswert des Betriebes 640.000 S beträgt und eine Pacht von 32,72 ha vorhanden ist. Am 6. Juni 1972 hat das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft dem Landwirt — unterschrieben vom Herrn Bundesminister Weihs — geschrieben: „Die NÖ. Landes-Landwirtschaftskammer erhielt das Schreiben zur Kenntnisnahme, daß im vorliegenden Fall für die getätigten baulichen Investitionen ein Zinsenzuschuß für einen AI-Kredit bewilligt“ sei, worauf der Landwirt am 14. August 1972 den Antrag bei der zuständigen Bezirksbauernkammer einbrachte.

In diesen beiden Fällen handelt es sich um nachträgliche Gewährungen von AI-Krediten für bereits getätigte Investitionen von früher, wobei die NÖ. Landes-Landwirtschaftskammer ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß der Landwirt nie einen AI-Kredit erhalten könnte, daß er immer über der zulässigen Einheitswerthöchstgrenze gelegen ist.

Meine Damen und Herren! Das sind einige Fakten. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Und nun weiter. Mir selbst ist aus dem Vorjahr folgender Fall bekannt: Ein Betrieb aus meinem Bezirk mit einem Einheitswert von 170.000 S und einer Verschuldung von einer Million Schilling hat bei der Kammer um einen Konsolidierungskredit angesucht. Die Kammer mußte auf Grund dieses Faktums, das sicherlich sehr bedauerlich ist, ablehnen. *(Abg. Haas: War das kein Bauernbündler?)* Es war ein Bauernbundmitglied, sehr geehrter Herr Abgeordneter Haas, aber das Ansuchen mußte abgelehnt werden. *(Abg. Haas: Das war ein Irrtum!)* Die Frau ist dann zum Herrn Minister gegangen. Der Herr Minister hat Anweisungen gegeben. Es fand eine Intervention des Sekretärs des Herrn Ministers bei der Kreditanstalt des Landes Niederösterreich — Sie kennen sie genau — statt, und zwar eine sehr massive Intervention, um einen Konsolidierungskredit von 500.000 S durchzudrücken, obwohl keinerlei Bedeckung und keinerlei Möglichkeit auf Grund der Richtlinien vorhanden war. Die Anstalt konnte dem nicht Rechnung tragen. *(Abg. Brandstätter: Das sind die Tatsachen!)*

Meine sehr Geehrten, und nun weiter. Der Herr Bundesminister Weihs hat gestern in der Anfragebeantwortung zunächst auf meine Ausführungen Bezug genommen, und zwar habe ich ihn aufmerksam gemacht, daß Bauern in ganz Österreich, in meinem Gebiet jedenfalls, im Pielachtal, Anfang Oktober 1972 Briefe erhalten haben, mit der Unterschrift von Minister Weihs, wo den Bauern mitgeteilt wird, daß ihre eingereichten AIK-Ansuchen — vor über einem Jahr damals — in der Sitzung der Bundesprüfungskommission, die auf Wunsch des Herrn Bundeskanzlers Kreisky und nicht gerade mit Begeisterung von Herrn Minister Weihs im Landwirtschaftsministerium installiert worden ist, vom 17. September 1972 geprüft und auch positiv erledigt wurden. Es haben das sehr viele bekommen. Gut, sehr gut. Ich darf Ihnen eines sagen: Von den tausend Bauern, die dieses Schreiben bekommen haben, hat der Großteil bis heute noch keinen Groschen Geld. Bitte sehr, das zunächst.

Was aber die zwei Fälle anlangt, die ich dem Herrn Bundesminister gestern vorgetragen habe, geht es um folgendes: Diese zwei AIK-Ansuchen sind also in dieser Sitzung nach eingehender Prüfung durch die Kommission erledigt worden. Diese Kredite sind aber bereits drei Monate vorher, meine Damen und Herren, an die Bauern ausgezahlt worden. Drei Monate nachher kommt die Prüfung der Kommission und die Feststellung: Es wird bewilligt.

Kern

Nun hat der Herr Minister Weihs gestern gesagt: Ja, ja, das wird ein zweites Ansuchen gewesen sein. Ich stelle eindeutig fest: Es ist kein zweites Ansuchen gewesen. Es ist das alte, ursprünglich eingebrachte AIK-Ansuchen gewesen, das im März, April bereits im Ministerium erledigt, im Juni ausbezahlt, aber im September dann von der Bundesprüfungskommission geprüft worden ist. Den Bauern ist dann mitgeteilt worden, daß sie jetzt das Geld bekommen werden. Der Kommission gehören der Arbeitsbauernbund und der sogenannte Allgemeine Bauernverband an. (Abg. Haas: Sogenannte?) Meine sehr Geehrten! Das zur Kenntnis.

Und da frage ich jetzt den Herrn Bundeskanzler: Ist das, was hier gemacht wird, keine Verpolitisierung? Wenn Briefe ausgeschickt werden, wo drinnensteht: Wir, die Arbeitsbauernbündler und die Allgemeinen Bauernverbändler, haben getrachtet, daß Sie diesen Kredit bekommen. So schaut es in Wirklichkeit mit dieser Sache aus.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das, was der Herr Bundeskanzler am Sonntag gesagt hat, das, was heute in der „Arbeiter-Zeitung“ steht, das, was gestern hier von Minister Weihs in der Fragestunde völlig fälschlich gesagt worden ist, völlig fälschlich dargestellt worden ist, das liegt in dem ganzen System dieser Regierung, die von Anfang an bis jetzt, seitdem sie tätig ist, für die Landwirtschaft, für die Bauern, weil sie ihr politisch eben nicht besonders in den Kram passen, nichts übrig hat. Das ist Methode, das ist System.

Das hat begonnen im Jahre 1966 beim Parteitag der Sozialistischen Partei, als der Herr Bundeskanzler sagte: Man wird mit den Bauern über ihre Probleme reden können, wenn sie — die Bauern — nicht mehr das Hauptpotential der ÖVP bei den Wahlen sind. Dann wird man also mit ihnen reden können.

Das hat sich dann im Jahre 1970 bei den Budgetverhandlungen fortgesetzt, wo nachher der Herr Bundeskanzler erklärt hat: Es wären für die Bauern 400 bis 500 Millionen Schilling mehr im Budget gewesen, wenn die Bauernbündler mit uns gestimmt hätten. — Das war in der Zeit der Minderheitsregierung, Herr Bundeskanzler. Das hat sich letzten Endes auch schon vorher bewahrheitet, als es geheißen hat, man wird den Bauern den Brotkorb höher hängen.

Diese Methode hat sich fortgesetzt bei der Vorlage der einzelnen Subventionsberichte, die interessanterweise bis dato in diesem Haus noch gar nicht verhandelt worden sind — so aufschlußreich sind sie nämlich —, ob-

wohl der erste im Jahre 1970 und der zweite im Juni 1972 eingebracht worden ist. Bis jetzt wurden sie nicht verhandelt, wo die widersprüchlichsten Aussagen bezüglich der Subventionsvergaben hier gemacht werden. Obwohl vom Herrn Bundeskanzler seinerzeit schon behauptet worden ist, man kann gar nicht sagen, wer die Subventionen wirklich bekommt, die im ersten Subventionsbericht alle — es waren über 5 Milliarden — der Landwirtschaft zugeschrieben worden sind, hat der Herr Bundesminister Androsch im zweiten Subventionsbericht erklärt: Die Brotpreisverbilligung wird deswegen gemacht, weil alle in Österreich ein billiges Brot haben wollen. Das ist jetzt ganz primitiv ausgedrückt. So steht es im zweiten Subventionsbericht. Der Herr Bundesminister Androsch kommt nun auf Grund einer bestellten Anfrage von Herrn Abgeordneten Pansi zu der aufschlußreichen Erklärung, daß die Bauern neuerlich 2,4 Milliarden an Preisstützungen bekommen.

Ich kann leider Gottes auf die anderen Probleme nicht mehr eingehen, weil die Zeit zu knapp ist. Aber, Herr Bundeskanzler, das alles bewegt sich im gleichen Rahmen: Diffamierung der Bauern, in der Öffentlichkeit den Anschein erwecken: Was wollt ihr denn? Die kriegen doch eh so viel, die sollen doch stad sein, die sollen doch den Mund halten! — Und jetzt, meine sehr Geehrten, kommt der Herr Bundeskanzler und sagt: Wenn das nicht anders wird, dann wird er auch das noch überprüfen.

Sicherlich, wir sind bereit, selbstverständlich, wir anerkennen natürlich, Herr Bundeskanzler, daß Sie mit allen reden wollen. Wir erwarten aber von Ihnen — und ich muß ehrlich sagen: ich habe schon immer sehr wenig Hoffnung gehabt und habe jetzt noch weniger Hoffnung —, daß Sie ein echtes Verständnis für uns haben. Ich habe den Eindruck, daß alles das, was hier gemacht wird, lediglich ein Alibi, eine Motivation für Ihre Aushungerungspolitik uns gegenüber ist, weil wir politisch nicht in Ihr Konzept passen. (Beifall bei der ÖVP.)

Und abschließend folgendes, meine sehr geehrten Damen und Herren: Ich erwarte, wie gesagt, gar nicht von Ihnen ein Verständnis. Ich möchte nur die Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen, gerade in der jetzigen Zeit, wo sich einige nicht gerade sehr positive Aspekte abzeichnen, auch bezüglich Ernährungssicherung — von der Erhaltung der Kulturlandschaft und so weiter, des Lebensraumes im Zeitalter des Umweltschutzes möchte ich gar nicht reden —, ich möchte der Öffentlichkeit diese Politik, diese Agrar-

Kern

politik vor Augen führen, damit sie erkennt, wie das in einigen Jahren für sie aussehen wird. Denn die Abwanderungsquote ist derzeit, meine sehr Geehrten, so hoch, daß man von einer normalen Entwicklung nicht mehr reden kann. All das, Herr Bundeskanzler, wegen Ihrer völlig falschen Einstellung gegenüber den Bauern.

Sie müssen zur Kenntnis nehmen, daß diese Bauern eben einer anderen Partei, als Sie es wollen, angehören, und müssen meiner Auffassung nach als Bundeskanzler trotzdem dafür sorgen, daß auch uns eine gesicherte Lebensmöglichkeit zusteht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Pfeifer.

Abgeordneter Pfeifer (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn es eines Beweises für die Notwendigkeit der Einführung der Bundesprüfungskommission bedurft hätte, so hat ihn Abgeordneter Kern hier auf alle Fälle erbracht. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Kern: Zwei Fälle aus Kirchberg sind der Beweis!)* Er hat ihn in blendender Weise hier geliefert. *(Abg. Kern: Begründung dazu!)* Die hat Ihnen schon gestern der Herr Bundesminister gegeben. Sie werden sie von mir heute noch einmal hören. *(Zwischenrufe bei ÖVP und Gegenrufe bei SPÖ. — Abg. Hans Mayr: Sie verleumden und andere beschuldigen Sie! — Weitere Zwischenrufe.)*

Ich kann schon verstehen, daß Sie sehr nervös werden, wenn es um die Fragen der Bundesprüfungskommission geht. Denn wenn es bisher eine Organisation den Bauern gegenüber gegeben hat, die stillschweigend, aber nicht immer stillschweigend den Bauern echt unterdrückt hat, dann waren es Bauern im Österreichischen Bauernbund und vor allen Dingen die Spitzenfunktionäre des ÖVP-Bauernbundes. *(Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.)*

Ich kann mir daher vorstellen, daß es, wenn man jetzt hier ein wenig nachschaut, unangenehm ist.

Ich begreife Ihre Aufregung eigentlich wirklich nicht. Wenn es also auf Grund Ihrer guten Amtsführung in den Kammern nichts zu verbergen gibt, dann brauchen Sie sich ja nicht aufzuregen, dann wird ja alles bestens sein. Offenbar dürfte das nicht so sein, sonst gäbe es nicht so eine Aufregung bei Ihnen, meine Herren!

Herr Abgeordneter Kern hat dem Herrn Bundeskanzler den Satz unterstellt, die Bauern sollen den Mund halten. So sagte er es. Herr

Abgeordneter Kern! Sie haben das hier um mindestens drei oder vier Jahre zu spät gesagt; Sie hätten das früher sagen müssen. Denn während der Zeit Ihrer Regierung mußten die Bauern kuschen. Das müßten Sie doch wissen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wer hat denn die Politik auf die Straße getragen? Wer war denn die erste Organisation, die zum Sturm der Bauern auf der Straße geblasen hat? Der ÖVP-Bauernbund! Das ist doch ein Faktum! *(Beifall bei der SPÖ.)* Das können Sie nicht wegdiskutieren, meine Damen und Herren! Sie waren nicht einmal ein Jahr in der Opposition und haben die Straße mobilisiert. Nehmen Sie das zur Kenntnis! *(Abg. O f e n b ö c k: Die Ursachen!)*

Nun kommen Sie, meine Damen und Herren, und halten uns immer wieder vor, daß es den Bauern so schlecht geht, daß die Bauern zugrunde gehen und derlei mehr.

Was die Abwanderung betrifft: Herr Kollege Kern! Ich weiß schon, Sie werden die Zahlen nicht in die Diskussion ziehen, Sie werden sagen: Über Zahlen reden wir nicht! — Das ist ja Ihre neue Masche. Wenn Ihnen die Zahlen unangenehm sind, weil sie für die Bauern gut sind, dann reden wir nicht über die Zahlen! So ist die Situation. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zu Ihrer Zeit haben 20.000 Menschen die Betriebe verlassen. Ich gebe ganz offen zu, daß es 30.000 während eines Budgetjahres in unserer Regierungszeit waren. Aber glauben Sie ja nicht, daß es jemanden gibt, der eine Politik machen kann, die einen echten, normalen Strukturwandel zementiert beziehungsweise einem vernünftigen Strukturwandel entgegensteht.

Wenn Sie immer wieder auf die Einkommenssituation zu sprechen kommen — es werden ja sicherlich noch Leute von Ihnen darüber reden —, dann möchte ich auch gleich sagen: Die Einkommenssituation in der Landwirtschaft ist 1972 laut dem Preisindex für Erzeugnisse des Bauern um 10,2 Prozent gestiegen. *(Abg. Fachleutner: Preise!)* Ich komme schon darauf zu sprechen. — Der Index für die Ausgaben der österreichischen Bauernschaft stieg um 8,1 Prozent, es stiegen also die bäuerlichen Einkommen nachweislich um mehr als 2 Prozent. Das ist ein Faktum!

Sie werden wieder sagen: Zahlen interessieren uns nicht! — Das werden Sie deswegen sagen, weil diese Zahlen für die Bauern gut sind, weil sie für die ÖVP-Bauernbund-Argumentation nicht geeignet sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Pfeifer

Die Roheinnahmen bei Schlachtrindern haben sich im gleichen Zeitraum um 676 Millionen oder 15 Prozent erhöht. Aus Zuchtrinderexporten wurden 1972 um fast 340 Millionen mehr eingenommen. (*Abg. Dr. Halder: Alles Ihr Verdienst!*) Sicherlich nicht Ihr Verdienst! Das ist gar keine Frage. — Die Roh-einnahmen bei Wein waren 1972 um rund 640 Millionen höher als 1971. Ein weiterer Beweis dafür, daß es der österreichischen Landwirtschaft nicht schlechter geht, sind die zwischen 1969 und 1972 gestiegenen Erzeugerpreise.

Jetzt, meine Damen und Herren von der ÖVP, zu dem Problem, das Sie ja unlängst ebenfalls zum Gegenstand einer dringlichen Anfrage gemacht haben: zum Milchproblem. Sie haben die Broschüre „Bauernschach“ herausgegeben und beschäftigen sich mit dem Milchpreis in einem einzigen Satz. Sie reden überhaupt kein Wort vom Milchkrisengroschen, Sie stellen nur fest: Der Milchpreis wurde am 1. März 1973 um 10 Groschen pro Liter gekürzt. (*Abg. Schrotter: Genauso ist es!*)

Dies ist wieder ein Beweis dafür, daß es notwendiger denn je ist, die Bauern umfassend zu informieren. Was Sie hier machen, ist Demagogie! Das ist gar keine Frage! (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe.*)

Sie sagen den Bauern nicht, daß Ihr seinerzeitiger Landwirtschaftsminister Kraus 1953 den Milchkrisengroschen eingeführt hat, daß es unter Schleinzler eine „weise“ Maßnahme war, diesen Milchkrisengroschen dann, wenn die Produktion überfordert ist, wieder entsprechend zu erhöhen. Kein Wort davon! Sie sagen also nur: Der sozialistische Minister hat weniger Milchgeld gegeben.

Wie war es denn seinerzeit unter Minister Schleinzler, als Sie innerhalb eineinhalb Jahren den Milchpreis um 1,20 S für alle österreichischen Konsumenten erhöht, dem Bauern aber keinen Groschen gegeben haben? Da haben Sie applaudiert. Das war in Ihren Augen richtig! (*Abg. Schrotter: Wissen Sie, warum das geschah?*)

Und weil wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, unter einem Jahr den Milchkrisengroschen beziehungsweise ... (*Abg. Ing. Schmitzer: Was werden Sie machen, wenn Sie Minister werden?*) Sie wissen ganz genau, daß ich nur 20 Minuten Zeit habe. Daher machen Sie entsprechende Störmanöver. Damit habe ich schon gerechnet; ich kann Sie davon nicht abhalten.

Ich möchte nur noch einmal sagen: Sie haben innerhalb eineinhalb Jahren den Konsumentenmilchpreis um 1,20 S erhöht, den Bauern keinen Groschen gegeben. Der Landwirtschaftsminister unserer Regierung hat den Milchpreis für den Konsumenten um 60 Groschen erhöht und den Bauern davon 40 Groschen gegeben! Das sind die Fakten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Die Milchproduktion hat sich 1972 gegenüber 1971 um 550 Millionen Schilling oder 11 Prozent erhöht.

Jetzt, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, auch noch einige Sätze zur sozialen Situation der Bauernschaft. Ich bin sicher, daß es wieder ÖVP-Abgeordnete geben wird, die das alte Klagelied singen und immer wieder sagen werden: Diese Bundesregierung ist ja gerade mit den bäuerlichen Menschen, mit den älteren Menschen so schlecht umgegangen, sie behandelt diese Menschen so schlecht. Das hören wir doch immer wieder. (*Ruf bei der ÖVP: Das stimmt auch!*)

Ich führe Ihnen nun kurz einige Zahlen vor Augen: Als die Bauernpension 1969, meine Damen und Herren der ÖVP, gemeinsam mit unserer Zustimmung im Haus, beschlossen wurde, hat die ÖVP in ihrer Torschlußpanik nach der Devise gehandelt: Was nichts kostet, wird sofort beschlossen und sofort eingeführt. Was mehr kostet, wird sofort beschlossen und später eingeführt. Was sehr viel kostet — und das ist sicherlich die Bauernpension —, wird 1969 beschlossen und 1971 eingeführt. (*Abg. Schrotter: Tut es Ihnen leid, daß die Bauern eine Pension bekommen?*) Die Sozi, so sagten Sie sich damals im stillen Kämmerlein, sollen dann halt schauen, wie sie die Mittel für die Bedeckung aufbringen.

Wir bekennen uns zu einer vernünftigen sozialen Vorsorge für den älteren bäuerlichen Menschen, aber nehmen Sie zur Kenntnis: Sie haben ein Gesetz beschlossen, weil Sie ganz genau gewußt haben, daß Sie sich um die Finanzierung und die Bedeckung überhaupt nicht mehr zu kümmern brauchen. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Schrotter: Sind Sie den Bauern die Pension neidig?*)

Das war die Politik, die Sie damals gemacht haben! Interessanterweise, meine Damen und Herren der ÖVP, hat auch niemand, kein einziger ÖVP-Bauernbündler dieses Hauses damals einen Antrag auf Angleichung der Zuschußrente an die Bauernpension eingebracht. Wir kennen das Problem der Zuschußrentner. Aber nehmen Sie zur Kenntnis, daß es die sozialistische Bundesregierung war, die für diese Ärmsten der Armen die Ausgleichs-

Pfelfer

zulage gebracht und beschlossen hat. 55 Prozent der Zuschußrentner bekommen derzeit die Ausgleichszulage. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Die Österreichische Volkspartei hat — und ich glaube, das zeigt das Ganze eindeutig — in ihrem letzten Budget — 1969, 1970, wenn Sie wollen — 729 Millionen Schilling für Österreichs Bauern übrig gehabt auf dem sozialen Sektor. Unsere Regierung gibt allein 2 Milliarden für die bäuerliche Altersversorgung aus. Wir haben auch für die Zuschußrentner — ich darf das noch einmal sagen — mit 1. Jänner 1971 den Anspruch auf die Ausgleichszulage eingeführt und haben, wie ich schon betont habe, 55 Prozent der Zuschußrentner damit eine echte Hilfe angedeihen lassen. Durch diese Maßnahme hat unsere Bundesregierung eindeutig gezeigt, daß sie im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten alles tut, um das Los der bäuerlichen Menschen zu verbessern. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Was die Vorwürfe der ÖVP bezüglich der Bundesprüfungskommission betrifft, möchte ich doch auch einiges dazu sagen. *(Abg. Steiner: Überhaupt keine Rechtsgrundlage hat diese Prüfungskommission!)* Ja, ja, ich kann mir schon vorstellen, daß das sehr weh tut. Wir werden uns diese Dinge jetzt sehr genau anschauen. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Ich begreife Ihre Aufgeregtheit. Sie wissen ganz genau, daß es hier, ich möchte sagen, gelinde ausgedrückt, vielleicht so kleine niederösterreichische ÖVP-Methoden à la Müllner und so weiter gegeben hat. *(Neuerliche Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Ich behaupte hier, daß es gerade in dieser Frage doch nicht nur den Schein, sondern einen echten Zug zur Protektion in den Kammern gegeben hat. Und das werden wir uns anschauen. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Minkowitsch: Das ist eine Gemeinheit!)*

Wenn Sie nichts zu befürchten haben, warum bekämpfen Sie dann diese Bundesprüfungskommissionen so? Warum bekämpfen Sie die Bundesprüfungskommissionen, wenn Sie nichts zu befürchten haben? Dann sagen Sie doch: Schau bitte hier herein einmal! — Wir werden uns diese Dinge auf alle Fälle sehr genau ansehen. *(Lebhafte Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Dr. Blenk: Wer sind „wir“? — Abg. Dr. Gruber: Zuerst behaupten, und dann werden Sie es sich anschauen!)*

Darf ich Ihnen noch einmal sagen, daß der Herr Bundesminister gestern während der Fragestunde dem Kollegen Kern von der ÖVP eindeutig bewiesen hat — er hat es mit drei klaren Fakten aufgezeigt, er hat das Problem

der Cousine angezogen —, daß es hier nach Protektion aussieht. Und diese Dinge werden wir uns ansehen. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Kern: Das ist doch widerlegt worden! — Ruf bei der ÖVP: Zuerst verleumden und dann prüfen! — Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Sie haben hier überhaupt nichts widerlegt, und Sie können uns nicht hindern, daß wir uns in der Bundesprüfungskommission alle Akten sehr genau ansehen werden. Und dort, wo es nach Protektion riecht, werden wir die Dinge auch schonungslos offenlegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die ÖVP-Bauernbündler reagieren darauf, daß wir uns echt bemühen, für die österreichische Landwirtschaft das Einkommen zu erhöhen, mit Drohungen und unsachlichen Angriffen. Alles ... *(Neuerliche Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Ja ich weiß schon. Aber nehmen Sie zur Kenntnis: Ich sage das, was mir gefällt und was ich hier für richtig halte. Nehmen Sie das zur Kenntnis! *(Beifall bei der SPÖ.)*

10,2 Milliarden Schilling aus dem Staatsbudget für die österreichische Landwirtschaft, das ist für Sie, für die ÖVP-Bauernbundesabgeordneten nichts, viel zu wenig, und wir bekommen dafür höchstens unsachliche Drohungen.

Wir legen die klaren Einkommenssteigerungen der Landwirtschaft auf Grund der Indizes vor, die ÖVP-Bauernbundesabgeordneten sagen: Über Zahlen reden wir nicht. — Das haben wir doch erlebt und das erleben wir immer wieder.

Unser Landwirtschaftsminister trifft mit der Präsidentenkonferenz eine Vereinbarung in Sachen Milchrisengroschen, den die ÖVP-Minister in ihrer Zeit eingeführt und rigoros gehandhabt haben. Nun steigt auf Grund bewußter Fehlinformation der Landwirtschaftskammer an die Bauern die Milchproduktion, unser Minister versucht, der Überproduktion bei Milch, die vorhanden ist, mit der Erhöhung des Milchrisengroschens auf Grund der Vereinbarung mit der Präsidentenkonferenz Herr zu werden. Die ÖVP sagt, es wurde nie etwas vereinbart, sie habe nie etwas gehört von einer Vereinbarung, der Milchrisengroschen stehe nicht zur Diskussion. Das haben wir erlebt.

Sie sind nicht einmal ein Jahr in Opposition gewesen — ich möchte das noch einmal sagen — und haben bereits eine Politik des Radikalismus betrieben. Und Sie arbeiten heute, was wir leider in zunehmendem Maß feststellen können, mit unsachlichen Argumenten, mit Demagogie und mit Lizitation.

Pfeifer

Jetzt radikalisiert Sie, meine Damen und Herren der ÖVP, die Agrarpolitik und damit auch die Innenpolitik neuerlich! Ich glaube, es ist an der Zeit (*Abg. Fachleitner: ... daß die Regierung zurücktritt!*), daß man den österreichischen Bauern sagt, daß wir für sie, so wie bisher, von der Regierungsseite alles tun werden. Auf die radikale Gangart der ÖVP-Bauernbundabgeordneten, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, werden wir uns sehr rasch einstellen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Anton Schlager.

Abgeordneter Anton Schlager (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es scheint mir irgendwie bedenklich, wenn gestern der Herr Bundesminister Weihs und heute der Abgeordnete Pfeifer hier diffamierende Aussagen machen und Verleumdungen aussprechen. Ich möchte ausdrücklich betonen — mein Kollege Kern hat es bereits gesagt —, daß die Anschuldigungen, die gestern vom Herrn Bundesminister Weihs gekommen sind, nicht den Tatsachen entsprechen. (*Abg. Doktor Fleischmann: Behauptungen! — Abg. Dr. Gruber: Behauptungen hat er aufgestellt, aber keine Beweise geliefert!*) Weihs hat Behauptungen aufgestellt.

Herr Abgeordneter Pfeifer! Daß Sie als bäuerlicher Abgeordneter nicht wissen, wann hier im Parlament die Ausgleichszulage für die Zuschußrentner beschlossen wurde, das tut mir leid. Das ist aber kein gutes Zeichen für Sie. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Ausgleichszulagen für die Zuschußrentner wurden am 12. Dezember 1969 genau zum selben Zeitpunkt beschlossen wie die Bauernpension. Wenn es alle anderen nicht wissen, ist es verzeihlich, wenn aber Sie als Bauernvertreter innerhalb der Sozialistischen Partei davon keine Ahnung haben, dann muß ich sagen, daß es mir eigentlich leid tut, wenn Sie sich dann zu einem solchen Thema zum Wort melden.

Aber ich komme nun zu einem anderen Thema. Ich habe wieder einmal eine alte Zeitung entdeckt, die „Neue Agrarzeitung“ vom Februar 1970, ausgegeben vom Österreichischen Arbeitsbauernbund. Hier sehe ich auf der ersten Seite ein Photo, Herr Bundeskanzler (*Bundeskanzler Dr. Kreisky: Ja!*), Sie mit Bauern (*Zwischenrufe bei der ÖVP*), und darunter steht: „Immer und überall nimmt Dr. Kreisky die Gelegenheit wahr, mit dem Landvolk ins Gespräch zu kommen.“ (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Herr Bundeskanzler! Wie haben sich die Zeiten geändert! Heute wollen Sie von Aussprachen mit den Bauern nichts mehr wissen. (*Bundeskanzler Dr. Kreisky: Odoch!*) Heute werden Sie unduldsam, Herr Bundeskanzler, gehässig, Sie diffamieren die Bauernvertreter. Sie haben sich eigentlich verhältnismäßig schnell geändert. Ich hoffe, es ist keine Alterserscheinung, Herr Bundeskanzler. (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.*)

Vor den Wahlen 1970 waren Sie jedenfalls noch aus einem anderen Holz geschnitzt. In dieser Wahlbroschüre des Arbeitsbauernbundes stand damals zum Beispiel — Herr Bundeskanzler, Sie haben damals etwas gesagt, worauf Sie vergessen haben —: „Kreisky zur Situation des Landvolkes: Bauern haben es am schwersten!“

Das war im Jahre 1970, Herr Bundeskanzler! Damals ist auch in dieser Broschüre gestanden — Sie haben sich damals nicht „Sozialisten“, sondern „Sozialdemokraten“ genannt —: Selbstverständlich haben wir Sozialdemokraten Vorstellungen, wie wir das Problem der Landwirtschaft meistern können; wir haben doch 1400 Experten, und die haben uns die nötigen Konzepte ausgearbeitet. (*Abg. Kitzl: Die sind alle ausgestorben!*)

Weiter steht da noch drinnen, Herr Kollege Pfeifer — Sie haben sich heute aufgeregt, daß Bauern demonstrieren, und gemeint, das hätte es nie gegeben —, Sie hätten sich über die Demonstrationen sehr gefreut, die während der ÖVP-Regierung von Seite der Bauernschaft durchgeführt wurden. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Das war damals ein schlechtes Zeichen für die ÖVP-Regierung! (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Also wie gesagt: Sie haben sich sehr, sehr schnell wieder geändert. (*Abg. Pfeifer: Hat der Klaus die Bauern empfangen: Ja oder nein? Er ist verschwunden!*)

Kollege Pfeifer! In Ihrer Zeitschrift wird den Bauern dann weiter empfohlen: Wählt euch doch bessere Bauernvertreter! Die Bauernbündler sind doch nichts! Wählt doch den Pfeifer (*Heiterkeit bei der ÖVP*), wählt doch den Fux und wählt doch den Tillian! Das sind die Bauernvertreter in der Zukunft, die euch vertreten werden! (*Neuerliche Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, war vor der Wahl 1970.

Nach der Wahl, Herr Bundeskanzler, haben Sie schon andere Töne ausgespuckt. Damals haben Sie erklärt: Vielleicht ist es doch möglich, daß sich einige Bauernbündler — so mit der Zuckerbrot-und-Peitsche-Methode — von uns überzeugen lassen und mit uns stimmen.

Anton Schlager

Sie haben — das war das Zuckerbrot — erklärt: Einige hundert Millionen Schilling werden wir den Bauern bewilligen, wenn sich der Bauernbund von der ÖVP abspalten würde. — Also das waren lauter Wunschräume.

Als das Zuckerbrot nichts genützt hat, Herr Bundeskanzler, sind Sie mit Drohungen gekommen (*Ruf bei der ÖVP: Mit der Peitsche!*), mit der Peitsche: Keine Verlängerung der Marktordnungsgesetze, sollten die bauerlichen Abgeordneten dem Budget nicht die Zustimmung geben! Sollten die Bauern im Zusammenhang mit dem Preistreibereigesetz die Zustimmung nicht geben, dann werden die Marktordnungsgesetze nicht verlängert!

Ich möchte fragen: Wo waren bei allen diesen Verhandlungen um die Belange der Bauern — hier sind Sie an die ÖVP herangetreten — die „guten“ Bauernvertreter Pfeifer, Tillian, Fux und so weiter? Die hätten sich doch in ihrer eigenen Partei durchsetzen müssen! — Nein, Junktims mit der ÖVP wurden geschaffen.

1971 haben Sie Wahlen durchgeführt, und Sie waren gut beraten, Herr Bundeskanzler: Sie haben die absolute Mehrheit erreicht. Aber dann ist es mit einem anderen Ton angegangen.

Zuerst gab es noch Zuckerbrot. In der Regierungserklärung heißt es:

„Das Ziel der Agrarpolitik der österreichischen Bundesregierung ist es, den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Standard der bauerlichen Menschen an jenen der anderen Bevölkerungsgruppen heranzuführen und jede Benachteiligung zu beseitigen.“

Der Herr Klubobmann Gratz hat damals hier eine Rede gehalten. Er hat staatsmännisch von Toleranz, von Demokratie, von der Berücksichtigung der Wünsche der Minderheiten und davon gesprochen, daß Sie immer wieder gesprächsbereit für alle Berufsgruppen sein werden. (*Abg. Kern: Wenn wir parieren!*) Ja, wenn wir parieren! (*Abg. Kern: Aber wehe, wenn wir nicht parieren!*)

Auch das hat sich sehr schnell geändert. Denn auf einmal sind dann die „Bauernräte“ installiert worden, nicht gewählte Vertreter, sondern nach dem Diktat ausgesucht: Leute, die Ihnen angenehm sind, die wurden herangezogen. (*Abg. Dr. Gruber: Da ist der Pfeifer wieder dabei!*) Ja, da ist er dabei. Hier wurde rücksichtslos die Macht der 93 Mandate eingesetzt.

Wir haben dann weiter Ihre „demokratische“ Gesinnung, Ihre „Toleranz“, Ihr „Verständnis“ kennengelernt bei der 29. ASVG-

Novelle. Das war doch eine „Toleranz“ vom Herrn Sozialminister: Die land- und forstwirtschaftlichen Sozialversicherungsinstitute müssen ausradiert werden! Da ist zuviel ÖVP-Einfluß! Im Zeichen der Demokratie werden die aufgelöst. Das sind Ihre Ansichten von Demokratie. (*Abg. Wielandner: Ihre haben wir heute schon gehört!*)

Mit ebensoviel „Toleranz“ wurde das Arbeitslosenversicherungsgesetz beschlossen. Ich kann mich noch erinnern, wie wir im Ausschuß ersucht haben: Gebt uns doch auf 14 Tage einen Unterausschuß! Wir wollen das Problem kennenlernen! Wir haben die nötigen Unterlagen nicht! — Nichts: Abgestimmt wird über das Arbeitslosenversicherungsgesetz! Obmann Horr hat erklärt: Kommt überhaupt nicht in Frage, abgestimmt wird, und wir setzen unseren Willen durch!

Die Einführung der Mehrwertsteuer ist genauso „demokratisch“ durchgeführt worden. Wo sind hier die Wünsche der Bauernschaft berücksichtigt worden? Wo hat man da auch nur in geringster Weise die Ansicht der Bauernschaft, unsere Meinung gehört und auch berücksichtigt? (*Abg. L a n c: Ein 40-Stunden-Unterausschuß war zu wenig?*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Welche massiven Preissteigerungen nur auf dem Düngerssektor bringt die Mehrwertsteuer für die Bauernschaft! Ich habe hier die Unterlagen.

Ein Betrieb von 30 Hektar mit einem Düngemittelbezug von 30.250 kg Kunstdünger hatte im Jahre 1972 41.505 S zu bezahlen. Dieselbe Menge Handelsdünger kostete im Jahre 1973 49.817,50 S. Das ist eine Kostensteigerung um 8312,50 S oder um 20 Prozent. (*Unruhe und Heiterkeit.*) Ja, Sie lachen darüber, Herr Kollege Tull, aber die Bauern lachen nicht darüber! (*Abg. Dr. Tull: Ich lache über etwas anderes!*) Hier sind Preissteigerungen von 20 bis 30 Prozent zu finden! (*Zustimmung bei der ÖVP. — Anhaltende Rufe und Gegenrufe zwischen ÖVP und SPÖ.*)

Ein anderer Betrieb mit 34 Hektar verbrauchte 65.950 kg Handelsdünger. Die Kosten betrugen im Jahre 1972 120.460 S. Im Jahre 1973 waren die Kosten 148.940 S. Das ist eine Kostensteigerung um 27,9 Prozent.

Und da wundern Sie sich, wenn die Bauern unruhig werden, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Selbstverständlich sind auch die Maschinenpreise gestiegen. Und selbstverständlich sind auch die Baukosten gestiegen.

Anton Schlager

Gleichzeitig, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben Sie seit August des Vorjahres eine Agrarpolitik durchgeführt, die den Bauern Beträge kostet, die in die Milliarden Schilling gehen, eine Agrarpolitik, die in letzter Konsequenz auch der Konsument spüren wird.

Ich darf darauf verweisen, daß auf das massive Betreiben des Herrn Landwirtschaftsministers im August des Vorjahres die vollständige Liberalisierung bei den Schweineimporten durchgeführt wurde. Eine Preissenkung bis zu 3 S war die Folge. Die Bauern mußten echte Verluste auf sich nehmen: 300 Millionen Schilling Verluste für die Schweinemäster! Im selben Zeitraum wurden 200.000 ausländische Schweine eingeführt, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Folge davon: Wir hatten im August um 20.000 Zuchtsauen mehr gezählt als ein Jahr vorher, aber im Dezember um 10.000 weniger. Die weitere Folge ist, daß im heurigen Sommer der österreichische Konsument das Schweinefleisch teuer bezahlen muß wie noch nie, und zwar auf Grund der schlechten Agrarpolitik Ihres Ministers! *(Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Kerl: Sehr richtig!)*

Neben all diesen Belastungen haben Sie auch noch die zusätzliche Erhöhung des Kriessengroschens um 10 Groschen gebracht. Auch hier Verluste von 200 Millionen Schilling.

Der „Österreich-Spiegel“ wurde heute schon zitiert. Darin wird aufgezeigt, daß es allen Berufsgruppen Österreichs besser geht: den jungen Menschen, den Alten, den Arbeitern und den Angestellten, den Pensionisten. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Nur stimmt es halt leider nicht!)* Herr Kollege Pfeifer! Wo bleiben denn die Bauern da drinnen? *(Abg. Pfeifer: Lesen Sie den Wirtschaftsbericht!)* Wo bleiben denn die Bauern? — Aha, ich weiß schon: Sie trauen es sich Ihren Wählern nicht einmal zu sagen, daß es den Bauern auch besser geht bei Ihrer Regierung. So schaut das aus!

Aber Sie haben ja auch eine Information für die Bauern herausgegeben. Ich habe sie hier liegen: „Tatsachen über die Landwirtschaft“. Ich nehme nur ein Beispiel — nur ein Beispiel — heraus. Ich fühle mich nämlich dadurch persönlich betroffen. Hier heißt es:

„Jene ÖVP-Bauernbündler, die jetzt die Angleichung der bäuerlichen Zuschußrente an die Bauernpension verlangen, haben diese Forderung nie vorher gestellt.“ *(Abg. Pfeifer: Sie haben keinen Antrag eingebracht!)* Ich fasse das als persönlichen Angriff auf.

Aber ich darf Ihnen ein anderes „Zitat“ aus dem stenographischen Protokoll vom 12. Dezember 1969 vorlesen. Hier heißt es:

„Alles das machen Sie mit einem Schlag, mit einer Ausnahme — das ist vom Kollegen Schlager schon gesagt worden — der LZVG-Rentenbezieher, die keine Ausgleichszulage haben, für diese werden wir in einer absehbaren Zeit eine Anpassung an die vollen Leistungen der Bauernpension durchführen.“

Wissen Sie, wer das gesagt hat? *(Abg. Pfeifer: Ich habe mich nie dagegen ausgesprochen!)* Der Herr Minister Häuser hat das erklärt, der heute sagt, die Bauern hätten kein moralisches Recht auf die Umwandlung der Zuschußrenten in eine Bauernpension! *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Wielandner: Sie haben seinerzeit gesagt, die Bauern wollen keine Pension!)*

Da kenne ich mich nicht mehr aus! Ist das eine Diffamierung? Herr Bundeskanzler! Ist das eine Diffamierung? Lesen Sie bittet! *(Bundeskanzler Dr. Kreisky: Warum schreien Sie denn so mit mir?)* Ja, ich kann leiser reden. Entschuldigen Sie bitte, Herr Bundeskanzler. *(Abg. Dr. Gruber: Sie haben auch in Schärding geschrien!)* Herr Bundeskanzler! Ich habe mich damals für die Zuschußrentner eingesetzt. In Ihrer sozialistischen Aussage heißt es: Nie habe sich ein Bauernbündler für die Umwandlung der Zuschußrenten eingesetzt. *(Bundeskanzler Dr. Kreisky: Wann ist das gekommen?)* Das ist jetzt vor drei Tagen gekommen. In Schärding wurde das ausgeteilt.

Ich hoffe, Herr Bundeskanzler, daß Sie bei unserer nächsten Aussprache das berichtigen. Ich hoffe, Sie haben Zeit für uns. *(Bundeskanzler Dr. Kreisky: Übermorgen! Ich habe immer Zeit!)* Sehr lieb, Herr Bundeskanzler! Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie wenigstens diese eine Aussage berichtigen würden und wenn Sie vor den Bauern, die ich zu vertreten habe, sagen würden: Dieser eine Punkt der Information für die Bauern stimmt nicht, hier hat der Schlager recht! Ich glaube, das wäre anständig! *(Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Dr. Mussil: Der Schlager hat immer recht! — Abg. Dr. Kohlmaier: Aber nur der Toni Schlager!)*

Herr Bundeskanzler! Wenn wir Ihnen das sagen, dann werden Sie böse, dann drohen Sie und dann diffamieren Sie uns sogar als Abgeordnete.

Herr Bundeskanzler! Ich bin sehr froh, daß Sie heute da hinten auf der Regierungsbank sitzen. Es ist nämlich das erste Mal, daß Sie hier Bauern zuhören. Sonst hätten Sie nämlich in Schärding nicht sagen können, die Abgeordneten sollen im Parlament reden und nicht draußen bei den Bauern. — Das haben Sie, Herr Bundeskanzler, gesagt! Sie hören uns

Anton Schlager

allerdings nie im Parlament, weil Sie nie herinnen sind. Das müssen wir auch ganz klar sagen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Sozialistischen Partei! Sie diffamieren nicht nur die bäuerlichen Abgeordneten, Sie diffamieren auch die Bauernschaft in der Öffentlichkeit, und zwar bewußt, wenn Sie da anführen, was die Bauern alles an Subventionen, was sie an Sozialunterstützungen kriegen. Dann heißt es: Schaut's, was wollt ihr, die Kinderbeihilfe kriegt ihr, die Gratisschulbücher kriegt ihr, die Schulfahrten kriegt ihr, und eine Milchsubvention kriegt ihr auch. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Und eine gute Luft haben sie auch!)* Auf die Frage, wem die Milchsubvention zugute kommt, hat der Herr Bundeskanzler selbst bei einer Anfrage keine klärende Antwort gegeben. *(Abg. Doktor Gruber: Weil er es nicht gewußt hat!)* Die Kinderbeihilfen und die Gratisschulbücher — kriegen das nicht alle Bevölkerungsgruppen? Warum wirft man das den Bauern besonders vor?

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man sagt dann weiter: Die Bauern kriegen 1 Milliarde Schilling an Pensionszuschlägen, an Zuschüssen des Staates. Herr Kollege Pfeifer! Und Sie spielen da auch mit. Haben Sie schon einmal den Arbeitern vorgeworfen, daß sie 6 Milliarden Schilling bekommen? Haben Sie das als Bauer schon einmal gemacht? Nein. Sie halten den Bauern vor, sie wären Schmarotzer der anderen, sie würden nichts arbeiten und würden sich von den anderen aushalten lassen. Das ist Ihre Diskussionsbereitschaft! *(Abg. Skritek: Das hat niemand gesagt!)* Nein, aber es klingt so, wenn man sagt: Sie bekommen Milliarden Schilling. — Und das ist das Unschöne! Man kann nicht nur einer Berufsgruppe soziale Zuschüsse des Staates vorwerfen. Das tut man nicht! Das müßte man für alle machen, aber nicht nur für eine. Das soll auch ganz klar gesagt werden!

Herr Bundeskanzler! Wenn wir als gewählte Bauernbundvertreter, als gewählte Bauernvertreter uns zur Wehr setzen, dann sprechen Sie von der „Brechung des Bauernbundmonopols“. Wir haben noch nie ein Monopol für uns in Anspruch genommen! Aber es ist eine Tatsache, daß in den verschiedensten Kammern zwischen 80 Prozent und 96 Prozent der Bauern in geheimer Wahl dem Bauernbund ihr Vertrauen schenken!

Herr Kollege Ulbrich! Haben Sie auch ein Monopol bei der Eisenbahn? Dort sind nämlich umgekehrte Verhältnisse! *(Abg. Ulbrich:*

Nein!) Wir auch nicht! Bei euch wird gewählt und bei uns auch. Daher setzen wir uns dagegen zur Wehr, wenn man uns den Vorwurf macht, wir besäßen ein Bauernvertretungsmonopol. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Das könnt ihr ganz leicht haben! Herr Bundeskanzler, geben Sie dem Pfeifer mehr Bewegungsfreiheit! Wenn der Pfeifer und wenn der Tillian und der Fux etwas bessere Bauernvertreter wären, so bin ich überzeugt davon, daß früher oder später die Sozialisten auch mehr bäuerliche Stimmen bekommen könnten. Aber bei Ihrer derzeitigen Agrarpolitik — na, da liegt bei den Bauern nichts drinnen. *(Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Zittmayr: Toni, sei nicht so grausam!)*

Herr Bundeskanzler! Sie sagten bei der Pressekonferenz unter anderem — ich weiß nicht, ob es heute noch stimmt; ich rechne es Ihrer damaligen Aufregung zu —, daß Sie Agenden der Förderung der Subventionen von den Kammern weg in die Gemeinde geben werden.

Herr Bundeskanzler! Ich möchte Sie fragen: Haben Sie mit dem Städtebund, haben Sie mit dem Gemeindebund in dieser Richtung bereits Verhandlungen geführt? Oder sind Sie der Meinung, daß die Bürgermeister draußen Ihre Lakaaien sind, die Ihre Aufträge ganz einfach durchzuführen haben? So, Herr Bundeskanzler, kann man es, glaube ich, nicht machen.

Abschließend möchte ich hier wirklich eine Warnung aussprechen. Ich möchte nicht drohen, sondern warnen. Ich möchte warnen vor der Entwicklung, die sich hier anbahnt. *(Abg. Herta Winkler: Verkehrt!)* Gnädige Frau! Ich habe alle Ursache dazu. Ich bin nämlich ein Leidtragender einer Politik, die durch Radikalisierung soweit gekommen ist, daß ich heute so dastehe.

Ich möchte diese Warnung wirklich aus voller Überzeugung hier aussprechen. *(Abg. Herta Winkler auf die Bänke der ÖVPweisend: Das sagen Sie dorthin!)* Nein! Da drüben bei Ihnen war heute ein Ton zu bemerken, der nicht tragbar ist. Wenn ich an die Ausführungen des Kollegen Blecha denke, dann muß ich sagen: Teufel, noch einmal! Da geht es schief in Zukunft! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Präsident: Herr Kollege! Die 20 Minuten sind schon überschritten.

Abgeordneter Anton Schlager *(fortsetzend):* Ein Wort noch!

Präsident: Bitte.

Abgeordneter Anton **Schlager** (fortsetzend): Abschließend möchte ich sagen: Herr Bundeskanzler! Ich möchte Sie wirklich bitten, ich möchte Sie ersuchen: Nehmen Sie die Probleme der Landwirtschaft nicht zu leicht! Die Bauern sind zurzeit in einer Unruhe, die nicht unberechtigt ist. (Abg. **Mondl**: Der Bauernbund ist in Unruhe! Das ist der Unterschied!) Die Einkommensverluste in den letzten Monaten sind für uns alle alarmierend.

Ich bitte Sie, Herr Bundeskanzler, vielmals: Setzen Sie Maßnahmen, die den Belangen der Bauernschaft Rechnung tragen. Wir alle wollen keine Radikalisierung. Ich auch nicht! Wenn Sie aber so weitermachen, können wir diese Radikalisierung nicht verhindern. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dr. Weihs.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Dr. **Weihs**: Herr Präsident! Hohes Haus! Zu den Äußerungen des Herrn Abgeordneten **Kern** darf ich folgendes bemerken:

Es liegt mir hier ein Antrag der Gärtnerbank Wien-Kragran an das Bundesministerium vor. Einreichende Dienststelle: Niederösterreichische Landwirtschaftskammer. Investitionssparte: Verbesserung der Wohn- und Wirtschaftsgebäude. Name: Frau Leopoldine Jedletzberger, Schwechat. Eigenbesitz 3519 m², Einheitswert 1968 29.500 S. Pachtfläche 10.560 m², Einheitswert 1968 44.250 S. Investitionen: Bau eines Wohnhauses. Laufzeit zehn Jahre. Gesamtkosten 909.819 S.; Kredit 411.000 S.

Darunter steht in Handschrift: „Telephongespräch Ing. Blecha“ — (Niederösterreichische Landwirtschaftskammer) —: „Antragstellerin ist Cousine des Herrn Präsidenten der Wiener Landwirtschaftskammer. Kein Einwand; Antrag wird befürwortet!“ (Abg. **Kern**: Wer hat das hineingeschrieben? Ich habe hier das Original von der Kammer!)

Meine Herren! Wenn Sie es sehen wollen: Hier steht es eindeutig! (Abg. **Fachleutner**: Wer hat das hineingeschrieben? — Abg. **Kern**: Wer ist das? Wer hat das im Ministerium hineingeschrieben?) Ein Herr, mit dem Herr Ing. Blecha telefoniert hat. (Abg. **Doktor Bauer**: Das ist schamlos! Nehmen Sie zur Kenntnis, daß ich mit dem Herrn Präsidenten Jedletzberger gesprochen habe! — Abg. **Kern**: Das ist nicht richtig, Herr Minister! — Abg. **Dr. Koren**: Falsch ist es! — Abg. **Kern**: Wer ist das? — Abg. **Dr. Kohlmaier**: Falschmeldung, Herr Minister!) Ich kann die Unterschrift leider nicht lesen, aber

Sie können von mir den Namen des Herrn haben, der mit Herrn Ing. Blecha von der Niederösterreichischen Landwirtschaftskammer gesprochen hat. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. **Dr. Bauer**: Schamlos ist das! — Abg. **Kern**: Unverschämt ist das! Wer ist dieser Herr?) Das ist nicht schamlos! Sie verdächtigen dann den Herrn des Ressorts, der mit Ing. Blecha gesprochen hat. (Weitere Zwischenrufe.) Hier steht eindeutig, daß dieser Herr mit dem Herrn Ing. Blecha von der Niederösterreichischen Landwirtschaftskammer gesprochen hat. (Neuerlicher Beifall bei der SPÖ. — Heftige Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)

Meine Herren! Ich darf Sie darauf hinweisen, daß das der Originalantrag in Photokopie ist.

Fall zwei: Es wurde hier von Ihnen behauptet, daß die Landwirtschaftskammer eine negative Stellungnahme abgegeben habe. Mir liegt hier ein Schreiben der Niederösterreichischen Landwirtschaftskammer vor. (Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. **Skritek**: Von Ihnen wird gebrüllt! — Abg. **Dr. Koren**: Sie behaupten falsche Sachen! — Abg. **Skritek**: Das Niederbrüllen können Sie! Das können Sie am besten! — Der Präsident gibt abermals das Glockenzeichen.)

Hier steht unter dem Betreff „Josef Weiss, Lasse“:

„Die Nö. Landes-Landwirtschaftskammer hat im Konsolidierungsfall Weiss Josef, Lasse eine Erhebung durchgeführt und gibt dazu folgende Stellungnahme.

Der Landwirt hat den Betrieb mit 240.000 S Schulden übernommen. Die Gebäude waren in einem sehr schlechten Zustand, sodaß ein Teil der Baulichkeiten neu errichtet und ein Teil adaptiert werden mußte. Um eine ordnungsgemäße Bewirtschaftung des Betriebes durchführen zu können, war es notwendig, Maschinen anzuschaffen, da zur Zeit der Übernahme fast keine Maschinen am Betrieb waren. Diese notwendigen Investitionen zwangen den Landwirt, normalverzinsliche Darlehen aufzunehmen. Einen Agrarinvestitionskredit konnte der Landwirt nicht erhalten, da der Einheitswert des Betriebes über der richtlinienmäßigen Höchstgrenze lag.

Die Schwiegermutter des Herrn Weiss war lange Jahre krank, es mußte viel an Arzt- und Krankenhauskosten gezahlt werden. Die Rückzahlungsverpflichtungen konnte der Landwirt nicht immer einhalten, weil er 1962/65/69 und 1971 Ertragsausfälle von 20 bis 40 Prozent durch Witterungseinfälle hatte.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihs

Der Genannte ist als fleißiger und tüchtiger Landwirt bekannt und die Nö. Landes-Landwirtschaftskammer ersucht das Bundesministerium, das Konsolidierungsansuchen positiv zu erledigen und die nachträgliche Einbeziehung in die Sparte A-1 mit 500.000 S zu bewilligen.“ (*Abg. Kern: Na und?*)

Was sagen Sie jetzt dazu, meine Herren? (*Abg. Dr. Gruber: Was soll da schlecht sein daran? Ich kenne mich nicht mehr aus! — Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Fall drei: Prohaska Erika, Maria-Anzbach. Eigenbesitz 0,8 ha, Einheitswert 552.000 S. Wohnhausneubau: 1,2 Millionen Schilling. Und jetzt, bitte, beachten Sie folgendes: Beantragt wurden einmal in einer Konsignationsliste der Kammer 300.000 S und in einer zweiten Konsignationsliste 320.000 S.

Zu Fall vier wurde hier behauptet, die Landwirtschaftskammer hätte den Antrag abgelehnt. (*Abg. Dr. Mussil: Was wollen Sie damit beweisen, Herr Minister?*) Name: Makoschitz Johann. Einheitswert 712.000 S. Es widerspricht dieser Ablehnung, die Sie behaupten, die Einreichung der Konsignationsliste 84 vom 7. September 1972 der Niederösterreichischen Landes-Landwirtschaftskammer, mit der dieser Antrag vorgelegt und um einen Kredit von 810.000 S angesucht wurde. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Gruber: Was soll das gewesen sein? — Bundesminister Dr. Weihs: Daß das, was Herr Abgeordneter Kern vorgebracht, falsch ist! — Abg. Doktor Gruber: Aber verleumdet haben Sie in der „AZ“!*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Hohes Haus! Ich bin dem Herrn Abgeordneten Schlager bei der Demonstration in Schärding begegnet. Ich habe dort sehr wohl verstanden — das muß ich nur zur Erklärung sagen —, daß er sich mit diesem Stimmaufwand verständlich machen mußte, weil er etwas weiter weggestanden war. Hier habe ich ihn ja leichter verstehen können. (*Abg. Dr. Gruber: Vielleicht haben Sie ihn auch verstanden, Herr Bundeskanzler! Hoffentlich haben Sie es nicht nur gehört, sondern auch verstanden!*) Herr Dr. Gruber! Ich bin Ende dieser Woche in Oberösterreich und werde sicherlich Zeit erübrigen, um mir von Ihnen das erklären zu lassen, was ich nicht verstanden habe. Ich stehe Ihnen gerne zur Verfügung. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich möchte dem Herrn Abgeordneten Schlager sagen, daß ich nach wie vor bereit bin, mit dem Landvolk ins Gespräch zu kommen. Ich

habe das immer praktiziert, und ich praktiziere das auch fast jede Woche. Nur bin ich der Meinung, daß es sich um ein Gespräch handeln soll, bei dem man weiß, worum es geht und bei dem man nicht angebrüllt wird, vor allem von den Funktionären des Österreichischen Bauernbundes.

Das ist das Problem. Man muß verstehen, was gesagt wird, und soll nicht angebrüllt werden. Daher habe ich jeden Respekt vor Demonstrationen, denn Demonstrationen sind eine Sache und Diskussionen sind eine andere Sache. Das müssen wir auseinanderhalten. (*Präsident Dr. Maleta übernimmt den Vorsitz.*)

Wenn ich damals gesagt habe, daß es viele Bauern am schwersten haben in Österreich, so bestreite ich das für sehr viele Bergbauern und kleine Bauern überhaupt nicht, und das ist auch der Grund, warum es in den Budgets 1970 und 1973 so beträchtliche Unterschiede gibt. Damals gab es insgesamt — wie Sie schon einmal gehört haben, es ist nicht sehr erfreulich für viele — 4,9 Milliarden Schilling, gegenwärtig gibt es 7,7 Milliarden Schilling im Budget für Zwecke, die letztlich der Bauernschaft zugute kommen.

Ich möchte noch immer nicht behaupten, daß es vielen Tausenden Landwirten, vor allem Bergbauern, sehr gut geht. Es lassen sich, meine Damen und Herren, in zweieinhalb Jahren nicht all die Fehler gutmachen, die eine verfehlte Agrarpolitik (*ironische Heiterkeit bei der ÖVP und Zustimmung bei der SPÖ*) jahrzehntelang angerichtet hat.

Was schließlich eine persönliche Bemerkung betrifft, nämlich über meinen Gemütszustand angesichts der Demonstration, so möchte ich dazu sagen, daß sich alle meine Freunde außerordentlich gefreut haben, daß ich wenigstens einmal einen richtigen Zorn bekommen habe. (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.*) Wissen Sie, worauf ich den bekommen habe? Nicht auf die Bauern, denn da bin ich sehr geduldig. Ich höre Demonstranten, auch sehr laut schreienden, oft lange zu. Ich gehe nämlich auch zu den VOEST-Arbeitern, wenn sie böse sind, zu den Ortstafelstürmern, wenn sie demonstrieren, und auch zu den Bauern, wenn sie demonstrieren. Ich habe noch nie ein Hintertürl am Minoritenplatz verwendet. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich habe das schon einmal gesagt, als wir in Opposition waren: Man muß auch zu den Menschen gehen, wenn man nicht die Garantie hat, daß einen die Jubelstürme umbrausen. Man muß auch hingehen, wenn es unangenehm ist. Wir sind hingegangen.

Bundeskanzler Dr. Kreisky

Aber eines, meine Herren, sollten wir vermeiden: Wir sollten versuchen, die Veranstaltungstermine so zu legen, daß wir einander nicht zu sehr stören. Es könnte sonst passieren — ich bin der letzte, der das haben will —, daß auf der einen Seite die sind, die demonstrieren, und auf der anderen Seite jene stehen, die dagegen demonstrieren, und dann kann das Ganze furchtbar unangenehm werden. Das sollten auch Sie bedenken und nicht immer damit rechnen, daß wir uns von manchem Ihrer Bauernbundfunktionäre in der unglaublichsten Weise beschimpfen lassen, wie das der Fall gewesen ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wissen Sie, was da war? Sie sitzen bei uns und vereinbaren ein Stabilitätsabkommen. In diesem wird vereinbart, daß es eine Kreditsperre geben soll. Und dann sind das dieselben Leute, die die Demonstration organisieren und verlangen, daß unverzüglich die AI-Kredite wieder aufgemacht werden. Das geht nicht; das widerspricht dem Wesen der Sozialpartner. *(Abg. Dr. Mussil: Wir haben immer eine flexible Handhabung! — Abg. Doktor Zittmayr: Das rächt sich aber auch!)* Da gilt das alte Wort von Bundeskanzler Raab: „Lieber am Tisch miteinander sitzen und reden, als auf der Gasse gegeneinander demonstrieren.“ Das ist ja das Geheimnis der Sozialpartnerschaft. Deshalb sage ich noch einmal: Halten Sie Ihre Vereinbarungen, die Sie mit unterschrieben haben, und dann werde ich keinen Zorn kriegen, meine Herrschaften! *(Abg. Dr. Gruber: Wo hat die Landwirtschaft unterschrieben?)* Das Stabilitätsabkommen ist von allen Sozialpartnern vereinbart worden. *(Abg. Dr. Mussil: Das stimmt nicht!)* Ja haben Sie Einspruch erhoben gegen die Kreditsperre? Hat irgendwer dagegen Einspruch erhoben? Das haben Sie nicht getan, aber Sie haben mit uns eine Vereinbarung beschlossen, wenn das auch niemand ... *(Abg. Dr. Mussil: Das stimmt nicht! Die Landwirtschaft hat nicht unterschrieben! — Abg. Dr. Gruber: Sie haben gesagt: „Unterschrieben“!)* Was stimmt nicht? Aber Sie haben zugestimmt, daß wir dieses Stabilitätsabkommen ... *(Heftige Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Wo haben Sie sich davon distanziert? *(Abg. Dr. Gruber: Sie haben gesagt „unterschrieben“, und das stimmt nicht!)* Sie haben es mit uns im großen und ganzen vereinbart, das stimmt. *(Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Jetzt richte ich an die österreichische Öffentlichkeit über dieses Haus hinaus die Frage, ob es nicht allgemeine Auffassung war, daß alle Sozialpartner der Stabilitätspolitik der Bundesregierung die Zustimmung gegeben haben. *(Abg. Dr. Mussil: Das hat damit nichts zu tun!)* Nein, haben Sie es nicht getan? *(Abg.*

Minkowitsch: Sie haben einen Vertrag unterschrieben, nicht wir!) Was ich unterschrieben habe, da können Sie sicher sein, daß, wenn das aus irgendeinem Grund nicht eingehalten wird, ich dafür Sorge tragen werde, daß es eingehalten wird. Die AI-Kredite gehören mit zu der Sperre, die wir vereinbart haben, und Sie haben das mitvereinbart. Außerdem gilt: Wer stillschweigt, stimmt eben zu; qui tacet consentire videtur. *(Heiterkeit und Zustimmung bei der SPÖ.)*

So möchte ich folgendes sagen: Es bleibt dabei, daß die AI-Kredite freigegeben werden, wenn wir zu neuen Vereinbarungen über die Kreditpolitik kommen. Das nehmen Sie gefälligst zur Kenntnis! *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Zu einer anderen Frage: Wenn gewisse Andeutungen gemacht werden ... *(Abg. Doktor Mussil: Minister Weihs soll die vielen Fälle zurücknehmen, die er gesagt hat!)* Herr Abgeordneter Mussil! Ich muß auch einmal reden dürfen! Kann ich jetzt, darf ich jetzt? Wenn hier sonderbare Andeutungen gemacht worden sind über die Veröffentlichung der Bezüge, bitte, das geschieht sowieso, veröffentlichen Sie alle Bezüge und schreiben Sie dazu ... *(Abg. Kern: Das hat der Sima gesagt!)* Sie meinen jetzt etwas anderes. Schreiben Sie dazu: wer alles sie mitbeschlossen hat, nämlich auch die Generalratsmitglieder Ihrer Seite haben das mitbeschlossen, und solche Siemandl können doch das nicht sein. *(Ruf bei der ÖVP: „Siemandl“!)* Solche Siemandl können das nicht gewesen sein. *(Weiterer Zwischenruf bei der ÖVP.)* Ich war immer der letzte, der sich über Namen lustig gemacht hat, aber bitte, wenn es Ihnen eine Freude macht, meine Herren, um 7 Uhr erlaube ich Ihnen alles.

Sie haben das alles zusammen beschlossen. Versuchen Sie sich jetzt nicht freizuspielen! Sie sitzen im Generalrat, und die Herren, die da in Betracht kommen, kennen Sie alle. Außerdem handelt es sich um eine Bank, die im höchsten Maße unabhängig vom Staat gehalten werden soll.

Schließlich möchte ich sagen: Ich habe nie Drohungen gegen die Bauernschaft ausgestoßen — für so töricht dürfen Sie mich nicht halten —, sondern ich habe lediglich gesagt: ein Monopol für die Vertretung der Bauernschaft, ich sagte es heute schon, gibt es nicht. *(Abg. Kinzl: Nein, das stimmt nicht!)* Ein Monopol gibt es nicht, auch die anderen hunderttausend Bauern und ihre Vertreter werden gehört werden! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich habe schon sehr entschiedene Worte über die Ausbreitung der Agrarbürokratie gesprochen, aber in Anbetracht der heutigen Umstände werde ich dazu bei einer anderen Gelegenheit gerne Stellung nehmen.

Bundeskanzler Dr. Kreisky

Daß man das System der Subventionierungen daraufhin überprüfen soll, ob es gerecht gehandhabt wird, dazu stehe ich auch heute, und das wird hoffentlich auch in der Zukunft in deutlichster Weise geschehen. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Der Herr Abgeordnete Kohlmaier hat von mir eine Antwort verlangt auf eine, wie ich glaube, mißverständliche Wiedergabe einer Äußerung des Herrn Landwirtschaftsministers in der „Südost-Tagespost“. *(Abg. Dr. Kohlmaier: „Kleine Zeitung“!)* Ja, in der „Kleinen Zeitung“ auch. Dazu möchte ich folgendes sagen: Es gereicht der „Südost-Tagespost“, einer Zeitung Ihrer Partei ... *(Ruf bei der ÖVP: „Kleine Zeitung“!)* Nein, lassen Sie mich jetzt davon sprechen. Hören Sie doch zu, dann werden Sie schon hören, daß ich mich nicht geirrt habe.

Die „Südost-Tagespost“ — und es gereicht ihr zur Ehre — hat am 2. 3. 1973 folgendes veröffentlicht: „Bundeskanzler Kreisky distanzierte sich gestern in einem Gespräch“ — schreibt die Zeitung — „mit der ‚Tagespost‘ von den Äußerungen von Landwirtschaftsminister Dr. Weihs zu den Bürgermeisterfragen in Graz (»Gegen die Arbeiter in den Betrieben wird schwer zu regieren sein«). Seiner Meinung nach beruhe diese Argumentation auf einem Mißverständnis, »wie immer dieses zustandegekommen sein mag«. Auch in dieser Frage müsse der demokratische Grundsatz gelten, daß einzig die Entscheidung der Wähler maßgeblich sei. »Jede Einmischung von anderer Seite halte ich für unvertretbar, auch die bloße Erwähnung ist im höchsten Maße unzumutbar«, sagte Dr. Kreisky.“

Wenn also der Herr Generalsekretär seine eigenen Zeitungen besser lesen würde, hätte er sich die Frage an mich erspart. Aber ich bin froh, daß ich das nun im Hohen Hause zu wiederholen in der Lage bin. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Gruber: Das hätte aber der Herr Minister Weihs auch sagen können!)* Der Herr Abgeordnete Kohlmaier hat ja mich gefragt, was ich dazu zu sagen habe, und ich habe ihn darauf aufmerksam gemacht, daß ich das unaufgefordert längst getan habe. *(Abg. Dr. Mussil: Minister Weihs hat seine Stellungnahme noch immer nicht zurückgenommen!)*

Was nun die Rundfunkfrage betrifft, so habe ich das Vergnügen, in der nächsten Fragestunde darauf im einzelnen einzugehen. Ich freue mich schon, dem Herrn Abgeordneten Glaser die von ihm gestellten Fragen beantworten zu können. *(Abg. Glaser: Das beruht auf Gegenseitigkeit!)* Wir haben ja eine starke Sympathie füreinander, wenn das auch manchmal nicht so deutlich im Hause zum

Ausdruck kommt *(Heiterkeit)*; aber gelegentlich bricht sie doch durch, außerhalb des Hauses wenigstens.

Ich möchte sehr deutlich sagen, daß ich selber immer erklärt habe — diese Äußerung von mir ist in den Archivalien des Rundfunkvolksbegehrens enthalten —, wenn über 800.000 Menschen ein Volksbegehren unterzeichnen, so kann man das nicht ignorieren. Das ist die Äußerung, die dort enthalten ist, und zu der stehe ich auch, die habe ich schon damals gemacht. *(Abg. Dr. Gruber: Das haben wir nicht gehört!)* Sie haben es nicht gehört; der Abgeordnete Blecha hat den vollen Wortlaut meiner Erklärung wiederholt. Meine Erklärung ist Ihnen dadurch leider entgangen. Die hat anders gelautet, sie war viel deutlicher, viel eindeutiger, und zu der stehe ich auch, Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier. Morgen werden Sie sie auch in der Zeitung, hoffe ich, lesen können.

Ich bin der Meinung, daß das heutige Gesetz dem Rundfunkvolksbegehren im wesentlichen Teil nicht entspricht. Das ist aber nicht nur meine Meinung, sondern das haben seinerzeit beide Oppositionsparteien in sehr eindrucksvoller Weise gesagt. Ich bin nun der Auffassung: Wenn ich eine Novellierung — weil das zu meinem Ressortbereich gehört — vorschlage und mich dabei einiger Persönlichkeiten bediene, so tue ich das auf Grund der Möglichkeit, die mir die Verfassung gibt, mich gutächtig beraten zu lassen. Die Verantwortung in der Wahl der Ratgeber liegt bei mir. Die Novelle muß ja ins Haus kommen, und dann liegt die ganze Entscheidung beim Haus. *(Abg. Dr. Mussil: Einen Regierungsrundfunk werden Sie nie bekommen!)*

Ich halte einen Regierungsrundfunk schon deshalb nicht für zweckmäßig, weil die Welt, in der wir leben, rund ist und — auch wenn es Ihnen jetzt Freude macht, so sage ich es trotzdem — weil sich eben in der Demokratie die Machtverhältnisse verändern. Es wäre im höchsten Maße unklug, für den Augenblick, aus der Situation des Augenblicks heraus, Gesetze zu machen, die einem unter Umständen einmal unangenehm sein können. Das ist eine alte Weisheit, die ich seinerzeit schon von meinem Lehrer Dr. Adolf Schärf mitbekommen habe, und daher sage ich das auch immer wieder meinen Freunden. Sie brauchen gar keine Angst zu haben! Ich bin der Meinung, daß dieses Gesetz so wie andere reformbedürftig ist. Das soll überprüft werden.

Und was Sie gemeint haben über die Dinge, die da letztlich überlegt werden können: Was weiß man, was da alles noch geschehen könnte, Herr Abgeordneter Kohlmaier! Warten Sie einmal die Novellierungsvorschläge

Bundeskanzler Dr. Kreisky

ab, dann wird sich vielleicht zeigen, daß es darüber auch eine sachliche Diskussion geben kann. Ich bin jedenfalls zuversichtlich und glaube, daß es gute Vorschläge geben wird. Allerdings müssen nicht alle Vorschläge dem Geschmack des Herrn Generalintendanten entsprechen. Das ist zuviel verlangt von mir, das bringen nicht einmal Sie zusammen, meine Herren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Abgeordnete Minkowitsch zum Wort gemeldet. *(Widerspruch bei der ÖVP. — Abg. Dr. Blenk: Als Redner!)*

Da ich das auf meinem Croquis stehen habe, habe ich das verlautbart. Wenn es gestrichen wurde, nehme ich das gerne zur Kenntnis.

Dann ist zum Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Pansi. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Pansi (SPÖ): Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine beiden Vorredner, die Abgeordneten Kern und Schlager, haben wieder einmal versucht, die Lage der Landwirtschaft als denkbar ungünstig hinzustellen. Die Beweise sind sie allerdings völlig schuldig geblieben, denn offizielle Zahlen nehmen sie nicht zur Kenntnis, sie stellen nur Behauptungen auf. Es ist überhaupt ihre Taktik, grundsätzlich offizielle Zahlen nicht zur Kenntnis zu nehmen. Sie nehmen es mit der Wahrheit nicht genau, sondern stellen hier vollkommen unrichtige Behauptungen auf. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Schwitter: Sie haben die Behauptung von der „Cousine“ aufgestellt! — Abg. Dr. Bauer: Die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt über die Cousine! Über die Cousine werden wir noch reden, Kollege Pansi!)*

Mir sind heute mittag die Unterlagen für die nächste Sitzung der § 7-Kommission — das ist bekanntlich die Kommission, die den Grünen Bericht erstellt — zugegangen, gerade zum richtigen Zeitpunkt. Unter diesen Unterlagen befindet sich auch das Kapitel Preise. Ich darf Ihnen nun einige Sätze aus diesem Kapitel vorlesen, und ich darf annehmen, Herr Präsident Minkowitsch, daß Sie endlich bereit sind, auch jetzt, während der sozialistischen Regierung, den Grünen Bericht zur Kenntnis zu nehmen, auch dann, wenn er für Sie günstig ist. Das ist ja das bedauerliche: Es ist für Sie günstig, und gerade deshalb wollen Sie ihn nicht zur Kenntnis nehmen. Wer soll das verstehen? Die Lage der Landwirtschaft entwickelt sich ausgezeichnet während der Zeit der sozialistischen Regierung, die Einkommen der Landwirtschaft steigen. Sie wollen das einfach nicht wahrhaben und stellen ununterbrochen andere Behauptungen auf.

In diesem Abschnitt heißt es — ich kann mich nur auf die wichtigsten Punkte beschränken —: „Dies insofern, als der Preis-Index der Betriebseinnahmen im Vergleich zum Jahr 1971 um 10,9 Prozent stieg, jener der Gesamtausgaben jedoch nur um 8,1 Prozent.“ Also eine Verengung der Preisschere, wie wir sie in der Vergangenheit kaum in diesem Ausmaß gehabt haben.

Es heißt dann im Bericht weiter: „Verfolgt man den langjährigen Trend der Preis-Indizes, dann ist zu erkennen, daß nur in wenigen Jahren eine Verringerung der Preisschere festzustellen war (1954/55, 1956/57, 1959, 1960).“ Während der ÖVP-Regierung ist also der günstige Zustand, den wir heuer beziehungsweise voriges Jahr zu verzeichnen gehabt haben, überhaupt nie eingetreten. Und dann, meine Damen und Herren, bringen Sie den Mut auf, ununterbrochen von einer schlechten Agrarpolitik zu sprechen. *(Abg. Dr. Zittmayr: Bringen Sie den Vergleich 1970 bis 1972, Herr Abgeordneter, und sagen Sie die volle Wahrheit!)* Ich werde Ihnen auch noch weitere Sätze vorlesen.

„Bei Frischmarktgemüse lagen die Preise ebenfalls zeitweilig spürbar über jenen des Vorjahres, so konnten für Paprika, Gurken und Tomaten sehr befriedigende Preise erzielt werden.“ *(Abg. Dr. Zittmayr: Für Gurken!)*

„Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß im Durchschnitt 1972 das Preisniveau der Obstbauerzeugnisse um ein Drittel höher lag als im vorjährigen Berichtszeitraum. Die Preise der Weinbauerzeugnisse haben sich ebenfalls weiterhin verbessert. Das trifft sowohl für Faßwein als auch für Trauben zu. Flaschenweine hingegen zeigten eine etwas gedämpftere Preisentwicklung.“ *(Abg. Doktor Zittmayr: Da schau her!)*

„Im Vergleich 1971 zu 1972 vermerkten insgesamt betrachtet somit die Preise pflanzlicher Erzeugnisse eine für die Produzenten durchgehend vorteilhafte Entwicklung.“

Im Bereich der tierischen Produktion waren für die Rinderpreise nicht unbeträchtliche Verbesserungen zu vermerken. Nicht nur bei Zuchtvieh war 1972 generell eine deutlich steigende Preistendenz festzustellen, auch die Preise für Schlachtstiere, Schlachtkühe und Schlachtkälber lagen deutlich über jenen des Jahres 1971. Somit war die Lage am Rindersektor durch eine bemerkenswerte preismäßige Aufwärtsentwicklung gekennzeichnet.“

„Die bei Schweinen angespannte Marktlage kam den Landwirten in Form stark gestiegener Preise zugute. So verteuerten sich im Ver-

6582

Nationalrat XIII. GP — 69. Sitzung — 4. April 1973

Pansi

gleich zu 1971 die Zuchtschweine im Durchschnitt um rund 23 Prozent, Mastschweine um nahezu 13 Prozent und Ferkel um fast 39 Prozent."

Dann heißt es weiter: „Die vorstehend erläuterten Gegebenheiten lassen zusammenfassen, daß sich vergleichsweise zu 1971 der Preis-Index land- und forstwirtschaftlicher Produkte im Jahre 1972 um durchschnittlich nahezu 11 Prozent zu verbessern vermochte und demnach ein für die heimischen Betriebe günstiges Bild ergab."

Das, Herr Präsident Minkowitsch, sind die offiziellen Zahlen. Ich darf nur darauf verweisen, daß Sie seinerzeit ungeheuer stolz auf das Landwirtschaftsgesetz und auf den Grünen Bericht waren. Sie haben das als einen riesigen Erfolg gefeiert. Und heute, wenn Ihnen der Grüne Bericht günstige Zahlen liefert, wollen Sie das nicht zur Kenntnis nehmen und zweifeln diese Zahlen an.

Ich darf noch einmal wiederholen, was ich schon einmal festgestellt habe: Die gleichen Beamten erstellen die Unterlagen, die gleichen Voraussetzungen gelten, wie sie für die Erstellung des Grünen Berichtes seit jeher gegolten haben. Aber Sie wollen heute mit aller Gewalt beweisen, daß die sozialistische Agrarpolitik schlecht sei, weil Sie einfach nicht ertragen können, daß die Sozialisten eine bessere Agrarpolitik betreiben, als Sie sie in Ihrer Zeit betrieben haben. *(Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Mussil: Aber die Inflationsrate dürfen Sie nicht ganz vergessen, Herr Kollege Pansi!)*

Aber auch noch etwas anderes ist sehr interessant: In der ersten Zeit waren in der § 7-Kommission maßgebende ÖVP-Mandatare vertreten: der Präsident Griebner, der langjährige Präsident der Obmännerkonferenz; Präsident Gruber, langjähriger Präsident der Landwirtschaftskammer für Kärnten; Präsident Diwold, langjähriger Präsident der Landwirtschaftskammer für Oberösterreich. Die Herren haben immer sehr intensiv am Zustandekommen des Grünen Berichtes mitgewirkt. Aber was ist nun eingetreten seit dem Ausscheiden dieser prominenten Agrarpolitiker der ÖVP? Es sind dann nachgerückt der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr, der sich ja sehr stark engagiert in der Agrarpolitik, der Herr Abgeordnete Deutschmann, Bauernbundobmann in Kärnten. Aber die Herren haben es vorgezogen, in kürzester Zeit wieder aus der § 7-Kommission auszuschcheiden und dort nicht mehr mitzuwirken. Es ist auch völlig klar, warum: In der § 7-Kommission, wo Fachleute zusammensitzen, könnten Sie mit Ihren demagogischen Äußerungen und mit Ihrer

demagogischen Agrarpolitik nicht zurechtkommen und Sie könnten dann hier nicht so polemisieren gegen den Grünen Bericht, wenn Sie ihn selber mitbeschlossen hätten. *(Zustimmung bei der SPÖ.)* Das ist der einzige Grund dafür, daß Sie nicht bereit sind, dort mitzuarbeiten. *(Abg. Dr. Zittmayr: Herr Abgeordneter Pansi, darf ich sagen: Ich bin als stellvertretender Kammeramtsdirektor von Oberösterreich in der § 7-Kommission!)*

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, reden Sie doch nicht davon, daß Sie die Zusammenarbeit wollen und die Sozialisten keine Zusammenarbeit wünschen, denn dort ist die Möglichkeit zusammenzuarbeiten, dort wird dargestellt, wie die Lage der Landwirtschaft ist, und dort werden seit jüngster Zeit auch die Richtlinien für die Verwendung der Mittel beschlossen. Aber Sie haben kein Interesse, an einer sachlichen Agrarpolitik mitzuwirken! *(Abg. Dr. Zittmayr: Sie haben doch das Verzeichnis der Mitglieder der § 7-Kommission!)* Aber ich sehe Sie bei keiner Sitzung! *(Abg. Dr. Zittmayr: Ich bin ja Stellvertreter!)* Aber Sie sind bei keiner Sitzung! Sie waren zuerst Mitglied, und jetzt sind Sie es nicht mehr. *(Abg. Dr. Zittmayr: Ich war zuerst Stellvertreter von Griebner, und jetzt bin ich Stellvertreter von Handlbauer!)* Warum gehen Sie denn als Abgeordneter nicht hinein in die Kommission? Wer verwehrt Ihnen das? Die Vorschläge werden von der Präsidentenkonferenz gemacht. Aber Sie haben kein Interesse an einer sachlichen Agrarpolitik, meine sehr verehrten Herren. Das ist der Grund, warum Sie dort nicht hingehen und nicht hingehen wollen.

Und nun, meine sehr verehrten Herren, doch auch einiges zu den Äußerungen des Herrn Abgeordneten Schlager. Er hat es ja vorgezogen, wegzugehen und nicht zuzuhören, wenn andere reden. *(Ruf bei der ÖVP: Er muß ja auch einmal essen!)*

Ich darf zunächst einmal feststellen, daß den Selbständigen in der Landwirtschaft selbstverständlich die Zuwendungen, die sie im Rahmen der sozialen Sicherheit erhalten, niemand neidet. Wäre das der Fall, dann würden wir diese großen Zuwendungen nicht erbringen. Aber es kommt doch darauf an, was die betreffende Berufsgruppe selber leistet.

Und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, muß Ihnen auch gesagt werden: Da gilt das Argument nicht, Herr Präsident Minkowitsch, daß die Zahl der Beschäftigten immer weiter zurückgeht und daher jene der Beitragszahler immer geringer und jene der Präsidenten immer mehr werden. Erstens

Pansi

stimmt es deshalb nicht, weil ihr Beitrag nach dem Einheitswert berechnet wird. Der Einheitswert ändert sich nicht, auch wenn in den Betrieben weniger Leute beschäftigt sind. Also daher stimmt Ihr Argument nicht.

Zum zweiten kommt es darauf an: Wie hoch ist der Beitrag, den die einzelnen leisten? Und hier ein Vergleich: Die Dienstnehmer leisten im Jahre 1973 im Durchschnitt einen Pensionsversicherungsbeitrag von 12.678 S. Die Selbständigen in der Landwirtschaft werden einen Durchschnittsbeitrag von 3335 S oder rund ein Viertel eines Dienstnehmers leisten. Das ist der große Unterschied! Dabei sind aber die Einkommen der Landwirtschaft im Durchschnitt bei weitem nicht um so viel geringer als die Einkommen der übrigen Berufsgruppen. Das beweist uns ja auch der Grüne Bericht. Ja, ich möchte behaupten, sie sind überhaupt nicht schlechter als die Durchschnittseinkommen der übrigen Berufsgruppen, denn sie haben sich in der letzten Zeit ausgezeichnet entwickelt.

Ein Familienangehöriger, der zweifellos ein vollwertiger Landarbeiter ist, denn sonst würden Sie ihn ja nicht behalten, leistet jährlich einen Beitrag von 1710 S oder rund ein Viertel eines übrigen Dienstnehmers.

Sehen Sie, das ist die entscheidende Frage: Wieviel sind Sie bereit selber aufzubringen? Wenn es darum geht, eigene Leistungen zu erbringen, sei es, was es wolle, haben Sie taube Ohren, da wollen Sie nichts davon hören, daß auch Sie entsprechende Leistungen erbringen sollen, wenn Sie Gegenleistungen haben wollen. (Abg. Hietl: Herr Abgeordneter Pansi! Wenn das Einkommen so gut ist bei der Landwirtschaft, wieso laufen dann ständig so viele davon? Erklären Sie mir das!) Lieber Herr Kollege! Dann schauen Sie sich die Entwicklung woanders an! Das ist doch eine Frage der Struktur! Das wissen Sie doch auch! (Zustimmung bei der SPÖ.) Und wenn Sie es nicht wissen: Es ist äußerst bedauerlich, daß es die Struktur ist. In der gewerblichen und in der industriellen Wirtschaft ist es so, daß man natürlich die Betriebe ohneweiters ausweiten kann, um die neuen leistungsfähigen Maschinen verwenden zu können. Und bei Ihnen ist es so, daß natürlich auch leistungsfähige Maschinen da sind, aber sie können nicht ausgenützt werden, weil der Betrieb viel zu klein ist. Das ist doch in erster Linie die Ursache! Aber darüber wollen Sie sich ja nicht den Kopf zerbrechen! Sie legen ja Wert darauf, daß möglichst viele Bauern erhalten werden, damit Sie die Unruhe und die Unzufriedenheit schüren können, wie Sie das in reichlichem Maße tun! (Abg. Hietl:

Das sind Unterstellungen, Herr Abgeordneter Pansi!)

Und nun auch zu den Leistungen aus dem Familienlastenausgleichsfonds, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dort gilt das gleiche. Niemand ist Ihnen das neidig. Aber die Mittel müssen doch aufgebracht werden. Sie leisten insgesamt 68 Millionen Schilling, und 1,8 Milliarden Schilling nehmen Sie heraus. (Abg. Dr. Halder: Das ist doch nicht wahr! — Abg. Dr. Leitner: Das stimmt doch nicht!) Und wissen Sie, wie diese Mittel aufgebracht werden? Sie werden zum weitaus größten Teil aufgebracht durch einen Lohnverzicht der Dienstnehmer von 6 Prozent. Also die Dienstnehmer leisten Ihnen diese ganzen Leistungen aus dem Familienlastenausgleichsfonds! (Zustimmung bei der SPÖ.) Herr Kollege Minkowitsch, wenn Sie den Kopf schütteln, dann haben Sie keine Ahnung von den Dingen, das muß ich Ihnen leider sagen! Dann lassen Sie sich von Ihren Sozialpolitikern beraten! Denn das ist die Masse: der 6 Prozent-Lohnverzicht der Dienstnehmer. (Abg. Minkowitsch: Weshalb ich den Kopf schüttle, werden Sie doch mir überlassen!) Das dürfen Sie tun. Aber dann kennen Sie die Zusammenhänge nicht, das nehmen Sie zur Kenntnis, wenn Sie bezweifeln, daß das, was ich Ihnen gesagt habe, richtig ist. (Abg. Minkowitsch: Sie sind ein Hellseher!)

Und nun doch auch einiges zu den Landwirtschaftskammern, weil Sie sich dagegen verwahren, daß zu den Landwirtschaftskammern etwas gesagt wird.

Es ist außerordentlich bedauerlich, daß der ÖVP-Bauernbund die Landwirtschaftskammern ausschließlich als seine Einrichtungen betrachtet und sie zu Erfüllungsgehilfen für seine politischen Ziele herabwürdigt. (Abg. Doktor Haider: Das ist doch Unsinn!)

Wenn man sich die Sendungen der Landwirtschaftskammern anhört — und heute früh war das wieder der Fall, Herr Abgeordneter Dr. Halder —, dann ist es nichts anderes als ununterbrochene Hetze gegen die sozialistische Regierung. (Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Zittmayr: Was macht die Arbeiterkammer?) Ja schauen Sie sich die Sendungen an, Sie werden in den Sendungen der Landwirtschaftskammern nie etwas vom Überschußproblem hören. Sie werden nie etwas von der Strukturverbesserung in den Sendungen hören. Sie werden nie etwas davon hören, wie die Produktion gelenkt werden soll, damit sie marktgerecht ist. Das hört man dort nicht, sondern ununterbrochene Hetze gegen die sozialistische Regierung.

6584

Nationalrat XIII. GP — 69. Sitzung — 4. April 1973

Pansi

Und was auf diesem Gebiet gilt, meine sehr verehrten Damen und Herren, gilt auch zu einem erheblichen Teil für die Förderungen. Sie schreien fürchterlich auf, wenn solche Fälle aufgezeigt werden, aber ich darf Ihnen einen Fall nennen — er liegt etwas weiter zurück — aus meiner persönlichen Erfahrung.

Bevor in Kärnten die Landarbeiterkammer errichtet worden ist, ist die Förderung des Eigenheimbaues über die Landwirtschaftskammer gegangen. Als die Kammer errichtet worden ist, haben wir die unfertigen Akten übernehmen und weiterbearbeiten müssen.

Unter anderem finde ich einen Akt eines Forstarbeiters dabei, in dem steht — von der Bezirksbauernkammer aufgenommen —: „ist nicht förderungswürdig“. Wir haben das natürlich einer Erledigung zuführen müssen. Der Vermerk „ist nicht förderungswürdig“ war keine Begründung, damit kann man dem Förderungswerber keine Antwort geben.

Ich bin selber zu dem Forstarbeiter hingefahren — ein Forstarbeiter der Osterreichischen Bundesforste —, ich habe sogar noch den Namen im Kopf, er heißt Hoffmann und ist an der Schattseite des Millstättersees zu Hause, in der Nähe Ihrer Heimat, Herr Präsident, oder Ihres Geburtsortes, in Großegg; ich kann Ihnen auch noch den Ort dazu sagen. Und was stelle ich fest: sein Leben lang ein Forstarbeiter, hat voll und ganz die Voraussetzungen für die Förderung erfüllt. Ich bin der Sache nachgegangen. Er war sozialistisches Parteimitglied und daher „nicht förderungswürdig“.

So wird Förderungspolitik betrieben. Wir haben dann den Antrag selbstverständlich dem Ministerium vorgelegt, damals einem ÖVP-Landwirtschaftsminister. Ohne Anstand hat selbstverständlich auch dieser Forstarbeiter die Beihilfe zum Eigenheimbau bekommen. Aber er war „nicht förderungswürdig“ bei der ÖVP, weil er ein Sozialist gewesen ist. So wird auf Ihrer Seite von der sogenannten unabhängigen Interessenvertretung Parteipolitik betrieben.

Und nun aber einiges auch zum Kammerapparat selbst. Ich habe mir vor einigen Jahren — es war schon 1968, es liegt etwas zurück — einmal die Mühe gemacht festzustellen, wie viele Beschäftigte wir in den Arbeiterkammern haben und wie viele Beschäftigte wir bei den Landwirtschaftskammern haben. Es ist wohl unbestritten, daß die Zahl der Kammerzugehörigen bei den Arbeiterkammern ungleich größer ist als bei den Landwirtschaftskammern. Bei den Arbeiterkammern waren zum damaligen Zeit-

punkt 873 Beschäftigte einschließlich der großen Bibliotheken, über die die Arbeiterkammern verfügen, in den Landwirtschaftskammern waren damals 2600 Angestellte zu verzeichnen, also mehr als dreimal so viel wie in den großen Arbeiterkammern. (Abg. Deutschmann: Herr Präsident! Wo war das?)

Nun aber eines: Die Arbeiterkammern kriegen keinen einzigen Groschen Subvention von der öffentlichen Hand. Aber den weitaus größten Teil der Personalkosten der Landwirtschaftskammern bezahlt der Bund und bezahlen die Länder. Das ist der große Unterschied.

Es können sich jetzt — und das behaupten Sie ununterbrochen auch selber, und das ist auch richtig — die Selbständigen in der Landwirtschaft vermindern noch und noch. Wenn Sie glauben, auch der Apparat vermindert sich und paßt sich den geänderten Verhältnissen an, dann ist das ein gewaltiger Irrtum. Der Apparat der Landwirtschaftskammern wird immer größer. Die andern bezahlen es, und daher kann man es sich ja leisten. (Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Und wenn nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, von unserer Seite gesagt wird: Hier wird man nicht auf die Dauer zusehen können, daß Ihnen die sozialistische Regierung für die Aufrechterhaltung des Kammerapparates Hunderte Millionen Schilling zur Verfügung stellt, und Sie damit nichts anderes tun, als gegen die sozialistische Regierung zu hetzen, dann schreien Sie auf, dann wollen Sie nichts davon wissen.

Aber glauben Sie, so kann man auch Politik machen? Glauben Sie, daß wir uns das auf die Dauer gefallen lassen können, daß wir Ihnen Hunderte Millionen Schilling zur Verfügung stellen, damit Sie dann noch mehr Möglichkeiten haben, ununterbrochen gegen die sozialistische Regierung loszugehen? (Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Doktor Halder: Was wollen Sie ändern? — Abg. Dr. Fischer: Kollege Leitner, sehr dringend war die Anfrage nicht!)

Präsident Dr. Maleta (das Glockenzeichen gebend): Am Wort ist der Abgeordnete Pansi.

Abgeordneter Pansi (fortsetzend): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich persönlich — und ich komme ja auch aus dem ländlichen Gebiet — bedauere es außerordentlich, daß eine so rücksichtslose Hetze gegen die sozialistische Regierung von den Bauernfunktionären betrieben wird. (Beifall)

Pansi

bei der SPÖ.) Sie hätten nicht den geringsten Grund dazu, weil die sozialistische Regierung auch für den Bauernstand stets das größte Verständnis bewiesen hat. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Deutschmann: Wo?)*

Wenn ich so die Zeit meiner Tätigkeit im öffentlichen Leben — und es sind nun auch schon zwei Jahrzehnte — an mir vorüberziehen lasse, dann kann ich die Bauernpolitik nur mit jener Zeit vergleichen, als die KP unter dem Mantel der Besatzungsmacht ununterbrochen eine Hetze sondergleichen gegen den Staat Österreich betrieben hat. Das ist der beste Vergleich. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Minkowitsch: Schämen Sie sich! Uns ein zweites Mal mit der KP zu vergleichen!)* Ja, wohl, das tue ich. *(Abg. Minkowitsch: Wissen Sie, was Sie sagen?)*

Präsident Dr. Maleta *(das Glockenzeichen gebend)*: Die Redezeit, Herr Abgeordneter Pansi, ist überschritten.

Abgeordneter Pansi *(fortsetzend)*: Ich war während der Kärntner Landtagswahl in einer Reihe von ländlichen Gebieten bei Versammlungen. Ich muß Ihnen sagen: Ich war geradezu entsetzt, mit welchem Haß dort unsere Bauernvertreter gegen die Sozialisten zu Felde gezogen sind. Ich warne Sie, eine solche Politik weiter zu betreiben, Sie werden das Ergebnis selber einmal ernten. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Minkowitsch: Peinlich! — Abg. Gratz: Die ÖVP hat schon wieder Klubstärke erreicht! — Abg. Minkowitsch: Reden wir von etwas anderem!)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Ulbrich. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Ulbrich (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Damen und Herren! Ich wurde heute einige Male vom Herrn Generalsekretär Dr. Kohlmaier zitiert und angesprochen. Ich glaube, daß ich eine Verpflichtung habe, ihm auf seine Ansprache auch eine Antwort zu geben.

Er sprach gegenüber dem Herrn Bundeskanzler über die Frage, ob die Demokratie bei ihm beziehungsweise bei uns in guten Händen sei. Wie wir mit der Demokratie umgehen, das sei eine besondere Gefahr, eine Situation, die nicht vorteilhaft sei für das österreichische Volk.

Ich bin einer jener Menschen, die in der Ersten Republik aufgewachsen sind, ich kenne die Ereignisse um den Zusammenbruch dieses Landes. Ich ging auch durch die Hölle des Faschismus als revolutionärer Sozialist in der Illegalität. Und ich glaube, allein das Bekenntnis, das unsere Bewegung zur Demokratie

abgegeben hat auf Grund der Sorgen und Leiden, die meine Freunde und Genossen in diesem Zeitraum erlitten haben, müßte Ihnen die Gewähr dafür geben, daß Demokratie in unseren Händen in einem sicheren Hort steht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich persönlich nehme keinen Anstoß an Bildern, ich nehme keinen Anstoß an Erinnerungen. Entscheidend ist, ob man bei diesen Bildern und bei dieser Vergangenheit die Jugend, die hinter uns kommt und heute oder morgen diese Bänke besetzt, in Toleranz und Freiheit der Meinungsäußerung erzieht.

Man soll nicht sagen, daß der eine der erste war, der für die Freiheit Österreichs starb. Dann könnten wir sagen, daß der erste Mann, der politisch getötet wurde, Franz Schuhmeier hieß. Ich reiße keine Wunden auf. Ich bin ein Freund der Toleranz. Ich bin auch ein Freund des politischen Streites, aber wir lehnen es als Sozialisten ab, politische Auseinandersetzung ins Persönliche zu übertragen; denn das ist der Tod der Demokratie, das bedeutet Leiden unseres Volkes. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich erinnere Sie an die Rede des Präsidenten Kunschak vom 9. Februar 1934 im Wiener Gemeinderat, wo er im Schlußwort gesagt hat: Überlegen wir, denken wir nach, ehe wir „an Gräbern stehen und weinen“.

Ich bitte Sie, von der rechten Seite, entschuldigen Sie Emotionen unserer Jungen. Wir müssen sie Ihrer Jugend entschuldigen. Dann, glaube ich, finden wir einen Weg.

Für uns ist Renner, Körner, Schärf ein Mann, für Sie mag es Dollfuß sein, da mögen unsere Auffassungen verschieden sein; ich kritisiere Sie nicht. Ich bitte nur um eines: Erziehen Sie den Nachwuchs so, wie wir die Verpflichtung haben, im Sinne der Demokratie, im Sinne der freien Meinungsäußerung und im Sinne der politischen persönlichen Freiheit! Dann, glaube ich, können wir hier unsere Auseinandersetzungen führen. *(Allgemeiner Beifall. — Abg. Dr. Withalm: Ich hoffe, daß sich Dr. Fischer das, was Sie jetzt gesagt haben, besonders zu Herzen nimmt!)*

Ich spreche hier für meine jungen Freunde in meiner Partei, und ich spreche für die jungen Menschen in Ihrer Partei. Wenn Sie Ihre Menschen entsprechend erziehen, dann auch wir unsere. Wenn man aber hier herausgeht — und ich bitte, das nicht als Anklage oder Beleidigung zu empfinden — und ununterbrochen erklärt, die Demokratie Österreichs sei in Gefahr, weil die sozialistische Regierung die Geschäfte führt, dann kann es

6586

Nationalrat XIII. GP — 69. Sitzung — 4. April 1973

Ulbrich

vorkommen, daß jemandem das Gefühl überschäumt und dann eine Aussage kommt, die uns alle miteinander unter Umständen nicht freut. Entschuldigen Sie das. Ich spreche über meine jungen Freunde, sprechen Sie für Ihre. (Abg. Dr. Withalm: Gestern war von der „Demokratiegefährdung“ die Rede beim Rechnungshofbericht!) Ich spreche von heute und nicht von gestern, Herr Vizekanzler außer Dienst. Und ich sage noch etwas dazu.

Ich erinnere mich, daß ich im Frühjahr 1966 einmal hier stand und Ihnen eine Diskussion zwischen Pittermann und Ihnen in Neuwaldegg vorhielt, wo ich damals am Schluß folgendes sagte — ich will das nicht wiederholen, weil das damals ebenfalls zu einem Auszug Ihrer Fraktion geführt hat —: Wir können verzeihen, aber verlangen Sie doch nicht, daß wir unsere Opfer vergessen, wir verlangen es von Ihnen auch nicht! — Nur dann, wenn wir nach diesem Satz unsere Arbeit leisten, können wir zu einem Erfolg kommen.

Man spricht von Demokratie, von persönlicher Freiheit. Ich habe hier eine Pressemeldung, „Vorarlberger Nachrichten“. Diesen wird niemand nachsagen können, sie seien ein sozialistisches Leitblatt.

„Ein unglaublicher Vorfall ereignete sich gestern abend im Anschluß an eine öffentliche Gemeindevertretungssitzung im ‚Kronen-Café‘ in Hörbranz.“

Sie können mir nicht sagen, daß in Hörbranz vielleicht eine sozialistische Gemeindevertretung beisammen saß. Man spricht so gerne von der Pressefreiheit, vom Schutz der Journalisten. Wenn aber einer dieser Journalisten nicht in Ihre politische Situation hineinpaßt, dann kann folgendes passieren: daß man bei Beginn der Diskussion dem Berichterstatter der „Vorarlberger Nachrichten“ das Tonband weggenommen hat und ihn, noch ehe die entscheidende Diskussion im Gange war, aus dem dortigen Versammlungslokal hinausführte. Wo ist denn hier die richtige Einstellung, der persönliche oder der innere Kern einer demokratischen Auffassung?

Sie schreiben in Ihrer Zeitung — und ich glaube, das ist die Ihre —, „ÖAAB-Nachrichten Freiheit“, auf der zweiten Seite unter dem Titel „Die Rechte des einzelnen“ — ich nehme einen Teil heraus —:

„Bundesparteiobermann Dr. Schleiner sprach sich vor der Landesobmännerkonferenz für eine aktive Arbeitnehmerpolitik der Volkspartei aus, bei deren Gestaltung dem ÖAAB im Rahmen unserer sozialen Integrations-

politik eine überaus wichtige Rolle zukommt und deren Ziel es sein muß, die Lebensqualität auch am Arbeitsplatz zu verbessern.

„Wir wollen nicht wie die SPÖ mehr Macht für die Betriebsräte und Eingriffsrecht von betriebsfremden Funktionären, sondern ein Maximum an Mitsprache und Mitgestaltungsmöglichkeit für den einzelnen Arbeitnehmer an seinem Arbeitsplatz.“

Ich darf Ihnen als Vertreter der Eisenbahner und als Vorsitzender des Zentralausschusses der Personalvertretung der Eisenbahner sagen: Die Bundesbahnverwaltung ist froh, daß wir ein derartiges Mitsprache- und Mitentscheidungsrecht besitzen, denn ohne das Opfer der Eisenbahner, ohne ihre Leistung von 1945 bis heute, würde die österreichische Wirtschaft in ihrer verkehrspolitischen Situation wesentlich anders aussehen. Bedenken Sie daher, wenn Sie von Mitbestimmung und Mitsprache reden, daß es Mitverantwortung für die dortigen Dienstnehmer ist und daß manches, was in den Zeitungen zu lesen ist, falsche Propaganda, falsche Darstellung ist, nur aus der Meinung heraus, man könne den Arbeitern das Recht der Mitentscheidung nicht geben. Wenn es um die Sicherung der Arbeitsplätze geht, dann, glaube ich, ist eine Berechtigung gegeben: wenn es um die Führung von Betrieben geht, dann sollen sich Unternehmer und Dienstnehmer zusammenfinden. (Beifall bei der SPÖ.)

Sie sind so für das Recht, Sie sprechen so von Begeisterung für die Menschen, für den einzelnen. Ich habe hier den Dienstvertrag, abgeschlossen zwischen der Bergbahn Aktiengesellschaft Kitzbühel als Dienstgeber einerseits und einem Mann, ich nenne den Namen nicht, weil ich gelernt habe, daß man die Namen nicht nennen soll. Stimmt das, Robert? (Abg. Graf: Unbedingt!) Na bravo.

Ich bitte die Kollegen von der rechten Seite, etwas zuzuhören, denn man wird mir nicht nachsagen können, daß die Kitzbüheler Bergbahn AG eine Mehrheit sozialistischer Natur hätte. Da heißt es auf Seite 4 im Absatz 9 folgendermaßen: „Während des Dienstes hat sich der Betriebsleiter jeder wie immer gearteten politischen Tätigkeit zu enthalten.“

Ich könnte Ihnen von seiten der ÖBB und Ihrer Parteifreunde ein anderes Lied singen. Wir sind da gar nicht so heikel. Na, wenn er ein Schwarzer ist und eine Meinung hat, na hat er sie. Und wenn er in der Kärntner Straße etwas zu sagen hat, dann soll er es sagen; denn die Meinen gehen auch zu mir und reden mit mir; gar nicht böse. Aber nun bitte hören Sie mir zu:

Ulbrich

„Die Zugehörigkeit zu Gewerkschaften ist mit der Stellung des Betriebsleiters als Vorgesetzter nicht vereinbar.“ Stimmt das auch noch mit der Verfassung überein, meine Herren? (Abg. Dr. Kohlmaier: Nein!) Nein? Dann bitte ich um die Korrektur dieses Dienstvertrages. (Abg. Graf: Der Kohlmaier ist ja nicht bei der Kitzbüheler Bahn!) Wo der Kohlmaier ist, ist mir ja Powidl; aber der Kohlmaier ist der Vertreter der Österreichischen Volkspartei und spricht hier von Demokratie und ihren Grundrechten. Dann kann es der Herr Kohlmaier übernehmen, diese Fragen in seinen Bereichen einer Lösung zuzuführen. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Kohlmaier: Ich wär' froh, wäre das mein Bereich!) Du bist halt ein Generalsekretär auf kleiner Ebene, du mußt noch wachsen. (Heiterkeit. — Abg. Dr. Kohlmaier: Klein, aber oho!)

Es hat der Herr Kollege Dr. Kohlmaier — ich muß die formelle Ansprache wählen — hier von der Verleumdung des politischen Gegners gesprochen. Lieber Dr. Kohlmaier! Ich spreche jetzt ganz persönlich. Wie war denn das bei der UNIDO-Debatte, als aus euren Reihen die Beschuldigungen gegen den entscheidenden, den führenden Funktionär der Regierung, den Herrn Bundeskanzler, mit dem Begriff Schiebung deklariert wurden? Hat irgendwer das zurückgenommen? Hat irgendwer nur versucht, den Schein dieser Belastung irgendwie zu zerstören oder auszulöschen? Niemand! Daher soll man so nicht reden. Daher muß man sich das überlegen.

Wenn man dann eine Propaganda sieht „Politik muß ehrlich sein“, dann frage ich um die Ehrlichkeit der Politik unter Krauland, Polcar, Haslinger, Strengberg-Skandal und dem Herrn Müllner. Wer hat da irgend etwas gemacht? Die Sozialisten? Oder die andere Seite? (Abg. Dr. Kohlmaier: Wir lassen ja die Leute sitzen, die etwas angestellt haben!) Ja, aber wo? Auf der Wiese, als Pensionisten, mit einer gesunden Rente, aber nicht im Häfen, wie es sich gehört. (Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.)

Jetzt mache ich einen Schritt näher zu dir. Mein Freund Kohlmaier hat noch etwas gebracht: „Der Streik wurde von dem Bundeskanzler in Frage gestellt.“ Stimmt ja nicht. Bundeskanzler Kreisky hat zu der Frage des Streikrechtes keine Erklärung abgegeben, nur zur Durchführung des Streiks.

Und jetzt muß ich euch ganz freundlich noch eines sagen: Ich bin kein Feind der öffentlich Bediensteten. Aber wer bei der Eisenbahn drei Tage fehlt, ohne daß er sich entschuldigt, den

gibt es nicht. Das gibt es auch nach dem Dienstrecht der Eisenbahner nicht. Beim öffentlichen Dienst soll es so etwas geben.

Und dann steht noch etwas fest: Wenn wir vom Streikrecht sprechen, bin ich der erste und entscheidendste Partner für die Wahrung dieses Streikrechtes. Und jetzt dazu: Wie war das denn mit dem berühmten Beamtenopfer? Als die Gewerkschaft der Eisenbahner erklärt hat: Wenn uns dieses Beamtenopfer auf Grund einer Tagung am Semmering oktroyiert wird, dann werden wir in unserer Organisation die notwendigen Beschlüsse fassen, und wenn es sein muß, auch gegen die Regierung Klausl, was hat der Herr Vizekanzler damals gesagt? (Abg. Dr. Mussil: Das Richtige!) Ja, das glaubt er. Ich kann ja nicht arrogant sein und sagen: Das ist richtig. Das glaube ich nämlich nicht. Der Irrtum war darin gelegen, daß Sie uns damals bei der Auseinandersetzung eines politischen Streiks beschuldigten. Stimmt's? Sie haben damals in Oberösterreich bei einer Versammlung auf dem Weg zu den Landtagswahlen — wir werden sie heuer im Herbst machen, das ist klar, weil wir die Mehrheit haben wollen — dort erklärt: Was hat der Abgeordnete Ulbrich damit gemeint? — Ich sage es noch einmal: den Streik der Eisenbahner gegen eine Willkürentscheidung einer politischen Partei! Und das steht uns doch zu.

Heute sind Sie so lieb. Damals sind Sie durch die Gegend gefahren wie ein ganz böser Teufel. Ich meine das nicht so drastisch, aber wahr war es. Da haben Sie in der ganzen Welt erklärt, was wir Eisenbahner für schlechte Menschen seien, weil wir das verlangen. Das hat doch nicht gestimmt!

Ich sage es noch einmal: Wenn die öffentlich Bediensteten in einer wirtschaftlichen Auseinandersetzung aus Dienstverträgen, aus der Situation um Gehalt und Lohn in eine Streiksituation kommen und der Streikbeschuß gefaßt wird, bin ich der erste, der ihn akzeptiert und anerkennt. Aber ob dann alle miteinander eine Streikunterstützung kriegen, das ist eine andere Frage, denn Streikunterstützung können von seiten des OGB nur jene kriegen, die bei ihm organisiert sind. Und die nicht dabei sind, die müssen sich leider darum umschauchen, daß sie etwas kriegen.

Und jetzt die Äußerung: „Na ja, der Abgeordnete Ulbrich, ich anerkenne ihn als Demokrat.“ — Das ist lieb von dir, Kohlmaier, aber was anderes kannst du mir nicht nachsagen, mein ganzes Leben lang nicht.

Nun eine Klarstellung zu der Auseinandersetzung in der Arbeiterkammer und eine Klar-

6588

Nationalrat XIII. GP — 69. Sitzung — 4. April 1973

Ulbrich

stellung zu der Fraktion christlicher Gewerkschafter, denn ich habe sie ja auch in meinem Haus, nur habe ich dort zwei schlimme Buben, einen schwarzen und einen ganz roten, aber sie sind so Hasen; gewachsen sind sie noch nicht. Sie rudern natürlich alle zwei, weil wir im Herbst Wahlen haben, daß es mehr wird. Kannst sicher sein, wir werden alles tun, damit sie so klein bleiben, wie sie sind.

Worum geht es denn? Es geht bei der Auseinandersetzung, die in der Kammer gespielt wird, übertragen auf unsere Ebene, um folgendes: Wenn wir Verträge im Beisein der Funktionäre christlicher Gewerkschafter abschließen, dann sind wir gewohnt, daß wir diese Verträge halten. Und wenn sich die Fraktion christlicher Gewerkschafter auf Grund des Treibens des ÖAAB unter Herrn Mock aus der Situation als Gewerkschafter in eine politische Aktivität drängen läßt, dann muß sie daraus die Konsequenzen ziehen. Dann muß sie die Konsequenz ziehen. Frag meine schwarzen Gewerkschafter, wie gut die bei mir leben. Die sagen, daß keine Gewerkschaft so gut ist wie wir. Ich rede von meinem Standpunkt. Und wenn mein Herr Stanzl und seine 6 oder 7 Prozent schwarze Eisenbahner einmal aus der Reihe tanzen, dann sage ich es ihnen, mit aller Konsequenz: Keine politischen Streitigkeiten, alle gewerkschaftliche Ordnung!

Wenn ich nun einen Schritt weiter machen darf, habe ich hier den Auszug aus der „Wochenpresse“. Da schreibt der Herr Mock über die Situation, die beim ÖAAB ist. Sie waren in einem steirischen Kurort da oben irgendwo, und da steht es so klass drinnen: „Im Parterre plantschen deutsche Urlauber im hoteleigenen Hallenbad, im achten Stock trimmte sich im Gymnastikraum des modernen Kurhotels im steirischen Salzkammergut Mitterndorf die Landesobmännerkonferenz der ÖVP ...“ — Ich wünsche euch alles Gute bei der Turnerei.

Und was ist die Zielsetzung da draußen? Man spricht immer davon, es gäbe da keine politische Zielsetzung. Der Herr Mock hat eine. Der Herr Mock sagt: In zwei Bereichen plant der ÖAAB große Offensiven: beim öffentlichen Dienst und in Ländern und Gemeinden.

Lieber Freund Kohlmaier, weißt du, was die Aktivitäten des ÖAAB über die Fraktion christlicher Gewerkschafter beim öffentlichen Dienst kosten? Die Forderung der christlichen Gewerkschafter kostet zirka 2½ bis 3 Milliarden Schilling. Und diese 2½ bis 3 Milliarden Schilling müßte wer bezahlen? Das österreichische Volk! Und man möge uns als

sozialistischen Gewerkschaftern eine Situation sagen, wo wir in gleicher Art und Weise politische Aktivitäten gegen die Regierung Klaus gesetzt haben. Wenn uns der Finanzminister, ob es Korinek war, ob es Koren oder ein anderer war, gesagt hat: „Meine Herren, nun ist die Grenze des Möglichen da!“, dann haben wir immer wieder einen Weg zur Lösung gefunden. Eure Herren versuchen das anders zu tun.

So hat auch Gasperschitz auf dieser Tagung gesprochen. Es heißt hier: „Der Gewerkschafter Gasperschitz warnte allerdings in Mitterndorf seine Parteifreunde, den Beamtenforderungen parteipolitischen Anstrich zu geben: „Das muß gewerkschaftlich abgehandelt werden, und da sind ja auch die Sozialisten im öffentlichen Dienst mit uns einer Meinung.“

Stimmt! Aber Herr Gasperschitz müßte dann die Fraktion christlicher Gewerkschafter im öffentlichen Dienst und die ÖAAB-Funktionäre im gleichen Sektor darauf aufmerksam machen, daß das, was er spricht, mit ihren Flugschriften nicht übereinstimmt. Das können wir beweisen.

Und daraus kommt die Diskrepanz zwischen dem sozialistischen Vertreter in der Arbeiterkammer Wien und dem christlichen Gewerkschafter, dem ÖAAB-Funktionär. (Abg. Doktor Kohlmaier: Das hat andere Ursachen gehabt!) Ja, das ist Ihre Meinung, lieber Freund, unsere ist eine andere. (Abg. Dr. Kohlmaier: Das war die 29. Novelle! Um das ist es damals gegangen!) Die 29. Novelle ist ja nur ein Teil auf dem politischen Weg seit dem Jahr 1970, die 29. Novelle ist ja nicht das Um und Auf der politischen Auseinandersetzung.

Wir verstehen die Auseinandersetzung. Es ist vollkommen klar, daß ihr ein politisches Ziel habt. Aber wenn man dann in so einer Funktion steht, wie wir stehen, wo wir mit den Leuten am Verhandlungstisch sitzen, dann schaut es natürlich anders aus.

Und wenn man dann letzten Endes noch hört, wie geschrieben wird, dieses Übereinkommen müsse aufgehoben werden, die Bestimmungen seien nicht mehr gültig, und dann mit den Herrschaften zusammensitzt, dann gewinnen wir auf einmal eine ganz andere Überzeugung.

Jetzt möchte ich einmal ganz klar und deutlich sagen, wozu die Fraktion christlicher Gewerkschafter im Verwaltungsausschuß ja gesagt hat, und dann bitte ich die Kollegen der ÖVP: Lesen Sie die Flugschriften der christlichen Gewerkschafter und des ÖAAB zu dieser Frage.

Ulbrich

Das war am 20. 2. Wir waren vorher im Verhandlungsausschuß beisammen, da ist folgendes klargestellt worden. (*Abg. Suppan: Die Spartenprobleme sind offengeblieben!*) Ja, wir reden gleich über Spartenprobleme. (*Erneute Zwischenrufe des Abg. Suppan.*) Nein, lieber Freund, du warst nicht dabei, daher irrst du. Laß mich aussprechen, es ist ja meine Zeit, in der wir jetzt einen Schmah führen.

Im Verhandlungsausschuß, dort sitzt der Vorsitzende — der Gasperschitz ist nicht da, der hätte es bestätigen müssen —, einigte man sich auf folgende Aussage: „Beide Fraktionen des Verhandlungsausschusses stehen zum Gehaltsübereinkommen (keine Modifizierung).“ — Keine Modifizierung, auch nicht auf das Jahr 1973, 1974 abgestimmt. (*Erneute Zwischenrufe.*) Sei doch stad, singen können wir miteinander, reden kann nur einer.

Und dann weiter: „Anfangs- und Mittelbezugsregelungen sowie Ausdehnung der Verwaltungsdienstzulage auf andere Besoldungsgruppen bedeuten Bruch des Gehaltsübereinkommens.“ — Einstimmiger Beschluß. — „Spartenprobleme können behandelt werden, soweit sie keine Auswirkungen auf das allgemeine Bezugsniveau haben. — Zur Lösung der Gehaltsproblematik soll umgehend das Besoldungskomitee aktiviert werden.“

So schaut es aus! Das war einstimmig beschlossen. Das war vereinbart. In den Flugblättern, in den Flugschriften, steht etwas ganz anderes. Da steht: Wir müssen antreten und müssen zu einer Lösung kommen. Ich darf bitten, zur Kenntnis zu nehmen: „Nicht mehr tragbar“ steht hier in dieser Zeitung im Bericht über eure Verhandlungen in Mitterndorf in der Steiermark. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist Abgeordneter Minkowitsch. Ich erteile es ihm. (*Abg. Wielandner, auf die Bänke der ÖVPweisend: Dringliche Anfragen stellen, und dann ist niemand hier! — Abg. Graf: Regen Sie sich nicht so auf!*) Am Wort ist Abgeordneter Minkowitsch! (*Weitere Zwischenrufe.*) Bitte nicht kreuz und quer durch den Saal zu rufen, sonst versteht man die „wertvollen“ Beiträge nicht! (*Heiterkeit.*)

Abgeordneter Minkowitsch (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte dort beginnen, wo auch mein Vorredner, Abgeordneter Ulbrich, begonnen hat, als er sagte, er sei ein Freund der Toleranz, weil seine Lebenserfahrung ausweise, daß sonst der Tod der Demokratie bevorstehe.

Als er appellierte, man möge Emotionen junger Kollegen auf beiden Seiten des Hauses

zügeln, habe auch ich ihm zu dieser Auffassung applaudiert, weil ich sie für richtig halte.

Aber was soll man sagen, wenn sich ein immerhin so erfahrener Mann, wie es Präsident Pansi doch ist, hier herausstellt und meine Fraktion und die Bauernschaft in Österreich mit den Kommunisten vergleicht? Da hat man die Sorge, daß dieser Appell, von einem verantwortungsbewußten Mann ausgesprochen, doch auf der eigenen Seite noch sehr, sehr beachtet werden muß.

Da es mir nicht möglich ist, auf alle Behauptungen, die in der letzten Zeit von einigen Rednern der Regierungspartei aufgestellt worden sind, einzugehen, gestatten Sie mir, nur einige Punkte herauszugreifen. Ich möchte wieder mit Herrn Abgeordneten Pansi beginnen, der zu den Zahlen, die der § 7-Kommission als Grundlage dienen, einiges ausgeführt hat.

Ich möchte folgendes ins Gedächtnis zurückrufen — es ist einem beinahe peinlich, wenn man etwas wiederholen muß, was erst vor ganz kurzer Zeit von diesem Pult aus schon gesagt worden ist —: Was soll man davon halten, wenn im Grünen Bericht, in einem amtlichen Bericht, zuerst von 9,7 Prozent Einkommenszuwachs im Jahre 1971 gesprochen wird und dann der Minister selbst auf eine Anfrage zugeben muß, daß sich durch eine Änderung der Berechnungsgrundlagen diese Zahl auf 5,9 Prozent reduziert hat?

Das war ja der Grund, weshalb ich im Finanz- und Budgetausschuß an den zuständigen Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft den Wunsch herangetragen habe: Setzen wir uns mit den entsprechenden Experten zusammen und schauen wir, ob die Methoden zur Errechnung gewisser Zahlen auch in der jetzigen Zeit, einer Zeit mit einer erhöhten Inflationsrate, noch stimmen. Auch in der dringlichen Anfrage habe ich diesen Wunsch an ihn nochmals herangetragen. Es wurde nicht darauf reagiert.

Jetzt kommt etwas, was vielleicht den Abgeordneten Pansi interessieren wird: In der Zwischenzeit habe ich vom zuständigen Landwirtschaftsminister die Bereitschaft bekundet erhalten, daß in Ober-St. Veit ein entsprechendes Expertengremium, auch unter Beziehung meiner Person, zusammentreten wird, um zu Zahlen zu kommen, die unbestritten von allen guten Gewissens anerkannt werden können. (*Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

Also das zu diesen Zahlen, um hier eben ein für alle Mal klarzustellen, daß alle ein Interesse daran haben, daß wir es mit Zahlen

Minkowitsch

zu tun haben, die von allen tatsächlich anerkannt werden können.

Zu einer Äußerung des Abgeordneten Pansi muß ich doch auch noch Stellung nehmen. Er hat wieder einmal — ich weiß nicht, zum wievielten Mal — Vergleichszahlen gebracht, die zeigen, wie viele Beamte wir — gemessen an der Zahl der Angehörigen — in der Arbeiterkammer und wie viele Beamte wir in den Landwirtschaftskammern haben.

Wenn man bloße Zahlen nennt, ohne die Aufgabenbereiche miteinander zu vergleichen, dann begibt man sich in die Gefahr, eine Halbwahrheit zu sagen. Genauso, meine Damen und Herren, würde ich, dem Innenressort als ehemaliger Staatssekretär noch immer verbunden, es jederzeit ablehnen, einen Vergleich zuzulassen, bei dem die Fragestellung lautet: Wie viele Polizisten pro Kopf der Bevölkerung gibt es in Wien und wie viele Polizisten pro Kopf der Bevölkerung gibt es in München? Das wäre eine katastrophale Zahl, wenn man hinsichtlich der Wiener Polizei so sprechen würde und so ungerecht wäre, nicht gleichzeitig zu sagen, daß die Wiener Polizei gleichzeitig ganz andere Aufgabenbereiche mitzuerfüllen hat.

Oder ich nehme auf den Abgeordneten Ulbrich Bezug: Es wäre völlig falsch, einfach zu fragen: Wie viele Eisenbahner pro Fahrkilometer haben wir in Österreich, und wie viele sind es in Frankreich oder in den USA? Hier haben wir eben mit österreichischen Verhältnissen auszukommen, und deshalb können diese Zahlenvergleiche, die Abgeordneter Pansi immer wieder bringt, nicht einfach hingenommen werden.

Er hat dann — der Herr Bundeskanzler hat das nicht gehört — die Bauernbundfunktionäre einfach glattweg mit den Kommunisten verglichen. Als ich ihn gefragt habe, hat er es wiederholt. Das ist, wie ich glaube, doch eine Emotion gewesen, die wir nicht durchgehen lassen können.

Jetzt komme ich bereits zu den Ausführungen des Herrn Landwirtschaftsministers. Herr Bundesminister! Ich habe schon Verständnis dafür, daß man einmal eine Information, die man bekommt, nicht in jeder Phase des Entstehens auf den vollen Wahrheitsgehalt hin überprüfen kann. Aber es würde Ihnen gut anstehen, wenn Sie — ich glaube, Sie kennen den Fall genauso gut wie ich — in diesem Hohen Haus die Anschuldigung, die Sie gestern ausgesprochen haben, zurücknehmen. Ich spreche von dem Fall, der die „Arbeiter-Zeitung“ heute zur Überschrift veranlaßt hat: „Skandal um Agrarkredite: Empfehlung für „Cousine““.

Noch gestern, Herr Bundesminister, haben Sie selbst erklärt, in der „Begründung“ der Landwirtschaftskammer Niederösterreich stünde der Vermerk und als Grund, wofür die Betreffende das bekommen soll: Na, weil sie die Cousine des Präsidenten der Wiener Landwirtschaftskammer ist. Bitte, lesen Sie das im Protokoll nach.

Wahr ist, Herr Bundesminister, daß in dem Akt, der von der Niederösterreichischen Landwirtschaftskammer an Ihr Ressort geleitet wurde, ein derartiger Vermerk nicht enthalten war. (Abg. Dr. Schleinzner: Das ist ungeheuer!)

Das ist das, wo ich doch irgendwie in unserem Interesse es wünschen möchte, Herr Bundesminister, daß Sie als Mann jetzt den Mut haben, zu sagen: Hier habe ich mich geirrt! Das stimmt nicht! — Das dazu. Also, das war das erste, was nicht stimmt.

Zweitens: Nehmen wir einmal zur „Cousine“ Stellung. Ich möchte an die Spitze stellen: Es handelt sich um keine Cousine. Herr Präsident Jedletzberger hat keinen Einfluß darauf, wie viele Staatsbürger in Österreich noch „Jedletzberger“ heißen.

Aber unterstellen wir einmal folgendes: Selbst wenn es sich um eine Cousine gehandelt hätte, wäre es doch meines Erachtens kein Ausschließungsgrund, daß jemand, der den von Ihnen erlassenen Richtlinien hier voll entspricht, dann dennoch zum Zuge kommen kann, selbst wenn es sich um eine Cousine dieses Präsidenten gehandelt hätte. (Beifall bei der ÖVP.)

Das, was bleibt, ist der bittere Beigeschmack, daß man wieder einmal nach der Methode vorgeht: Na, etwas wird schon hängenbleiben!

Aber jetzt der zweite Fall. Herr Bundesminister! Es ist mir nicht möglich, alle Fälle, die Sie angezogen haben, hier sofort aus dem Handgelenk zu beantworten. Bei dem zweiten Fall haben Sie selbst gesagt, es handle sich um einen Kredit. Ulbrich hat zwar gesagt, er habe schon gelernt, daß man anständigerweise Namen nicht nennt. Bitte, Sie waren etwas anderer Auffassung und haben hier doch die Namen genannt. Ich möchte sie nicht wiederholen. Aber 712.000 S Einheitswert stimmen, beantragter AI-Kredit 810.000 S stimmen ebenfalls, sodaß die Information, die ich hier liegen habe, der österreichischen Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden muß.

Sie haben es so dargestellt, Herr Bundesminister, als ob entgegen den Richtlinien die Niederösterreichische Landes-Landwirtschaftskammer ein AI-Kreditansuchen an Ihr Mini-

Minkowitsch

sterium eingereicht hätte. Sind Sie wirklich nicht darüber informiert, daß Ihr eigenes Sekretariat in der niederösterreichischen Kammer angerufen und verlangt hat, daß die niederösterreichische Kammer eine Erhebung durchführen und einen Betriebsbericht ein-senden müsse? Am 27. April 1972 wurde der Bericht mit der Erfolgsrechnung an das Ministersekretariat gesandt, in welchem angegeben wurde — mein Kollege Kern hat das schon gesagt, aber da waren Sie gerade nicht im Saale —, daß der Einheitswert des Betriebes 640.000 S ist und eine Pacht von 32,72 ha vorhanden ist, daß dieser Betrieb den Richtlinien somit nicht entspricht (*Abg. Kern: Hat die Kammer gesagt!*) — das hat die niederösterreichische Kammer berichtet — und daß deshalb ein AI-Kredit von ihr aus nicht zugemittelt werden kann. Dann haben Sie, Herr Bundesminister, diesem Kreditwerber den Kredit gegeben und haben nachher der Kammer vorgeschrieben, daß sie jetzt einreichen möge. (*Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Dr. Schwi mm er: Und dann Verleumdung!*)

Meine Damen und Herren! Dann steht in der Zeitung: Manipulation durch die niederösterreichische Kammer, wo die Kammer einer Weisung Ihres Ministersekretariates folgend außerhalb der Richtlinien Ihrem persönlichen Wünsche nachgekommen ist. (*Abg. Doktor Schleinzner: Wer regiert hier: Sie oder das Sekretariat? Und da wird polemisiert!*)

Diese Briefe tragen nachher die Unterschrift des Bundesministers. Ich weiß nicht, ob das jetzt in Faksimile gestempelt ist oder nicht. Herr Bundeskanzler! Das ist es, was uns diese Sorgen bereitet: Man geht einfach her und setzt Behauptungen in die Welt unter dem Motto: Etwas wird schon hängenbleiben. Diese beiden Punkte waren wir heute in dieser Parlamentssitzung nach der gestrigen Behauptung bereits in der Lage einwandfrei zu widerlegen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundeskanzler! Etwas muß ich mich nun doch auch noch mit Ihnen beschäftigen. Sie haben gesagt, Sie würden beschimpft werden. Ich hoffe sehr, daß das nicht der Fall gewesen ist. Und wenn es der Fall gewesen sein sollte, dann nehme ich doch an, daß man genausoviel Toleranz wie innerhalb des Parlamentes hier übt, da gerade Ulbrich vorhin gesagt hat, man möge doch den Jüngeren diesen Erfahrungswert noch nachsehen.

Sie haben selbst über die Sozialpartnerschaft gesprochen und haben selbst davon gesprochen, daß man Vereinbarungen halten müsse, die man unterschrieben habe. Die man unterschrieben habe! Ich habe Ihnen den

Zwischenruf gemacht: Hier wurde von der Landwirtschaft nichts unterschrieben!, um formal ganz richtig zu liegen, denn Sie lieben in gewissen Augenblicken, daß man formal richtig ist, was ich daraus entnehme, daß Präsident Sallinger vor einiger Zeit einmal nicht die richtige Antragsformel gebraucht hat und Sie deshalb den Antrag auf Unterbrechung nicht zur Kenntnis genommen haben.

Aber wenn man von Vereinbarungen spricht, die unterschrieben sind und die gehalten werden müssen, dann muß ich doch wohl darauf verweisen, daß dieser Brief, den mein Parteiobmann am 12. Februar wegen der schon öfters zitierten § 9-Mittel an Sie geschrieben hat, sechs Wochen durch Sie überhaupt nicht beantwortet worden ist, daß dann nach der dringlichen Anfrage endlich eine Antwort von Ihnen gekommen ist, wo man sich anscheinend nicht einmal die Mühe gemacht hat, den unterschriebenen Vertragstext des Artikels VII dieses 8 Punkte-Programms durchzulesen, in dem ausdrücklich gestanden ist, daß sich alle diese Abmachungen hinsichtlich der § 9-Mittel nicht auf den Englandmarkt allein, sondern auf die gesamte Export-situation der Milchwirtschaft beziehen.

Hier steht es einfach offen, daß man durch die leere Kasse, die durch die Nichterfüllung eines auch durch Sie unterschriebenen Vertrages entstanden ist, die österreichische Bauernschaft und Milchwirtschaft in eine Situation hineingedrängt hat, daß man glaubte, den Weg des geringsten Widerstandes gehen zu können, und gesagt hat: Dann erhöhen wir einfach den Milchkrisengroschen um 10 Groschen und nehmen das der österreichischen Bauernschaft weg.

Herr Bundeskanzler! Es gibt Situationen, wo ein Tropfen, der noch dazukommt, tatsächlich ein Faß zum Überlaufen bringt. Ich glaube, daß Sie es nach wie vor in der Hand haben, durch die Erfüllung dieses Vertrages die Rücknahme dieses ungerechtfertigten Krisengroschens nach wie vor bewerkstelligen zu können. Wenn Sie in der Lage sind, das, was rechtens ist, was einer Vertragserfüllung entspringt, tatsächlich auch zu effektuieren, und die Rücknahme dieses ungerechtfertigten Milchkrisengroschens doch noch Ihrem Landwirtschaftsminister empfehlen und Ihrem Finanzminister empfehlen, daß auch er sich an Verträge Ihrer Partei zu halten habe, dann, glaube ich, sind wir heute in der Demokratie in Österreich doch wieder einen Schritt weitergekommen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Weihs. Bitte.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Dr. Weihs: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! *(Ruf bei der ÖVP: Jetzt kommt die Entschuldigung!)* Ich habe es nicht notwendig, mich zu entschuldigen, denn wenn Sie im Protokoll von gestern nachlesen, dann werden Sie feststellen, daß es dort in dem ersten Fall, den Sie genannt haben, heißt: „Telefongespräch Ing. Blecha“, Niederösterreichische Landwirtschaftskammer. *(Abg. Minkowitsch: Das haben Sie heute gesagt!)* Nein, das habe ich auch gestern gesagt. *(Rufe bei der ÖVP: Nein!)* Meine Herren, Sie brauchen sich nicht aufzuregen! Holen Sie sich das Protokoll, und dann lesen Sie es nach. *(Abg. Brandstätter: Ich habe es hier!)*

Da steht handschriftlich drinnen, meine Herren: „Antragstellerin ist Cousine des Herrn Präsidenten der Wiener Landwirtschaftskammer. Kein Einwand; Antrag wird befürwortet!“

Das Telefongespräch wurde mit einem meiner Herren namens Ing. Artner geführt. — Das zu Ihrer Information. *(Abg. Kern: Was vorher gesagt worden ist, müssen Sie auch lesen!)* — *(Abg. Brandstätter: Das haben Sie gestern nicht gesagt!)*

Zum zweiten, Herr Präsident Minkowitsch: Sie wissen es vielleicht so gut wie ich, daß in den Richtlinien immer enthalten ist, daß in besonderen Fällen der Minister Ausnahmen machen kann. Es wäre also das, was Sie gesagt haben, daß man eine Weisung an die Niederösterreichische Landes-Landwirtschaftskammer geben müsse, einen Antrag einzureichen, absolut unnötig, denn allein wenn ein Antrag zu mir kommt, wäre ich in der Lage, nach Prüfung der Tatsachen sofort eine Entscheidung persönlich zu treffen; ich würde keine Landwirtschaftskammer dazu benötigen. Aber trotz alledem ist ein Antrag der Niederösterreichischen Landes-Landwirtschaftskammer vorliegend. Ich bitte, sich die Konsignationsliste 84, Sparte A-1, anzusehen. Dann werden Sie feststellen, daß dieser Antrag hier eingereicht wurde. *(Abg. Dr. Blenk: Das war der „Skandal“, Herr Minister?)* Das ist kein Skandal, sondern das ist eine Tatsache. *(Abg. Doktor Gruber: Worin besteht der „Skandal“?)*

Bitte sehr, meine Herren, lesen Sie im Protokoll nach, was ich gesagt habe, dann werden Sie feststellen, daß ich gestern keine Namen genannt habe. *(Abg. Dr. Gruber: Und worin besteht der „Skandal“ der „Arbeiter-Zeitung“?)*

Es ist in einer Demokratie auf jeden Fall das Recht eines Journalisten, zu schreiben, was er will. Wir haben Pressefreiheit. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Wenn Ihnen das nicht paßt, dann setzen Sie sich mit dem ausein-

ander, der das geschrieben hat, und nicht mit mir. *(Abg. Dr. Koren: Die „Arbeiter-Zeitung“ ist das Zentralorgan Ihrer Partei!)* Denn meine Äußerungen, Herr Abgeordneter Koren, können Sie auch im Protokoll nachlesen! *(Abg. Dr. Koren: Das ist das Zentralorgan Ihrer Partei!)* — *(Abg. Dr. Gruber: Das heißt also, daß das alles in Ordnung ist, Herr Minister!)* — *(Abg. Dr. Blenk: Das ist Ihre „heile Welt“!)* — *(Abg. Dr. Mussil: Redaktionsgeheimnis der „Arbeiter-Zeitung“!)* — *(Abg. Dr. Gruber: Das war jetzt ein Rückzieher!)* — Weitere Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wille.

Abgeordneter Wille (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! In der dringlichen Anfrage der Abgeordneten Kohlmaier und Genossen heißt es auf Seite 3:

„Immer bedenkenloser wird von der absoluten Mehrheit und den verfassungsrechtlichen Möglichkeiten bis an die Grenze des Zumutbaren, manchmal bereits über diese Grenze hinaus, Gebrauch gemacht ... Es entsteht die paradoxe Situation, daß unter dem Vorwand von angeblichen „Demokratisierungs“-Bestrebungen ein immer größeres inhaltliches Defizit an demokratischen Verhaltensregeln dieser Bundesregierung und der Parlamentsmehrheit zutage tritt.“ *(Abg. Dr. Mussil: Ja leider, Herr Kollege!)*

In den letzten Tagen, Abgeordneter Mussil, ist nicht nur der Bauernkrieg im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion gestanden, sondern vor allem auch die Kodifikation des Arbeitsrechts und die damit zusammenhängende Neuordnung der Arbeitsverfassung.

Es ist heute wiederholt darauf hingewiesen worden, daß sich junge Abgeordnete, zu denen ich nicht mehr zähle, nicht von Emotionen leiten lassen sollen. Ich glaube aber, daß diese Formulierungen in dieser dringlichen Anfrage nicht von jungen Abgeordneten der ÖVP stammen; der Abgeordnete Widhalm hat diese Stelle besonders herausgestrichen *(Abg. Doktor Withalm: Ein hartes „t“!)* — bitte?, ein hartes Ding? —, er hat vor allem diese Fragen herausgestrichen, sodaß ich annehmen kann, daß diese schwerwiegenden, im Grunde genommen sehr schwerwiegenden Verdächtigungen nicht nur von jungen, sondern ebenso von alten Parlamentariern Ihrer Seite gegen die Regierung und ihre Mehrheit in diesem Hause erhoben werden.

Darf ich dazu, weil es Sie so sehr interessiert hat, Herr Abgeordneter Widhalm *(Abg. Doktor Mussil: Mit einem harten „t“!)* — *(Abg. Dr. Withalm: Ein hartes „t“!)* — *(Abg. Doktor Mussil: Der harte Herr Withalm!)*, weil

Wille

es Sie so sehr interessiert hat, wie denn der Abgeordnete Mittel dazu käme, Ihnen vorzuhalten, daß Sie ein möglicherweise gestörtes Demokratieverständnis hätten, sagen:

Sie haben in der Sitzung am 29. April 1970, also in der 3. Sitzung der XII. Gesetzgebungsperiode, unter anderem ausgeführt:

„Wenn wir in der Zeit der Alleinregierung der ÖVP in eine Nationalratssitzung gingen, hatten wir nur dafür Sorge zu tragen, daß alle 85 Abgeordneten der ÖVP anwesend waren.“ (Rufe bei der ÖVP: Na und?) „Dann konnte uns nichts mehr passieren ...“ (Abg. Doktor *Withalm*: Stimmt auch!)

Ich meine, wer derartige Einstellungen zur Minderheit hat (Abg. Dr. *Withalm*: Das hat ja uns betroffen!), wer derartige Einstellungen zu Partnern hat, der sollte sich nicht so wehleidig gegenüber einer Mehrheit beklagen, die sich sehr ernstlich bemüht, Mißverständnisse auszuräumen, die sich sehr ernstlich bemüht, immer wieder den Konsens der Vertragspartner und auch der Gegenseite herzustellen! (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. *Schwimmer*: Legt Ihr Klubobmann keinen Wert darauf, daß die 93 da sind?)

Sie bringen zwar eine Anfrage ein, aber dann sind wenige Abgeordnete anwesend; beim letzten Redner meiner Partei waren zehn Kollegen Ihrer Partei im Saal (Abg. Graf: Sie können uns nicht zwingen!), die sich für die Beantwortung interessiert haben. (Abg. Dr. *Gruber*: Die Beantwortung hat der Bundeskanzler!) Sie interessiert es also nicht, wie die Regierungspartei, die den Bundeskanzler stützt, dazu steht? Das ist für Sie völlig uninteressant! (Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Graf: Es kommt darauf an! — Zwischenruf des Abg. Dr. *Schwimmer*.)

Ich habe darauf hingewiesen, daß in den letzten Tagen in der Öffentlichkeit in nahezu allen Zeitungen (Abg. Dr. *Schwimmer*: Ihre Kollegen sind beim Abendessen!) die Arbeitsverfassung, heftig umstritten, im Mittelpunkt stand. (Abg. Dr. *Blenk*: Nach dem Bauernlegen!)

Ich glaube, daß es im Grunde genommen gar nicht mehr so sehr darum gehen kann, daß man den Einfluß der Betriebsräte und den Einfluß der Gewerkschaften in den Betrieben wird verhindern können. (Abg. Dr. *Mussil*: Werden wir sehen!) Es geht darum, daß das richtige Maß an Mitbestimmung gefunden wird.

Unter anderem hat der Generaldirektor des neuen Thyssen-Konzerns, Generaldirektor Spethmann, erst im letzten „manager-magazin“ erklärt, daß es bei der Mitbestimmung darum

ginge, daß man überzeugen muß. Davon, daß Sie überzeugen wollen, war noch nie die Rede! (Abg. Dr. *Blenk*: Sie schon!) Ihnen geht es darum, die Gewerkschaften als betriebsfremde Funktionäre abzustempeln, die im Betrieb nichts verloren haben. Das genügt Ihnen. — Warten Sie ein wenig, Abgeordneter *Blenk*, Sie können dann dazu sehr gut Stellung nehmen, denn ich bin an einer Aussprache auch mit Ihnen interessiert. (Abg. Dr. *Blenk*: Das ist gut! Nur hoffentlich sind Sie auch zuständig! — Abg. Dr. *Mussil*: Nur ein Weilchen, dann kommt Arthur mit dem Hackbeil!) Ich glaube, daß ich in Ihrem Fall schon einige Male sehr zuständig war. (Abg. Dr. *Blenk*: Ich rede jetzt vom Herrn Häuser und von seinen Äußerungen!)

Nun möchte ich Ihnen ein Zitat bringen, und zwar von einer Äußerung, die der Vorsitzende der Svenska Handelsbanken, also zweifellos kein Gewerkschafter, auch zur Mitbestimmung abgab, wenn er sagte ... (Abg. Graf: Dieses Beispiel ist für uns umstritten! — Abg. Dr. *Mussil*: Der „schwedische Weg“!) Der schwedische Weg ist ein Weg, der mir sehr gut gefällt, Herr Abgeordneter *Mussil*! (Abg. Graf: Das glaube ich! — Ruf bei der ÖVP: Auswandern!)

Browaldh sammelte seine positiven Erfahrungen mit Arbeitern im Volvo-Aufsichtsrat und sagt dann: „Diese Leute wissen viel mehr über die tatsächlichen Probleme im Unternehmen, als uns je möglich ist.“ (Ruf bei der ÖVP: Die eigenen Leute!)

Es ist sehr leicht möglich, daß Funktionäre der Bundeswirtschaftskammer die Probleme gar nicht kennen (Ruf bei der ÖVP: So gut wie Sie auch!), aber alle Tage in der Öffentlichkeit dazu Stellung beziehen. (Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. *Blenk*.)

Daß die Mitbestimmung insgesamt unbestritten ist, möchte ich einmal vorher an einem weiteren Beispiel ... (Abg. Dr. *Mussil*: Mit Beispielen kann man sich sehr verrennen!) Abgeordneter *Mussil*! Darauf, wie sehr Sie sich verrannt haben, komme ich noch zurück!

Da das schwedische Beispiel so mißfällt (Zwischenruf des Abg. Graf) — Volvo, Svenska Handelsbanken sind für das Burgenland nicht unbedingt ein Beispiel, denn die Industrialisierungswelle im Burgenland ist so weit fortgeschritten, daß zweifellos sie für Schweden beispielgebend sein wird, Abgeordneter Graf, nicht? Gerade an Ihrer Stelle wäre es sehr gut, wenn Sie da ein bisserl demütig horchen würden, was in der Welt alles passiert. (Abg. Graf: Bevor ich Sie demütig anhöre ...)

Wille

Aber es gibt neben dem Beispiel Schwedens auch andere Beispiele. Vielleicht interessieren Sie die genauso wenig. (*Abg. Graf: Ich werde Sie nie demütig anhören!*) Ich habe gesagt: Sie sollen die schwedischen Beispiele demütig registrieren! (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Unter anderem heißt es in der letzten Aussendung der Katholischen Sozialakademie folgendermaßen — das ist aber auch nichts für so einen burgenländischen ÖVP-Abgeordneten, die Katholische Sozialakademie, was? (*Abg. Graf: Sie können über mich denken, was Sie wollen, aber bevor ich Ihnen demütig zuhöre ...!*) Sie sollen nicht mir demütig zuhören — drehen Sie mir nicht das Wort um! —, das kann ich doch von Ihnen nicht verlangen! (*Abg. Graf: Sie sind ein parlamentarischer Rohrkrepierer! Was glauben Sie denn eigentlich? Warum soll ich Ihnen „demütig“ zuhören? Um Gottes willen, Ihnen „demütig“ zuhören?*)

Sie in Ihrer Position haben das ja nicht notwendig. Aber vielleicht interessiert es Sie, was die Katholische Sozialakademie zur Mitbestimmung sagt. Sie sagt unter anderem:

„Die Pastoralkonstitution verfolgt konsequent den durch Johannes XXIII. eingeschlagenen Weg weiter, nach dem der Arbeit als dem Ausdruck der personalen Würde des Menschen der absolute Vorrang vor allen anderen Elementen des Produktionsprozesses, insbesondere des Eigentums, zukommt.“ (*Abg. Doktor Kohlmaier: Ja, ja!*)

Ich sage auch: ja, ja! Ich sage sogar, dieser Satz ist konsequenter, sauberer, anständiger gar nicht auszusprechen. Ich frage mich aber, was das mit der ganzen Diskussion der letzten Tage zu tun hat. Darüber diskutieren wir eben. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Sehr viel! — Abg. Dr. Schwimmer: Darauf kommen wir noch zu sprechen!*)

Und nun verlangen die Sozialpartner in den Besprechungen, die bis jetzt stattgefunden haben, den Grundsatz der vertrauensvollen Zusammenarbeit. — Na ja, der Betriebsrat soll einmal bestätigen, daß er zur vertrauensvollen Zusammenarbeit im Unternehmen bereit ist. Ich muß Ihnen sagen, ich habe für mich sehr viel Verständnis dafür. Ich frage mich aber, Abgeordneter Mussil: Wo ist der Vertrauensgrundsatz der Sozialpartner, wenn Sie uns wochenlang in aller Öffentlichkeit als Funktionäre hinstellen, die die Wirtschaft ruinieren wollen, die eine zentrale Verwaltungswirtschaft installieren wollen, die als betriebsfremde Funktionäre in die Wirtschaft eingreifen wollen? (*Abg. Dr. Mussil: Das wollen Sie auch, Herr Kollege!*) Wenn Sie das auch jetzt hier noch behaupten, dann möchte ich

Ihnen sagen, dann werden wir künftig nicht mehr gewillt sein, uns mit Ihnen an einen Tisch zu setzen. (*Lebhafte Zwischenrufe der Abg. Dr. Mussil und Dr. Blenk.*)

Unter anderem liegt hier ein Entwurf des Sozialministeriums vor, der unserer Meinung nach in vielen Punkten, weil die Wissenschaft auf verschiedene Punkte Einfluß genommen hat, gar nicht so sehr den Realitäten des Betriebes entspricht. Wir sind zu Gesprächen bereit. Ich frage Sie: Warum haben Sie uns nicht gefragt? Auf Grund unseres Vertrauensgrundsatzes sind wir zu Gesprächen bereit. (*Abg. Dr. Mussil: Uns haben Sie vorher auch nicht gefragt!*) Nein, Sie sind in die Öffentlichkeit gegangen und haben in der Öffentlichkeit geradezu die ungeheuerlichsten Dinge über die österreichische Gewerkschaftsbewegung von sich gegeben. (*Neuerliche lebhafte Zwischenrufe.*)

Unter anderem behauptet Präsident Sallinger in einem Artikel der Vorarlberger gewerblichen Wirtschaft: „Die durch den Entwurf ermöglichte starke Schwerpunktverschiebung zu den Gewerkschaften bedeutet in der Praxis die Auslieferung des einzelnen an einen betriebsfremden Apparat.“ (*Abg. Dr. Mussil: An eine kollektive Macht, Herr Kollege!*) Daß Sie als Unternehmensvertreter sagen, daß Arbeiter an die Gewerkschaften ausgeliefert werden, wenn die Gewerkschaften in den Betrieben mitbestimmen, das würde ich ja gerade noch verstehen. Aber dann sagen Sie nicht, daß Sie Zusammenarbeit wollen, daß Sie Sozialpartnerschaft wollen, dann reden Sie auch nicht von einem Vertrauensgrundsatz. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Mussil: Wer hat den Entwurf gemacht — Sie oder wir?*)

Oder der Obmann der Wiener Sektion Industrie Philipp Schoeller: „Nur nach eingehender Befassung mit diesem Entwurf wird offenbar, daß das Ergebnis in der Praxis den Verlust großer Bereiche der Freiheit des einzelnen und seiner persönlichen Entfaltungsmöglichkeit bedeutet.“ (*Abg. Dr. Mussil: Da hat er recht!*)

Also darf ich annehmen, Abgeordneter Mussil, daß Sie darauf bestehen, daß wir allen Ernstes die Entfaltungsmöglichkeit und die Freiheit des einzelnen einschränken wollen. Ist das Ihre Unterstellung? (*Abg. Dr. Mussil: Sie wollen es machen, wir sind dagegen, wir wollen solche Angriffe abwehren!*) Wir wollen es machen? (*Abg. Dr. Mussil: Wir sind für die Selbstverwirklichung des Menschen im Betrieb!*) Sie sind auf jeden Fall dafür, uns in erster Linie zu verdächtigen. Sie schreiben zwar, Sie sind die Sozialpartner, die Sozialpartnerschaft darf nicht in Gefahr gebracht

Wille

werden, aber jedenfalls gefährden die Gewerkschaften die Entfaltungsmöglichkeit des einzelnen.

„Sie sagen es ja unter anderem auch, wie ich der „Presse“ vom 30. März entnehme: „Der Betriebsinhaber wird völlig rechtlos, der einzelne wird seiner Freiheit beraubt.“ — Oder unter anderem am 29. 3. 1973 in der „Presse“: „Ständige Konflikte in den Betrieben. Breite Front gegen die Arbeitsverfassung. Industrie: Vertrauensbasis ist zerstört.“ — Ich frage Sie: Sind Sie an den OGB herantreten? Haben Sie den OGB gefragt, ob der OGB mit Ihnen darüber vernünftig verhandeln will? Oder waren Sie der Meinung... (Abg. Dr. Mussil: Der Herr Sozialminister ist doch der Vizepräsident des OGB! — Zwischenruf des Abg. Doktor Blenk.)

In der Zwischenzeit dürften sogar Sie in Vorarlberg gehört haben, daß der Sozialminister öffentlich erklärt hat, daß er bereit ist, alle — alle! — gemeinsamen Änderungswünsche der Sozialpartner in den Regierungsentwurf aufzunehmen. Das ist für Sie anscheinend immer noch zu wenig. (Abg. Dr. Blenk: Was ist das für ein Minister, der das hinausgibt und sagt: So, und jetzt rauft euch darum!) Der Minister hat das nicht hinausgegeben und gesagt: Rauft euch darum (Abg. Ing. Häuser: Euch werde ich fragen!), sondern Sie wollen die Selbstverwirklichung, aber Sie trauen den Sozialpartnern nicht zu, daß sie zu irgend etwas kommen, was die Regierung zu berücksichtigen in der Lage ist. Alles, was Sie behaupten, ist ein einzigartiger Widerspruch. (Abg. Dr. Blenk: Das muß ich leider zurückgeben!)

Wenn der ÖVP-Abgeordnete Keimel unter anderem behauptet: Kurfürsten des Managements! Unter anderem dadurch, daß ein Drittel des Aufsichtsrates von Betriebsräten nominiert werden soll, entstehen Kurfürsten für das Management. Natürlich, der Herr Abgeordnete Graf im Burgenland sagt ja! Darf ich Sie noch einmal fragen: Wissen Sie, daß es die Drittelvertretung in der größten Industrie Europas, in der Bundesrepublik, seit 20 Jahren in allen Großbetrieben gibt, die alle vorwiegend privatrechtlich organisiert sind, und daß noch niemals in der Bundesrepublik derartige Töne angeschlagen worden sind? Daß sich diese Mitbestimmung bewährt hat, obwohl in allen diesen Aufsichtsräten auch Gewerkschafter sitzen, während Sie nur von betriebsfremden Personen reden? In der Bundesrepublik redet kein Mensch von der Sozialpartnerschaft, aber für alle ist es selbstverständlich, daß die Gewerkschaften in den Betrieben auch ihre Funktion wahrnehmen. Wir reden hier von der Sozialpartnerschaft, aber wir sind für Sie die

betriebsfremden Funktionäre. (Abg. Doktor Schwimmer: In der Drittelvertretung in Deutschland sitzen eben keine Betriebsfremden! — Abg. Ing. Häuser: Aber freilich! Und das war Rechtsschutzsekretär bei mir! Fürchterlich, keine Ahnung!) Wer sagt Ihnen denn das?

Jetzt möchte ich Ihnen noch etwas sagen. Welche Geisteshaltung muß ein Wirtschaftsfunktionär haben, ein Abgeordneter der ÖVP, der Abgeordnete Keimel, der plötzlich bei der Mitbestimmung von Kurfürsten redet! Das ist jedenfalls eine sehr feudale Vorstellungswelt. Der Kaiser wird gewählt! Der Generaldirektor ist für den Abgeordneten Keimel so viel wie der Kaiser eines Reiches. Die Vorstellungswelt, die heute von der Industrie geprägt ist, ist eine andere. Wir sind eben der Meinung: Wenn man dauernd davon redet, daß die Sozialpartnerschaft erfolgreich war, wenn man davon redet, so wie Sie, Abgeordneter Mussil... (Abg. Dr. Mussil: Dann darf man den Sozialpartner nicht umbringen!)

Herr Abgeordneter Mussil! Sie sind ein alter Abgeordneter in diesem Haus. Von Ihnen kann man erwarten, daß Sie auch etwas besonnen in der Öffentlichkeit über diese Dinge reden, daß Sie nicht hier im Hohen Haus die großen Töne von sich geben und dann alle Tage bei der Sozialpartnerschaft sitzen. Heute nachmittag waren Sie wieder in der Paritätischen Kommission. Dort sind Sie hingekommen, und hier spielen Sie wieder einen jungen Revolutionär. (Abg. Dr. Mussil: Ich rede nicht hier große Töne, ich habe vor den Sozialpartnern genauso geredet! Fragen Sie den Präsidenten Benya!)

Sozialpartnerschaft ist nicht die Paritätische Kommission. Sozialpartnerschaft ist, daß zweieinhalb Millionen Arbeitnehmer in Österreich ein sinnvolles Verhältnis zur österreichischen Unternehmerschaft haben. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Mussil: Das ist der Tiefstand der heutigen Debatte, den Sie heute beigetragen haben! Sie waren ganz unten!)

Durch alle Ihre Vorwürfe zieht sich der eine Satz, den der Abgeordnete Schleizer schon zum wiederholten Male gesagt hat (Abg. Doktor Mussil: Ihre Zeit ist um, Herr Kollege!): „Wir wollen nicht wie die SPÖ mehr Macht für die Betriebsräte und Eingriffsrecht von betriebsfremden Funktionären, sondern ein Maximum an Mitsprache des einzelnen.“ Also keine Mitbestimmung der Betriebsräte, sondern ein Maximum von Redemöglichkeit des einzelnen. (Abg. Dr. Mussil: Ihre Redezeit ist um, Herr Kollege! Schon um eine Minute haben Sie zuviel!)

6596

Nationalrat XIII. GP — 69. Sitzung — 4. April 1973

Wille

Ich glaube, daß es ja sehr interessant ist, Herr Abgeordneter Schwimmer, wenn Sie sich mit dem Herrn Abgeordneten Mussil in dieser Frage so gut verstehen, aber für uns ist Mitbestimmung der Betriebsräte etwas wesentlich anderes als Mitrederei jedes einzelnen. Die Entscheidungen fallen in den Aufsichtsräten, und hier werden wir darauf bestehen, daß unsere Betriebsräte mitbestimmen können. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Sekanina: Die Niederlage der ÖVP ist endgültig!)*

Wenn Sie in Ihrer dringlichen Anfrage fragen: Wo bleibt denn die Demokratisierung dieser Bundesregierung oder dieser Regierungsmehrheit?, dann können wir Ihnen nur sagen: Der Ausbau der Rechte der einzelnen Arbeitnehmer, der Ausbau der Rechte der Betriebsräte in den Unternehmen und auch die Stärkung der Rechte der Gewerkschaften ist in dieser Republik für uns alle einfach eine unabdingbare Voraussetzung für die weitere Zusammenarbeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Herr Abgeordneter Minkowitsch zu einer tatsächlichen Berichtigung. Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit beträgt 5 Minuten.

Abgeordneter **Minkowitsch** (ÖVP): Jawohl. Ich werde mich bemühen, noch kürzer zu sein.

Herr Präsident! Hohes Haus! Die Feststellungen des Herrn Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft betreffend den einen Fall, den ich als zweiten Fall hier zitiert habe, müssen berichtigt werden.

Herr Bundesminister! Ich zitiere, was Sie gestern in der Anfragebeantwortung hier gesagt haben:

„Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen noch weitere Fälle vorbringen: Eigenbesitzfläche 51,28 Hektar, Einheitswert 712.000 S, Pachtfläche 29 Hektar mit 216.000 S.“ — Jetzt kommt der gravierende Punkt: „Sie selbst wissen ganz genau, wie die Richtlinien für die Agrarkreditaktion lauten, daß man nämlich ein solches Ansuchen mit einem so hohen Einheitswert nicht mehr einreichen dürfte. *(Beifall bei der SPÖ.)*“

Dieser Beifall war verfrüht.

Ich habe deshalb gesagt, Herr Bundesminister: Man kann einer Fehlinformation einmal zum Opfer fallen. Es würde Ihnen gut anstehen, dann auch zu erklären, wie es wirklich war. Ich habe diesen Fall hier aufgezeigt, bei dem Ihr Sekretariat, Herr Minister, die niederösterreichische Kammer veranlaßt hat, die nötigen Unterlagen zu liefern. Niemand hat bestritten, daß der Bundesminister in Sonderfällen außerhalb der Richtlinien selbst bei höheren Einheitswerten noch entsprechende

Verfügungen treffen kann. Aber dann herzugehen und zu sagen: Die niederösterreichische Kammer hat entgegen den Richtlinien eingereicht!, obwohl Ihr Sekretariat veranlaßt hat, daß hier eingereicht wurde, das ist etwas, was in der österreichischen Öffentlichkeit klargestellt werden muß.

Und zu dem ersten Fall. Wenn Sie gesagt haben, Sie hätten gestern nirgends erklärt, daß die niederösterreichische Kammer den Antrag der „Cousine“ — unter Anführungszeichen — als besonders befürwortungswürdig weitergereicht habe, dann nehme ich das zur Kenntnis, nehme aber gleichzeitig auch zur Kenntnis, daß Sie selbst sich damit von der Passage distanzieren, die heute im Zentralorgan Ihrer Partei steht, wo ausdrücklich verankert ist, daß die niederösterreichische Kammer das Gesuch mit diesem Vermerk an Ihr Ressort weitergeleitet hätte. *(Beifall bei der ÖVP. — Ruf bei der ÖVP: 2:0 für Minkowitsch!)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Breiteneder.

Abgeordneter **Breiteneder** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte auch einen Beitrag zu dieser dringlichen Anfrage leisten, und zwar ganz leidenschaftslos.

Das, was mich schockiert hat, war die Feststellung des Herrn Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, daß es Sache des Journalisten sei, was er schreibe. Nun aber haben sozialistische Zwischenrufer bei den Ausführungen des Kollegen Kern gleich auf diesen Zeitungsartikel hingewiesen.

Ich vertrete als Abgeordneter den Standpunkt, daß es nicht richtig ist, wenn ein Minister diesen Standpunkt teilt. Wenn ein Fall in der Zeitung gebracht wird, der in der Öffentlichkeit einen solchen Eindruck erweckt und einen ganzen Berufsstand diskreditiert, dann müßte der Bundesminister hier ein klärendes Wort sagen. Ich glaube, wir sollten es mit der Wahrheit ernster nehmen, denn unsere Funktion verpflichtet uns dazu.

Nun, meine verehrten Damen und Herren, man kann mich wirklich nicht zu den Schreibtschbauern zählen. Es ist ganz interessant, wenn ein Abgeordneter Pansi die Situation der Landwirtschaft so schildert, wie wenn alles zum besten bestellt wäre und als ob die Demonstrationen oder das Bemühen des Bauernbundes, die Bundesregierung auf die Probleme der Landwirtschaft in dieser Form aufmerksam zu machen, provoziert beziehungsweise herbeigeführt wären.

Breiteneder

Herr Bundeskanzler! Ich sage Ihnen, daß die Bauern Österreichs Jahre hindurch größte Geduld bewiesen haben und daß wir nun auf Grund der gesamten Entwicklung — ich werde die Ursachen noch aufzeigen — nicht mehr bereit sind, zu dieser Verhaltensweise der Bundesregierung zu schweigen.

Als Abgeordnete des Bauernbundes beziehungsweise der Österreichischen Volkspartei haben wir auf alle diese Dinge aufmerksam gemacht. Wir haben die Bundesregierung ersucht, beim Budget Rücksicht zu nehmen. Wir haben x-mal Anträge eingebracht, die Zuschußrenten in eine Bauernpension umzuwandeln. Wir haben gebeten, daß man entsprechende Begleitmaßnahmen beim Interimsabkommen mit der EWG für die Landwirtschaft durchführt. Alle diese Dinge hat man einfach weggewischt. Ich bedaure das außerordentlich. *(Abg. Dr. K r e i s k y: Das ist doch nicht wahr! Wir haben mit der ÖVP eine Fülle von Begleitmaßnahmen vereinbart!)*

Wenn man heute sagt, daß es die Landwirtschaft war, die mit den Streiks begonnen hätte, dann glaube ich, daß sich kein Berufsstand in Österreich das gefallen lassen würde, was der bäuerliche Berufsstand in den letzten Jahren über sich ergehen ließ.

Ich möchte fragen, was es geben würde, wenn man einem Berufsstand um 10 Prozent weniger ausbezahlt, wie den Milchbauern Österreichs. Man sagt zwar, das Einkommen der Landwirtschaft sei um etwa 2 Prozent gestiegen. Der Herr Abgeordnete Pansi ist jetzt nicht im Saal. Aber ich glaube, es ist Ihnen bekannt, daß das Einkommen des Menschen in der Land- und Forstwirtschaft nur 56 Prozent des Einkommens des Industriearbeiters ausmacht. Kein Vorwurf: Wir gönnen es jedem. Dabei ist aber nicht berücksichtigt, daß die Bauern Samstag und Sonntag arbeiten müssen. Das ist, glaube ich, zu überlegen. Die jetzige Auseinandersetzung um den agrarischen Bereich, Herr Bundesminister, erfolgt nicht nur im Interesse der Landwirtschaft, sondern im Interesse der gesamten Bevölkerung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir werden es heuer, Herr Bundesminister, deutlich zu spüren bekommen. Die Betriebe der Viehhaltung werden immer weniger. Die Ursache liegt eben darin, daß die Leistung nicht anerkannt wurde.

Herr Bundesminister! Sie haben der Landwirtschaft vorgeworfen, daß sie im Jahre 1972 700 Millionen Schilling Einnahmenentfall deswegen gehabt habe, weil sie nicht bereit war, zusätzlich 300.000 Schweine zu produzieren. Herr Bundesminister, Sie haben gesagt, daß war ein Einnahmenentfall. Das macht mich

besorgt. Denn Sie müssen wissen, daß, wenn eine Produktion unter den Gestehungskosten ist, das einen Verlust hervorruft. Nicht umsonst ist daher diese Verweigerung der Produktion erfolgt.

Wir haben in der Vergangenheit von der Landwirtschaft eine Spezialisierung gefordert. Herr Bundesminister! Als Fachmann müßten Sie wissen, wenn Sie es sein wollen, daß eine Spezialisierung größte Risiken aufweist. Wir haben das heute bei der Schweineproduktion. Früher war der Betrieb gemischt; der konnte solche Krisenfälle leichter ertragen. Aber der Großbetrieb geht bei einem Preisverfall dem Ruin entgegen! Genauso ist es bei der Geflügelmästerei. Und wenn wir spezialisierte Landwirtschaft haben wollen, dann brauchen wir auch gesicherte Preise! *(Zustimmung bei der ÖVP.) Das ist die Voraussetzung. (Abg. Dr. W e i h s: 1972 gab es höhere Preise!)* Ja, Herr Bundesminister. Aber Sie müssen auch die Kosten berücksichtigen.

Hohes Haus, ich möchte Ihnen nur an Hand eines Beispiels sagen, wie die Dinge liegen. Wenn heute ein bäuerlicher Betrieb mit vier oder drei Personen für einen Tag einen Handwerker aufnimmt — das ist jetzt kein Vorwurf gegenüber dem Handwerker, unterstellen Sie mir das bitte nicht —, so kostet der über 1000 S. Meine Verehrten! Die gesamte Familie mitsamt dem Kapitaleinsatz ist nicht in der Lage, dieses Einkommen an diesem Tag zu erreichen. Das sind Tatsachen, die mir niemand widerlegen kann! Und das ist die Ursache, daß wir jetzt unsicher geworden sind.

Wenn der Abgeordnete Pansi glaubt, daß die Landwirtschaft so ein gutes Einkommen hat, so frage ich: Warum tritt dann die Entwicklung ein, daß wir heute viele Bauernhöfe ohne Erben haben? Wieso können dann die Eltern nicht mehr die Jugend überzeugen, daß es sich lohnt, Bauer zu werden? Warum haben unsere Bauernsöhne die größte Sorge, Bäuerinnen zu bekommen? Warum ist diese Entwicklung, daß Bauern heute 50 km pendeln und ihren Betrieb dann extensiv führen? Weil sie sich sagen: Ich bin mir nicht sicher, ob ich nächstes Jahr noch Bauer sein kann!

Das sind die Dinge, die uns in Sorge versetzen und die uns zu dieser Maßnahme eben geführt haben. *(Abg. W i e l a n d n e r: 25 Jahre ÖVP-Bauernpolitik in Österreich!)* Herr Abgeordneter! Die Unruhe in diese Entwicklung haben Sie hineingetragen! *(Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. W i e l a n d n e r: Ja, Dr. Klaus hat es demonstriert!)*

Ich möchte auf gewisse Voraussagen von Experten verweisen. Wie war es doch: Hat nicht Mansholt gesagt, daß diese kleinen und

6598

Nationalrat XIII. GP — 69. Sitzung — 4. April 1973

Breiteneder

mittleren Betriebe keine Zukunft mehr haben? Das ist doch gesagt worden. Wir haben rationalisiert, wir haben mechanisiert, wir haben uns umgestellt, wir haben spezialisiert — und heute sind wir in einer unsichereren Situation denn je zuvor!

Da frage ich Sie: Gibt es einen Berufsstand, der vielleicht permanent in einer solchen Unsicherheit leben möchte? (*Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Ich darf an die Vorwürfe erinnern, die man uns ständig macht. Sie sind geeignet, den Bauernstand zu diffamieren. Einmal rechnet man ihm die Kinderbeihilfe vor. Ich weiß nicht: Gibt es bei Ihnen so wenig Familienväter, die wissen, daß Kinder längst kein Geschäft sind, sondern ein Opfer? (*Abg. Wielandner: Schauen Sie in unsere Gemeinden!*) Ist das nicht bedauerlich, meine Verehrten? (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Dann rechnet man uns vor, welche soziale Leistungen die Landwirtschaft bekommt. Ich glaube, man müßte in erster Linie auch einmal die Rechnung anstellen, welche Leistungen die Landwirtschaft für die österreichische Wirtschaft allgemein erbringt.

Es ist bedauerlich, wenn der Herr Bundeskanzler nicht einmal davon in Kenntnis war, daß die Landwirtschaft bei dem Stabilisierungsprogramm nicht berücksichtigt worden ist. (*Abg. Dr. Kreisky: O ja! Alle Kredite!*) Herr Bundeskanzler! Die Landwirtschaft ist hier ausgeschaltet. Man hat uns in keiner Weise berücksichtigt! Es ist bedauerlich, wenn die Maschinen-, die Düngemittel- und die Baupreise enorm steigen, wir aber keine Möglichkeit haben, diese Mehrkosten auf unsere Erzeugungsprodukte umzuwälzen.

Das, Herr Bundeskanzler, sind die Gründe für die Aktionen des Bauernbundes, der wohl das Vertrauen der bäuerlichen Bevölkerung hat. Wenn Sie von der Gewerkschaft glauben, das Recht in Anspruch nehmen zu können, ihre Arbeiter zu vertreten, dann muß es auch uns gestattet sein, daß wir als Bauernbund das Recht des Bauern wahrnehmen und die Rechte des Bauern auch entsprechend verteidigen! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Herr Bundeskanzler! Sie haben gesagt, daß Sie in Schärding in echtem Zorn waren. Ich habe Ihre Ausführungen über das Fernsehen verfolgt. Sie haben hier nicht ganz die Wahrheit gesagt. Denn Sie, Herr Bundeskanzler, haben erklärt: „Das Monopol des Bauernbundes gehört endgültig der Vergangenheit an!“ Das war die echte Aussage. (*Abg. Hieltl: Jawohl!*)

Aber ich glaube, Herr Bundeskanzler, Sie irren hier: Wir werden die Macht des Bauernbundes nicht in der Form gebrauchen, daß wir Ungebührliches fordern, sondern wir machen nur unseren Einfluß geltend im Interesse der gesamten Bevölkerung, weil wir wissen, daß ein Volk sehr rasch von einem anderen in der Ernährung abhängig werden kann. Die Zeit und die Entwicklung werden uns recht geben. Aber reden Sie sich dann nicht auf die „schlechte Agrarpolitik“ der Österreichischen Volkspartei in der Vergangenheit aus! Wir haben immer auf diese Entwicklung aufmerksam gemacht. Aber Sie wollten uns keinen Glauben schenken.

Sie haben sehr viel davon gesprochen, für den ländlichen Raum mehr zu tun. Wir haben enorme Opfer für die Aufschließung des ländlichen Raumes gebracht. Aber auch hier hat man kein Verständnis gezeigt: Man hat zwar die Schülerfreifahrten eingeführt, aber die Mittel für den Wegebau gekürzt. Wir haben heute weite Gebiete, meine Damen und Herren, wo kein Schülerautobus eingesetzt werden kann, weil man einfach dort nicht fahren kann. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Hanna Hager: Das erst nach drei Jahren!*) Die wirkliche Kürzung auf dem Wegebau-Sektor beträgt etwa 50 Prozent. Ich habe hier selbst während der Budgetdebatte darauf aufmerksam gemacht, Herr Bundeskanzler: Ich empfinde es als ein Unglück, daß man generell über das gesamte Bundesgebiet die Baubremse und die Konjunkturdrosselung eingesetzt hat. Denn wir haben echte Entwicklungsgebiete. Aber man hat in keiner Weise unserem Vorschlag beziehungsweise diesem Wunsch Rechnung getragen.

Mit der demokratischen Bereitschaft, zu reden und zu verhandeln, scheint es mir also nicht so weit her zu sein, wie Sie das in der Öffentlichkeit immer wieder der Bevölkerung einreden wollen.

Ich möchte daher zum Schluß folgende Feststellung treffen: Die österreichische Bauernschaft hat seit 1945 die größte Toleranz unter Beweis gestellt. Man hat aber in dieser ganzen Zeit — ich kann jederzeit den Nachweis erbringen — permanent versucht, die Leistung der Bauern in Frage zu stellen und uns als Subventionsempfänger hinzustellen. Man hat die Bevölkerung nie richtig und ehrlich informiert.

Es ist nun die Aufgabe des Österreichischen Bauernbundes und der Österreichischen Volkspartei, daß jetzt die Bevölkerung durch die Maßnahmen, die wir gesetzt haben, die Wahrheit erfährt. Wir werden von diesem Recht,

Breiteneder

Herr Bundeskanzler, immer wieder Gebrauch machen und Sie herausfordern, uns endlich Ihre Absicht zu sagen, was Sie nun mit dem österreichischen Bauernstand vorhaben! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Schranz. (Abg. *Wielander*: Herr Kollege Breiteneder! Wie ernst Sie es nehmen, haben wir gesehen an Ihrer Präsenz bei der dringlichen Anfrage! — Abg. *Hietl*: Das ist nicht Ihre Angelegenheit!)

Abgeordneter Dr. **Schranz** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Kollege Doktor Kohlmaier hat mit seinen Enunziationen in letzter Zeit nicht viel Glück gehabt. Das ist ja allgemein bekannt, und es ist darüber auch recht viel innerhalb der ÖVP geredet worden.

Dieser Kette hat er heute ein neues Glied hinzugefügt. Wozu, frage ich, hat der Herr Dr. Kohlmaier darauf verwiesen, daß bei einer Versammlung der Sozialistischen Partei in Wien-Rudolfsheim „hauptsächlich ältere Jahrgänge“ vertreten waren? Ist es etwas Negatives, älter zu sein? Warum dürfen bei einer Versammlung nicht Ältere sein? Ist es diskriminierend, wenn Ältere dort sind? Wozu betonen Sie das Alter von Versammlungsteilnehmern, meine Damen und Herren? (Abg. *Dr. Blenk*: Ist das alles, was Sie wissen?) Die Pensionisten werden sich darauf ihren Reim machen, denn das ist eine abwertende Bemerkung gegenüber der gesamten älteren Generation in Österreich! (Zustimmung bei der SPÖ. — Widerspruch bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Sie haben sich heute auch mit den Fragen der sozialen Sicherheit beschäftigt, und es ist daher notwendig, darauf einzugehen. (Abg. *Anton Schlager*: Warum betonen Sie die Zuschüsse für die Bauernpensionisten?) Ich komme gleich darauf zu sprechen, Herr Kollege Schlager. Noch ein bißchen Geduld, dann können wir uns darüber unterhalten. Ich werde Ihnen unsere grundsätzliche Stellungnahme dazu sagen.

In den letzten drei Jahren ist eine ganze Reihe von Verbesserungen in der gesamten Sozialversicherung eingetreten, eine Reihe von Verbesserungen, wie es sie, was das Materielle betrifft, in einer solchen kurzen Zeit noch nie gegeben hat.

Verstärkte Pensionsdynamik 1971: 7,1 Prozent statt 6,4 Prozent nach der alten Methode, 1972: 7,4 Prozent statt 6,9 Prozent, 1973: 9 Prozent statt 8,3 Prozent. 1974 wird es eine Erhöhung von 8,7 Prozent statt 7,7 Prozent nach der ÖVP-Methode geben. (Abg. *Doktor Blenk*: Aber die Preisentwicklung!)

Sie kritisieren heute die Pensionsdynamik. Ich frage Sie, und ich frage vor allem den Herrn Dr. Kohlmaier, wenn er zur Diskussion über seine dringliche Anfrage wieder einmal kommt: Warum hat sich denn die ÖVP und vor allem ihr Sprecher Dr. Kohlmaier im Pensionsdynamik-Beirat so lang und so entschieden gegen die Verbesserung der Richtzahlberechnung gewehrt? (Abg. *Dr. Schwimmer*: Das ist ein Dr. Kohlmaier-Vorschlag!) Warum haben Sie den sozialistischen Anträgen im Pensionsdynamik-Beirat und in diesem Haus nicht zugestimmt?

Hätten wir Ihre Methode der Richtzahlberechnung weiterbehalten (Abg. *Doktor Schwimmer*: Das stimmt doch nicht!), dann hätten die Pensionisten innerhalb von vier Jahren 2¼ Milliarden Schilling weniger bekommen, als es tatsächlich der Fall war. Sie haben eine bessere Dynamikmethode jahrelang verhindert! Sie haben daher kein Recht, die Pensionsdynamik, die wir heute in besserer Form besitzen, zu kritisieren. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Die verbesserte Richtzahlberechnung in diesen vier Jahren bringt den Pensionisten 2265 Millionen Schilling. Diese verbesserte Pensionsdynamik bringt jedem einzelnen Pensionisten mehrere tausend Schilling. Das hätten die Pensionisten schon viel früher haben können, hätte es nicht die unsoziale Politik der ÖVP gegeben. (Neuerliche Zustimmung bei der SPÖ.)

Aber auch die Steuerreform hat den Pensionisten wesentliche Erleichterungen gebracht. Immerhin müssen 160.000 Pensionsbezieher in diesem Jahr keine Lohnsteuer mehr zahlen, und sie ersparen sich damit rund eine weitere Viertelmilliarde Schilling. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. *Dr. Blenk*: Die armen Leute merken das nicht einmal!)

Sie wissen, daß die Witwenpensionen von 50 auf 60 Prozent der Versichertenpension erhöht wurden, daß die besonderen Ruhensbestimmungen für die Witwenpensionen, die in der Zeit der ÖVP-Regierung eingeführt wurden, etappenweise aufgehoben werden konnten (Abg. *Dr. Schwimmer*: Zwei Jahre zu spät!) und 1974 völlig verschwinden werden. Nach Ihrer Politik wären sie überhaupt nicht aufgehoben worden, denn Sie haben die diesbezüglichen Gesetze mit Ihrer Mehrheit hier vertreten.

Meine Damen und Herren! Sie wissen ganz genau, daß die Ausgleichszulagen-Richtsätze und damit die kleinsten Pensionen in einem Ausmaß wie niemals zuvor in Österreich erhöht worden sind: für Alleinstehende um rund

Dr. Schranz

40 Prozent, für Ehepaare um rund 44 Prozent; in der Zeit der sozialistischen Regierung von 1283 S auf 1800 S für Alleinstehende und auf 2575 S für Ehepaare.

Diese Politik, dieser Kampf gegen die Armut ist allen Beziehern von Sozialleistungen in Österreich zugute gekommen.

Aber es sind nicht nur die kleinsten Leistungen so stark erhöht worden — Sie haben in Ihrer Regierungszeit etwas Ähnliches niemals zustandegebracht —, sondern auch die Durchschnittspensionen im Bereich der ASVG-Versicherung wurden bei Direkt pensionen um 30 Prozent, Witwenpensionen um 45 Prozent und Waisenpensionen um 50 Prozent erhöht. (*Abg. Dr. Schwiemer: Reden Sie auch vom Preisniveau? Von der Kaufkraft der Pensionen reden Sie nicht!*) Aber noch stärker sind die Pensionen im Bereich der Versicherung der Selbständigen hinaufgesetzt worden.

Jetzt komme ich zu den Fragen der Agrar-Sozialpolitik. Lassen Sie mich dazu — der Kollege Schlager wollte es vorhin wissen, dann hat er sich zurückgezogen — eine grundsätzliche Bemerkung machen.

Die ÖVP greift die Regierung an, weil diese Regierung angeblich zuwenig für die Bauern täte. Replizieren wir mit den eindeutigen Leistungen und Zahlen, wie auf dem Gebiet der Sozialversicherung, dann sagen Sie: Halten Sie doch das den Bauern nicht vor! Auf der einen Seite stellen Sie die Behauptung auf, die Regierung würde für die Bauern zu wenig tun, auf der anderen Seite wollen Sie die eindeutigen Zahlen nicht hören. Das ist keine Diskussionsmöglichkeit. So kann man sich hier nicht auseinandersetzen!

Wir halten den Bauern nicht die Sozialleistungen vor, aber wir werden doch noch feststellen dürfen, welche enormen Sozialleistungen diese Regierung für die Bauern erbringt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wir bekennen uns auch zu diesen Leistungen der Agrar-Sozialpolitik, denn ohne die Sozialisten wären sie nicht zustande gekommen. Denken Sie an die Selbständigen-Versicherungsgesetze aus der Zeit der Koalition. Denken Sie daran, daß alle wesentlichen Sozialversicherungsgesetze auch in den Jahren Ihrer Alleinregierung mit Zustimmung der Sozialisten zustande gekommen sind. Denken Sie bitte auch daran, daß es viel größere Widerstände gegen die soziale Sicherheit der Bauern in Ihren eigenen Reihen gegeben hat.

Jetzt die Zahlen der Agrar-Sozialpolitik: Im letzten Budget der ÖVP-Alleinregierung haben die staatlichen Zuschüsse zur landwirtschaftlichen Zuschußrentenversicherung 725 Mil-

lionen Schilling betragen. Im Jahr 1973 belaufen sie sich auf 2002 Millionen Schilling, also auf mehr als 2 Milliarden Schilling. Insgesamt wendet die sozialistische Bundesregierung 2,4 Milliarden Schilling an Bundesleistungen für die bäuerliche Sozialversicherung auf. Im Jahre 1970 waren es 1056 Millionen Schilling. Die Leistungen des Bundes für die Agrar-Sozialpolitik haben sich also in drei Jahren „nur“ um 127 Prozent erhöht!

Wir wissen, daß es Ihnen unangenehm ist, das festzustellen. Und wir wissen auch, daß Sie sogar zu Ummünzungen der geschichtlichen Entwicklung Zuflucht nehmen müssen.

Bei der Debatte über die letzte dringliche Anfrage hat der Herr Abgeordnete Dr. Mussil das Gegenteil dessen gesagt, was sich wirklich abgespielt hat. Er hat nämlich — ich zitiere wörtlich aus dem stenographischen Protokoll — erklärt: „Zu der Zeit, wo die Pensionsversicherung“ — der Bauern — „beschlossen worden ist — alles gegen Ihre Stimmen“ (zu den Sozialisten gewandt) —, „haben Sie sich mit allen Mitteln gegen diese Pensionsversicherung zur Wehr gesetzt.“

Das ist falsch! Das ist eine Verdrehung der Tatsachen! Die Sozialisten haben auch der Bauern-Pensionsversicherung ihre Zustimmung gegeben. Sie stehen auf dem Standpunkt der Unteilbarkeit der sozialen Sicherheit. Sie werden den Kampf gegen die Armut energisch fortsetzen und daher auch den Kampf um einen weiteren Ausbau der sozialen Rechte der Bauern in Österreich. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Nun möchte ich Ihnen in Erinnerung rufen, was die so viel zitierten jüngsten Sozialnovellen alles an wesentlichen Verbesserungen gebracht haben. (*Ruf bei der ÖVP: Alter Kaffee! — Abg. Gratz: Den Kaffee hat der Herr Kohlmaier aufgewärmt!*) Wenn Sie in der Öffentlichkeit angekündigt haben, Sie würden die 29. ASVG-Novelle und Parallel-Novellen im Fall Ihrer Wiedererlangung der politischen Macht wieder aufheben, dann kann ich nur sagen: Es ist ein Riesenpaket von sozialen Besserstellungen, das Sie dann wieder aufheben würden. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Doktor Schwiemer: Sie diffamieren schon wieder, Herr Schranz!*)

Meine Damen und Herren! Schauen Sie sich doch einmal an, welche wesentlichen Verbesserungen diese Novellen für nahezu die gesamte österreichische Bevölkerung gebracht haben:

Es ist ein Sozialversicherungsschutz für Geistliche und Ordensangehörige bei dritten Arbeitgebern geschaffen worden. Die Denti-

Dr. Schranz

sten wurden in die Krankenversicherung einbezogen. Der Weiterbestand der Sozialversicherung für die Zeit von Bildungsfreistellungen der Betriebsräte wurde gewährleistet. Es ist eine freiwillige Krankenversicherung für die Studenten nun erstmals geschaffen worden.

Wir haben eine ganz besonders wesentliche Verbesserung, einen ganz wichtigen Ausbau der sozialen Sicherheit in unserem Lande mit der Einrichtung der Gesundenuntersuchungen geschaffen. Wir haben die Jugendlichenuntersuchungen, vor allem zugunsten der bäuerlichen Jugend, zu Pflichtleistungen unserer Krankenversicherung gemacht.

Es ist der Reisekostenersatz verbessert worden. Die Gewährung von Heilbehelfen ist erweitert worden. Es gibt erstmals wesentliche Zahnersatzleistungen, zum größten Teil auf Kassenkosten und auf Vertragsbasis. Es ist das System der Überweisungsbeträge verbessert und auf die Pensionsversicherungen der Gewerbetreibenden und der Bauern ausgedehnt worden.

Es ist eine wichtige neue Leistung in Form der Erhöhung der Alterspensionen bei Aufschub der Geltendmachung des Anspruches eingeführt worden. Es gibt neu den Zuschlag zu den Pensionen bei weiterer Erwerbstätigkeit. Es wurden die Wanderversicherungsvorschriften verbessert. Es sind die Vorschriften über die vorzeitige Alterspension bei Arbeitslosigkeit verbessert worden. Es gibt nun auch bis zu einem gewissen Grenzbetrag bei weiterer Erwerbstätigkeit vorzeitige Alterspensionen auf Grund langer Versicherungsdauer. Die besonderen Ruhensbestimmungen für die Witwenpensionen werden etappenweise aufgehoben. Der Knappschaftssold wird erhöht. Das Bergmannstreuegeld wird hinaufgesetzt.

Die Ausgleichszulagen-Richtsätze sind erheblich über die Dynamik hinaus neuerlich außertourlich hinaufgesetzt worden. Die Vorschriften über die Rehabilitation wurden verbessert; desgleichen jene über Familien- und Taggeld, über die Antragstellung, über die Einbringung von Klagen. Es erhalten die Bezieher von Ausgleichszulagen eine Abgeltung für die Erhöhung der Preise der Grundnahrungsmittel. Es sind die sogenannten Angestellten-Altpensionen hinaufgesetzt worden. Es sind die Beitragsgrundlagenermittlungen verbessert worden.

Über diese Verbesserungen im Bereich des ASVG hinaus gibt es konforme Verbesserungen auf dem Sektor der gesamten Sozialversicherung, also auch auf dem Gebiet der Sozialversicherung der Selbständigen sind wichtige weitere Verbesserungen, etwa im

Bereich des GSPVG und des BPVG, in Kraft getreten. Beitragsgrundlagen, Schaffung der vorzeitigen Alterspension bei langer Versicherungsdauer für die Gewerbetreibenden und ähnliche ganz bedeutende Verbesserungen der Sozialversicherung sind geschaffen worden.

Diese Bundesregierung hat — Sie wollten die Diskussion auch über diesen Bereich, sie wurde ja von Ihrem Begründer der Anfrage begonnen — ganz gewaltige Leistungen auf dem Gebiet der Sozialversicherung erbracht, Leistungen zugunsten der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung.

Hier wird es Ihnen nicht gelingen, den Sozialminister als Buh-Mann in der Öffentlichkeit abzustempeln. Dieser Sozialminister hat für alle jene Leistungsverbesserungen gesorgt, die zustande gekommen sind. *(Beifall bei der SPÖ.)* Gerade hinter diesem Sozialminister — wann immer Sie ihn angreifen, werden wir das mit besonderem Nachdruck sagen — steht unsere Fraktion und die gesamte Sozialistische Partei! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die Leistungen der Bundesregierung auf sozialpolitischem Gebiet können sich besonders sehen lassen. Mehr als jemals zuvor ist auf diesem Gebiet geschehen, und die Regierung Kreisky wird diese Politik zugunsten der Österreicher konsequent fortsetzen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Vetter.

Abgeordneter Vetter (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Bevor ich konkret auf die zur Debatte stehende Angelegenheit eingehe, vielleicht einige Entgegnungen zu einigen Wortmeldungen meiner Vorredner.

Kollege Ulbrich zum Beispiel hat versucht, der Österreichischen Volkspartei zu unterstellen, sie als Partei hätte in irgendeinem Ort in Vorarlberg einen Journalisten aus einer Gaststube gewiesen, weil er ihr nicht angenehm gewesen wäre. Herr Minister! Herr Vizekanzler! Auch das, glaube ich, ist eine Unterstellung, weil man bei diesem Journalisten, der aus irgendwelchen Gründen dort Streitigkeiten mit den Leuten hatte, ja um Himmels willen doch nicht der Österreichischen Volkspartei oder dem Klub der ÖVP-Abgeordneten hier im Hause unterschieben kann, sie hätte dort den Journalisten aus dem Gasthaus geworfen. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

In gleicher Weise hat Herr Kollege Ulbrich versucht, an Hand eines Beispiels aus Kitzbühel, im Falle eines Arbeitsvertrages, der

Vetter

sicherlich in unrichtiger Form abgeschlossen worden ist, ebenfalls der Österreichischen Volkspartei zu unterschieben, sie würde ihre Zustimmung zu einem solchen Arbeitsvertrag geben.

Ich glaube, daß das nicht die richtigen Methoden sind, wenn man andererseits auch die Beteuerungen zur Kenntnis nimmt, die heute bereits gegen Schluß dieser Sitzung gefallen sind, nämlich das Verhältnis der Parteien untereinander hier im Parlament zu bessern.

Kollege Schranz hat versucht, aus einer Berichterstattung über eine sozialistische Mitarbeiterbesprechung oder Wählerversammlung, in der sehr viele ältere Menschen anwesend gewesen waren, eine Diskriminierung der älteren Generation durch die Österreichische Volkspartei herauszulesen.

Herr Kollege Schranz! Ihre Fraktion hätte bei der Behandlung der 29. ASVG-Novelle ausreichend Möglichkeit gehabt, sich mehr für die ältere Generation einzusetzen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Sie hätten nur den Anträgen meiner Fraktion Rechnung tragen müssen. *(Abg. Staudinger: Wenn schon Schranz, dann Karl! — Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Ein zweiter Versuch, Herr Kollege Doktor Schranz: Sie haben über die Pensionsdynamik versucht, Ihrer Fraktion hier Lorbeeren aufzusetzen. Nach meiner Information wurde der Modus zur Berechnung der jetzigen Pensionsdynamik vom Kollegen Generalsekretär Doktor Kohlmaier vorgeschlagen; nach meiner Information. Und das dürfte die Wahrheit sein. *(Zwischenrufe bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Ing. Häuser.)* Herr Vizekanzler, Sie werden es besser wissen als ich, Sie waren sicherlich dabei. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Nein! In diesem Ausschuß waren Sie nicht, Herr Vizekanzler! — Abg. Ing. Häuser: Aber ja, ich war dabei! Drei Jahre lang habt ihr euch dagegen gewehrt! — Abg. Doktor Kohlmaier: Sie haben die Voll-Dynamik-Methode wollen und dann nicht durchgebracht, Sie haben einen Kompromiß gesucht! — Zwischenruf: Sie waren gar nicht dabei im Hauptverband!)* Herr Vizekanzler, fest steht, daß Generalsekretär Dr. Kohlmaier an diesem Vorschlag wesentlich mitgearbeitet hat und daß das wesentlich auf seine Vorschläge zurückzuführen ist.

Herr Dr. Schranz! Sie haben weiterhin versucht, durch den Hinweis auf die Erhöhung der Ausgleichszulagenrichtsätze einen großartigen Kampf der Regierung gegen die Armut herauszustreichen. Herr Dr. Schranz, Sie verschweigen, daß Sie eine höhere, wesentlich günstigere Richtsatzfestsetzung für Ehepaare,

die der normalen Berechnung, wenn man vom Ledigensatz ausgeht, eher entsprechen würde, verhindert haben und daß die Richtsatzfestsetzung, wie Sie sie gebracht haben, ja nur die Bruttoeinnahmen und die Bruttosätze sind. Der Pensionist hat ja nur vom Realeinkommenszuwachs etwas. Und da haben Sie wesentlich natürlich die heutigen Preissteigerungen, die Preisindexsteigerungen vergessen. Die spürt der Pensionist am meisten. Von einem gewonnenen Kampf gegen die Armut, Herr Dr. Schranz, kann man heute, in der jetzigen Zeit, bei einer Indexsteigerung von 8,1 Prozent im Jänner wirklich noch nicht sprechen.

Sie haben maschinengewehrartig die Leistungen der Regierung für die bäuerliche Bevölkerung aufgezählt. Die Belastungen der bäuerlichen Bevölkerung sind heute schon zigmal betont worden. Ich kann es mir ersparen, darauf noch einmal einzugehen.

Es wurde auch das Verständnis, das die derzeitige Regierung diesen Problemen entgegenbringt, ausreichend betont.

Sie haben neuerlich versucht, Herr Doktor Schranz, der ÖVP zu unterstellen, sie hätte behauptet, sie würde die gesamte 29. ASVG-Novelle rückgängig machen. Herr Kollege — das wurde heute schon betont —: Das ist falsch, das ist unwahr! Es betrifft nur die organisatorischen Fragen, das wissen Sie genauso gut wie ich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Dr. Schranz! Die sozialistische Fraktion der Gewerkschaft macht derzeit in den Betrieben auch große Propaganda für die 29. ASVG-Novelle. Auch dort steht diese Unwahrheit drinnen. Wahrscheinlich kommt sie von Ihnen, denn diese Verbindung ist leicht zu finden. *(Abg. Ing. Häuser: Das ist schwarz auf weiß in den Zeitungen der ÖVP gestanden! In den Zeitungen der ÖVP lesen Sie das nach!)* Das ist eine Behauptung. Herr Vizekanzler, Sie wissen es am allerbesten: das betrifft nur die Veränderungen auf dem Organisationsgebiet. Sie wissen genau, um welche Veränderungen es sich da handelt, die die ÖVP versprochen hat wieder rückgängig zu machen. *(Ruf bei der SPÖ: Sie haben keine Zeitungsmeldung dementiert! — Rufe: Zur Tagesordnung!)*

Nun vielleicht konkreter zur Tagesordnung.

Die Frau Minister Leodolter hat die verfassungsmäßigen Bedenken, die heute zum Krankenpflegefachdienstgesetz aufgetaucht und behandelt worden sind, mit einem Handstreich vom Tisch gefegt. Sie hat die Frage gestellt, ob denn dieses Gesetz ein gar so schlechtes Gesetz sei, daß es nicht die Zustimmung der

Vetter

Oppositionsparteien gefunden hat. Sie hat betont, das Ziel dieses Gesetzes sei es gewesen, eine Vermehrung der Krankenpflegeschwestern zu finden und eine Anhebung des Ausbildungsniveaus dieser Pflegepersonen. Sie haben behauptet, Sie hätten dieses Ziel schon erreicht!

Frau Minister! Ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie an Wunder glauben, daß ein Gesetz, das vor einigen Wochen beschlossen worden ist, bereits solche Erfolge zeitigt, wie Sie sie mit Zahlen ausgedrückt haben. Sie haben erwähnt, daß 180 Anmeldungen in Wien bereits vorhanden wären. Frau Bundesminister! Ich kann Ihnen das Gegenteil momentan nicht beweisen, nur glaube ich, daß im Vorjahr nicht viel weniger Anmeldungen gewesen sind.

Frau Bundesminister! Der Mangel an Krankenschwestern ist nicht zur Zeit der Ausbildung festzustellen, denn Pflegeschülerinnen hat es immer genug gegeben, sondern die Abwanderung aus diesem Beruf war beängstigend, weil die schlechten Berufsbedingungen bezüglich Arbeitszeit, Nachtdienst und dergleichen mehr viele Schwestern davon abgehalten haben, diesen Beruf weiterhin auszuüben.

Ein Zankapfel im Ausschuß war vor allem das erste Ausbildungsjahr, das dem Gesetze nach an den Krankenanstalten zu führen ist. Dieses erste Ausbildungsjahr konnte man nach Absolvierung des Polytechnischen Jahrganges oder nach Abschluß der 1. Klasse Oberstufe einer allgemeinbildenden höheren Schule oder einer mittleren Schule machen.

Frau Bundesminister! Hier konnte kein Konsens gefunden werden, weil Sie gar nicht bereit waren, darüber zu diskutieren. Sie konnten kaum unsere Frage beantworten, wie denn die Kosten der Spitalerhalter in Zukunft zu decken sind, wo doch jetzt schon die Lasten der spitalerhaltenden Gemeinden ins Enorme gestiegen sind. Wenn auch noch zusätzlich, nachdem es der Wunsch ist, daß mehr Schwestern werden, der Wunsch da ist, mehr Ausbildungsjahre zu führen, so sagen Sie mir, woher die Gemeinden die finanzielle Bedeckung dieser Lasten bringen sollen!

Sie konnten uns auch kaum sagen, wie die Schulraumfrage gelöst werden soll, wie die Lehrerfrage zu lösen sei, wo doch jetzt bereits eine Überlastung der Lehrer vorhanden ist und von der Schulraumnot immer wieder und überall gesprochen wird.

Auch eine andere Frage konnte nicht geklärt werden, Frau Bundesminister: Was ist, wenn eine Schülerin mit Abschluß der 4. Haupt-

schulklasse ihre Schulausbildung beendet, weil sie ein Jahr bereits wiederholt hat? Kann die Schülerin mit 15 Jahren in dieses erste Ausbildungsjahr eintreten, ja oder nein? Nach unserer Auslegung der Bestimmungen ist das nicht möglich. Wir haben vorgeschlagen, unmittelbar an den Abschluß der Pflichtschulen eine dreijährige Sozialschule zu stellen. Auch Sie sprechen in den Erläuternden Bemerkungen von diesem mit der 5. Schulorganisationsgesetz-Novelle vielleicht zu schaffenden neuen Typ der Schule. Das wäre ein direkter Übergang gewesen für die vierzehnjährigen Schülerinnen.

Auch im Ausschuß ist immer Ihr Argument aufgetaucht, daß, wenn man solche Sozialschulen führt, die Neigung, Krankenpflegerin zu werden, wahrscheinlich sogar geringer sein würde als jetzt, wenn sich die jungen Mädchen in sehr jungen Jahren dazu entscheiden.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß bei einem Kreis, der sich grundsätzlich für den Sozialberuf bereits entschlossen hat, die Zahl geringer werden sollte, wenn die Ausbildung früher beginnen könnte und man sich das Polytechnische Jahr, das von vielen vielleicht doch bezweifelt wird, ersparen könnte.

Weil in dieser Frage und in anderen Fragen keine gemeinsame Auffassung erreicht werden konnte, wurden die Besprechungen im Ausschuß abgebrochen. Kollege Pansi hat eindeutig erklärt, die Diskussion sei sinnlos, die SPO-Fraktion sei von der Richtigkeit dieses Gesetzes überzeugt und daher könne die Debatte eigentlich enden. (Abg. Hanna Hager: Das ist gar nicht wahr! Das hat die Frau Dr. Hubinek im Ausschuß gesagt!)

Das, Frau Minister, ist der Stil der sozialistischen Fraktion im Gesundheitsausschuß. Wir vermissen den Konsens, der doch in so völlig unpolitischen Fragen gesucht werden müßte. Das ist die Transparenz, das zeigt von Ihrem Demokratieverständnis, das Sie heute wieder so sehr betont haben.

Noch deutlicher ist dieser Stil bei der Behandlung der 29. ASVG-Novelle hervorgetreten. Sie haben sich weder um eine Demonstration der Landarbeiter beim Bundeskanzleramt gekümmert noch haben Sie die Aktion von 55.000 Unterschriften gegen die Zerschlagung der land- und forstwirtschaftlichen Krankenkassen zur Kenntnis nehmen wollen.

Wir werfen Ihnen vor, daß bei Ihren Bestrebungen, bei Ihrer Behandlungsmethode nicht der Mensch, der Versicherte, im Mittelpunkt steht, sondern die Sozialversicherung als Apparat selbst.

6604

Nationalrat XIII. GP — 69. Sitzung — 4. April 1973

Vetter

Kollege Schranz hat heute von den Verbesserungen gesprochen, die die 29. ASVG-Novelle bringt. In vielen Zeitschriften werden nur die Verbesserungen gebracht. Sie verschweigen zum Beispiel die Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage in der Krankenversicherung. Sie sprechen nicht davon, daß diese in fünf Jahren von 4800 Schilling auf 8700 Schilling erhöht wird, daß das eine Belastung für jeden einzelnen mit sich bringt. Bei Facharbeitern zum Beispiel macht es in fünf Jahren rund 6000 Schilling aus und umgerechnet monatlich 100 Schilling, und denselben Betrag leistet noch der Dienstgeber als Lohnkostenbeitrag. Dann wundert man sich, wenn Preiserhöhungen Platz greifen müssen, weil die Lasten, die Sie aufbürden, einfach zu groß sind.

Sie sprechen auch nicht davon, daß meine Fraktion zum Beispiel auf dem Gebiet der Familienpolitik mehrere Vorschläge vorgelegt hat, daß wir uns dafür eingesetzt haben, daß der Hilflosenzuschuß auch für die nichtversicherte Gattin gewährt wird und daß die Zeiten der Erziehung noch nicht schulpflichtiger Kinder bis zu einem gewissen Zeitraum als Ersatzzeit in der Pensionsversicherung angerechnet werden sollten. Auch haben wir eine höhere Berechnung der Ausgleichszulagen für Ehepaare vorgeschlagen. Wir sind ferner der Meinung, daß die Rehabilitationsfrage völlig ungenügend gelöst worden ist.

Sie haben einen Vorschlag, der für die Regierung völlig unbedeutend ist, aber für den betroffenen Kreis von ganz besonders schwerwiegender Bedeutung ist, nämlich die Verbesserung der Versorgung für die Hinterbliebenen von tödlich verunglückten Feuerwehrleuten, abgelehnt, obwohl ursprünglich eine Zusage von Ihnen vorhanden war, dieses Problem auf diese Art und Weise zu lösen. Sie stellen sich weiterhin gegen die völlige Aufhebung der Ruhensbestimmungen. (Abg. Dr. Fischer: Das habe ich schon einmal gehört!)

Auch das und den Stil, den Sie im Ausschuß praktiziert haben, kritisieren wir, weil wir an Hand dieser Beispiele der Meinung sind, daß das Demokratieverständnis nicht so sehr in der Praxis ausgeübt wird, wie Sie es hier von dieser Stelle aus immer wieder behaupten.

Kollege Wille hat im Zusammenhang mit der Arbeitsverfassung den Satz ausgesprochen, daß das richtige Maß an Mitbestimmung zu finden sei. Ich glaube, daß dieser Satz ohne weiteres auch von uns gutgeheißen werden kann. Herr Kollege Wille! Daß der Betriebsrat die Beförderung bestimmt, die Einstellung des

einzelnen, daß er das ausschließliche Recht zur Vergabe von Dienstwohnungen hat, das verstehen wir nicht unter dem „richtigen Maß an Mitbestimmung“ für den einzelnen. Wir sind der Meinung, daß so jeder einzelne in seinen eigenen Rechten eingeschränkt wird und daß die Mitbestimmung für den einzelnen geringer wird und nicht mehr.

Der Klubobmann Gratz hat neuerlich versprochen, daß die Sozialistische Partei nur nach Erfüllung des Regierungsprogramms vor die Wähler treten werde. Wenn man dieses neuerliche Versprechen halbwegs ernst nehmen will (Abg. Gratz: Wir nehmen es ernst!), so muß man als Regierungspartei darauf gefaßt sein, daß auch die Oppositionspartei von Zeit zu Zeit überprüft und kontrolliert, ob nicht Handlungen gesetzt werden, die dem Regierungsprogramm oder diesen neuerlichen Versprechungen zuwiderlaufen.

Am 14. März 1971 hat Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky den Ausspruch getan, die SPÖ verspreche vor Wahlen nichts, was sie nicht halten könne. Und rund sechs Monate später betont er, daß sich eine redliche Regierungspolitik an Versprechungen halten muß.

Und hier das erste große Versprechen: Kampf gegen die Armut. Kollege Schranz hat heute die Meinung geäußert, es wäre die Regierung in diesem Kampf gegen die Armut einen großen Schritt weitergekommen. Ich entnehme einer Statistik, daß 25 Prozent aller Österreicher derzeit zwischen 2925 bis 3975 S verdienen und daß 1 Million Arbeitnehmer weniger als 4000 S monatlich verdienen. Wenn ich jetzt noch die Rentner, die Pensionisten und die Ausgleichszulagenempfänger hernehme und vergleiche, dann glaube ich feststellen zu können, daß der Reallohnzuwachs fast unscheinbar war. Wenn Sie es nicht glauben, dann lesen Sie in „Arbeit und Wirtschaft“ in einer Nummer aus dem November oder Dezember des Jahres 1972 nach, in der eine Untersuchung der Arbeiterkammer Salzburg enthalten ist, die nachweist, daß die Armut in Österreich im Steigen begriffen ist, vor allem bei Pensionisten und bei kinderreichen Familien.

Sie haben die Schuldfrage dieser Teuerungen immer wieder verschoben. Zuerst war das Ausland schuld, dann waren es die disziplingelosen Unternehmer, dann die Oppositionsparteien, und jetzt ist vielleicht noch der Konsument schuld, weil die Konsumgewohnheiten nicht dazu angetan sind, Stabilität in Österreich zu erzeugen. Ich hoffe, daß gestern einige im Rundfunk etwas über die Budgetdebatte im deutschen Bundestag gehört haben. Dort wurde erklärt, daß Österreich die Spitze in der

Vetter

Inflation in Europa erreicht habe und daß Deutschland dieser Spitze, die wir in Österreich erreicht hätten, leider sehr nahekomme.

Im Jahr 1971 hat Bundeskanzler Kreisky noch betont: Stabilität hat Vorrang. Vor einigen Monaten mußte ich zur Kenntnis nehmen, daß Professor Rothschild auf der ökonomischen Konferenz erklärt hat: Die Stabilität ist kein Beitrag zum Glück eines Menschen. Hier steckt die Gefahr drinnen, daß sich die Menschen an die Inflation gewöhnen sollen, daß man das Gefühl bekommt, als könnte man diese Inflation nicht bremsen.

Wir meinen hier als Oppositionspartei, daß man mit demselben Recht, mit dem Sie seinerzeit von unserer Alleinregierung verlangt haben, stabilisierend zu wirken, eine Politik zu betreiben, die die Preissteigerungen in einem gerechten Rahmen halten kann, Sie an Ihr Versprechen erinnern kann und immer wieder erinnern soll: Stabilität hat Vorrang! *(Beifall bei der OVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Sekanina.

Abgeordneter **Sekanina (SPÖ):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich glaube, daß langsam der Zeitpunkt gekommen ist, wo man zur Manöverkritik schreiten darf und kann.

Die Österreichische Volkspartei, so lese ich in einer für morgen produzierten Tageszeitung, ist zur großen Osteroffensive angetreten, aber ich habe den Eindruck, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, daß diese große Osteroffensive für Sie einigermaßen verlustreich abgelaufen ist und daß Sie einigermaßen ramponiert in Ihre heimatlichen Kasernen zurückkehren werden. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.)* Herr General Mussil! Passen Sie auf, daß Sie nicht zwangspensioniert werden.

Meine Damen und Herren! Sie haben alles aufgeboten, was Sie aufbieten konnten: Ihren Klubobmann, Ihren Generalsekretär, Ihren Bundesparteiboss. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Sekanina ist ja auch wer!)* — Natürlich ist der Sekanina wer. Ich danke schön für die Anerkennung.

Sie haben alles an Argumenten aufgeboten, von dem Sie meinten, daß das gut ist der Öffentlichkeit mitzuteilen. Sie haben in der großen Liste von Argumenten, die Sie sich vorgenommen hatten, das Problem der Arbeitsverfassung, die Mehrwertsteuer, den ORF, die Sozialversicherung, die Wirtschaftspolitik, Agrarprobleme, Regierungsstil und ähnliche Dinge mehr einer, wie Sie, meine Damen und Herren, glaubten, heftigen Kritik unterzogen.

Ich habe schon einmal von dieser Stelle aus gesagt, daß es etwas unangenehm ist, daß man bei einer dringlichen Anfrage immer auf die Uhr sehen und feststellen muß, daß die Zeit zu knapp wird, um das zu sagen, was ich so gerne dem Herrn Professor Koren sagen möchte und auch dem Herrn Generalsekretär Dr. Kohlmaier, der so zart und leise gemeint hat, ja die Arbeitsverfassung, das sei etwas ganz Gefährliches; Kollege Wille hat das ja ausführlich behandelt.

Ich habe mir in einem Zwischenruf erlaubt zu sagen, Herr Dr. Kohlmaier, Sie sind nicht am laufenden; das ist nicht das erstemal, daß Ihnen so etwas passiert.

Was haben Sie zum Beispiel im Zusammenhang mit der Arbeitsverfassung der Öffentlichkeit gesagt? Nur zwei Sätze. Permanent haben Sie Tausende Betriebsräte diskriminiert. Ihr Herr Generalsekretär Dr. Mussil hat hier in aller Öffentlichkeit gesagt, die persönliche Freiheit ist eingeschränkt, die betrieblichen Aktivitäten werden ruiniert, der Gewerkschaftsstaat beginnt ... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.)*

Ich darf Ihnen schlicht und einfach für tausende Arbeitnehmer und für tausende Betriebsräte, Herr Generalsekretär Mussil, sagen: Ob es Ihnen angenehm oder nicht angenehm ist, wir werden dafür Sorge tragen, daß auch gegen Ihren Widerstand die österreichischen Arbeitnehmer in ihren Betrieben ein höheres Maß an Mitspracherecht erhalten werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Dr. Mussil! Sie zählen nicht zu den Heiligen, höchstens zu den Scheinheiligen, erlaube ich mir zu sagen. *(Zwischenrufe bei der OVP.)* Nicht im Zusammenhang mit Ihrem Glaubensbekenntnis — das ist uns gemeinsam, hier brauchen wir uns nichts vorzuwerfen —, aber im Zusammenhang mit Ihrer Argumentation, wenn es darum geht, von Mitspracherecht zu reden. Sie reden von der persönlichen Freiheit der Einzelperson und meinen etwas ganz anderes. Ihre Absicht oder Ihre Zielsetzung, Herr Dr. Mussil — das haben Sie ja unverhüllt ausgesprochen —, ist ja, den Einfluß der Interessenvertretung der Arbeitnehmer zurückzudrängen. Und gegen diese Absicht, den Einfluß der Interessenvertretung der Arbeitnehmer zurückzudrängen, werden wir uns, Herr Dr. Mussil, mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzen.

Nächstes Problem: Mehrwertsteuer. Hier gab es Redner der Österreichischen Volkspartei, die von dieser Stelle, von diesem Rednerpult aus der Öffentlichkeit kundtun wollten, was alles hier an schlechten Dingen passiert sei. Sie, gerade Sie, Herr Dr. Mussil, müssen das

Sekanina

wissen. Sie müssen das wissen, Herr Doktor Mussil, gerade Sie als Fachmann für wirtschaftspolitische Angelegenheiten. (*Zwischenrufe des Abg. Dr. Mussil.*) Ihre Kondition reicht heute nicht aus, mich zu stören, Herr Dr. Mussil. Aber gerade Sie als Wirtschaftsfachmann müßten wissen, daß das Problem der Mehrwertsteuer für die österreichische Wirtschaft von größter Bedeutung und Wichtigkeit war.

Was haben Sie getan? Das politische Argument kommt jetzt. Registrieren Sie freundlichst, Herr Generalsekretär: Sie haben wochen- und monatelang vor Jahresende 1972 der Öffentlichkeit eingeredet, daß mit der Einführung der Mehrwertsteuer ab 1. 1. 1973 in Österreich das Chaos im preispolitischen Bereich beginnen wird. (*Zwischenrufe des Abg. Dr. Mussil.*) Sie waren einer der Hauptbeteiligten, Herr Dr. Mussil. Sie haben gesagt, daß die österreichische Öffentlichkeit nach dem 1. 1. 1973 erfahren wird, was alles passieren kann.

Ich weiß schon, daß Ihnen das unangenehm ist, aber ich sage Ihnen noch einmal: Bei dieser Manöverkritik kommen Sie und auch die Österreichische Volkspartei nicht gut weg. (*Beifall bei der SPÖ.*) Sie haben der Öffentlichkeit erklärt, daß hier etwas ganz Schlechtes passiert. Sie, Herr Dr. Mussil, haben dieser Öffentlichkeit erklärt, aber auch Ihr Hintermann, Herr Dr. Blenk, hat erklärt, daß das für die österreichische Wirtschaft schlecht ist.

Was ist eingetreten? Wir haben durch unsere Vorgangsweise, durch die Aktivität und die Initiativen, die wir erzeugt haben, eines der schwerwiegendsten Probleme der österreichischen Wirtschaft gelöst. Wir haben dafür Sorge getragen, daß Ihre Inaktivität endlich einmal aufhört. Wir haben dafür Sorge getragen, daß im wirtschaftspolitischen Bereich neue Aktivitäten erzeugt werden. Und die österreichische Bevölkerung wird sicherlich rechtzeitig feststellen können, daß diese Vorgangsweise der sozialistischen Bundesregierung eine richtige, eine im Interesse der österreichischen Wirtschaft gelegene Vorgangsweise gewesen ist.

Neue Komplexsituation für Sie, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei. (*Zwischenruf des Abg. Doktor Blenk.*) Komplexsituation, Herr Dr. Blenk, ist mitunter etwas Schwieriges, soweit es den Heilungsprozeß betrifft. Glauben Sie mir das, ich habe einiges mit dem Spitalwesen und mit den dort vorhandenen Fachsparten der Medizin zu tun.

Sie haben heute gesagt, wir begingen etwas ganz Ungeheuerliches, wir möchten die freie Meinungsäußerung im Zusammenhang mit den

Massenmedien, vor allem mit dem ORF, umbringen. Wir haben also die Absicht, hier ein Parteifernsehen zu installieren, wir sind also diejenigen, die nur darauf aus sind, die österreichische Öffentlichkeit von einem parteipolitischen Standpunkt zu informieren.

Ich darf Ihnen etwas sagen, meine Damen und Herren. Einige Zeit bleibt mir ja. Wir haben gar keine Absicht. Wir möchten eine objektive Berichterstattung in diesem österreichischen Fernsehen. Wir möchten haben, daß so interpretiert wird, wie es tatsächlich den Verhältnissen entspricht. (*Beifall bei der SPÖ.*) Wir möchten haben, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, daß hier die tatsächlichen Verhältnisse und Zusammenhänge aufgezeigt werden. Sie haben ja große Töne produziert. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Keimel.*)

Herr Abgeordneter Dr. Keimel! Große Töne haben Sie produziert im Zusammenhang mit dem Volksbegehren. 832.000 Österreicherinnen und Österreicher haben unterschrieben. Diese 832.000 werden sich schön bedanken, wenn sie in den nächsten Zeiträumen einmal detailliert und in aller Offenheit hören werden, was Sie aus diesem Volksbegehren im Zusammenhang mit dem Rundfunkgesetz gemacht haben. (*Beifall bei der SPÖ.*) Sie haben sich überhaupt nicht um die Meinung dieser 832.000 gekümmert. Sie reden so viel von Demokratisierung, von politischer Fairneß, von Toleranz, die wir ... (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Lassen Sie mich fertig reden, nicht ungeduldig werden. Ich habe Ihnen schon gesagt: Frage der Nervenstärke ist eine Frage der Konstitution, und die muß man im politischen Leben haben.

Sie, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, haben immer so viel von Demokratisierung gesprochen. Da fällt mir etwas ein. Die oberösterreichischen Kollegen werden mir das bestätigen. Da gibt es im Zusammenhang mit einer Landtagswahl in Oberösterreich einen besonderen Demokratisierungsprozeß bei Ihnen. Sie haben durch das Parteivolk, wie Sie so schön sagten, von oben herab, die Reihung der Kandidaten festlegen lassen. (*Abg. Dr. Blenk: Zerbrechen Sie sich schon wieder fremde Köpfe?*) Ja, mein Kopf ist vielleicht größer als Ihrer. Darf ich das bitte, Herr Dr. Blenk, sagen? (*Heiterkeit.*) Darf ich das sagen? Die Größe des Kopfes kann ja auch mit dem Inhalt etwas zu tun haben, so meinte ich das.

Sie, die Sie so den Demokratisierungsprozeß vertreten, haben also durch das Parteivolk, wie Sie sagen, die Reihung der Kandidaten durchführen lassen, und da ist Ihnen etwas passiert, was sich nicht ganz mit Ihren Ab-

Sekanina

sichten gedeckt hat. Es hat sich nicht ganz mit Ihren Absichten gedeckt. Ich lese in einer Zeitung, die Ihnen nahesteht, daß die ÖVP-Führung in Oberösterreich das wieder kräftig umgeändert hat. Das ist die Reaktion, wenn man Ihnen eine bestimmte Demokratisierungswelle vorlegt. (Abg. Anton Schläger: Wo?)

In Oberösterreich, muß ich sagen, Herr Abgeordneter Schlager. Wenn es möglich ist, Ihnen die Zeitung zu verschaffen, werde ich das gerne tun, und Sie werden dann in stiller Stunde das nachlesen können, was Sie hier gerne haben möchten und in Ihren eigenen Reihen nicht getan haben. Dann kommt hoffentlich die Reue im richtigen Augenblick.

Die nächste Problematik, die Sie heute angezogen haben, meine Damen und Herren, war die Sozialversicherung. Fürchterliches ist da passiert. Diese „scheußlichen“ Sozialisten haben ... (Abg. Graf: Aber bittet! — Heiterkeit.) Bitte, ich habe vielleicht Ihre Terminologie etwas übertrieben.

In der Sozialversicherung haben wir uns als Sozialistische Partei erlaubt, Reorganisationen durchzuführen. Ja, aber hier sitzen ja Funktionäre in Ihren eigenen Reihen, die wissen müßten, was in der Sozialversicherung los ist. Da gibt es also einen Herrn Dr. Kohlmaier, der lange genug dort tätig war. Da gibt es einen Herrn Dr. Schwimmer, der sogar Vorstandsmitglied bei der Wiener Gebietskrankenkasse — noch nicht sehr lange, aber doch — ist. Und der müßte doch wissen, daß wir Reorganisationen in der Sozialversicherung notwendig haben. Wir waren der Meinung, daß wir diese Reorganisationen so durchführen sollen, daß sie letzten Endes für die Versicherten einen Vorteil bedeuten, und nur das haben wir gemacht und sonst nichts anderes. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn Sie, meine Damen und Herren, hier herauslesen, daß wir angeblich ÖVP-Organisationen damit zerschlagen haben, dann war das nicht unsere Absicht. Die direkte Konfrontation ist durchaus unsere Absicht. (Abg. Dr. Keimel: Was ist mit den 170.000 Unterschriften?) Ich kann mir vorstellen, daß Sie zum Beispiel im niederösterreichischen Bereich ja auch nur mit demokratischen Mitteln vorgehen, wenn es darum geht, die Stärkeverhältnisse bei den Personalvertretungswahlen dem Ausmaß entsprechend zu registrieren.

Ich darf Ihnen, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, für den Bereich der Sozialversicherung sagen, daß wir der Auffassung sind, daß diese Vielzahl von Sozialversicherungsträgern reduziert werden soll, sodaß wir eine möglichst geringe Bürokratie hier vorfinden, daß der Versicherte

nicht dauernd in diese Maschinerie eingebaut erscheint und daß er vor allem auf dem Leistungssektor in einer Art und Weise behandelt wird, die für ihn erträglich und akzeptabel ist. Nur das waren die Voraussetzungen, die uns bei unseren Entscheidungen als Zielsetzung vorgeschwebt sind.

Ein anderes Wort, meine Damen und Herren! Vielleicht ist es ganz gut, wenn Sie sich einmal folgendes überlegen. Das ist eine Empfehlung, ein Ratschlag, ich kann Ihnen nichts anschaffen und habe auch nicht die Absicht. Sie haben Ihren großen Alten — ich erlaube mir das zu sagen; darf ich das bitte in aller Höflichkeit sagen, Herr Dr. Withalm — zweimal an dieses Rednerpult geschickt. Und ein anderer — Ihr Bundesparteiobmann — hat hier an dieser Stelle gesagt, daß er bei einem bestimmten Ereignis zehn Jahre alt war. Ich habe zwei Jahre Vorsprung, ich war damals nur acht Jahre alt. Ich befasse mich mit dem überhaupt nicht.

Aber ich glaube, daß es hoch an der Zeit ist, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, daß Sie sich in aller Gründlichkeit einmal überlegen, ob es bei dem, was Sie hier in den letzten Wochen und Monaten an Aggressivität produziert haben, an einer Vorgangsweise, die nichts mit Oppositionspolitik zu tun hat, nicht gut wäre, daß zum Beispiel Sie, Herr Dr. Mussil, sich einmal überlegen, ob dieser Weg der Diskriminierung, der Herabsetzung und auch der persönlichen Beleidigung nicht etwas zerschlägt, was wir mühsam jahrelang aufgebaut haben. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Mussil: Wen habe ich persönlich beleidigt? — Abg. Dr. Gruber: Ihre Zeitungen verleumdend dauernd!)

Endlich ist der Dr. Gruber da, ein Repräsentant dieses Kurses der Gegnerschaft. Sie sind ein Repräsentant, Herr Dr. Gruber, der mit seiner Ausdrucksweise dazu beiträgt, daß auf einmal diese Gehässigkeit in die österreichische Innenpolitik hineingekommen ist. Sie sind der Mann, der wesentlich dazu beiträgt, daß diese Tonart auf einmal bei uns gang und gäbe ist. (Beifall bei der SPÖ.) Ihnen ist es vollkommen egal, was in dieser Innenpolitik geschieht, Hauptsache, Ihr parteipolitischer Vorteil kommt zum Zuge. Sie sind nicht der Gesprächspartner, Herr Dr. Gruber, der dazu angetan ist, daß man hier wieder zu einem vernünftigen Verhältnis kommen kann. Herr Dr. Gruber! Sie haben es durch Ihre Vorgangsweise wesentlich beeinträchtigt.

Zur Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren, haben Sie sich heute sehr oft geäußert. Sie haben uns vorgeworfen, daß wir

Sekanina

eine Wirtschaftspolitik betreiben, die nicht in Ordnung ist. Sie haben uns gestern im Zusammenhang mit der Diskussion über den Rechnungshofbericht die heftigsten Vorwürfe gemacht. Ja lesen Sie doch nach, Sie werden doch Zeit genug finden, das zu tun. Sie werden doch ausreichend Zeit für eine Lagebesprechung mit Ihrem Klub haben. (*Abg. Doktor Gruber: Sie haben gestern im Klub noch lange beraten müssen!*) Ich weiß ja nicht, was an Vorgangsweise hier produziert wird. Aber Sie haben uns für einen Zeitraum kritisiert, für den wir im wesentlichen Umfang gar nicht zuständig sind.

Meine Damen und Herren! Sie haben uns — wenn ich noch einmal darauf zurückkommen darf — gesagt, daß diese Wirtschaftspolitik nicht in Ordnung ist und daß die Österreicher das Opfer sind. Registrieren Sie die Ziffern, registrieren Sie die Entwicklung der Einkommensverhältnisse, registrieren Sie die Entwicklung im Sozialversicherungsbereich, registrieren Sie unsere Aktivitäten und Initiativen im Bereich der sozialen Sicherheit! Wir waren es, die die Bücheraktionen für ganz Österreich eingeführt haben, wir waren es, die die Schulfreifahrten eingeführt haben, gegen die Sie heftig polemisiert haben, wir waren es weiters, die dafür Sorge getragen haben, daß die Arbeitsplatzsicherung in Österreich gewährleistet ist. Wir haben noch nie so viele Beschäftigte gehabt wie jetzt, wir waren es, die durch unsere Wirtschaftspolitik dazu beigetragen haben, daß sich der Lebensstandard der österreichischen Bevölkerung verbessert. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Blenk: Das glauben nur Sie!*)

Wir haben uns auch, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, nicht gescheut, uns mit jenen auseinanderzusetzen, die Kritik an uns üben. Darf ich als fachlich Außenstehender einige Sätze zu den Problemen der Agrarpolitik sagen. (*Abg. Doktor Keimel: Wenn sich das noch mit der Zeit ausgeht!*)

Hier gibt es ein blaues Zeichen, Herr Abgeordneter. Ihre Uhr muß nicht stimmen, unsere geht richtig — ich meine die hier. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Keimel: Ihre Zeit ist vorbei!*)

Meine Damen und Herren! Einen Satz nur zur Agrarpolitik. Wir haben uns der Diskussion mit den Bauern gestellt. Sie waren es, die den Milch Krisengroschen von 5 auf 19 Groschen erhöht haben. Sie waren es, die die Interessen der Bauern damals nicht vertreten haben. Wir diskutieren. Wenn Sie aber glauben, daß Sie mit dieser Methode auf die Dauer sozialistische Veranstaltungen stören

können (*Abg. Dr. Gruber: „Sozialistische“ Veranstaltungen?*), dann bitten wir Sie, zur Kenntnis zu nehmen, daß wir uns bemühen werden, diese unsere Veranstaltungen ordnungsgemäß durchführen zu können. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Gruber: Die Uhr ist abgelaufen!*)

Als letztes, weil ich annehme, daß meine Zeit abgelaufen ist, zum Regierungsstil: Dieser Regierungsstil hat dazu geführt — wie ich bereits sagte —, daß der Lebensstandard der österreichischen Bevölkerung besser geworden ist. Wir werden diese unsere Politik fortsetzen im Interesse dieser österreichischen Bevölkerung. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Kohlmaier.

Abgeordneter Dr. Kohlmaier (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kollege Sekanina hat von einer Manöverkritik gesprochen. Ich möchte mich auch in diesem Sinne betätigen.

Es war eine Vielzahl von Wortmeldungen, und ich möchte stellvertretend für alle anderen die des Kollegen Fischer herausgreifen und auf das, was er gesagt hat, ein bißchen eingehen. (*Zwischenrufe.*) Keine Sorge, auf ein bestimmtes Thema gehe ich nicht ein.

Kollege Fischer, Sie wissen als theoretisch ausgezeichnet gebildeter Mensch genau, daß es viele Demokratie-Definitionen gibt, und eine davon, die ungenau, aber sehr treffend ist, sagt: Demokratie ist Diskussion. (*Bundeskanzler Dr. Kreisky: Das ist keine Definition!*) Es ist keine Definition, ich habe gesagt: sehr ungenau, aber vielleicht irgendwie treffend. Zur Demokratie gehört auch, daß man sich der Diskussion stellt, auch wenn es eine Diskussion über die Demokratie ist, und die Diskussion über die Demokratie als einen Ausdruck der Demokratie ansieht.

Ich möchte noch einmal zum Ausgangspunkt zurückkehren. Die Bundesregierung, die im Amt ist, hat sich vorgenommen, etwas, was wir alle unterstreichen, was wir bejahen können: eine Verbesserung der Demokratie. Wenn man ein Vorhaben verkündet, wenn man damit in eine Wahlauseinandersetzung zieht, dann muß man auch zur Kenntnis nehmen, daß im Parlament darüber, wenn es sich ergibt, sehr hart diskutiert wird, ob dieses besondere Regierungsprogramm erfüllt wurde, nicht erfüllt wurde, gut oder schlecht erfüllt wurde. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Sehen Sie, Herr Kollege Fischer, wir sollten uns vor allem als jüngere Abgeordnete bemühen, die Demokratisierung über die Grenzen der Parteien hinweg ernst zu nehmen. Was

Dr. Kohlmaier

mich bei Ihrer Rede enttäuscht hat, war die Tatsache, daß Sie eigentlich nicht zum Thema gesprochen haben (*lebhafter Widerspruch bei der SPÖ*) und sich nicht damit befaßt haben, ob jetzt demokratisiert wird oder nicht, sondern daß Sie nur von der Vergangenheit gesprochen haben. Und damit haben Sie das Thema verfehlt. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Horr: Über die Vergangenheit reden Sie besser nicht!*)

Mit der Debatte über die Vergangenheit können wir die Demokratisierungsaufgabe der Zukunft nicht bewältigen, auch nicht mit Empfindlichkeit.

Herr Kollege Fischer! Weil heute manche Empfindlichkeit auf Ihrer Seite zu hören war: Ich möchte hier aus dem Material, das Sie mit Ihren Werbern, Ihren Argumentierern zur Verfügung stellen, doch einen Satz zitieren: „Wir müssen immer wieder in Gesprächen herausstreichen, daß die ÖVP eine konservative, ja eine reaktionäre Partei ist.“ (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Wenn man seinen Propagandisten solche Argumente in die Hand gibt, dann soll man hier im Haus nicht empfindlich sein, wenn über das Anliegen der Demokratisierung auch hart diskutiert wird. Denn ich sage noch einmal, die Güte der Demokratie muß sich auch daran erweisen, ob eine Debatte über die Demokratie mit Anstand und gut abgewickelt wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Probst** (*der eben den Vorsitz übernommen hat*): Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Hahn und Genossen betreffend Sicherung von demokratischen Mitsprachemöglichkeiten. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit und **a b g e l e h n t**.

Die nächste Sitzung berufe ich für heute, Mittwoch, den 4. April, um 22.15 Uhr ein, und

zwar mit folgender Tagesordnung — ich bitte um Aufmerksamkeit —:

1. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft über die Regierungsvorlage (535 der Beilagen): Protokoll I der Diplomatischen Konferenz für die Inkraftsetzung des am 26. Februar 1966 unterzeichneten Zusatzübereinkommens zum Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahn-Personen- und -Gepäckverkehr (CIV) vom 25. Februar 1961 über die Haftung der Eisenbahn für Tötung und Verletzung von Reisenden sowie des zugehörigen Protokolls B und Protokoll II der Diplomatischen Konferenz für die endgültige Inkraftsetzung des Protokolls A vom 26. Februar 1966 betreffend die Erhöhung der Mitgliederzahl des Verwaltungsausschusses (701 der Beilagen)

2. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft über die Regierungsvorlage (536 der Beilagen): Protokoll über eine Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt, unterzeichnet in New York am 12. März 1971 (702 der Beilagen)

3. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft über die Regierungsvorlage (537 der Beilagen): Protokoll über eine Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt, unterzeichnet in Wien am 7. Juli 1971 (703 der Beilagen)

4. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft über die Regierungsvorlage (664 der Beilagen): Europäisches Übereinkommen über den Schutz von Tieren beim internationalen Transport (704 der Beilagen)

5. Erste Lesung des Antrages 58/A (II-1684 der Beilagen) der Abgeordneten Dr. Scrinzi und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Wasserbautenförderungsgesetz geändert wird

Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde eingeleitet.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 22 Uhr